



Monatsbericht Juli 2014

66. Jahrgang
Nr. 7

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
18. Juli 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Kurzberichte	5
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	7
Wertpapiermärkte.....	11
Zahlungsbilanz	12
■ Wechselkurse und Finanzstress	15
<i>Empirisches Vorgehen zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen</i>	21
■ Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft	31
<i>Beziehung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung</i>	36
<i>Finanzbeziehungen zwischen Gesundheitsfonds und Krankenkassen</i>	38
■ Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse	53
<i>Statistische Bereinigung von Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen in der Konzernabschlussstatistik</i>	58
■ Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität	71
<i>Empirische Analysen zur Risikoübertragung</i>	76

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56*
Konjunkturlage in Deutschland	63*
Außenwirtschaft	72*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	81*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kurzberichte

Konjunkturlage

Grundtendenzen

*Nachlassende
konjunkturelle
Dynamik*

Die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in Deutschland hat in den ersten beiden Frühjahrsmonaten merklich an Schwung verloren. Die Aktivität in der Baubranche blieb – wie erwartet – hinter dem von der milden Witterung begünstigten, saisonbereinigt sehr hohen Niveau im Winter zurück. Die Industrie schaltete einen Gang herunter. Dabei dürften neben Brückentageeffekten die verstärkten geopolitischen Spannungen eine Rolle gespielt haben. In der Folge nahm die Neigung zu vorsichtigeren Dispositionen wieder zu. Dies zeigt sich nicht nur in den vorausschauenden Umfrageindikatoren, sondern auch in der nachlassenden Nachfrage nach Vorleistungsgütern. Berücksichtigt man, dass der Dienstleistungsbereich wohl weiter expandierte, könnte das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gleichwohl den Stand des ersten Jahresviertels gehalten haben.

Industrie

*Industrie-
produktion
gesunken*

Die industrielle Erzeugung ist im Mai saisonbereinigt deutlich niedriger ausgefallen als im Vormonat ($-1\frac{3}{4}\%$). Dabei dürfte die Kalenderkonstellation, welche die Nutzung verlängerter Wochenenden nach den zwei jeweils auf einen Donnerstag fallenden Feiertagen sehr attraktiv machte, eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Im Mittel der Monate April und Mai unterschritt die industrielle Aktivität den durchschnittlichen Stand des Winterquartals um $\frac{3}{4}\%$. Besonders ausgeprägt war das Minus bei den Vorleistungsgütern ($-1\frac{3}{4}\%$). Dagegen erreichte sowohl die Ausbringung von Investitionsgütern als auch von Konsumgütern fast das Niveau des ersten Vierteljahres (jeweils $-\frac{1}{4}\%$).

Der Orderzufluss für die deutsche Industrie verminderte sich im Mai spürbar um saisonbereinigt $1\frac{3}{4}\%$ im Vergleich zum Vormonat, in dem ein markanter Anstieg verzeichnet worden war. Im Mittel der beiden Frühjahrsmonate ergab sich gegenüber dem Vorquartal ein Anstieg um 1%, vor allem wegen Großaufträgen im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie, die wegen des innereuropäischen Produktionsverbundes beinahe vollständig dem Euro-Raum zugerechnet werden. Nur aus diesem Grund wurde aus dem Euro-Raum ein Auftragsplus von $6\frac{3}{4}\%$ verzeichnet. Rückläufig waren die Bestellungen aus Drittländern ($-1\frac{1}{2}\%$), während die Inlandsorders den durchschnittlichen Stand des Vorquartals knapp hielten. Die Aufträge für Investitionsgüter nahmen insgesamt um 2% zu. Ohne den sonstigen Fahrzeugbau ergab sich ein Minus von $2\frac{1}{4}\%$. Auch wurden weniger Vorleistungsgüter bestellt (-1%). Dagegen wurden mehr Konsumgüter geordert (+ 2%).

*Bestellungen
rückläufig*

Die Umsätze in der Industrie verringerten sich im Mai gegenüber April saisonbereinigt um $1\frac{3}{4}\%$. Im Mittel der beiden Monate wurde der Vorquartalsstand um $1\frac{1}{4}\%$ unterschritten, und zwar sowohl im Inland als auch im Ausland. Während es bei den Lieferungen in Drittländer ein Minus von $2\frac{1}{2}\%$ gab, wurde gegenüber den EWU-Ländern eine leichte Zunahme verzeichnet (+ $\frac{3}{4}\%$). Die Warenausfuhren gaben im Mai dem Wert nach saisonbereinigt gegenüber April ebenfalls nach, und zwar um $1\frac{1}{4}\%$. Der Durchschnitt der beiden Monate fiel aber etwas höher aus als im ersten Vierteljahr (+ $\frac{1}{4}\%$). Der Wert der Importe verminderte sich im Mai gegenüber dem Vormonat um $3\frac{1}{2}\%$. Das Mittel der beiden Frühjahrsmonate blieb um $2\frac{1}{4}\%$ hinter dem Jahresanfangsquartal zurück.

*Absatz im In-
und Ausland
vermindert, Im-
porte niedriger*

Baugewerbe

Die Produktion im Baugewerbe lag im Mai saisonbereinigt um 5% unter dem spürbar nach

Zur Wirtschaftslage in Deutschland ^{*)}

saisonbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2010 = 100			
	Industrie			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2013 3. Vj.	106,5	102,8	109,5	110,2
4. Vj.	108,9	102,9	113,7	113,9
2014 1. Vj.	108,9	104,9	112,2	115,9
März	107,2	104,9	109,1	112,5
April	110,8	106,1	114,6	116,4
Mai	108,9	103,5	113,2	...
Produktion; 2010 = 100				
Industrie				
	insgesamt	darunter:		Baugewerbe
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	
2013 3. Vj.	108,1	104,3	114,9	107,8
4. Vj.	109,3	106,2	115,4	107,2
2014 1. Vj.	110,5	107,6	116,7	112,5
März	110,5	107,5	116,6	110,2
April	110,5	107,2	116,3	107,8
Mai	108,7	104,0	116,6	102,5
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leistungsbilanzsaldo; Mrd €
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2013 3. Vj.	274,10	224,78	49,32	45,14
4. Vj.	278,39	226,19	52,20	51,45
2014 1. Vj.	279,12	231,14	47,98	51,22
März	91,50	76,56	14,94	17,09
April	93,91	76,68	17,23	17,38
Mai	92,84	74,08	18,76	18,62
Arbeitsmarkt				
	Erwerbstätige	Offene Stellen ¹⁾	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in %
	Anzahl in 1 000			
2013 4. Vj.	41 960	436	2 962	6,9
2014 1. Vj.	42 088	444	2 918	6,8
2. Vj.	...	448	2 901	6,7
April	42 159	447	2 882	6,7
Mai	42 180	445	2 907	6,7
Juni	...	450	2 916	6,7
Preise; 2010 = 100				
	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Baupreise ²⁾	Verbraucherpreise
2013 4. Vj.	105,2	106,7	108,4	106,0
2014 1. Vj.	104,4	106,5	109,2	106,4
2. Vj.	109,5	106,6
April	103,6	106,0	.	106,7
Mai	103,5	105,7	.	106,5
Juni	106,6

* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistisches Beiblatt Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. ¹ Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. ² Nicht saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

unten revidierten Stand im April. Zu dem Rückgang dürften Brückentagseffekte beigetragen haben. Im Durchschnitt der beiden Monate wurde das Vorquartalsniveau, das durch das außergewöhnlich milde Winterwetter begünstigt worden war, saisonbereinigt um 6 ½% unterschritten. Dabei verringerte sich die Erzeugung im Bauhauptgewerbe, bei der sich Witterungseffekte generell stark bemerkbar machen, um 7 ½%. Im Ausbaugewerbe, dessen Meldungen aufgrund ihrer hohen Revisionsanfälligkeit mit erheblicher Unsicherheit behaftet sind, ergab sich ein Minus von 5 ½%. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe hat im April – neuere Angaben sind noch nicht verfügbar – leicht gegenüber dem Winterquartal zugenommen (+ ½%).

Bauproduktion kräftig gesunken, Bauaufträge leicht gestiegen

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich zwar weiter belebt, die Dynamik hat zuletzt aber merklich nachgelassen. So erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Inland im Mai gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt mit 21 000 nur noch halb so stark wie im Mittel der ersten vier Monate des Jahres. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 389 000 Personen oder 0,9% zu. Die Ausweitung bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat sich ebenfalls abgeschwächt, ist jedoch recht kräftig geblieben (im April saisonbereinigt + 35 000 gegenüber März, + 436 000 oder + 1,5% gegenüber dem Vorjahr). Die Frühindikatoren sprechen für eine Fortsetzung der verhaltenen Aufwärtsbewegung. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gemäß ifo Beschäftigungsbarometer ging zwar im Juni gegenüber dem Vormonat zurück, ist aber weiterhin expansiv ausgerichtet. Dies gilt auch für den Stellenindex der BA, der sich nach dem Rückgang im Mai wieder verbessert hat.

Beschäftigung expandiert weiter

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich im Juni saisonbereinigt leicht um 9 000 erhöht, nachdem es im Mai einen Anstieg um 25 000 gegeben hatte, der aber vor allem als partielle

Arbeitslosigkeit erneut leicht gestiegen

Gegenbewegung zu dem Rückgang in den ersten vier Monaten des Jahres im Zuge des milden Winters zu sehen ist. Die Arbeitslosenquote verharrte bei 6,7%. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Arbeitslosigkeit um 32 000 Personen ab. Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einschließt (ohne Kurzarbeit), blieb praktisch auf Vormonatsniveau. Die Seitwärtsbewegung bei der Arbeitslosigkeit dürfte sich dem Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge auch in den nächsten Monaten fortsetzen.

Preise

Internationale Rohölpreise höher

Der Preis für ein Fass der Rohölsorte Brent stieg in der ersten Junihälfte vor dem Hintergrund verschärfter Auseinandersetzungen im Nahen Osten spürbar an, verringerte sich bis zum Monatsende jedoch wieder etwas. Im Durchschnitt lagen die Notierungen um 2½% über dem Stand im Mai. In der ersten Julihälfte setzte sich der Rückgang fort. Zum Abschluss des Berichts wurden 107½ US-\$ für ein Fass der Rohölsorte Brent gezahlt. Der Abschlag für zukünftige Rohöllieferungen belief sich bei Bezug in sechs Monaten auf ¾ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten auf 2¾ US-\$.

Einfuhrpreise kaum verändert, Erzeugerpreise weiter rückläufig

Die Einfuhrpreise haben sich im Mai gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt nur noch geringfügig ermäßigt. Die industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz gaben jedoch weiter spürbar nach. Dabei gingen die Preise für Energie stärker zurück als die Preise für andere Waren. Der negative Vorjahresabstand verminderte sich bei den Einfuhrpreisen auf 2,1% und bei den industriellen Erzeugerpreisen auf 0,8%.

Im Juni Verbraucherpreise leicht gestiegen

Auf der Verbraucherstufe sind die Preise im Juni gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt wieder leicht um 0,1% gestiegen. Während die Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren weitgehend unverändert blieben, erhöhten sie sich für Energie und Dienstleistungen. Zudem setzten die Wohnungsmieten ihren

aufwärtsgerichteten Trend fort. Die Vorjahresrate zog sowohl beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) als auch in der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) auf 1,0% an, nach zuvor 0,9% (VPI) beziehungsweise 0,6% (HVPI). Für den Anstieg war auch der späte Termin von Pfingsten von Bedeutung.

■ Öffentliche Finanzen¹⁾

Kommunal финанzen

Die Kern- und Extrahaushalte der Kommunen verzeichneten im ersten Quartal 2014 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ein Defizit von 4¾ Mrd € (nach 4¼ Mrd € im Vorjahreszeitraum). Aufgrund der Erweiterung des Berichtskreises der Extrahaushalte in der vierteljährlichen Kassenstatistik um die dem Staatssektor zuzurechnenden Zweckverbände, die für die Vergleichszahlen des Vorjahres nicht vollständig nachgebildet werden konnte, sind der Finanzierungssaldo und die Entwicklung einzelner Ausgaben- und Einnahmenpositionen jedoch nur eingeschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar, und die Zuwachsraten überzeichnen daher für viele Kategorien wohl die grundlegende Entwicklung. Für die Ausgaben errechnet sich ein kräftiger Anstieg um 6½% (bzw. 3 Mrd €). Ausschlaggebend waren höhere Ausgaben für Personal (nicht zuletzt infolge nachwirkender Tarifanpassungen im Rahmen der Vereinbarung aus dem Jahr 2012), Sachaufwand und Sozialleistungen sowie eine sehr dynamische Entwicklung der Sachinvestitionen (wohl auch witterungsbedingt), während sich der rückläufige Trend bei den Zinsausgaben fortsetzte. Auf der Einnahmenseite liegt das Gesamtergebnis um gut 5½% (bzw. 2½ Mrd €) höher. Während sich das Steueraufkommen bei leicht rückläufigen Gewerbesteuer-Nettoein-

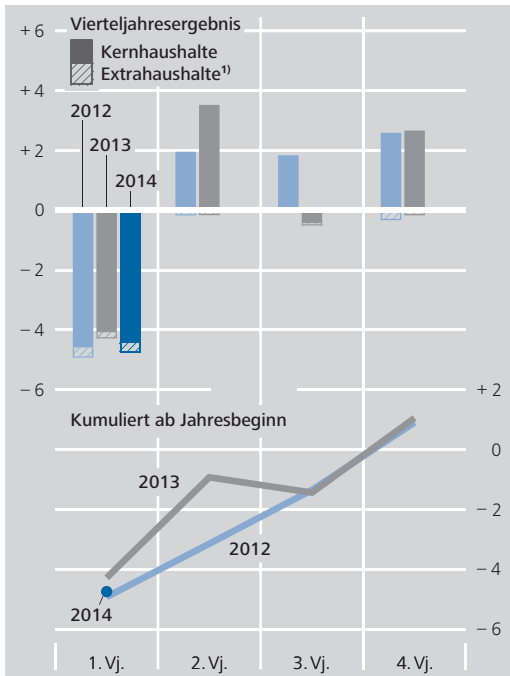
Höheres Defizit im ersten Quartal 2014 aufgrund dynamischer Ausgabenentwicklung, ...

... aber Vorjahresvergleich infolge Berichtskreiserweiterung verzerrt

¹ In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) erfolgt eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt. 1 Ab 2014 umfasst der Saldo der Extrahaushalte auch den der kommunalen Zweckverbände des Staatssektors.
 Deutsche Bundesbank

nahmen schwach entwickelte (+1½% bzw. ¼ Mrd €), legten die Zuweisungen der Länder (einschl. durchgeleiteter Bundesmittel) und auch die – von der Ausweitung des Berichtskreises wohl spürbar betroffenen – Gebühreneinnahmen deutlich zu.

Trotz des etwas größeren Defizits zu Jahresbeginn ist im Gesamtjahr mit einem ähnlich hohen Überschuss der Gemeindehaushalte wie in 2013 (1 Mrd €) zu rechnen. Im Zuge der jüngsten Tarifanpassung vom Frühjahr und der Ausweitung der Kleinkinderbetreuung ist zwar mit einem weiter kräftigen Anstieg der Personalausgaben zu rechnen, und auch die Sozialleistungen und der Sachaufwand dürften sich dynamisch fortentwickeln. Dem wirken aber insbesondere stark wachsende Länderzuweisungen entgegen. Die Anfang Juli vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichte mittelfristige Finanzprojektion der öffentlichen Haushalte weist durchgehend bis 2018 eine Überschussposition der Kernhaushalte aus. Dabei

Im Gesamtjahr und in der mittleren Frist durchgehend Überschüsse erwartet

geht der Überschuss nach einem leichten Anstieg im laufenden Jahr auf 2½ Mrd € und einer Stagnation im kommenden Jahr wieder leicht auf 1½ Mrd € bis 2017 zurück. Im Jahr 2018 steigt der Überschuss jedoch wieder deutlich auf 3½ Mrd € infolge der dann geplanten verstärkten Entlastung durch den Bund bei der Eingliederungshilfe. Zwar können die Gemeinden mit Überschüssen ihre Ausgaben spürbar ausweiten, doch müssen die zahlreichen verbliebenen defizitären Gemeinden eine fortgesetzte Haushaltskonsolidierung betreiben, sodass in der Summe annähernd stabile Überschüsse plausibel erscheinen.

Die Schulden der kommunalen Kern- und Extrahaushalte beliefen sich Ende März auf 142½ Mrd € (darunter 4 Mrd € Schulden bei anderen öffentlichen Haushalten). Hier ist der Gesamtvergleich zum Vorquartal (137½ Mrd € Ende 2013) infolge der Erweiterung des Berichtskreises ebenfalls nur eingeschränkt aussagekräftig. Allerdings lässt sich für die Kernhaushalte ein leichter Rückgang der Kreditmarktschulden gegenüber dem Ende des Vorquartals erkennen. Bei den nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehenen Kassenkrediten, die vorrangig in den Kernhaushalten eingesetzt werden, bedeutet der Stand zum Ende des ersten Quartals 2014 von 49½ Mrd € einen Zuwachs von gut 1 Mrd € gegenüber dem Wert von Ende 2013. Während sich der in Hessen mit dem Teilentschuldungsprogramm des Landes im letzten Jahr eingetretene Rückgang fortsetzte, kam es insbesondere in den anderen Ländern mit sehr hohem Pro-Kopf-Niveau der kommunalen Kassenkredite – wie Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen – zu weiteren teilweise merklichen Zuwächsen. Zudem deuten die noch immer relativ hohen durchschnittlichen Defizite je Einwohner in diesen vier Ländern auf weiteren beträchtlichen Konsolidierungsbedarf der kommunalen Haushalte hin.

Schuldenstand nur eingeschränkt mit Vorquartal vergleichbar, aber weiterer Zuwachs bei Kassenkrediten

Gesetzliche Krankenversicherung

*Ergebnis-
 verschlechterung
 im ersten
 Quartal 2014*

In der gesetzlichen Krankenversicherung ergab sich im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Defizit von fast 2 Mrd €, das damit etwa doppelt so hoch ausfiel wie vor einem Jahr. Die Ergebnisverschlechterung betrifft ausschließlich die Krankenkassen, die nach einem Überschuss von 1 Mrd € vor Jahresfrist nun ein leichtes Defizit aufwiesen. Dagegen hat sich das (jahreszeitlich übliche) Defizit des Gesundheitsfonds leicht auf gut 1½ Mrd € zurückgebildet. Letzteres beruht allerdings darauf, dass die Bundeszuschussraten im ersten Quartal noch auf Basis der seinerzeit aktuellen Rechtslage überwiesen wurden, die einen Jahresbetrag von 14 Mrd € vorsah. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2014 erfolgt jedoch eine Kürzung auf 10,5 Mrd €, die sich in den folgenden Monatstranchen verstärkt niederschlagen wird. Bei einer gleichmäßigen Verteilung des gekürzten Bundeszuschusses hätte der Gesundheitsfonds ein Defizit von 2½ Mrd € ausgewiesen.

*Starker Anstieg
 der Kassenausgaben*

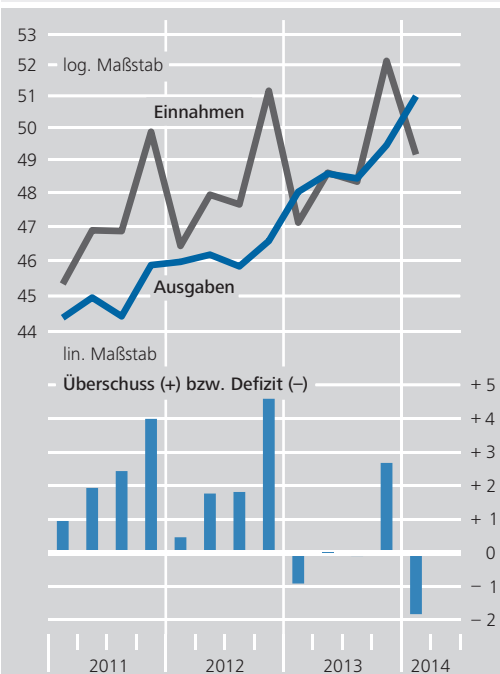
Die Krankenkassen verbuchten im Vorjahresvergleich ein Einnahmenplus von fast 4%, das vornehmlich von den höheren – im Vorhinein festgelegten – monatlichen Zahlungen des Gesundheitsfonds herrührt. Die Ausgaben wuchsen hingegen mit gut 6% deutlich stärker. Mit einem Anstieg von fast 9% waren die Ausgaben für Arzneimittel nach der Absenkung des Herstellerrabatts zum Jahresbeginn (von 16% auf 7%) der wesentliche Kostentreiber. Aber auch im Krankenhausbereich haben Versorgungszuschläge zu dem starken Anstieg von gut 5½% beigetragen.

*Gesundheits-
 fonds noch mit
 ungekürzten
 Bundesmitteln*

Beim Gesundheitsfonds wuchsen die Beitragseinnahmen aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung weiter mit 3½%. Hinzu kam die noch ungekürzte und daher überhöhte Tranche aus dem Bundeszuschuss, sodass die Einnahmen insgesamt sogar um 4½% wuchsen. Die Ausgaben vor allem in Form der monatlichen Überweisungen an die Krankenkassen blieben mit einem Plus von 4% etwas dahinter zurück.

Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung *)

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Gesundheitsfonds und Krankenkassen (konsolidiert). Vorläufige Vierteljahresergebnisse.
 Deutsche Bundesbank

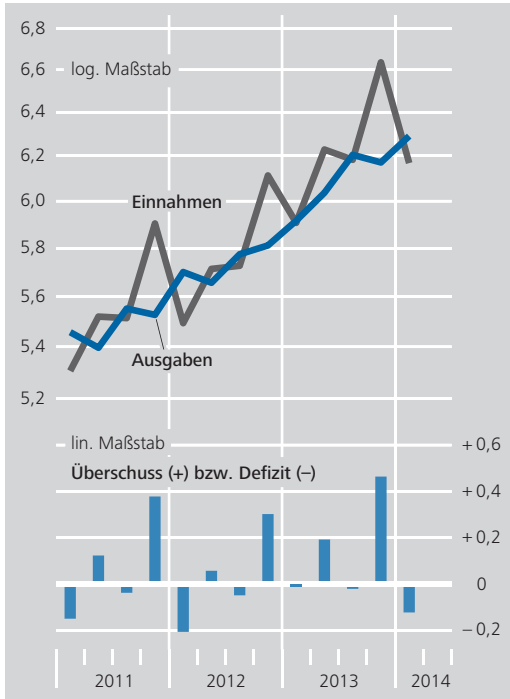
Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich beim Gesundheitsfonds, aber möglicherweise auch bei den Krankenkassen ein Defizit ergeben. Insgesamt würde das System der gesetzlichen Krankenkassen damit – mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009 – seit 2003 erstmals wieder defizitär abschließen. Der Fonds hat die Kürzung des Bundeszuschusses um 3½ Mrd € aus seinen Rücklagen zu kompensieren, sodass die Krankenkassen von der Kürzung unberührt bleiben. Darüber hinaus dürften die Beitragseingänge schwächer steigen als die vorherbestimmten Zuweisungen an die Krankenkassen (+ 4%). Auf der Kassenseite zeichnet sich ein Ausgabenwachstum über 4% im Gesamtjahr ab, sodass sich der Überschuss des Vorjahres in ein Defizit verwandeln könnte.²⁾

*Im Gesamtjahr
 mit Defizit zu
 rechnen*

²⁾ Zu der aktuellen Gesetzgebung und grundsätzlicheren Anmerkungen zur Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung vgl. S. 31 ff. dieses Monatsberichts.

Finanzen der sozialen Pflegeversicherung^{*)}

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse (PV45).
 Deutsche Bundesbank

Soziale Pflegeversicherung

Überschuss bei günstiger Beitragsentwicklung und moderatem Ausgabenwachstum

Im ersten Quartal des laufenden Jahres verzeichnete die soziale Pflegeversicherung ein leichtes Defizit. Die Einnahmen wuchsen bei unverändertem Beitragssatz um 4½%, worin sich vor allem die anhaltend günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung widerspiegelt. Gedämpft wurde der Einnahmewachstum insbesondere durch die Beiträge der Rentner infolge der nahezu stagnierenden Rentenzahl und der relativ niedrigen Anpassung Mitte 2013. Die Ausgaben nahmen mit fast 6½% nochmals ebenso stark zu wie in den Vorquartalen. Offenbar haben sich die Anfang 2013 wirksam gewordenen Leistungsausweitungen der letzten Reform erst verzögert in höheren Ausgaben niedergeschlagen. Im weiteren Jahresverlauf ist wegen des voraussichtlichen Einschwenkens auf einen moderateren Ausgabenanstieg mit einer finanziellen Verbesserung zu rechnen.

Mit dem Entwurf zum Fünften SGBXI-Änderungsgesetz wurde die nächste Pflegereform auf den Weg gebracht. Danach soll der Beitragssatz zum 1. Januar 2015 von 2,05% auf 2,35% (zzgl. jeweils 0,25% für Kinderlose) angehoben werden. Die damit erzielbaren Mehreinnahmen von gut 3½ Mrd € sollen zu zwei Dritteln für höhere Ausgaben und zu einem Drittel für den Aufbau einer gesonderten Rücklage verwendet werden. Die Mehrausgaben beruhen zum einen auf der bereits Mitte 2008 gesetzlich verankerten Dynamisierungsvorschrift, wonach ab 2015 im dreijährigen Turnus eine Anpassung der Leistungssätze zu prüfen ist. Richtschnur soll dabei die Preisentwicklung der vergangenen drei Jahre sein, maximal jedoch die Wachstumsrate der Brutto Lohn- und -gehaltssumme im gleichen Zeitraum. Vorgesehen ist nun eine Anhebung um grundsätzlich 4% (bzw. 2,7% bei Leistungen, die erst 2013 neu eingeführt worden sind). Dies soll knapp 1 Mrd € der Mehreinnahmen absorbieren. Darüber hinaus ergeben sich noch etwas höhere Ausgabenzuwächse durch eine Flexibilisierung der bestehenden Pflegeleitlinien, die vor allem auf den stärkeren Einbezug von Demenzerkrankten in die Leistungen der Pflegeversicherung zielen.

Geplante Pflegereform mit beträchtlichen Mehrausgaben verbunden

Die restlichen gut 1 Mrd € der Mehreinnahmen pro Jahr sollen in einen von der Bundesbank verwalteten Vorsorgefonds fließen. Über einen Zeitraum von 20 Jahren soll bis Ende 2034 ein Kapitalstock aufgebaut werden, von dem ab 2035 höchstens ein Zwanzigstel pro Jahr zur Begrenzung des erwarteten Beitragssatzanstiegs verwendet werden soll. Die Mittel sollen ausschließlich zur Finanzierung von Leistungsaufwendungen der sozialen Pflegeversicherung verwendet werden – also nicht etwa zur Entlastung des Bundeshaushalts zweckentfremdet werden.

Zweckgebundener Vorsorgefonds zur Beitragssatzglättung

Das erweiterte Leistungsvolumen der sozialen Pflegeversicherung wird künftige Beitragszahler noch stärker zusätzlich belasten. Mit dem geplanten vorübergehenden Aufbau eines kollektiven Kapitalstocks lässt sich die Beitragsbelas-

*Durch Leistungs-
 ausweitungen
 geschwächte
 finanzielle Trag-
 fähigkeit durch
 temporäre Rück-
 lagen nicht zu
 beheben*

tung über die Generationen gleichmäßiger verteilen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Sonderrücklage auch in den kommenden, finanziell schwierigeren Zeiten des demografischen Umbruchs nicht vorzeitig in Anspruch genommen wird. Der Gesetzgeber hat zwar einen eng definierten Verwendungszweck vorgesehen, letztlich kann diese Vorschrift aber bei Bedarf wieder geändert werden. Die Verwaltung durch die Bundesbank bietet insoweit keinen Schutz vor einem vorzeitigen Zugriff. Überdies sollte die Wirkung der Rücklage angesichts einer möglichen Verdoppelung des Pflegeversicherungsbeitragsatzes bis zur Mitte des laufenden Jahrhunderts nicht überschätzt werden, da sie den Beitragssatz über gut 20 Jahre gerade einmal um etwa 0,1 Prozentpunkte wird mindern können.

■ Wertpapiermärkte

Rentenmarkt

*Hoher Netto-
 absatz am
 deutschen
 Rentenmarkt
 im Mai*

Im Mai 2014 stieg das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt mit einem Bruttoabsatz von 138,7 Mrd € deutlich gegenüber dem Vormonat (120,5 Mrd €). Nach Abzug der gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden inländische Schuldverschreibungen für netto 28,6 Mrd € abgesetzt. Der Umlauf ausländischer Schuldverschreibungen in Deutschland stieg im Berichtsmonat um 3,5 Mrd €, so dass der Umlauf von Schuldtiteln am deutschen Markt insgesamt um 32,0 Mrd € zunahm.

*Hohe Netto-
 emissionen der
 öffentlichen
 Hand*

Die öffentliche Hand begab im Mai Schuldverschreibungen in Höhe von netto 18,4 Mrd € (nach Tilgungen in Höhe von 12,1 Mrd € im April). Dabei emittierte vor allem der Bund neue Anleihen (netto 16,7 Mrd €). Der Schwerpunkt der Emissionen lag bei fünfjährigen Bundesobligationen (5,7 Mrd €) sowie zweijährigen Bundesschatzanweisungen (5,4 Mrd €). Zudem erhöhte er den Umlauf von zehn- und 30-jährigen Bundesanleihen um 3,6 Mrd € beziehungsweise 1,6 Mrd €. Dem standen Nettotilgungen

Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2013	2014	
	Mai	April	Mai
Absatz			
Inländische Schuldverschreibungen ¹⁾	- 2,9	- 23,6	28,6
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 9,8	- 12,1	11,3
Anleihen der öffentlichen Hand	6,5	- 12,1	18,4
Ausländische Schuldverschreibungen ²⁾	20,2	16,8	3,5
Erwerb			
Inländer	1,8	7,8	5,2
Kreditinstitute ³⁾	- 4,0	1,7	1,8
Deutsche Bundesbank	- 1,1	- 1,8	- 1,0
Übrige Sektoren ⁴⁾	6,8	7,9	4,4
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 7,8	- 10,7	1,9
Ausländer ²⁾	15,4	- 14,6	26,8
Absatz bzw. Erwerb insgesamt	17,3	- 6,8	32,0

¹ Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. ² Transaktionswerte. ³ Buchwerte, statistisch bereinigt. ⁴ Als Rest errechnet.
 Deutsche Bundesbank

von Unverzinslichen Schatzanweisungen (Bubills) in Höhe von 2,0 Mrd € gegenüber. Die Länder begaben im Ergebnis eigene Anleihen für 1,6 Mrd €.

Heimische Kreditinstitute erhöhten im Mai ihre Kapitalmarktverschuldung um netto 11,3 Mrd € (April: - 12,1 Mrd €). Dabei stieg vor allem der Umlauf von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute, zu denen beispielsweise öffentliche Förderbanken zählen (8,9 Mrd €). Die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen nahmen per saldo um 4,9 Mrd € zu. Hingegen wurden Hypothekendarlehen sowie Öffentliche Pfandbriefe netto getilgt (2,0 Mrd € bzw. 0,4 Mrd €).

*Gestiegene
 Kapitalmarkt-
 verschuldung
 der Kredit-
 institute*

Inländische Unternehmen tilgten im Berichtsmonat Anleihen für per saldo 1,1 Mrd €, im Vergleich zu Nettoemissionen von 0,6 Mrd € im Vormonat. Die Tilgungen sind im Ergebnis weit überwiegend auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen (0,9 Mrd €).

*Nettotilgungen
 von Unter-
 nehmens-
 anleihen*

Ausländische Investoren als stärkste Erwerbergruppe

Auf der Erwerberseite traten im Mai vor allem ausländische Investoren als Käufer auf (26,8 Mrd €). Inländische Nichtbanken nahmen für netto 4,4 Mrd € zinstragende Papiere in ihre Depots, dabei erwarben sie vor allem ausländische Schuldverschreibungen (2,5 Mrd €). Hiesige Kreditinstitute kauften Schuldverschreibungen für netto 1,8 Mrd €, darunter befanden sich im Ergebnis ausschließlich ausländische Titel.

Aktienmarkt

Schwacher Nettoabsatz am Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt wurden im Berichtsmonat neue Aktien von inländischen Gesellschaften für netto 0,9 Mrd € begeben. Der Bestand an ausländischen Dividentiteln am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 8,8 Mrd €. Erworben wurden Aktien per saldo vor allem von inländischen Nichtbanken (10,8 Mrd €), aber auch von ausländischen Investoren (6,2 Mrd €). Dem standen Nettoverkäufe der heimischen Kreditinstitute in Höhe von 7,3 Mrd € gegenüber.

Investmentfonds

Moderate Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Mai per saldo Mittelzuflüsse in Höhe von 6,8 Mrd € (April: 2,8 Mrd €). Hiervon profitierten im Ergebnis vor allem die institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds (5,2 Mrd €). Von den Fondsanbietern verkauften vor allem Gemischte Wertpapierfonds neue Anteilscheine (2,3 Mrd €), aber auch Rentenfonds (1,6 Mrd €) sowie Gemischte Fonds (1,3 Mrd €) platzierten neue Anteile am Markt. Der Umlauf der in Deutschland vertriebenen ausländischen Fondsanteile nahm im Berichtsmonat um 0,7 Mrd € zu. Erworben wurden Investmentanteile im Mai vor allem von inländischen Nichtbanken (7,2 Mrd €). Dabei handelte es sich im Ergebnis überwiegend um inländische Papiere. Ausländische Investoren erwarben Anteilscheine für per saldo 2,8 Mrd €, während die heimischen Kreditinstitute Investmentzertifikate für netto 2,6 Mrd € veräußerten.

Zahlungsbilanz³⁾

Die deutsche Leistungsbilanz wies im Mai 2014 einen Überschuss von 13,2 Mrd € auf. Das Ergebnis lag um 3,7 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Der Rückgang war durch die Ausweitung des Passivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, der Dienstleistungen, Primäreinkommen sowie Sekundäreinkommen umfasst, bedingt. Der positive Saldo im Warenhandel nahm zwar zu, jedoch nur in geringem Umfang.

Leistungsbilanzüberschuss zurückgegangen

Der Überschuss im Warenhandel stieg im Mai gegenüber dem Vormonat um 0,6 Mrd € auf 19,2 Mrd €. Dazu hat vor allem die Verbesserung des Aktivsaldo im Außenhandel beigetragen, der sich nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im gleichen Umfang auf 17,8 Mrd € vergrößerte. Dabei sanken die zugehörigen Einfuhren stärker als die Ausfuhren.

Aktivsaldo im Warenhandel zugenommen

Das Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen weitete sich im Mai um 4,3 Mrd € gegenüber dem Vormonat auf 6,0 Mrd € aus. Ausschlaggebend dafür war der Umschwung zu einem Passivsaldo von 2,0 Mrd € bei den Primäreinkommen, nach einem Aktivsaldo von zuvor 3,8 Mrd €. Die Verschlechterung stand vor allem in Verbindung mit höheren Dividendenzahlungen an Gebietsfremde. Die insbesondere daraus resultierenden höheren Einnahmen des Staates aus laufenden Steuern auf Einkommen und Vermögen führten dazu, dass das Defizit bei den Sekundäreinkommen um 2,1 Mrd € auf 1,3 Mrd € zurückging. Zudem stieg der Minussaldo in der Dienstleis-

Defizit bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen vergrößert

³⁾ Die deutsche Zahlungsbilanzstatistik wird mit diesem Berichtsmonat erstmalig nach dem überarbeiteten Standard des Internationalen Währungsfonds (IWF) dargestellt. Die Statistik folgt damit der 6. Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus (Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM 6)). Mit den Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz ändert sich auch der Ausweis in der Tabelle „Wichtige Posten der Zahlungsbilanz“. Im Monatsbericht der Bundesbank vom Juni 2014 wurde in einem Aufsatz ausführlich über die Änderungen berichtet.

tungsbilanz vor allem wegen höherer Ausgaben im Reiseverkehr um 0,6 Mrd € auf 2,6 Mrd €.

Netto-Kapitalimporte im Wertpapierverkehr

In einem überwiegend stabilen Kapitalmarktumfeld kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands im Mai zu Netto-Kapitalimporten in Höhe von 30,1 Mrd €. Ausschlaggebend für diese Mittelzuflüsse war das lebhaftere Neuengagement ausländischer Anleger in deutschen Wertpapieren (35,8 Mrd €). Dabei spielte vor allem der Kauf von Anleihen (23,2 Mrd €) eine wesentliche Rolle. Der überwiegende Teil der Nachfrage entfiel auf die in diesem Monat umfangreichen Neuemissionen des Bundes. Des Weiteren waren Aktien (6,2 Mrd €) und Geldmarktpapiere (3,6 Mrd €) gefragt. Hingegen führten die Transaktionen hiesiger Portfolioinvestoren zu Kapitalexporten (5,8 Mrd €). Diese erhöhten ihren Bestand an Schuldverschreibungen (3,5 Mrd €). Dabei kauften sie – insbesondere in Euro denominated – Anleihen (6,7 Mrd €), während sie sich von Geldmarktpapieren (3,2 Mrd €) trennten. Außerdem erwarben sie Aktien und Investmentzertifikate in Höhe von zusammen 2,3 Mrd €.

Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im Mai – im Gegensatz zum grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr – Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 2,5 Mrd €. Für diese Entwicklung war vorwiegend die Bereitstellung finanzieller Mittel von gebietsansässigen Unternehmen an das Ausland verantwortlich (5,8 Mrd €). Einer Aufstockung des Beteiligungskapitals (11,2 Mrd €) stand ein Kapitalzufluss im Rahmen ihrer konzerninternen Kreditbeziehungen gegenüber (5,3 Mrd €).⁴⁾ Zudem führten gebietsfremde Firmen verbundenen Unternehmen in Deutschland Mittel zu

⁴⁾ Mit der Umsetzung der 6. Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus des Internationalen Währungsfonds (BPM 6) in Deutschland werden die Kreditbeziehungen verbundener Unternehmen nach dem Asset-Liability-Prinzip dargestellt. Damit enthalten Direktinvestitionskredite an das Ausland neben den von inländischen Muttergesellschaften vergebenen Krediten auch diejenigen hier ansässiger Niederlassungen an ihre gebietsfremden Eigner. Entsprechendes gilt für die aus dem Ausland zufließenden Direktinvestitionskredite.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013	2014	
	Mai P)	April P)	Mai P)
I. Leistungsbilanz	+ 12,8	+ 16,9	+ 13,2
1. Warenhandel ¹⁾	+ 16,7	+ 18,5	+ 19,2
Ausfuhr (fob)	87,9	92,6	91,3
Einfuhr (fob)	71,1	74,1	72,1
nachrichtlich:			
Außenhandel ²⁾	+ 13,6	+ 17,2	+ 17,8
Ausfuhr (fob)	88,2	93,7	92,0
Einfuhr (cif)	74,6	76,5	74,3
2. Dienstleistungen ³⁾	- 4,5	- 2,0	- 2,6
Einnahmen	15,5	15,9	16,6
Ausgaben	20,0	17,9	19,2
3. Primäreinkommen	+ 2,8	+ 3,8	- 2,0
Einnahmen	17,6	17,2	17,6
Ausgaben	14,8	13,4	19,6
4. Sekundäreinkommen	- 2,2	- 3,4	- 1,3
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 14,4	+ 30,4	+ 17,8
1. Direktinvestition	+ 0,9	+ 13,0	+ 2,5
Inländische Anlagen im Ausland	+ 1,4	+ 13,5	+ 5,8
Ausländische Anlagen im Inland	+ 0,5	+ 0,5	+ 3,3
2. Wertpapieranlagen	- 5,7	+ 47,4	- 30,1
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 27,2	+ 19,5	+ 5,8
Aktien ⁴⁾	+ 4,7	+ 0,3	+ 1,6
Investmentfondsanteile ⁵⁾	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,7
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 17,3	+ 14,0	+ 6,7
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 2,8	+ 2,7	- 3,2
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 32,9	- 27,8	+ 35,8
Aktien ⁴⁾	+ 16,6	- 9,8	+ 6,2
Investmentfondsanteile	+ 0,8	- 3,4	+ 2,8
Langfristige Schuldverschreibungen ⁶⁾	+ 11,6	- 10,7	+ 23,2
Kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 3,8	- 4,0	+ 3,6
3. Finanzderivate ⁸⁾	+ 4,7	+ 3,7	+ 5,5
4. Übriger Kapitalverkehr ⁹⁾	+ 14,5	- 33,9	+ 40,4
Monetäre Finanzinstitute ¹⁰⁾	+ 19,7	+ 0,3	+ 20,2
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	+ 20,4	+ 2,7	+ 14,0
Staat	+ 2,0	- 13,5	+ 18,1
Bundesbank	- 0,2	- 9,7	+ 12,6
Bundesbank	- 7,0	- 11,0	- 10,5
5. Währungsreserven ¹²⁾	- 0,0	+ 0,2	- 0,6
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	+ 1,4	+ 13,3	+ 4,5

¹⁾ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ²⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ³⁾ Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ⁴⁾ Einschl. Genusscheine. ⁵⁾ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁶⁾ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁷⁾ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸⁾ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktioptionen. ⁹⁾ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹⁰⁾ Ohne Bundesbank. ¹¹⁾ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹²⁾ Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. ¹³⁾ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

(3,3 Mrd €). Dies geschah primär über den Kreditverkehr (2,9 Mrd €).

*Mittelabflüsse
im übrigen
Kapitalverkehr*

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im Mai Netto-Kapitalexporte (40,4 Mrd €). Auf die Transaktionen von Unternehmen und Privatpersonen entfielen dabei 18,1 Mrd €. Zusätzlich führten die grenz-

überschreitenden Dispositionen staatlicher Stellen zu Mittelabflüssen (netto 12,6 Mrd €). Die Netto-Auslandsforderungen der Kreditinstitute erhöhten sich im Mai um 20,2 Mrd €, während sich die Auslandsposition der Bundesbank um 10,5 Mrd € verringerte. Maßgeblich hierfür war der Rückgang des TARGET2-Saldos (10,8 Mrd €).

Die Währungsreserven der Bundesbank haben im Mai – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,6 Mrd € abgenommen.

■ Wechselkurse und Finanzstress

Wechselkurse unterliegen in Zeiten hoher Anspannung an den internationalen Finanzmärkten erfahrungsgemäß größeren Schwankungen. Häufig werten dann die Währungen von Staaten, in denen die Zinsen vergleichsweise hoch sind, stark und abrupt ab. Das Gegenteil ist bei Niedrigzinswährungen zu beobachten. Im Zuge der globalen Finanzkrise legten beispielsweise Währungen wie der Schweizer Franken, der Yen oder der US-Dollar zumindest phasenweise kräftig an Wert zu, während andere Währungen wie der australische Dollar, der kanadische Dollar und die Währungen vieler Schwellenländer deutlich abwerteten. Als sich die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum im Verlauf des Jahres 2011 zuspitzte, gewann der Schweizer Franken gegenüber dem Euro so stark an Wert, dass er annähernd Parität erreichte. Die Schweizerische Nationalbank kündigte daraufhin im Herbst 2011 sogar an, im Bedarfsfall unbeschränkt Devisen zu kaufen, um einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro durchzusetzen.

Der vorliegende Aufsatz diskutiert verschiedene Erklärungsansätze für diese deutlichen Wechselkursbewegungen in Krisenzeiten. Dazu zählt zum einen die Rückabwicklung sogenannter Currency Carry Trades, also spekulativer Geschäfte, im Rahmen derer Investoren auf der Suche nach höherer Rendite internationale Zinsdifferenzen auszunutzen versuchen. Zum anderen wird häufig auf „Safe Haven“-Flüsse verwiesen, also auf Kapitalströme, die darauf zurückzuführen sind, dass Anleger ihr Kapital in einem bestimmten Währungsraum in Krisenzeiten für relativ sicher angelegt halten.

Da der Begriff einer „Safe Haven“-Währung nicht immer einheitlich verwendet und der Status als „Safe Haven“-Währung in verschiedenen Situationen unterschiedlichen Währungen zugeschrieben wird, stellt der Aufsatz zudem einen empirischen Ansatz zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen vor. In dem zugrunde liegenden Modell wird explizit zwischen Zeiten hoher und niedriger Spannungen an den Finanzmärkten unterschieden und analysiert, inwieweit sich die Wechselkursreaktionen in beiden Regimen unterscheiden. Auf Basis der empirischen Ergebnisse können der Schweizer Franken und der US-Dollar als „Safe Haven“-Währungen bezeichnet werden. Für sich genommen steigen ihre Kurse, wenn die globale Aktienmarkttrendite in Zeiten hohen Finanzstresses sinkt. Aufwertungen des Yen in Krisenzeiten scheinen indes in erster Linie auf die Rückabwicklung von Carry Trades zurückzuführen zu sein. Ein darüber hinausgehender Zusammenhang zwischen der Wechselkursänderungsrate und der globalen Aktienmarkttrendite kann für den Yen dagegen nicht bestätigt werden.

Für den Euro deuten die Resultate des Modells auf keine krisenspezifische Reaktion hin. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Beobachtung, dass der Euro selbst zu Hochzeiten der Staatsschuldenkrise gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner nur vergleichsweise wenig an Wert verloren hat.

Wechselkursänderungen und Finanzstress seit Einführung des Euro

Währungen in Krisenzeiten teils großen Schwankungen unterworfen

Die globale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum haben – wie andere Krisen zuvor – gezeigt, dass Währungen in Zeiten hoher Anspannung an den Finanzmärkten stärkeren Schwankungen unterworfen sind als in ruhigen Zeiten. Als beispielsweise die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 Insolvenz anmeldete, gewannen der handelsgewichtete Yen binnen eines Monats rund 11%, der Schweizer Franken 3% und der US-Dollar 5% an Wert, während der australische Dollar im gleichen Zeitraum 13½% und der kanadische Dollar 8½% einbüßten.¹⁾ Generell ist zu beobachten, dass Niedrigzinswährungen in ruhigen Zeiten an den Finanzmärkten tendenziell abwerten, während sie in unruhigen Zeiten oft schlagartig aufwerten.²⁾ Das Gegenteil ist bei Währungen von Ländern mit vergleichsweise hohen Zinssätzen zu beobachten. Unterstellt man rationale Erwartungen, so steht diese Beobachtung zumindest in der kurzen Frist im Widerspruch zur Hypothese der ungedeckten Zinsparitätentheorie. Nimmt ein Investor Geldmittel in einer niedrig verzinsten Währung auf und legt diese in einer höher verzinsten Währung an, so sollte der erwartete Gewinn dieser Transaktion gemäß der Zinsparitätentheorie null betragen, weil eine erwartete Aufwertung der Finanzierungswährung über den Anlagezeitraum den aus dem Zinsvorteil resultierenden Ertrag gerade aufwiegen sollte. Wenn die Erwartungen der Investoren im Mittel korrekt sind, sollten Niedrigzinswährungen folglich gegenüber Hochzinswährungen auf- und nicht abwerten – unabhängig vom Grad der Unsicherheit an den Finanzmärkten.

Um einen ersten groben Eindruck zu gewinnen, ob über die oben genannten Einzelfälle hinaus ein allgemeiner Zusammenhang zwischen Wechselkursen und dem Finanzstressniveau besteht, werden exemplarisch die prozentualen monatlichen Änderungsraten der nominalen effektiven Wechselkurse Australiens, der

Schweiz, der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU), Japans, des Vereinigten Königreichs sowie der Vereinigten Staaten gegenüber 37 wichtigen Handelspartnern³⁾ gemeinsam mit dem Chicago Board Options Exchange (CBOE) S&P 100-Volatilitätsindex (VXO) seit der Einführung des Euro betrachtet (siehe Schaubild auf S. 17).⁴⁾ Die verwendeten effektiven Wechselkurse basieren auf der Mengennotierung, das heißt, sie geben an, wie viele Einheiten der gewichteten ausländischen Währungen man für eine Einheit der jeweiligen heimischen Währung erhält. Entsprechend impliziert ein Anstieg des effektiven Wechselkurses in dieser Notation eine Aufwertung der heimischen Währung. Der VXO spiegelt die erwartete Schwankungsbreite des US-amerikanischen Aktienindex S&P 100 für den kommenden Monat wider. Er fungiert in der folgenden Analyse als Indikator für den Grad der Anspannung an den Finanzmärkten.⁵⁾

Es zeigt sich, dass höhere Werte des VXO, die ein höheres Finanzstressniveau widerspiegeln, tendenziell mit einer Aufwertung des Schweizer Franken, des Yen und des US-Dollar einhergehen. Das Gegenteil kann beim australischen Dollar beobachtet werden. Im Falle des Euro ist auf Basis dieser einfachen grafischen Analyse

Höherer Finanzstress tendenziell mit Aufwertungen des Schweizer Franken, des Yen und des US-Dollar verbunden

¹ Basierend auf den Änderungsraten der nominalen effektiven Wechselkurse der betrachteten Währungen gegenüber 37 bedeutenden Handelspartnern. Vor der Insolvenz von Lehman Brothers lagen die durchschnittlichen absoluten monatlichen Änderungsraten dieser Währungen im Jahr 2008 dagegen bei lediglich rd. 1% bis 2%.

² Studien, in denen auf diese Beobachtung näher eingegangen wird, sind bspw.: M. Brunnermeier, S. Nagel und L.H. Pedersen (2008), Carry trades and currency crashes, NBER Working Paper No 14473; sowie C. Burnside, M. Eichenbaum und S. Rebelo (2011), Carry trade and momentum in currency markets, Annual Review of Financial Economics 3, S. 511–535.

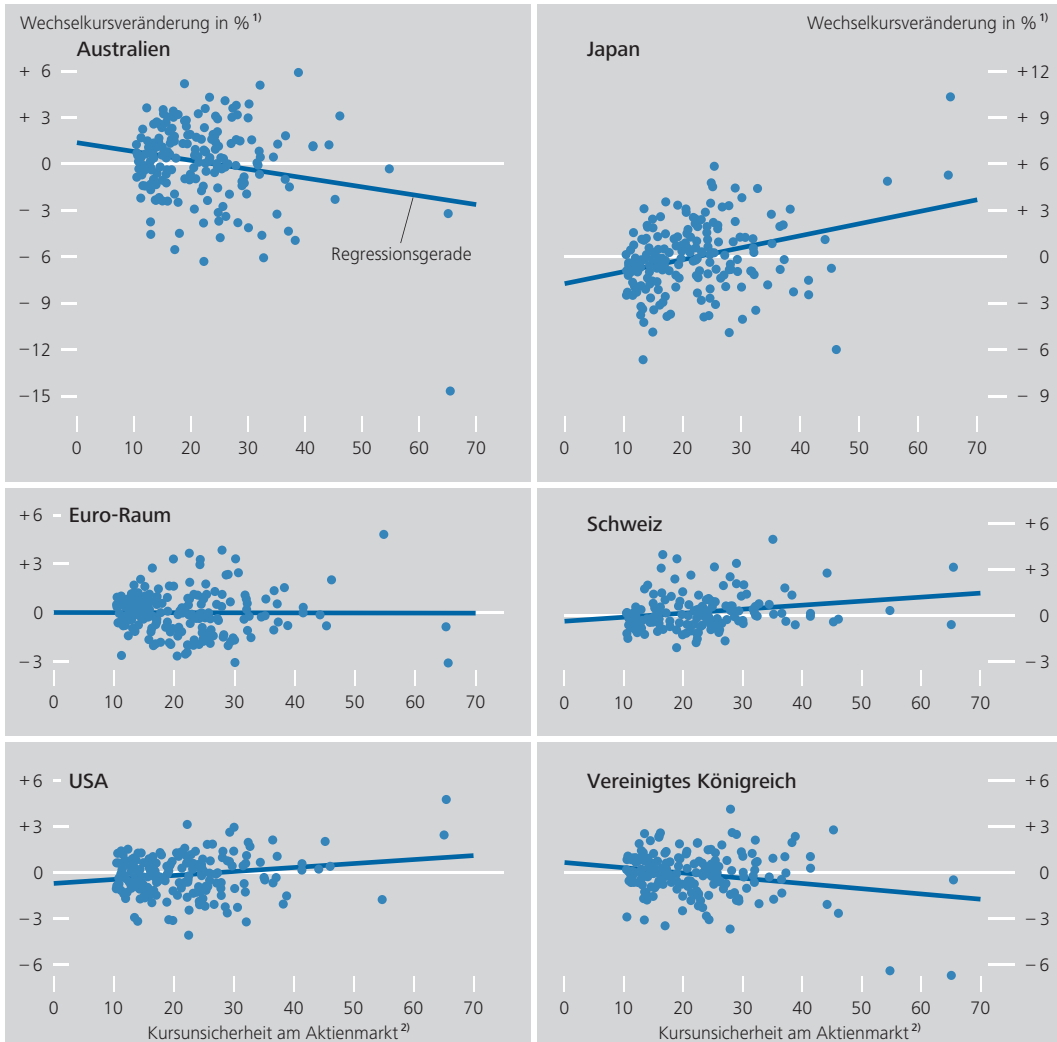
³ Im Falle der EWU gegenüber 20 Ländern.

⁴ Wegen der Bekanntgabe des Mindestkurses des Schweizer Franken gegenüber dem Euro im Herbst 2011 werden im Falle der Schweiz nur Daten bis einschl. August 2011 verwendet.

⁵ Der VXO ist hoch korreliert mit dem CBOES&P500-Volatilitätsindex (VIX), der in der volkswirtschaftlichen Literatur oft als Unsicherheitsmaß bzw. Finanzstressindikator genutzt wird. Der VXO wird anstelle des VIX verwendet, da für einen längeren Zeitraum Daten vorliegen, auf die im Rahmen der später vorgestellten ökonometrischen Analyse zurückgegriffen wird.

Wechselkursänderungsraten und Kursunsicherheit am Aktienmarkt

Beobachtungszeitraum Januar 1999 bis Mai 2014, Schweiz nur bis einschließlich August 2011



1 Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses gegenüber dem Vormonat. Ein Anstieg entspricht einer Aufwertung der jeweils betrachteten Währung. **2** Gemessen am Volatilitätsindex für den S&P 100 (VXO).

Deutsche Bundesbank

kein eindeutiger Zusammenhang auszumachen.

Zwei Ursachen werden häufig für die deutlichen Ausschläge von Wechselkursen in Zeiten hohen Finanzstresses verantwortlich gemacht: zum einen die Rückabwicklung von Currency Carry Trades, zum anderen „Safe Haven“-Flüsse. Auf Carry Trades und „Safe Haven“-Flüsse wird in der Finanzpresse allerdings auch oft als Ursache von Wechselkursbewegungen verwiesen, wenn keine naheliegende, auf klassischen Wechselkursdeterminanten beruhende Erklärung gefunden werden kann. Nicht jede Wechselkursbewegung in Krisenzeiten ist je-

doch notwendigerweise auf eine der beiden Ursachen zurückzuführen. Auch ein sich ändernder Einfluss anderer Bestimmungsgrößen von Wechselkursen könnte dafür verantwortlich sein. Daher ist es sinnvoll, Carry Trades und „Safe Haven“-Flüsse als Ursachen für deutliche Wechselkursbewegungen in Krisenzeiträumen genauer zu untersuchen und präziser abzugrenzen. Dabei wird auch auf die von ihnen ausgehenden Konsequenzen für betroffene Länder eingegangen.

Rückabwicklung von Carry Trades und „Safe Haven“-Flüsse als mögliche Ursachen

Ursachen für starke Wechselkursschwankungen bei hohem Finanzstress

Rückabwicklung von Currency Carry Trades

Im Rahmen von Carry Trades werden Geldmittel in einer Niedrigzinswährung aufgenommen und in einer Hochzinswährung angelegt

Im Rahmen von „Currency Carry Trade“-Strategien nehmen Investoren Geldmittel in einer niedrig verzinsten Währung (Finanzierungs- oder Verschuldungswährung) auf und legen diese in einer höher verzinsten Währung (Zielwährung) an, ohne das dabei entstehende Wechselkursrisiko abzusichern.⁶⁾ Nach der Theorie der ungedeckten Zinsparität, die Risikoneutralität unterstellt, sollte die erwartete Rendite einer solchen Transaktion zwar null betragen, weil die erwartete Aufwertung der Finanzierungswährung über den Anlagezeitraum den Gewinn aus der Zinsdifferenz gerade aufwiegen sollte. Eine Vielzahl empirischer Analysen zur Überprüfung der ungedeckten Zinsparität kommt jedoch zu dem Schluss, dass die Bedingung zumindest für Geldmarktpapiere mit kurzer Laufzeit ex post betrachtet im Durchschnitt nicht erfüllt ist.⁷⁾ Oft ist sogar das Gegenteil zu beobachten, nämlich dass die Zielwährung über den Anlagezeitraum aufwertet und das „Carry Trade“-Geschäft so noch lukrativer wird; zu der Zinsdifferenz erhält der Anleger zusätzlich einen Kursgewinn am Devisenmarkt.

„Carry Trade“-Strategien im Mittel profitabel, aber hoch riskant

Wegen des über einen langen Zeitraum niedrigen Zinssatzes war neben dem US-Dollar in den vergangenen zwei Jahrzehnten insbesondere der Yen als Finanzierungswährung für Carry Trades gefragt. Auch wenn diese Strategie historisch betrachtet im Durchschnitt für viele Währungspaare positive Überschussrenditen lieferte, ist sie im Einzelfall mit hohen Risiken behaftet. Falls die Finanzierungswährung entgegen der Hoffnung der Spekulanten deutlich aufwertet, drohen erhebliche Verluste. Das Investment ist einem – wie es in der einschlägigen Literatur bezeichnet wird – Crash Risk ausgesetzt.⁸⁾

Wenn die Unsicherheit an den Finanzmärkten generell und am Devisenmarkt im Speziellen plötzlich ansteigt und die Risikobereitschaft der Marktteilnehmer abnimmt, machen in Carry Trades engagierte Anleger – zuweilen schlagartig – ihr Investment in der hoch verzinsten Währung rückgängig und kehren in die niedrig verzinsten Währung zurück. Die Rückabwicklung von Carry Trades schwächt so die Hochzinswährung und stärkt die Niedrigzinswährung. Dies kann wiederum andere Anleger dazu veranlassen, ihr Engagement ebenfalls rückgängig zu machen, wodurch der beschriebene Wechselkurseffekt noch verstärkt wird.⁹⁾ Da ein Großteil der Carry Trades fremdfinanziert und so abhängig von der Finanzierung durch Banken ist, kann im Krisenfall darüber hinaus eine eingeschränkte Kreditvergabe für hoch riskante Investitionen – zu denen auch Carry Trades zählen – zum Abbau von Carry Trades beitragen.¹⁰⁾

Angesichts der sehr lockeren Geldpolitik ist die Rendite kurzfristiger Staatspapiere in vielen Industrieländern real betrachtet in den negativen Bereich gerutscht. Vor diesem Hintergrund suchen Investoren vermehrt nach alternativen Investitionsmöglichkeiten, die möglicherweise zwar riskanter sind, aber eine höhere erwartete Rendite bieten („search for yield“). Der Aufbau von „Currency Carry Trade“-Positionen ist eine

Rückabwicklung von Carry Trades bedingt Aufwertung der Finanzierungswährung

Auswirkungen der Niedrigzinspolitik auf „Carry Trade“-Volumen

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Wechselkurs und Zinsdifferenz: jüngere Entwicklungen seit Einführung des Euro, Monatsbericht, Juli 2005, S. 29–45.

⁷ Siehe bspw.: M. D. Chinn und G. Meredith (2005), Testing uncovered interest parity at short and long horizons during the post-Bretton Woods era, NBER Working Paper No 11077; R. Clarida, J. Davis und N. Pedersen (2009), Currency carry trade regimes: beyond the Fama regression, Journal of International Money and Finance 28, S. 1375–1389, zeigen ferner, dass sich die Ergebnisse ökonomischer Schätzungen zur Überprüfung der ungedeckten Zinsparität je nach Stressniveau an den Finanzmärkten stark unterscheiden.

⁸ Vgl.: M. Brunnermeier, S. Nagel und L. H. Pedersen (2008), a. a. O., S. 313.

⁹ Zur Rolle der Rückabwicklung von Carry Trades bei Wechselkursbewegungen in Krisenzeiten siehe auch: M. Kohler, Exchange rates during financial crises, BIS Quarterly Review, März 2010.

¹⁰ Vgl.: R. MacKinnon und Z. Liu (2013), Hot money flows, commodity price cycles, and financial repression in U.S. and China: the consequences of near zero U.S. interest rates, China & World Economy 21, S. 1–13.

solche Investitionsmöglichkeit. Die Aufwertungstendenzen diverser Hochzinswährungen im Zuge abnehmender Spannungen an den internationalen Finanzmärkten bis zum Frühjahr 2013 sind Folge verstärkter Kapitalzuflüsse, die auch mit einem Anstieg der „Carry Trade“-Ströme in diese Länder in Zusammenhang gebracht werden.¹¹⁾

Carry Trades können zum Aufbau von Asset-Preisblasen beitragen und zu Problemen im Bankensektor führen

Generell besteht die Gefahr, dass die mit Carry Trades verbundenen Kapitalströme zu einem übermäßigen Preisanstieg und letztlich zu Übertreibungen bei verschiedenen Anlagegütern in den Zielländern führen, wenn eine zusätzliche Nachfrage auf ein kurzfristig in aller Regel beschränktes Angebot trifft.¹²⁾ Zudem kommt es häufig zu einer über den Zeitverlauf spürbaren Aufwertung der Zielwährung, die die Wettbewerbsfähigkeit des betroffenen Landes schmälert. Im Falle einer Rückabwicklung, die mit einer abrupten und deutlichen Aufwertung einer Finanzierungswährung verbunden ist, drohen umgekehrt Kreditausfälle, da ein Großteil der Carry Trades – wie erwähnt – fremdfinanziert ist. Damit können die möglichen negativen Auswirkungen von Carry Trades über den Bankensektor auch die Volkswirtschaften anderer Länder in Mitleidenschaft ziehen. Ferner kann sich unter der Annahme unveränderter relativer Preisentwicklungen zwischen In- und Ausland die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Länder, deren Währungen zur Finanzierung von Carry Trades genutzt werden, durch deren Rückabwicklung schlagartig verschlechtern. Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit über eine Abwertung der heimischen Währung zuvor auch kontinuierlich verbessert haben dürfte.

Deutliche Abschlüge bei typischen „Carry Trade“-Zielwährungen im Zuge der Tapering-Diskussion in den USA

Ein Indiz dafür, wie sensibel Carry Trades auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren, waren die teils deutlichen Abwertungen einiger Hochzinswährungen im Verlauf des letzten Jahres, für die die Rückabwicklung von Carry Trades und anderer kurzfristig orientierter Kapitalzuflüsse eine Erklärung liefern.¹³⁾ Dafür genügten Diskussionen über einen früheren schritt-

weisen Ausstieg (Tapering) aus der lockeren US-Geldpolitik und damit einhergehende Zinssteigerungserwartungen sowie eine erwartete Aufwertung des US-Dollar, infolge derer die Profitabilität von Carry Trades mit dem US-Dollar als Finanzierungswährung abgenommen hätte.¹⁴⁾

„Safe Haven“-Flüsse

Währungen können in Krisenzeiten auch aus dem Grund aufwerten, dass die sie emittierenden Länder als sicher geltende Anlageinstrumente anbieten. Die Währungen solcher Länder werden gemeinhin als „Safe Haven“-Währungen bezeichnet. „Safe Haven“-Zuflüsse in einen Währungsraum haben – genau wie die Rückabwicklung von Carry Trades – für sich genommen zur Folge, dass sich die Währung des Ziellandes dieser Kapitalströme verteuert.

In der präzisen Definition von „Safe Haven“-Währungen (bzw. Anlagegütern generell) gibt es in der Literatur aber durchaus Unterschiede. Sie werden als Hedge-Assets betrachtet, die der Tendenz nach an Wert zulegen, wenn ein bestimmtes Referenzportfolio zugleich an Wert einbüßt, als „Rainy Day“-Assets, die dann Wertsteigerungen verzeichnen, wenn ein Referenzportfolio in Zeiten hoher Unsicherheit an Wert verliert oder generell als Anlagegüter, deren Preise steigen, wenn die Unsicherheit hoch

„Safe Haven“-Währung in der Literatur unterschiedlich definiert

¹¹ So wertete beispielsweise der australische Dollar von Mitte 2009 bis April 2013 in effektiver Rechnung gegenüber 37 wichtigen Handelspartnern um rd. 27% auf.

¹² Siehe hierzu: R. MacKinnon und Z. Liu (2013), a. a. O.

¹³ Der australische Dollar verlor gegenüber den Währungen 37 wichtiger Handelspartner von April bis Dezember 2013 rd. 14½% an Wert, der brasilianische Real 16½% und die indonesische Rupiah sogar 19%.

¹⁴ Für eine vertiefte Analyse zu den Auswirkungen von Tapering-Neuigkeiten auf Schwellenländer siehe: J. Aizenman, M. Binici und M.M. Hutchison (2014), The transmission of Federal Reserve tapering news to emerging financial markets, NBER Working Paper No 19980; sowie F. Nechio, Fed tapering and emerging markets, Federal Reserve Bank of San Francisco, FRBSF Economic Letter, 3. März 2014.

Realer effektiver Wechselkurs des Yen und des Schweizer Franken¹⁾

Durchschnitt seit 1975 = 100, vierteljährlich, log. Maßstab¹⁾



* Gegenüber 19 wichtigen Handelspartnern auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes. 1) Skala invertiert: Anstieg der Kurve (Rückgang der Werte) kennzeichnet eine reale Abwertung/Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit.
 Deutsche Bundesbank

Die diesem Schritt vorausgegangene deutliche nominale Aufwertung des Franken wirkte sich negativ auf die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft aus. Die Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses des Schweizer Franken zeigt dies deutlich (siehe nebenstehendes Schaubild). Für das dritte Quartal 2011, also als die Schweizerische Nationalbank ihr Wechselkursziel angekündigt hat, deutet dieser Indikator auf eine rund 26½% ungünstigere Wettbewerbsfähigkeit als im auf 100 normierten langfristigen Durchschnitt hin. Sie befand sich damit auf einem historischen Tiefstand.¹⁷⁾

*„Safe Haven“-
 Zuflüsse beein-
 trächtigen
 internationale
 preisliche
 Wettbewerbs-
 fähigkeit*

Zwar wertete auch der Yen in dieser Phase spürbar auf und schwächte so die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Japans. Allerdings bewegte sich diese zum gleichen Zeitpunkt nur rund 3% unterhalb des langfristigen Durchschnitts (siehe nebenstehendes Schaubild). Mitverantwortlich für die – gemessen an diesem Kriterium – nur äußerst moderate Überbewertung des Yen war, dass seiner deutlichen Aufwertung – im Unterschied zur Entwicklung des Schweizer Franken – eine lange Phase kontinuierlicher nominaler Abwertungen vorausgegangen war. Dies könnte als Indiz dafür gedeutet werden, dass im Falle des Yen in erster Linie die Rückabwicklung von Carry Trades verantwortlich für dessen Aufwertung war, während im Falle des Schweizer Franken „Safe Haven“-Zuflüsse eine zentrale Rolle gespielt haben dürften. Die nachfolgende empirische Untersuchung wird diese Hypothese stützen (siehe Erläuterungen auf S. 21 ff.).

*Aufwertungen
 durch die Rück-
 führung von
 Carry Trades
 „korrigieren“
 prinzipiell voran-
 gegangene Ab-
 wertungen*

ist.¹⁵⁾ Abgesehen von den inhaltlich voneinander abweichenden Definitionen wird die Klassifizierung als „Safe Haven“-Anlagegut folglich in den ersten beiden Definitionen durch die Wahl eines geeigneten Referenzportfolios bestimmt. Die Schwierigkeiten bei der Identifizierung von „Safe Haven“-Währungen lassen sich beispielhaft an der Entwicklung des Schweizer Franken und des Yen während der Staatsschuldenkrise zeigen.

*Massive Auf-
 wertung des
 Schweizer
 Franken
 während der
 Staatsschulden-
 krise im Euro-
 Raum*

Die Stärke des Schweizer Franken wird in den Medien und in der einschlägigen Literatur einhellig auf seinen Status als „Safe Haven“-Währung zurückgeführt. Als der Franken Mitte 2011 gegenüber dem Euro so stark aufwertete, dass er annähernd Parität erreichte, kündigte die Schweizerische Nationalbank an, einen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro zu verteidigen. Ziel sei es, wie es in der entsprechenden Pressemitteilung heißt, der „massiven Überbewertung“ des Schweizer Franken entgegenzuwirken.¹⁶⁾

¹⁵ Vgl.: R.N. McCauley und P. McGuire, Dollar appreciation in 2008: safe haven, carry trades, dollar shortage and overhedging, BIS Quarterly Review Dezember 2009; D.G. Baur und T.K. McDermott (2012), Is gold a safe haven? International evidence, Journal of Banking & Finance 34, S. 1886–1898; sowie A. Ranaldo und P. Söderlind (2010), Safe haven currencies, Review of Finance 14, S. 385–407.
¹⁶ Die Pressemitteilung der Schweizerischen Nationalbank vom 6. September 2011 ist unter der Adresse http://www.snb.ch/de/mmr/reference/pre_20110906/source/pre_20110906.de.pdf verfügbar.

¹⁷ Gemessen am realen effektiven Wechselkurs des Schweizer Franken auf Basis der Deflatoren für den Gesamtabsatz gegenüber 19 Industrieländern. In die Berechnung des langfristigen Durchschnitts gehen Beobachtungen seit Anfang 1975 ein.

Empirisches Vorgehen zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen

Nachfolgend wird ein ökonometrischer Ansatz zur Identifizierung von „Safe Haven“-Währungen vorgestellt. Dazu wird ein sogenanntes Schwellenwertmodell geschätzt, welches es ermöglicht, dass die geschätzten Koeffizienten vom Ausmaß der Anspannungen an den Finanzmärkten abhängen.¹⁾ Dabei wird zwischen zwei „Regimen“ von Finanzstress unterschieden.

Zur einfacheren Darstellung wird das Modell zunächst für den Fall beschrieben, dass die Koeffizienten in beiden Regimen gleich sind. Das ökonometrische Modell lautet dann:

$$\begin{aligned} \Delta e_t = & \beta_0 + \beta_1(i_{t-1}^* - i_{t-1}) \\ & + \beta_2(i_{t-1}^* - i_{t-1}) \cdot VXO_t \\ & + \beta_3(\pi_{t-1}^* - \pi_{t-1}) + \beta_4 u_{t-1} \\ & + \beta_5 \Delta msciw_t + \varepsilon_t \end{aligned}$$

Dabei bezeichnet Δe_t die Änderungsrate des nominalen effektiven Wechselkurses,²⁾ $(i_{t-1}^* - i_{t-1})$ die Differenz zwischen gewichtetem ausländischen und inländischem Einmonatsgeldmarktzins in der Vorperiode, $(\pi_{t-1}^* - \pi_{t-1})$ die Differenz zwischen gewichteter ausländischer und heimischer Inflationsrate in der Vorperiode, VXO_t den kontemporären CBOE S&P 100-Volatilitätsindex, u_{t-1} die Abweichung von einem separat geschätzten gleichgewichtigen realen Wechselkurs in der Vorperiode und $\Delta msciw_t$ die kontemporäre Rendite des globalen Aktienmarktindex MSCI World.

In der Analyse werden die effektiven Wechselkurse Australiens, Kanadas, der Schweiz, des Euro-Raums, Japans, Norwegens, Neuseelands, Schwedens, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten betrachtet. Sie werden dabei jeweils gegenüber den anderen neun Währungen berechnet. Dabei werden die offiziellen

Handelsgewichte verwendet, die auch von der Europäische Zentralbank bei der Berechnung effektiver Wechselkurse herangezogen werden.²⁾

Der langfristige gleichgewichtige Wechselkurs wird auf Basis der Kaufkraftparitätentheorie geschätzt, wobei zusätzlich ein deterministischer Trend zugelassen wird, das heißt, $q_t = \alpha_0 + \alpha_1 trend + v_t$; q_t kennzeichnet dabei den auf Basis der Konsumentenpreisindizes berechneten realen effektiven Wechselkurs und v_t einen iid-Fehlerterm. Die kontemporäre Abweichung vom geschätzten gleichgewichtigen realen Wechselkurs \hat{q}_t wird berechnet als $u_t = q_t - \hat{q}_t$.

Die Theorie der ungedeckten Zinsparität wäre ex post betrachtet nur dann erfüllt, wenn die Nullhypothese, dass β_1 gleich eins ist und zugleich alle anderen Koeffizienten gleich null sind, nicht abgelehnt werden kann.

Wenn zugelassen wird, dass sich die Koeffizienten in Abhängigkeit vom Finanzstress-Regime unterscheiden, lautet das Modell:

$$\begin{aligned} \Delta e_t = & \beta_{s,0} + \beta_{s,1}(i_{t-1}^* - i_{t-1}) \\ & + \beta_{s,2}(i_{t-1}^* - i_{t-1}) \cdot VXO_t \\ & + \beta_{s,3}(\pi_{t-1}^* - \pi_{t-1}) + \beta_{s,4} u_{t-1} \\ & + \beta_{s,5} \Delta msciw_t + \varepsilon_t, \end{aligned}$$

$$s = \begin{cases} l & \text{wenn } VXO_t \leq \gamma \\ h & \text{wenn } VXO_t > \gamma \end{cases}$$

¹ Methodisch geht der hier angewandte ökonometrische Ansatz zurück auf B. Hansen (2000), Sample splitting and threshold estimation, *Econometrica* 68, S. 575–603.

² Ein Anstieg des nominalen effektiven Wechselkurses entspricht einer Aufwertung der betrachteten Währung.

³ Da in die hier berechneten effektiven Wechselkurse nur ein Teil der im offiziellen Länderkreis berücksichtigten Länder eingeht, werden die Gewichtungsfaktoren entsprechend reskaliert.

Es unterscheidet sich vom oben dargestellten durch den das Regime kennzeichnenden Index s . Dabei bezeichnet l (= „low“) das Regime mit vergleichsweise niedrigem Finanzstress, h (= „high“) dasjenige mit vergleichsweise hohem Finanzstress. Als Schwellenwertvariable fungiert der VXO, der als Indikator für das Niveau von Finanzstress interpretiert werden kann. Das Modell wird für jede der Währungen separat geschätzt. Folglich sind auch die Schwellenwerte, die beide Regime voneinander trennen, währungsspezifisch.³⁾ Einfach ausgedrückt, wird der Schwellenwert dabei so festgelegt, dass der Erklärungsgehalt der Regression über beide Regime hinweg möglichst hoch ist. Wenn der ermittelte Schwellenwert statistisch signifikant ist, werden die Koeffizienten des Modells anschließend mithilfe regimespezifischer linearer Kleinstquadrat-Regressionen geschätzt. Dabei gehen in die Regression für das Niedrigstress-Regime nur Beobachtungen solcher Zeitpunkte ein, bei denen der Wert des VXO den ermittelten Schwellenwert nicht übersteigt. Alle übrigen Observationen werden dem Hochstress-Regime zugeordnet. Falls der ermittelte Schwellenwert statistisch nicht signifikant ist, wird nur eine Regression für alle Beobachtungen durchgeführt. Die Modellparameter sind in diesem Fall folglich nicht regimeabhängig.

Damit eine Währung als „Safe Haven“-Währung klassifiziert werden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Zum einen muss die statistische Evidenz für das Vorliegen von zwei Regimen sprechen. Zum anderen muss der geschätzte Koeffizient $\hat{\beta}_{h,5}$ negativ und signifikant von null verschieden sein. Bei einer Hedge-Währung muss hingegen $\hat{\beta}_5$ negativ und statistisch signifikant von null verschieden sein, das heißt, es muss ein negativer Zusammenhang zwischen Wechselkursänderungsrate und globaler Aktienmarkttrendite im Mittel über alle

Beobachtungen hinweg bestehen. Sind diese Voraussetzungen gegeben, eignet sich die Währung grundsätzlich zur Absicherung von Aktienpositionen.⁴⁾

Als spekulativ werden solche Währungen klassifiziert, bei denen $\hat{\beta}_5$ (wenn nur ein Regime vorliegt) beziehungsweise $\hat{\beta}_{h,5}$ (falls zwei Regime vorliegen) positiv und signifikant von null verschieden ist. In diesem Fall bestünde (im Mittel über alle Beobachtungen bzw. im Hochstress-Regime) ein positiver Zusammenhang zwischen der Änderungsrate des jeweiligen Wechselkurses und der globalen Aktienmarkttrendite.

Als „Carry Trade“-Finanzierungswährungen werden Währungen klassifiziert, bei denen das Vorzeichen des geschätzten Koeffizienten des Interaktionsterms $(i_{t-1}^* - i_{t-1})VXO_t$ positiv und der Koeffizient signifikant von null verschieden ist (d. h. $\hat{\beta}_{h,2}$ im Falle von zwei Regimen bzw. $\hat{\beta}_2$ im Falle eines einzigen Regimes). Unter diesen Umständen sinkt (steigt) die niedrig verzinste Währung bei niedrigen (hohen) Anspannungen an den Finanzmärkten. Die Klassifikationen „Safe Haven“- und „Carry Trade“-Finanzierungswährung schließen sich folglich nicht gegenseitig aus.

Das ökonometrische Modell wird für den Zeitraum März 1986 bis September 2012 geschätzt. Im Falle des Schweizer Franken werden nur Beobachtungen bis einschließlich August 2011 berücksichtigt. Die aus den Schätzergebnissen und auf Basis der obigen Definitionen abgeleiteten Währungsklassifikationen sind in der Tabelle auf Seite 23 dargestellt.

³ In der Darstellung der Modelle wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auf einen Länderindex verzichtet.

⁴ Diese Interpretation gilt jedoch – wie auch die Interpretation der übrigen Parameter – nur ceteris paribus, d. h., wenn für den Einfluss der anderen erklärenden Variablen kontrolliert wird.

Für fünf der Währungen, den australischen Dollar, den Schweizer Franken, den Yen, das Pfund Sterling und den US-Dollar deuten die Ergebnisse auf ein vom Stress-Regime abhängiges Verhalten hin.

Zwei Währungen, der US-Dollar und der Schweizer Franken, werden als „Safe Haven“-Währungen klassifiziert. Zum einen liegen für diese Währungen zwei unterschiedliche Regime vor. Zum anderen ist das Vorzeichen von $\hat{\beta}_{h,5}$ für beide Währungen negativ. Da die Ergebnisse im Falle des Schweizer Franken zugleich eine negative Beziehung zwischen seiner Änderungsrate und der globalen Aktienmarkttrendite im Mittel über alle Beobachtungen hinweg nahelegen, ist er – im Unterschied zum US-Dollar – zudem auch als Hedge-Währung zu bezeichnen.

Im Falle des Yen deuten die Ergebnisse zwar auch auf das Vorliegen von zwei unterschiedlichen Regimen hin. Allerdings kann für den Yen kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Währungserträgen und globaler Aktienmarkttrendite gefunden werden – weder zu Zeiten hohen Finanzstresses noch im Mittel über alle Beobachtungen –, wenn für die anderen im Modell berücksichtigten Einflussfaktoren kontrolliert wird. Wegen des positiven Vorzeichens von $\hat{\beta}_{h,2}$ wird der Yen daher als „Carry Trade“-Finanzierungswährung klassifiziert. Diese Interpretation wird auch dadurch gestützt, dass der geschätzte Koeffizient der Zinsdifferenz im Niedrigstress-Regime ($\hat{\beta}_{l,1}$) – entgegen der Theorie der ungedeckten Zinsparität – negativ und statistisch signifikant ist. Zudem passt sich der nominale effektive Wechselkurs des Yen nur in Zeiten hohen Finanzstresses derart an, dass dadurch Abweichungen vom langfristigen realen Gleichgewichtskurs korrigiert werden.

Schätzergebnisse und Währungsklassifikationen^{*)}

Währung	2 Regime		1 Regime	Klassifikation
	Finanzstress-Regime		Vorzeichen von $\hat{\beta}_5$	
	niedrig	hoch		
	Vorzeichen von $\hat{\beta}_{l,5}$	Vorzeichen von $\hat{\beta}_{h,5}$		
AUD	+	+	+	Spekulativ
CAD			+	Spekulativ
CHF	-	-	-	Hedge/ Safe Haven
EUR			-	Hedge
JPY	0	0	0	„Carry Trade“- Finanzierung ¹⁾
NOK			+	Spekulativ
NZD			+	Spekulativ
SEK			+	Spekulativ
GBP	0	0	0	Uneindeutig
USD	0	-	0	„Carry Trade“- Finanzierung ¹⁾ / Safe Haven

* „-“ („+“) kennzeichnet Koeffizienten, die negativ (positiv) und signifikant von null verschieden sind. „0“ kennzeichnet Koeffizienten, die sich statistisch nicht signifikant von null unterscheiden. ¹ In beiden Fällen ist der geschätzte Koeffizient von $\hat{\beta}_{h,2}$ positiv und signifikant von null verschieden.

Deutsche Bundesbank

Im Falle des Pfund Sterling erlauben die Ergebnisse keine eindeutige Klassifizierung. Der australische Dollar, der kanadische Dollar, die norwegische Krone, der Neuseeland-Dollar und die schwedische Krone werden als spekulative Währungen eingestuft.

Für den Euro deuten die Ergebnisse auf kein krisenspezifisches Verhalten hin. Da seine Änderungsrate den Ergebnissen zufolge zudem in einer negativen Beziehung zur globalen Aktienmarkttrendite steht, wird er als Hedge-Währung klassifiziert.

Finanzierungswährung nicht automatisch auch „Safe Haven“-Währung

Auch wenn sowohl der Schweizer Franken als auch der Yen typische Niedrigzinswährungen sind, muss eine Währung, die wegen ihrer niedrigen Verzinsung als Finanzierungswährung für Carry Trades attraktiv ist, nicht zwangsläufig auch eine „Safe Haven“-Währung sein. Während für die Wahl der Finanzierungswährung von Carry Trades in erster Linie der niedrige Zinssatz entscheidend ist, spielen für „Safe Haven“-Flüsse andere (strukturelle) Faktoren eine Rolle. Im Falle der Schweiz wurden beispielsweise die politische und institutionelle Stabilität, die niedrige Inflationsrate, Vertrauen in die Zentralbank sowie die positive Netto-Auslandsposition als Faktoren angeführt.¹⁸⁾ Auch empirische Ergebnisse legen nahe, dass der Status einer Währung als Safe Haven in positiver Beziehung zur Netto-Auslandsposition des sie emittierenden Landes steht.¹⁹⁾ Aber auch dies hilft nicht immer, zwischen „Carry Trade“- und „Safe Haven“-Währungen zweifelsfrei zu unterscheiden.

Zwischenfazit und weiteres Vorgehen

Rückabwicklung von Carry Trades und „Safe Haven“-Flüsse empirisch schwer voneinander zu unterscheiden

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass sowohl die Rückabwicklung von Carry Trades als auch „Safe Haven“-Flüsse die beobachteten internationalen Kapitalströme und Wechselkursänderungen auslösen können. Allerdings erweist es sich als sehr schwierig, diese beiden Einflussfaktoren empirisch eindeutig voneinander abzugrenzen, da sie mit hohem Finanzstress und damit einhergehend niedriger Risikobereitschaft einen gemeinsamen Auslöser haben. Darüber hinaus lässt sich das „Carry Trade“-Volumen kaum verlässlich quantifizieren. Mit Carry Trades assoziierte Kapitalflüsse sind nur schwer von anders motivierten Kapitalflüssen zu unterscheiden.²⁰⁾ Ein höherer Zinssatz in einem Land kann auch bessere Wachstumsaussichten widerspiegeln und zu langfristig orientierten Kapitalimporten führen, die ihrerseits eine Aufwertung der Landeswährung bedingen. Im Unterschied zu auf Carry Trades beruhenden Kapitalzuflüssen würde man in Zeiten

plötzlich einsetzender Spannungen an den Finanzmärkten aber bei diesen Investitionen keine abrupte Rückabwicklung erwarten.

Die Veränderung der Wechselkurse in Abhängigkeit von Finanzstress kann gleichwohl als Indikator zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen herangezogen werden, wenn man zwischen unterschiedlichen Graden an Anspannung unterscheidet und zugleich die Schutzfunktion von sicheren Assets berücksichtigt. Eine „Safe Haven“-Währung würde sich – im Gegensatz zu einer „Carry Trade“-Währung – dadurch auszeichnen, dass sie bei besonders hohem Finanzstress und unter der Annahme der Konstanz anderer Wechselkurs-Bestimmungsgrößen Schutz vor Vermögensverlusten bietet. Dies entspricht weitgehend der „Rainy Day“-Definition von „Safe Haven“-Währungen. Als Indikator für (potenzielle) Vermögensverluste kann ein breit gefasster, globaler Aktienkursindex dienen. In Zeiten hoher Unsicherheit ist zu vermuten, dass die Anleger Risiken meiden und die Aktienkurse tendenziell nachgeben.

Für eine entsprechende Analyse werden im Folgenden konkret die monatlichen Renditen auf den MSCI World Index in Zeiten unterschiedlich hohen Finanzstresses verwendet. In diesen von Morgan Stanley Capital International berechneten globalen Aktienindex gehen mehr als 1 600 Kurswerte aus 23 Ländern ein.²¹⁾ Er kann somit ein Bild von der weltweiten Entwicklung auf

¹⁸ Vgl.: T. Jordan, Der Schweizer Franken und die Finanzmarktkrise, Kapitalmarktforum 2009 der WZG-Bank Luxembourg SA in Luxemburg, 24. bis 25. September 2009. Auf diese Quelle wird Bezug genommen in: R. N. McCauley und P. McGuire, a. a. O.

¹⁹ Vgl.: M. M. Habib und L. Stracca (2012), Getting beyond carry trade: what makes a safe haven currency?, Journal of International Economics 87, S. 50–64.

²⁰ Einen Überblick über verschiedene Maße und ihre Unzulänglichkeiten liefern: S. Curcuru, C. Vega und J. Hoek (2010), Measuring carry trade activity, Board of Governors of the Federal Reserve System.

²¹ Verwendet wird der Index in „local currencies“, in dem die Entwicklung der verschiedenen Währungen gegenüber dem US-Dollar im Unterschied zum in US-Dollar gemessenen MSCI World Index keine Auswirkungen auf den Stand des Index haben.

den Aktienmärkten liefern.²²⁾ Die Wahl des Referenzportfolios fiel auf diesen Index, weil er breiter angelegt ist als nationale Aktienindizes und eine globale Perspektive bietet.

Es zeigt sich, dass bestimmte Währungen positiv, andere negativ mit der globalen Aktienkursentwicklung verbunden sind (siehe Schaubild auf S. 26 f.). Zudem ist zu beobachten, dass der Grad der Abhängigkeit zwischen Wechselkurs- und Aktienkursentwicklung in manchen Fällen in Zeiten hoher Unsicherheit an den Finanzmärkten (rechte Spalte des Schaubilds) höher zu sein scheint. Als Schwellenwert wird an dieser Stelle derjenige Wert des VXO gewählt, der von 80% der Beobachtungen nicht überschritten wird (unteres 80%-Quantil).

Vorgehen erlaubt, zwischen unterschiedlichen Stress-Regimen zu unterscheiden

Im Folgenden gilt es, diese deskriptiven Befunde ökonomisch unter Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren auf ihre Signifikanz hin zu untersuchen. Zu diesem Zweck wird ein empirischer Ansatz zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen vorgestellt.²³⁾ Ziel ist einerseits, eine möglichst präzise Verwendung des Begriffs „Safe Haven“-Währung zu erreichen, und andererseits soweit möglich „Safe Haven“-Währungen von „Carry Trade“-Finanzierungswährungen zu unterscheiden. Darüber hinaus liefert die zugrunde liegende Studie Erkenntnisse darüber, inwieweit sich der Einfluss klassischer Wechselkursdeterminanten wie beispielsweise relativer Preisentwicklungen in Zeiten hohen Finanzstresses von dem in Zeiten niedrigen Finanzstresses unterscheidet.

Ein empirischer Ansatz zur Identifikation von „Safe Haven“-Währungen

Die im vorigen Abschnitt präsentierte grafische Evidenz zum Zusammenhang von Finanzstress, globaler Aktienmarktrendite und Wechselkursen hat den Nachteil, dass darin nicht für den Einfluss weiterer Bestimmungsgrößen kontrolliert werden kann. In dem hier vorgestellten Ansatz werden dagegen übliche Bestimmungs-

faktoren von Wechselkursen ebenfalls berücksichtigt.

Als abhängige Variable fungiert in der Untersuchung die Änderungsrate des jeweiligen nominalen effektiven Wechselkurses. Erklärende Variablen sind neben der verzögerten Zinsdifferenz zwischen In- und Ausland (im Folgenden effektive Zinsdifferenz) die relativen Preisentwicklungen des Vormonats sowie die Abweichung von einem in einer separaten Regression auf Basis der Kaufkraftparitätentheorie geschätzten langfristigen realen Gleichgewichtskurs der jeweiligen Währung. Ferner enthält das ökonometrische Modell einen Interaktionsterm zwischen der effektiven Zinsdifferenz und dem Finanzstress-Niveau gemessen am VXO. Dieser Term dient dem Zweck, zumindest approximativ für den Einfluss der Rückabwicklung von Carry Trades auf die Wechselkursentwicklung kontrollieren zu können.²⁴⁾ Von zentralem Interesse ist der Einfluss der globalen Aktienmarktrendite, die ebenfalls als mögliche Bestimmungsgröße in das Modell aufgenommen wird. Ist der entsprechende geschätzte Koeffizient negativ, so impliziert dies – für sich genommen – eine negative Beziehung zwischen der Änderungsrate der betrachteten Währung und der globalen Aktienmarktrendite. Unter der Voraussetzung, dass sich alle anderen Determinanten der Währung nicht verändern, bietet diese damit einen gewissen Schutz vor Kursverlusten am Aktienmarkt.

In bisherigen Analysen zum Thema „Safe Haven“-Währungen wurden fast ausschließlich bilaterale Wechselkurse verwendet. Problema-

In der Analyse werden auch klassische Wechselkursdeterminanten berücksichtigt

²² Details zur Konstruktion des Index sind zu finden auf: www.msci.com.

²³ Die Ausführungen basieren auf dem in Kürze als Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank erscheinenden Forschungspapier von O. Hossfeld und R. MacDonald, Carry funding and safe haven currencies: a threshold regression approach.

²⁴ Vgl.: M. Hattori und H. S. Shin (2009), Yen carry trade and the subprime crisis, IMF Staff Papers No 56, S. 384–409 zur grundlegenden Motivation dieser Spezifikation sowie M. M. Habib und L. Stracca, a. a. O., die ebenfalls einen derartigen Interaktionsterm in ihrem Modell berücksichtigen.

Wechselkursänderungsraten und globale Aktienmarktrendite in Zeiten niedriger und hoher Anspannung an den Finanzmärkten

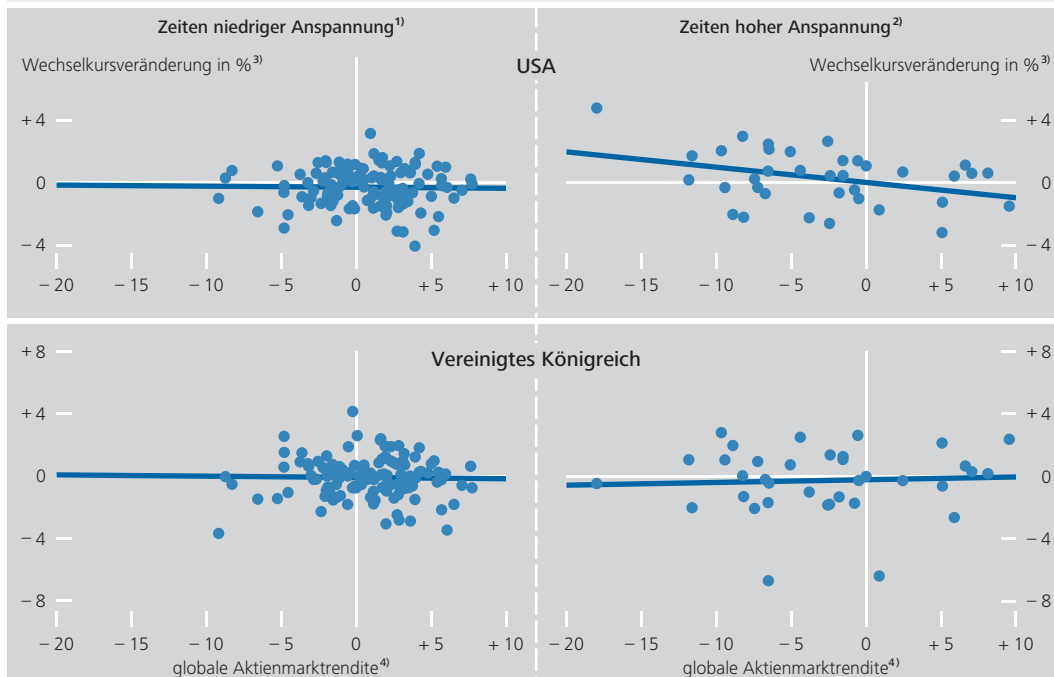
Beobachtungszeitraum Januar 1999 bis Mai 2014, Schweiz nur bis einschließlich August 2011



1 Wert des Volatilitätsindex für den S&P 100 (VXO) überschreitet das untere 80%-Quantil. **2** Wert des Volatilitätsindex für den S&P 100 (VXO) überschreitet das untere 80%-Quantil. **3** Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses gegenüber Vormonat. **4** Gemessen am MSCI World Index. Veränderung gegenüber Vormonat.

noch: Wechselkursänderungsraten und globale Aktienmarktrendite in Zeiten niedriger und hoher Anspannung an den Finanzmärkten

Beobachtungszeitraum Januar 1999 bis Mai 2014



1 Wert des Volatilitätsindex für den S&P 100 (VXO) überschreitet das untere 80%-Quantil. **2** Wert des Volatilitätsindex für den S&P 100 (VXO) überschreitet das untere 80%-Quantil. **3** Veränderung des nominalen effektiven Wechselkurses gegenüber Vormonat. **4** Gemessen am MSCI World Index. Veränderung gegenüber Vormonat.

Deutsche Bundesbank

Schätzung auf Basis effektiver anstelle bilateraler Wechselkurse

tisch ist daran, dass dadurch nur ausgedrückt werden kann, ob eine bestimmte Währung im Verhältnis zu einer anderen Währung als „Safe Haven“-Währung angesehen werden kann – und nicht in einem umfassenderen Sinne, wie es der Begriff „Safe Haven“-Währung eigentlich suggeriert. Aus diesem Grund werden hier effektive, also nach den Handelsanteilen gewichtete, anstelle bilateraler Wechselkurse betrachtet. Ein erheblicher Vorteil der Verwendung effektiver Wechselkurse besteht zudem darin, dass die Gefahr geringer ist, zwei „Safe Haven“-Währungen nicht zu erkennen, weil sie sich gegenseitig in dem Sinne neutralisieren, dass eine der Währungen im Zähler und eine im Nenner eines bilateralen Wechselkurses notiert ist. Ferner können bei der Verwendung effektiver Wechselkurse die Auswirkungen von hohem Finanzstress und den dadurch ausgelösten Kapitalströmen auf die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit einfacher analysiert werden.

Da die oben dargestellten Zeitreihen nur für einen relativ kurzen Zeitraum verfügbar sind und bei längeren Zeitreihen eine verlässlichere Analyse durchgeführt werden kann, werden effektive Wechselkurse gegenüber einem kleineren Länderkreis als zuvor verwendet. Diese Daten stehen für einen längeren Zeitraum zur Verfügung. Insgesamt werden zehn Währungen betrachtet:²⁵⁾ Die effektiven Wechselkurse dieser zehn Währungen werden jeweils gegenüber den übrigen neun Währungen berechnet. Dabei werden diejenigen Gewichte verwendet, die die Europäische Zentralbank auch bei der Berechnung der offiziellen effektiven Kurse verwendet – mit dem Unterschied, dass nicht alle dort berücksichtigten Länder in die Berechnung eingehen und die Gewichte entsprechend reskaliert werden müssen. Der Zeitraum der Ana-

Beschreibung der Daten

²⁵ Betrachtet werden der australische Dollar (AUD), der kanadische Dollar (CAD), der Schweizer Franken (CHF), der Euro (EUR), der Yen (JPY), die norwegische Krone (NOK), der Neuseeland-Dollar (NZD), die schwedische Krone (SEK), das Pfund Sterling (GBP) sowie der US-Dollar (USD).

lyse ist von März 1986 bis September 2012.²⁶⁾ Im Falle der Schweiz werden jedoch nur Beobachtungen bis einschließlich August 2011 berücksichtigt.

Um der Frage nachzugehen, welche Währung – empirisch gesehen und auf Basis der obigen Definition – eine „Safe Haven“-Währung ist, wird eine sogenannte Schwellenwert-Regressionanalyse durchgeführt.²⁷⁾ Dieser Ansatz erlaubt es, eine Regressionanalyse für unterschiedliche Regime durchzuführen, die sich in den abgedeckten Spannweiten des Finanzstresses unterscheiden. Die auf Basis des ökonomischen Modells geschätzten Koeffizienten dürfen sich in dem Ansatz folglich – je nach Stress-Regime – voneinander unterscheiden. Der Schwellenwert wird dabei nicht ad hoc festgelegt wie in der vorangegangenen deskriptiven Analyse, sondern so, dass der Erklärungsgehalt der Modelle über beide Regime hinweg möglichst groß ist. Anschließend wird getestet, ob der identifizierte Schwellenwert statistisch signifikant ist.

*Präzisierte
Definition einer
„Safe Haven“-
Währung*

Für die Charakterisierung einer Währung als Safe Haven sind die Schätzergebnisse für das Regime mit hohem Finanzstress ausschlaggebend. Eine Währung wird dann als „Safe Haven“-Währung bezeichnet, wenn ihre Erträge in Zeiten hohen Finanzstresses in einer negativen Beziehung zur globalen Aktienmarktrendite (gemessen am MSCI World Index) stehen, das heißt, der geschätzte Koeffizient der globalen Aktienmarktrendite sollte negativ und statistisch signifikant sein, auch wenn für den Einfluss der oben genannten anderen Wechselkursdeterminanten kontrolliert wird.

Dies entspricht weitgehend der „Rainy Day“-Interpretation eines „Safe Haven“-Anlageguts. Durch die Berücksichtigung anderer Wechselkursdeterminanten wird allerdings zusätzlich dafür Sorge getragen, dass eine etwaige Aufwertung in Krisenzeiten nicht auf Schwankungen anderer fundamentaler Bestimmungsgrößen zurückzuführen ist.

Im Falle des Schweizer Franken deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Wechselkursentwicklung in Zeiten niedrigen Finanzstresses in erster Linie von klassischen fundamentalen Bestimmungsgrößen wie der relativen Inflationsentwicklung abhängt. Im Hochstress-Regime sind dagegen Änderungen der globalen Aktienmarktrendite die einzige Bestimmungsgröße, die einen signifikanten – und zwar negativen – Einfluss auf die Änderungsrate des Schweizer Franken ausübt. Die Analyse klassifiziert den Franken damit als „Safe Haven“-Währung. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der erklärten Variation der Wechselkurschwankungen im Hochstress-Regime annähernd dreimal so hoch ist wie im Niedrigstress-Regime.

Auch der US-Dollar wird entsprechend der Definition und der Schätzergebnisse als „Safe Haven“-Währung klassifiziert. Im Unterschied zum Schweizer Franken ist er jedoch nicht gleichzeitig eine Hedge-Währung, da die negative Beziehung zur globalen Aktienmarktrendite auf Zeiten hohen Finanzstresses beschränkt ist und nicht im Mittel für alle Observationen, also unabhängig vom Niveau des Finanzstresses, gilt. Im Falle des Yen deuten die Ergebnisse eher darauf hin, dass dieser in ruhigen Zeiten als Finanzierungswährung für Carry Trades dient, wodurch der Yen geschwächt wird, und die aufgebauten Positionen in Zeiten hohen Finanzstresses rückabgewickelt werden, wodurch sich der Yen schlagartig wieder verteuert.²⁸⁾ Ein darüber hinausgehender Zusammenhang zwischen der Yen-Änderungsrate und der globalen Aktienmarktrendite kann in der empirischen Analyse nicht bestätigt werden, sodass der Yen folglich auf Basis der gewählten Definition und der Schätzergebnisse nicht als „Safe Haven“-Währung bezeichnet werden kann.

*Schweizer
Franken und
US-Dollar
werden als
„Safe Haven“-
Währungen
klassifiziert, ...*

... Aufwertungen des Yen in Zeiten hoher Unsicherheit vermutlich auf seine Rolle als Finanzierungswährung von Carry Trades zurückzuführen

²⁶ Für den Zeitraum vor der Einführung des Euro wurde im Falle des Euro-Raums mit deutschen Daten zurückgerechnet.

²⁷ Für weitere Anmerkungen zur Schätzmethodik siehe die Erläuterungen auf S. 21 ff.

²⁸ Diese Interpretation wird auch dadurch gestützt, dass sich der nominale effektive Wechselkurs nur in Zeiten hohen Finanzstresses derart anpasst, dass Abweichungen vom realen effektiven Gleichgewichtskurs korrigiert werden.

*Euro als regime-
unabhängige
Hedge-Währung*

Für den Euro spricht die Evidenz gegen eine Regime-Abhängigkeit der Resultate. Er wird als Hedge-Währung klassifiziert, da seine Änderungsrate für sich genommen in einer negativen Beziehung zur globalen Aktienmarktrendite steht. Wird das Modell nicht mit effektiven, sondern mit bilateralen Euro-basierten Wechselkursen geschätzt, so zeigt sich, dass lediglich der Schweizer Franken gegenüber dem Euro als „Safe Haven“-Währung anzusehen ist. Die Änderungsrate des Euro-Dollar-Kurses steht indes in keiner signifikanten Beziehung zur globalen Aktienmarktrendite.

■ Fazit

Wechselkurse sind in Zeiten hohen Finanzstresses wie auch andere Asset-Preise größeren Schwankungen ausgesetzt als in ruhigen Zeiten. Dafür werden häufig zwei wesentliche Gründe angeführt: Zum einen Carry Trades, die

im Krisenfall abrupt abgebaut werden und so den Preis der ursprünglichen Finanzierungswährung erhöhen. Zum anderen die Flucht von Anlegern in vermeintlich sichere Anlagehäfen. In diesem Aufsatz werden Anhaltspunkte für eine klare konzeptionelle Trennung der beiden Phänomene gegeben, die sonst häufig miteinander vermengt werden. Eigenen Schätzungen zufolge können der Schweizer Franken und der US-Dollar als „Safe Haven“-Währungen betrachtet werden. Aufwertungen des Yen in Zeiten hoher Unsicherheit an den Finanzmärkten dürften dagegen eher seiner Rolle als Finanzierungswährung von Carry Trades geschuldet sein. Für den Euro deuten die Resultate auf keine Reaktion hin, die vom Stress-Regime abhängt. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der Beobachtung, dass der Euro selbst zu Hochzeiten der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner nur vergleichsweise wenig an Wert verloren hat.

Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft

In der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland sind rund 85% der Bevölkerung versichert. Mit Ausgaben in Höhe von fast 200 Mrd € ist sie nach der Rentenversicherung der zweitgrößte Sozialversicherungszweig. In den vergangenen zehn Jahren lag ihr Ausgabenanstieg deutlich über dem der übrigen großen Sozialversicherungszweige, obwohl wiederholte Eingriffe des Gesetzgebers in das Leistungsrecht erfolgten. Aufgrund der schwächeren Zunahme der beitragspflichtigen Einkommen musste der Beitragssatz deutlich angehoben werden, und zusätzlich wurden erheblich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt überwiesen. Derzeit scheint die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung angesichts hoher Rücklagen bei den Kassen und beim Gesundheitsfonds entspannt. Dabei hat sich der Trend aber bereits wieder umgekehrt. Schon im laufenden Jahr ist mit Defiziten und einem Abschmelzen der finanziellen Reserven zu rechnen. Bei anhaltend kräftiger Ausgabenentwicklung werden die Beitragssätze perspektivisch steigen müssen.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist durch eine hohe Komplexität und zahlreiche starke Interessengruppen gekennzeichnet. Obwohl in den letzten Jahren grundlegende Reformen diskutiert wurden, kam es letztlich nur zu graduellen Veränderungen. Weiterhin sind Ansatzpunkte vorhanden, um die Effizienz zu steigern und die Verteilungsmechanismen transparenter und zielgerichteter zu gestalten. Hierzu könnten eine stärkere Verlagerung der Einkommensumverteilung in das Steuer- und Transfersystem der Gebietskörperschaften und eine nachvollziehbare Kopplung der Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an konkret spezifizierte versicherungsfremde Leistungen einen Beitrag leisten. Mehr Transparenz bezüglich der jeweiligen Kosten für die Patienten wie auch des therapeutischen Wertes verfügbarer Leistungen könnten ebenso die Wirtschaftlichkeit des Systems steigern wie eine weitere Stärkung der Eigenbeteiligung. Letztlich wird der Gesetzgeber gefordert bleiben, den Kostendruck im Gesundheitswesen zu bremsen. Angesichts der demografischen Veränderungen wird es auch darauf ankommen, die Finanzierungsbasis durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung zu stabilisieren. Ein entsprechend der zunehmenden Lebenserwartung steigendes gesetzliches Rentenalter ist auch in diesem Sinne hilfreich, erweiterte Frühverrentungsmöglichkeiten dagegen kontraproduktiv.

Grundzüge der gesetzlichen Krankenversicherung

Dominierende Stellung der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) umfasste im Jahr 2013 noch 134 Krankenkassen¹⁾ und gut 52 Millionen Mitglieder, davon etwa 36 Millionen überwiegend abhängig beschäftigte Personen im Erwerbsalter und 16 ½ Millionen Rentner. Einschließlich der beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen waren 70 Millionen Personen gesetzlich krankenversichert.²⁾ Pflichtversichert in der GKV sind insbesondere abhängig Beschäftigte mit einem monatlichen (Brutto-) Einkommen bis zu 4 462,50 € (einheitliche Versicherungspflichtgrenze für Ost- und Westdeutschland).³⁾ Bei einem höheren Einkommen besteht für abhängig Beschäftigte die Möglichkeit zur freiwilligen gesetzlichen Krankenversicherung oder zu einem Wechsel in die private Krankenversicherung (vgl. die Erläuterungen auf S. 36 f.).

Finanzierung über einkommensabhängige Beiträge im Umlageverfahren

Die GKV finanziert sich größtenteils (2013 zu 93%) über einkommensproportionale Beiträge bis zur Bemessungsgrenze (derzeit 4 050 € pro Monat). Hinzu kommen insbesondere Bundeszuschüsse (6%), die seit 2004 deutlich aufgestockt, aber auch immer wieder diskretionär geändert wurden. Die GKV ist grundsätzlich im Umlageverfahren finanziert, das heißt, die laufenden Einnahmen werden unmittelbar zur Deckung der laufenden Ausgaben verwendet. Rücklagen sind lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Einnahmen- und Ausgabenschwankungen vorgeschrieben. Darlehensaufnahmen sind nicht zulässig.

Umstellung des Finanzierungssystems mit dem Gesundheitsfonds

Seit der Schaffung des Gesundheitsfonds im Jahr 2009 fließen die Beitragseinnahmen und die Bundeszuschüsse an den Fonds, und die Kassen erhalten von diesem risikoadjustierte Beträge je Versichertem. Statt zuvor kassenspezifischer Beitragssätze wurde per Gesetz ein einheitlicher Satz von zunächst 15,5% festgelegt. Verbleibende Finanzbedarfe müssen die einzelnen Krankenkassen derzeit noch über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern decken. Zuletzt hat der Ge-

setzgeber allerdings beschlossen, dass die Zusatzbeiträge ab dem Jahr 2015 einkommensproportional zu erheben sind.

Die gesetzliche Krankenversicherung zeichnet sich durch einen Kontrahierungszwang ohne Risikoprüfung aus.⁴⁾ Ein Risikostrukturausgleich von Kassen mit unterdurchschnittlichen zu solchen mit überdurchschnittlichen Krankheitsrisiken soll Anreize zur Risikoselektion durch die Krankenkassen verringern und damit den wettbewerbsfördernden Kassenwechsel unabhängig vom jeweiligen Gesundheitszustand erleichtern.

Die Leistungen der GKV sind grundsätzlich im Sozialgesetzbuch geregelt (SGB V). Neben der Behandlung von Krankheiten sind auch Maßnahmen zur Prävention, Früherkennung, medizinischen Rehabilitation, bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Krankengeldzahlungen vorgesehen. Die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen findet vor allem über den Gemeinsamen Bundesausschuss mit Vertretern der Leistungserbringer und der Krankenkassen statt. Richtlinien dieses Ausschusses regeln den konkreten Leistungsanspruch gesetzlich Krankenversicherter auf bestimmte Behandlungen oder Untersuchungen. Im Regelfall rechnen die Krankenkassen ohne Einbeziehung der Versicherten mit den Leistungserbringern ab (Sachleistungsprinzip).

Risikostrukturausgleich Voraussetzung für funktionierenden Kassenwettbewerb

Leistungen gesetzlich festgelegt, Sachleistungen dominierend

1 Im Jahr 2003 lag die Zahl der Kassen noch bei 324 und 1992 bei 1 223.

2 Die privaten Krankenversicherer verzeichneten im Jahr 2012 etwa neun Millionen Vollversicherte.

3 Im Fall versicherungspflichtig Beschäftigter wird das Brutto-Arbeitsentgelt zugrunde gelegt. Bei Ruheständlern ist der Zahlbetrag der gesetzlichen Rente oder auch von Versorgungsbezügen (Betriebsrenten) zu verbeitragen. Sonderregelungen bestehen für Arbeitslose, Seeleute, Künstler und Publizisten, Jugendliche und Behinderte in Einrichtungen sowie Studenten und Praktikanten. Für freiwillige GKV-Mitglieder regelt die Selbstverwaltung eine einheitliche Beitragsbemessung, die nicht niedriger sein darf als für Pflichtversicherte. Selbstständige haben grundsätzlich ein Einkommen in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zu verbeitragen, bei Nachweis eines niedrigeren Einkommens im Regelfall mindestens drei Viertel der Beitragsbemessungsgrenze (§§ 226 ff. SGB V).

4 Für zuvor privat Krankenversicherte gelten indes Einschränkungen.

Kennzahlen der gesetzlichen Krankenversicherung

Position	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 gegen 2003
Grundlohnsumme in Mrd € ¹⁾	965	969	976	989	1 019	1 028	1 049	1 073	1 112	1 150	–
Grundlohnsumme je Mitglied in € pro Jahr	19 054	19 230	19 339	19 487	19 941	20 066	20 414	20 800	21 373	21 930	–
Mitglieder (in Millionen)	50,6	50,4	50,5	50,7	51,1	51,2	51,4	51,6	52,0	52,4	–
darunter:											–
Pflichtversicherte (AKV)	28,7	28,7	28,7	29,2	29,7	29,9	30,1	29,9	30,1	30,5	–
Freiwillig Versicherte (AKV) ²⁾³⁾	5,1	4,8	4,8	4,6	4,5	4,4	4,5	4,9	5,2	5,3	–
Rentner (KVdR) ²⁾⁴⁾	16,8	16,9	16,9	16,9	16,9	16,9	16,8	16,8	16,8	16,7	–
Versicherte (in Millionen)	70,2	70,5	70,4	70,3	70,2	70,0	69,8	69,7	69,7	69,9	–
Beitragsatz (in %) ⁵⁾	14,2	14,2	14,2	14,8	14,9	15,2	14,9	15,5	15,5	15,5	–
Beitragsbemessungsgrenze (€ pro Monat)	3 488	3 525	3 563	3 563	3 600	3 675	3 750	3 713	3 825	3 938	–
Versicherungspflichtgrenze (€ pro Monat)	3 863	3 900	3 938	3 975	4 013	4 050	4 163	4 125	4 238	4 350	–
Anzahl der Krankenkassen	280	267	257	242	221	202	169	156	146	134	–
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %										jährlich
Grundlohnsumme	1,0	0,5	0,7	1,3	3,0	0,9	2,0	2,3	3,6	3,4	1,9
Grundlohnsumme je Mitglied	1,3	0,9	0,6	0,8	2,3	0,6	1,7	1,9	2,8	2,6	1,5
Mitglieder	– 0,3	– 0,4	0,1	0,5	0,7	0,3	0,3	0,4	0,9	0,7	0,3
darunter:											
Pflichtversicherte (AKV)	– 0,7	– 0,2	0,2	1,5	1,7	0,9	0,5	– 0,6	0,8	1,1	0,5
Freiwillig Versicherte (AKV) ²⁾³⁾	– 1,1	– 4,8	– 0,8	– 3,2	– 2,8	– 1,1	0,3	10,3	5,2	2,6	0,4
Rentner (KVdR) ²⁾⁴⁾	0,8	0,5	0,0	0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,2	– 0,2	– 0,2	– 0,6	0,0
Versicherte	– 0,2	0,4	– 0,3	0,0	– 0,2	– 0,3	– 0,3	– 0,1	0,0	0,2	– 0,1
Beitragsatz (in Prozentpunkten) ⁵⁾	– 0,1	– 0,1	0,0	0,6	0,1	0,3	– 0,3	0,6	0,0	0,0	0,1
Beitragsbemessungsgrenze	1,1	1,1	1,1	0,0	1,1	2,1	2,0	– 1,0	3,0	2,9	1,3
Versicherungspflichtgrenze	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	2,8	– 0,9	2,7	2,7	1,3
Anzahl der Krankenkassen	– 13,6	– 4,6	– 3,7	– 5,8	– 8,7	– 8,6	– 16,3	– 7,7	– 6,4	– 8,2	– 8,5

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und GKV-Spitzenverband sowie eigene Berechnungen. ¹⁾ Ermittelt aus Beitragseinnahmen und durchschnittlichem Beitragssatz. ²⁾ Freiwillig versicherte Rentner werden ab Mitte 2004 den freiwilligen Mitgliedern ohne Krankengeldanspruch zugeordnet. ³⁾ AKV: Allgemeine Krankenversicherung (Mitglieder ohne Rentner). ⁴⁾ KVdR: Krankenversicherung der Rentner. ⁵⁾ Jahresdurchschnitt. Bis einschl. 2008 durchschnittlicher Beitragssatz aller Krankenkassen. Ohne Zusatzbeiträge ab 2009.

Deutsche Bundesbank

Umverteilung in der GKV

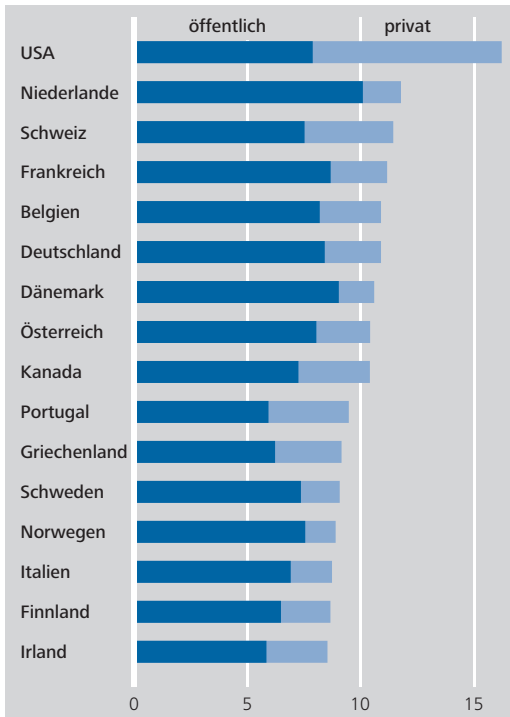
Die GKV ist entsprechend ihrem Hauptzweck durch eine Umverteilung von Personen mit einem niedrigeren zu solchen mit einem höheren Krankheitsrisiko charakterisiert. Hinzu kommt eine Einkommensumverteilung von besser zu schlechter Verdienenden sowie von beitragszahlenden Mitgliedern zu Mitversicherten beziehungsweise von Haushalten mit weniger zu solchen mit mehr beitragsfrei Mitversicherten. Im Unterschied zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung besteht zwischen der individuellen Beitragshöhe und dem Umfang des dadurch erworbenen Versicherungsschutzes – ebenso wie in der sozialen Pflegeversicherung – prak-

tisch keine Verbindung.⁵⁾ Die demografische Veränderung in Deutschland bewirkt über die Zeit hinweg nicht zuletzt wegen typischerweise deutlich größerer Krankheitskosten Älterer eine intergenerative Umverteilung. Folgt die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters nicht der Zunahme der Lebenserwartung, führt dies selbst ohne kostentreibenden medizinisch-technischen Fortschritt und bei Herausrechnung der altersbezogenen Staffelung der Krankheitskosten zu einem Beitragssatzschub,

⁵⁾ Wichtigste Ausnahme ist hier das an das Entgelt anknüpfende Krankengeld, das etwa 5% der Gesamtausgaben ausmacht.

Gesundheitsausgaben in ausgewählten Ländern im Jahr 2012

in % des BIP



Quelle: OECD Health Data 2014.
 Deutsche Bundesbank

lichen Rentenversicherung die zweitgrößte Sozialversicherung Deutschlands. Einschließlich der Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung und der Beihilfezahlungen für Beamte beliefen sich die gesamten öffentlichen Gesundheitsausgaben nach Angaben der OECD im Jahr 2012 auf knapp 8½% des BIP. Werden zusätzlich Aufwendungen der privaten Versicherungsunternehmen sowie teilweise oder ausschließlich durch die Patienten bezahlte Gesundheitsleistungen einbezogen, so lagen die Ausgaben bei fast 11% des BIP. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland damit einen der vorderen Plätze, aber unter anderem deutlich hinter den Vereinigten Staaten (gut 16%) und knapp hinter Frankreich (gut 11%).

Große gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitssystems auch im internationalen Vergleich

da die Beiträge der Rentner im Durchschnitt nicht kostendeckend sind.

Mit einem Ausgabenvolumen von gut 194 Mrd € oder gut 7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2013 ist die GKV nach der gesetz-

Grundtendenzen in den vergangenen zehn Jahren⁶⁾

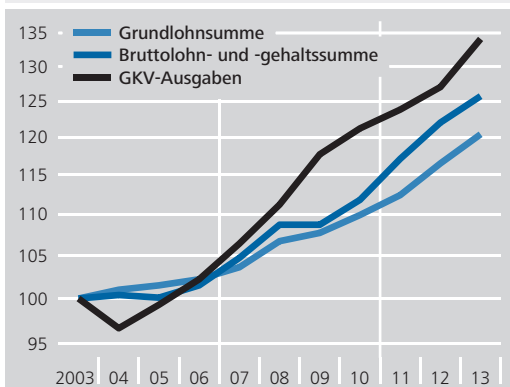
Entwicklung der GKV-Financen

Derzeit befindet sich die gesetzliche Krankenversicherung in einer relativ komfortablen finanziellen Lage mit Rücklagen von insgesamt 30 Mrd € zum Jahresende 2013 (16½ Mrd € bei den Krankenkassen und 13½ Mrd € beim Gesundheitsfonds). Im vergangenen Jahr trug dazu noch einmal ein Überschuss von 2 Mrd € bei. Zu Beginn des hier betrachteten Zeitraums (Ende 2003) hatte sie dagegen eine Nettoverschuldung von 6 Mrd € angehäuft, nachdem im Jahr 2003 ein Defizit von 3½ Mrd € verzeichnet worden war.⁷⁾

Aktuell günstige Finanzlage

Einnahmenbasis und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

2003 = 100, log. Maßstab



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit (KJ1-Statistik) und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

⁶⁾ Zur vorherigen Entwicklung vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung, Monatsbericht, Juli 2004, S. 15 ff.

⁷⁾ Eine Kreditfinanzierung ist den Kassen zwar nicht erlaubt. Nach wiederholten (zu optimistischen) Fehlprognosen der Einnahmen und Ausgaben kam es dennoch zu einer Kreditaufnahme zur vorübergehenden Deckung der daraus resultierenden Finanzierungslücken. Das im Jahr 2004 in Kraft getretene GKV-Modernisierungsgesetz legitimierte die Kreditaufnahme nachträglich und schrieb gleichzeitig eine planmäßige Rückführung in vier gleichmäßigen Jahresritten vor. Die Korrektur gelang schneller als erwartet, und die vorsorgliche Fristverlängerung um ein Jahr mit dem Vertragsrechtsänderungsgesetz musste nicht in Anspruch genommen werden.

Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung											
Mrd €											
Position	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2013 gegen 2003
Beitragseinnahmen	140,1	140,3	142,2	150,0	155,9	158,7	160,8	170,9	176,4	182,2	–
Bundeszuschuss	1,0	2,5	4,2	2,5	2,5	7,2	15,7	15,3	14,0	11,5	–
Sonstige Einnahmen	3,2	3,0	3,5	3,6	4,1	4,0	3,0	2,9	2,9	2,7	–
Einnahmen insgesamt 1)	144,3	145,7	149,9	156,1	162,5	169,8	179,5	189,0	193,3	196,4	–
Leistungsausgaben insgesamt	131,2	134,8	138,7	144,4	150,9	160,4	165,0	168,7	173,2	182,7	–
darunter:											
Stationäre Krankenhausbehandlung	47,6	49,0	50,3	50,9	52,6	56,0	56,7	58,5	60,2	62,9	–
Ärztliche Behandlung	23,0	23,1	23,9	24,8	25,9	27,6	28,4	29,1	29,7	32,8	–
Zahnärztliche Behandlung 2)	11,3	9,9	10,4	10,7	10,9	11,2	11,4	11,7	11,7	12,6	–
Arzneimittel 3)	21,8	25,4	25,8	27,8	29,1	30,7	30,1	28,9	29,2	30,1	–
Heil- und Hilfsmittel	8,3	8,3	8,3	8,7	9,1	9,6	10,6	11,2	11,5	12,1	–
Rehabilitation	2,4	2,4	2,3	2,5	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4	2,5	–
Fahrkosten	2,6	2,8	2,9	3,0	3,3	3,5	3,6	3,8	4,0	4,3	–
Krankengeld	6,4	5,9	5,7	6,0	6,6	7,3	7,8	8,5	9,2	9,8	–
Verwaltungsausgaben	8,2	8,3	8,3	8,5	8,7	8,9	9,6	9,5	9,7	10,0	–
Sonstige Ausgaben	0,9	0,9	1,3	1,4	1,8	1,5	1,3	1,4	1,4	1,8	–
Ausgaben insgesamt	140,3	144,1	148,3	154,3	161,3	170,8	175,8	179,6	184,3	194,5	–
Saldo von Einnahmen und Ausgaben	4,0	1,7	1,6	1,7	1,2	– 1,0	3,7	9,4	9,0	1,9	–
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %										jährlich
Beitragseinnahmen	1,3	0,1	1,4	5,5	3,9	1,8	1,3	6,3	3,2	3,3	2,8
Sonstige Einnahmen	39,1	– 5,3	18,5	1,3	15,0	– 3,8	– 23,7	– 5,2	1,8	– 6,8	1,8
Einnahmen insgesamt	1,9	1,0	2,9	4,1	4,1	4,5	5,7	5,3	2,3	1,6	3,3
Leistungsausgaben insgesamt	– 3,7	2,8	2,8	4,1	4,5	6,3	2,8	2,3	2,6	5,5	3,0
darunter:											
Stationäre Krankenhausbehandlung	1,7	2,9	2,8	1,0	3,5	6,4	1,3	3,2	2,8	4,5	3,0
Ärztliche Behandlung	– 5,5	0,6	3,5	3,7	4,4	6,8	2,9	2,2	2,2	10,5	3,0
Zahnärztliche Behandlung 2)	– 4,7	– 11,9	4,4	3,1	2,2	2,7	1,8	2,0	0,8	7,4	0,7
Arzneimittel 3)	– 9,9	16,3	1,9	7,6	4,9	5,3	– 1,8	– 4,0	0,8	3,1	2,2
Heil- und Hilfsmittel	– 12,0	0,0	0,2	4,7	4,6	5,3	10,8	5,5	2,5	5,3	2,5
Rehabilitation	– 6,6	– 1,0	– 1,6	5,0	1,2	– 1,7	– 1,9	– 1,5	2,8	3,5	– 0,2
Fahrkosten	– 8,7	8,8	2,6	4,4	7,1	7,5	2,9	5,7	5,2	8,4	4,3
Krankengeld	– 8,7	– 7,8	– 2,7	5,4	9,4	10,2	7,4	9,4	7,5	6,4	3,4
Verwaltungsausgaben	– 0,1	1,3	0,2	1,8	2,5	3,1	6,8	– 0,7	2,4	2,8	2,0
Ausgaben insgesamt	– 3,3	2,7	2,9	4,1	4,5	5,9	2,9	2,2	2,6	5,6	3,0

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, endgültige Jahresergebnisse (KJ1-Statistik) und eigene Berechnungen. 1 Ohne Zahlungen im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Einschl. Zahnersatz. 3 Arznei- und Verbandmittel aus Apotheken und von Sonstigen.

Deutsche Bundesbank

Durch staatliche Eingriffe gebremstes Ausgabenwachstum

Die Ausgabenentwicklung ist in den letzten zehn Jahren – wie schon zuvor und wohl auch zukünftig – maßgeblich durch Regelungen des Gesetzgebers beeinflusst. Dessen Eingriffe hatten zumeist Ausgabenbegrenzungen zum Ziel. Besonders heraus sticht dabei das im Jahr 2003 verabschiedete GKV-Modernisierungsgesetz mit Leistungsausschlüssen, Zuzahlungserhöhungen und nicht zuletzt der Praxisgebühr. Außerdem wurden Zwangsrabatte, die von Arzneimittelherstellern zu gewähren sind, wiederholt befristet angehoben. Im Ergebnis stiegen die Ausgaben jahresdurchschnittlich um 3% (sowohl insgesamt wie auch je Versicherten). In Prozent des BIP wuchsen die GKV-Aus-

gaben damit von 6¾% im Jahr 2003 auf gut 7% im vergangenen Jahr. In Relation zu den beitragspflichtigen Einkommen der Beschäftigten und der Rentner (Grundlohnsumme) nahmen die Ausgaben allerdings von gut 15% auf fast 17% zu.

Die Einnahmen wuchsen mit jahresdurchschnittlich fast 3½% etwas schneller als die Ausgaben. Trotz im Jahr 2004 eingeführter und insgesamt deutlich gestiegener Bundeszuschüsse (2013: 11½ Mrd € oder umgerechnet 1% der Grundlohnsumme) musste die schwächere Entwicklung der beitragspflichtigen Einkommen allerdings durch höhere Beitragssätze

Kräftiges Einnahmenwachstum durch höhere Bundesmittel und gestiegene Beitragssätze

Beziehung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung

Gesetzlich Krankenversicherte können in eine private Krankenversicherung wechseln, wenn ihr Jahreseinkommen die Versicherungspflichtgrenze übersteigt oder wenn sie nicht mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Eine Rückkehr in die GKV ist möglich, wenn das individuelle Einkommen wieder unter diese Grenze fällt. Einmalig (und unwiderruflich) kann in diesem Fall für den Verbleib in der privaten Versicherung optiert werden. Über 55-Jährige können aber auch dann nicht mehr in die GKV wechseln, wenn sie in den vorangegangenen fünf Jahren nicht gesetzlich versichert waren. Damit soll privat Versicherten, die sich längere Zeit nicht an der Umlagefinanzierung innerhalb der GKV beteiligt haben, die Rückkehr erschwert werden.

Im Unterschied zur umlagefinanzierten GKV basiert das Finanzierungsmodell der privaten Krankenversicherer zusätzlich auf Kapitaldeckung. Jüngere zahlen einen Beitrag, der ihre aktuellen durchschnittlichen Krankheitskosten übersteigt. Damit wird eine Rücklage aufgebaut, die im Alter allmählich wieder aufgelöst wird, wenn der laufende Beitrag die dann aktuellen Krankheitskosten nicht mehr deckt. Eine Anhebung der privaten Versicherungsprämien ist dennoch möglich, etwa wenn die Kosten im Gesundheitswesen schneller steigen als kalkuliert, die Lebenserwartung der privat Versicherten stärker steigt als erwartet oder die Rendite der Kapitalanlagen niedriger ausfällt als unterstellt.

Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wurden private Krankenversicherer verpflichtet, ab dem Jahr 2009 einen Basistarif für alle aktuell oder ehemals privat Krankenversicherten anzubieten. Auch freiwillig gesetzlich Versicherte sollten ein auf sechs Monate befristetes einmaliges Wechselrecht in diesen privaten Tarif erhalten.¹⁾ Mit einer gleichzeitig eingeführten allgemeinen Versicherungspflicht sollte verhindert werden, dass Personen durch Verzicht auf Versicherungsschutz im Krankheitsfall finanziell überlastet werden.

Der Basistarif muss Leistungen, wie sie auch von (gesetzlichen) Krankenkassen gewährt würden, zu einem Preis anbieten, der den GKV-Höchstbeitrag (derzeit 628 € pro Monat) nicht übersteigt.²⁾ Einschließlich Ehe- oder Lebenspartner beträgt die Obergrenze für die Versicherungsprämie das Andert-halb-fache des maximalen GKV-Beitrags. Bei Sozialhilfebedürftigkeit³⁾ ist der Beitrag zu halbieren – zu Lasten der privaten Versichertengemeinschaft. Ein Ausgleichsmechanismus unter den privaten Versicherern soll Anreize zur Risikoselektion eliminieren. Etwaige Zuschüsse der Sozialämter beziehungsweise Arbeitsagenturen für den verbleibenden hälftigen Beitrag sind begrenzt auf die Beiträge, die für Bezieher von Arbeitslosengeld II gezahlt werden.⁴⁾ Bis zum Jahr 2012 lag der Anteil der im Basis- oder im Standardtarif Versicherten noch unter 1% aller vollversicherten Personen in einer privaten Krankenversicherung.

1 Generell wurde mit diesem Gesetz die Wechselmöglichkeit von der gesetzlichen zur privaten Krankenversicherung erschwert, indem ab 2006 nicht mehr ein Jahr mit einem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze ausreichen sollte, sondern künftig über drei aufeinanderfolgende Jahre diese Grenze überschritten werden musste. Diese Regelung ist mit dem GKV-Finanzierungsgesetz zum 1. Januar 2010 wieder aufgehoben worden.

2 Der hinsichtlich Preis und Leistung identische, bereits zuvor anzubietende „Standardtarif“ konnte nur von über 65-Jährigen gewählt werden. Der Höchstbetrag ermittelt sich aus dem allgemeinen GKV-Beitragsatz multipliziert mit der Beitragsbemessungsgrenze zzgl. durchschnittlichem Zusatzbeitrag bzw. ab 2015 zzgl. maximalem Sonderbeitrag.

3 Im Sinne des SGB II (Arbeitslosengeld II) oder SGB XII (Sozialhilfe).

4 Für Bezieher von Arbeitslosengeld II wird bis Ende 2014 täglich der dreißigste Teil des 0,345-fachen der monatlichen Bezugsgröße (Durchschnittsentgelt der gesetzlichen Rentenversicherung im vorvergangenen Kalenderjahr, derzeit 2 765 € in West- und 2 345 € in Ostdeutschland) als Bemessungsgrundlage für den GKV-Beitrag zugrunde gelegt. Durch das GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz wurde ab 2015 die Bemessungsgrundlage auf das 0,206-fache der monatlichen Bezugsgröße zurückgenommen, von den täglichen auf pauschale monatliche Bemessungsgrundlagen umgestellt und die Vorrangigkeit einer Familienmitversicherung abgeschafft.

Mit dem Basistarif wurde auch eine Möglichkeit zur Übertragung von Alterungsrückstellungen zwischen Versicherungen geschaffen. Seit 2009 privaten Krankenversicherungen Beigetretene können seither ihre auf den Tarifdurchschnitt kalkulierten Rückstellungen soweit auf einen neuen Versicherer übertragen, wie sie sich bei einer kontinuierlichen Versicherung im Basistarif ergeben würden. Altkunden (vor dem 1. Januar 2009) wurde eine einmalige, auf ein halbes Jahr befristete Übertragungsoption für den Wechsel in einen Basistarif eines anderen Anbieters gewährt.

Der Wettbewerb der privaten Krankenversicherungen um Bestandskunden bleibt im Ergebnis eingeschränkt, weil die Alterungsrückstellungen nur unvollständig portabel sind. Das zentrale Problem besteht dabei in der Bestimmung der zu transferierenden Alterungsrückstellungen, die auf Basis der Risikoeinschätzung bei Versicherungsbeginn kalkuliert worden sind. Die Mitnahmemöglichkeit einer auf den Durchschnitt der

jeweiligen Risikoklasse kalkulierten Rückstellung würde es für Personen mit nachweisbar relativ geringen Krankheitsrisiken attraktiv machen, die Versicherung zu verlassen und sich bei einem neuen Anbieter mit geringeren Rückstellungen beziehungsweise niedrigeren Versicherungsprämien neu zu versichern. Die Folge wäre ein Wettbewerb der Versicherungen um „gute Risiken“, der die Versicherungsfunktion untergraben könnte. In der gesetzlichen Krankenversicherung soll dieser Wettbewerb durch den Risikostrukturausgleich ausdrücklich vermieden werden. Für die „schlechten Risiken“ wäre die verbleibende Rückstellungssumme dann nicht mehr ausreichend, sodass eine Prämienhöhung im abgebenden System notwendig würde.⁵⁾

⁵ Vgl.: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission, Berlin 2003, S. 169.

kompensiert werden. So stieg der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenkassen von 14,3% im Jahr 2003 bis auf 14,9% im Jahr 2008. Seit 2009 gilt ein einheitlicher Beitragssatz für alle Kassen. Dieser wurde zunächst auf 15,5%⁸⁾ festgelegt, zur Stützung der Konjunktur aber bereits Mitte 2009 auf 14,9% zurückgenommen und erst Anfang 2011 wieder auf 15,5% erhöht. Die Einnahmehöhe der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich im hier betrachteten Zeitraum mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von knapp 2% im Vergleich zur Summe der Bruttolöhne und -gehälter und zum BIP (jeweils + 2 ½%) unterproportional entwickelt.⁹⁾

Die hohen Rücklagen wurden insbesondere in den Jahren 2011 und 2012 mit Überschüssen von jeweils rund 9 Mrd € aufgebaut. Dies war allerdings nicht Ergebnis einer zielgerichteten Planung, sondern ergab sich vielmehr aus einer im Vergleich zu den Erwartungen deutlich günstigeren Finanzentwicklung (vgl. Erläute-

rungen auf S. 38 f.). Im laufenden Jahr deutet sich hier aber eine Trendwende an, insbesondere aufgrund des sich zurzeit anbahnenden ungebremsten Ausgabenwachstums in einer Größenordnung von 4% bis 5%. Da die beitragspflichtigen Entgelte in ihrer Summe kaum mit dem derzeit angelegten Ausgabentrend mitwachsen dürften, sind perspektivisch entweder höhere Beitragssätze oder erneute diskretionäre Einschränkungen im Leistungsrecht absehbar.

⁸ Davon waren grundsätzlich paritätisch 14,6% von einerseits Arbeitgebern bzw. der gesetzlichen Rentenversicherung und andererseits Arbeitnehmern bzw. Rentnern zu zahlen und 0,9% als Sonderbeitrag von den Mitgliedern allein.

⁹ Zu dieser negativen Abkopplung hat der verlangsamte Anstieg der Rentenzahlungen beigetragen. Außerdem sind Nettoabwanderungen der Mitglieder zur privaten Krankenversicherung in Rechnung zu stellen, die für sich genommen allerdings auch den Ausgabenanstieg verlangsamt haben.

Rücklagenaufbau aufgrund unerwartet günstiger Entwicklung, aber offenbar bereits Trendwende

Finanzbeziehungen zwischen Gesundheitsfonds und Krankenkassen

Im Jahr 2009 wurde die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung neu organisiert. Während zuvor die Krankenkassen die Beiträge ihrer Mitglieder sowie die anteiligen Bundeszuschüsse zur Finanzierung ihrer Ausgaben vereinnahmten, wurde nun ein Fonds eingerichtet, dem diese Einnahmen zur weiteren Verteilung an die Kassen zuzuleiten sind. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Beitragssätze nicht mehr individuell von den Kassen festgelegt werden, sondern ein einheitlicher Beitragssatz gilt. Dieser beträgt zurzeit 14,6% zuzüglich eines Satzes von 0,9% als Sonderbeitrag der Mitglieder – zusammen also 15,5%. Darüber hinaus wurde den einzelnen Kassen das Recht eingeräumt, kassenindividuelle einkommensunabhängige Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern zu erheben. Ab dem Jahr 2015 wird dieser Zusatzbeitrag aber wieder abgeschafft. Stattdessen können die Kassen dann einen kassenindividuellen einkommensproportionalen Mitgliedsbeitrag festlegen, der den derzeit einheitlichen Sonderbeitrag der Mitglieder von 0,9% ersetzt.

Der (standardisierte) Ausgabenbedarf der Kassen eines Jahres wird im Vorhinein durch einen Schätzerkreis¹⁾ prognostiziert und vor diesem Hintergrund vom Bundesversicherungsamt festgelegt. Soweit die voraussichtlichen Einnahmen ausreichen, überweist der Gesundheitsfonds den Kassen diesen Betrag in gleichen Monatsraten. Der Höchstbetrag bemisst sich grundsätzlich nach den laufenden Einnahmen des Fonds. Eine Unterdeckung der Kassenausgaben ist also möglich. Die monatlichen Raten setzen sich aus einer Grundpauschale je Versicherten sowie Zu- und Abschlägen zusammen, die sich aus der Alters- und Geschlechtsverteilung der jeweiligen Versicherten ergeben. Außerdem werden Zuschläge für Fälle der Erwerbsminderung sowie zum Ausgleich der Folgekosten besonders schwerwiegender Erkrankungen gewährt („morbidityorientierter Risiko-

strukturausgleich“). Schließlich erfolgen noch Zuweisungen in Höhe der durchschnittlichen Verwaltungskosten je Versicherten.

Sofern die Einnahmen des Gesundheitsfonds von den Ausgaben des Fonds abweichen, fließen Überschüsse in eine Rücklage beziehungsweise werden Defizite hieraus ausgeglichen. Die Rücklage des Fonds soll mindestens 20% (derzeit knapp 3½ Mrd €) seiner durchschnittlichen Monatsausgaben umfassen. Dabei trägt der Gesundheitsfonds grundsätzlich ein Risiko unerwarteter unterjähriger Entwicklungen auf der Einnahmenseite, da die Auszahlungen an die Krankenkassen im Vorhinein festgelegt sind.²⁾ Fallen die Beitragseinnahmen höher aus als erwartet, so ergibt sich beim Fonds ein günstigerer Finanzierungssaldo – und umgekehrt.

Auf der Ebene der Krankenkassen können sich dagegen unerwartete Entwicklungen vor allem auf der Ausgabenseite ergeben, da die Zahlungen des Fonds feststehen. Hier können die geschätzten Finanzierungssalden somit bei niedriger als erwarteten Ausgaben günstiger ausfallen – und umgekehrt. Die Kassen haben zur Kompensation in aller Regel ebenfalls Rücklagen, wobei mit dem Zusatzbeitrag ein Reaktionsparameter bei stärkeren oder nachhaltigen Abweichungen zur Verfügung steht.

Die vom zuständigen Schätzerkreis erstellten Prognosen für die Einnahmen und Ausgaben des Krankenversicherungssystems beeinflussen somit sowohl die Finanzlage des Fonds wie auch die der Krankenkassen.

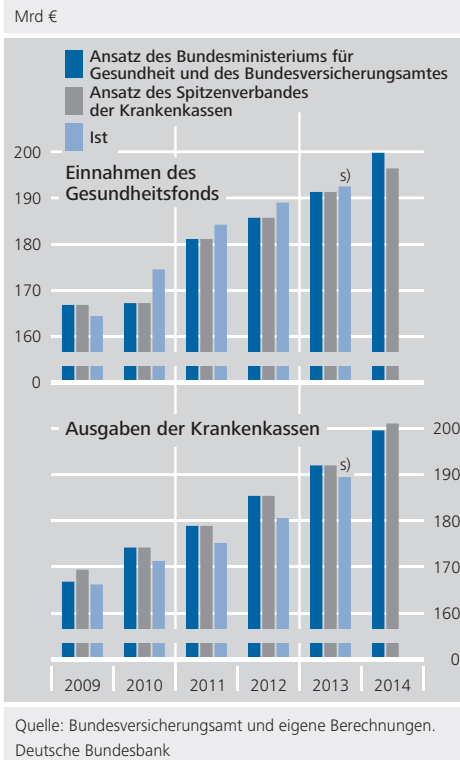
¹ Neben dem Bundesversicherungsamt sind das Bundesgesundheitsministerium und der Spitzenverband der Krankenkassen Mitglieder dieses Schätzerkreises.

² Nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres findet eine Anpassung an die tatsächliche Mitgliederentwicklung bzw. -verteilung unter den Kassen statt. Die Summe der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds bleibt hiervon jedoch unberührt.

Erstmals wurden im Oktober 2008 für das Jahr 2009 die Einnahmen des Gesundheitsfonds und der größte Teil der Ausgaben der Krankenkassen geschätzt. Bisher wurden die Beitragseinnahmen zumeist unterschätzt und die Leistungs- und Verwaltungsausgaben stets überschätzt. Zwar war im Herbst 2008 das Ausmaß des Konjunktur einbruchs im Folgejahr nicht vorhergesehen worden. Im weiteren Verlauf wurde jedoch die wirtschaftliche Erholung regelmäßig zu pessimistisch eingeschätzt. Auf der Ausgaben-seite konnte man sich in der ersten Schätzung vom Herbst 2008 nicht auf einen gemeinsamen Ansatz verständigen. Diese Schätzung war von besonderer Bedeutung, da es seinerzeit auch um die Festlegung des für eine 100-prozentige Ausgabendeckung notwendigen allgemeinen Beitragssatzes ging. Er wurde schließlich entsprechend der niedrigeren Ausgabenschätzung des Bundesgesundheitsministeriums und des Bundesversicherungsamtes bei 15,5% gesetzlich festgeschrieben. Aus heutiger Sicht hat sich zwar auch dieser Satz als überhöht erwiesen, im Krisenjahr 2009 führte er dennoch zunächst zu einem Defizit beim Gesundheitsfonds, der aufgrund verzögerter Auszahlungstermine aber ohne Liquiditätshilfen des Bundes auskam. Auf Basis der noch höheren Schätzung der Krankenkassen wäre ein Beitragssatz von 15,8% notwendig gewesen, der die Überschüsse in den Folgejahren um jeweils gut 3 Mrd € höher hätte ausfallen lassen.

Für die Jahre 2010 bis 2013 wurden die Ausgaben dann im Konsens überschätzt. Dadurch ergaben sich beträchtliche Überschüsse bei den Kassen, wodurch die Notwendigkeit zur Erhebung einkommensabhängiger Zusatzbeiträge in engen Grenzen gehalten wurde. Beim Gesundheitsfonds führte die unerwartet günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung im gleichen Zeitraum ebenfalls zu hohen Überschüssen. Im Jahr 2010 wären überdies die Zuweisungen an die Kassen höher festgesetzt worden, wenn die Einnahmementwicklung nicht unterschätzt worden wäre.

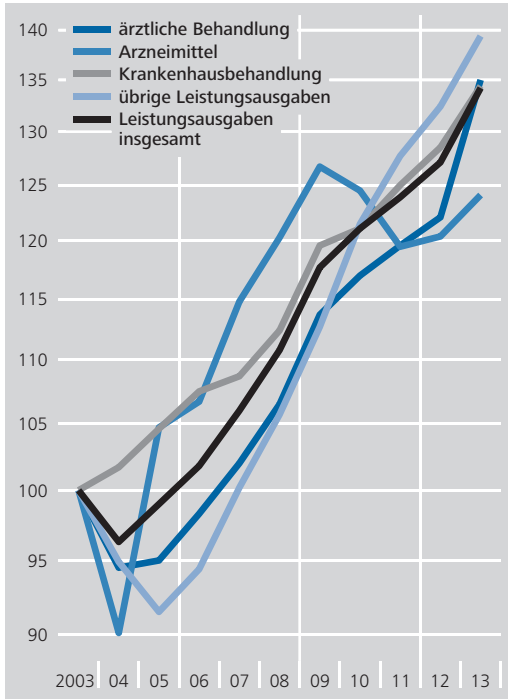
Schätzungen und tatsächliche Finanzentwicklung der GKV



Für das Jahr 2014 konnte wiederum kein Konsens über die Schätzung erreicht werden. Auf der Einnahmenseite berücksichtigten Bundesgesundheitsministerium und Bundesversicherungsamt die politischen Absichtserklärungen, den Bundeszuschuss 2014 um 3,5 Mrd € auf 10,5 Mrd € zu kürzen. Die Krankenkassen vermissten dagegen die rechtliche Klarstellung und rechneten deshalb weiterhin mit dem gesetzlichen Wert von 14 Mrd €. Außerdem erwarteten die Kassen einen um 1½ Mrd € stärkeren Ausgabenanstieg als die anderen Schätzparteien. Letztlich wurden die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds auf Basis der niedrigeren Ausgabenansätze durch das Bundesgesundheitsministerium im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium festgelegt (§ 242a Abs. 2 SGB V). Die Kürzung des Bundeszuschusses wurde für die Kassen durch einen Rückgriff auf die Finanzreserven des Fonds neutralisiert.

Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung

2003 = 100, log. Maßstab



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit (KJ1-Statistik) und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Maßnahmen zur Ausgabenkontrolle

Wiederholte Eingriffe auf der Ausgabenseite

In der GKV besteht grundsätzlich die Tendenz zu einer starken Ausgabendynamik. Zum einen steigt der Stellenwert von Gesundheitsleistungen in einer entwickelten und alternden Gesellschaft. Zum anderen ist der Effizienzdruck angesichts geringer Kostendisziplinierung durch die einzelnen Versicherten und einer starken Stellung der Leistungsanbieter eher schwach ausgeprägt. Überdies führt der medizinisch-technische Fortschritt tendenziell zu Kostensteigerungen. Als Reaktion darauf wird in die Ausgabenentwicklung der GKV regelmäßig durch gesetzgeberische Maßnahmen eingegriffen, um den Anstieg in Grenzen zu halten (vgl. Anhang auf S. 49 ff.). In den vergangenen zehn Jahren betraf dies vor allem die Ausgaben für Arzneimittel sowie für die stationäre und die ambulante Behandlung.

Instrumente im Bereich der Arzneimittel waren dabei insbesondere vorübergehende Anhebungen der Zwangsrabatte der Hersteller und Händler (einschl. Apotheken), aber auch der Versuch, die von den Festbeträgen (als faktischer Preisobergrenze) im Grundsatz ausgenommenen patentgeschützten Arzneimittel nach ihrem tatsächlichen Zusatznutzen zu bepreisen. Nach den Zuzahlungserhöhungen¹⁰⁾ der Versicherten und einem einmalig von 6% auf 16% angehobenen Herstellerrabatt für verschreibungspflichtige Arzneimittel im Jahr 2004 stiegen die Aufwendungen in den Folgejahren jedoch wieder deutlich überproportional, sodass der Herstellerrabatt zum 1. August 2010 erneut auf 16% angehoben wurde.¹¹⁾ Außerdem wurde ein Preismoratorium auf dem Stand vom 1. August 2009 verhängt. Die Kassen konnten überdies in Verhandlungen mit den Arzneimittelherstellern zusätzliche kassenspezifische Rabatte aushandeln. Im Ergebnis gelang es damit, den Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln in den Jahren 2003 bis 2013 mit jahresdurchschnittlich gut 2% spürbar unter dem der gesamten Leistungsausgaben (+ 3%) zu halten. Nach dem Auslaufen der erhöhten Zwangsrabatte ist hier allerdings zuletzt eine deutliche Beschleunigung festzustellen.

Zwangsrabatte und Nutzenbewertung bei Arzneimitteln

Die Ausgaben im Krankenhausbereich sind im betrachteten Zeitraum mit jahresdurchschnittlich 3% parallel zu den Leistungsausgaben insgesamt gestiegen. Dies ging einher mit einem Rückgang der Krankenhausbetten um 1% pro Jahr zwischen 2003 und 2012, während die Zahl der Patienten jährlich um fast 1% anstieg. Ermöglicht wurde dies durch eine Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer um gut 1½% pro Jahr (von 8,9 Tagen im Jahr 2003 auf 7,6 Tage im Jahr 2012).¹²⁾ Auch wenn Rück-

Krankenhausbereich durch Bettenabbau und verkürzte Belegzeiten gekennzeichnet

¹⁰ Zuzahlungen werden dabei nicht als Einnahmen, sondern als negative Ausgaben berücksichtigt.

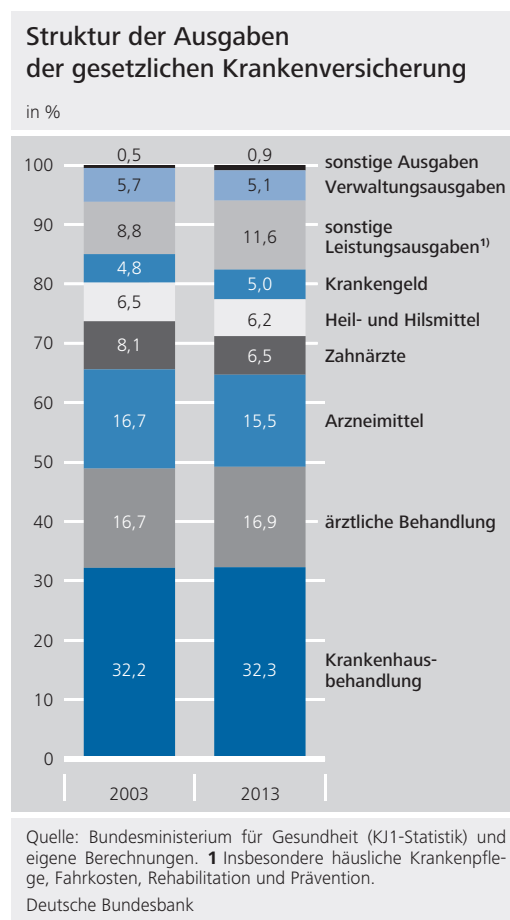
¹¹ Für Arzneimittel schreibt der Gesetzgeber einen allgemeinen (Mengen-)Rabatt zugunsten der Krankenkassen vor. Er wurde ab 2014 dauerhaft von 6% auf 7% angehoben.

¹² Vgl.: Statistisches Bundesamt, Grunddaten der Krankenhäuser, Wiesbaden 2014.

gänge bereits zuvor festzustellen waren, dürfte der weitgehende Ersatz von tagesbezogenen Pflegesätzen durch Fallpauschalen seit 2004 hierzu beigetragen haben.¹³⁾ Hinzu kamen aber auch andere Eingriffe des Gesetzgebers, die aus Sicht der Krankenkassen sowohl Be- als auch Entlastungen brachten. Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wurde im Jahr 2006 außerdem ein verpflichtender Rechnungsabschlag der Krankenhäuser in Höhe von 0,5% zugunsten der Krankenkassen eingeführt. Er wurde allerdings mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009 wieder abgeschafft, und den Krankenhäusern wurden überdies zusätzliche Mittel insbesondere zur Deckung der Hälfte der Tariflohnsteigerungen in den Jahren 2008 und 2009 gewährt, soweit sie über die Grundlohnzuwächse hinausgingen. Mit dem GKV-Finanzierungsgesetz wurden ab 2011 wiederum Entlastungen der Kassen beschlossen, indem Preisabschläge bei Mehrleistungen über die vertraglichen Vereinbarungen hinaus vorgeschrieben wurden, während im Jahr 2013 Verbesserungen zugunsten der Krankenhäuser insbesondere in Form von Versorgungszuschlägen beschlossen wurden.

Umstellung der ärztlichen Vergütungen führte zu Mehrausgaben

Die Vergütung der ambulanten ärztlichen Behandlung wurde durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz ab dem Jahr 2009 von Punktwerten, die eine strikte Budgetierung in Anlehnung an die Entwicklung der beitragspflichtigen Entgelte ermöglichte, auf feste fallbezogene Preise umgestellt. Eine angebotsinduzierte Mengenausweitung über den objektiven Bedarf hinaus sollte dadurch verhindert werden, dass die Vergütung regressiv ausgestaltet wurde, sobald Regelleistungsvolumina überschritten werden. Im Ergebnis kam es gleichwohl zu einer merklichen Ausgabenbeschleunigung im Jahr 2009. Ein weiterer Ausgabenschub von fast 2 Mrd € ergab sich 2013 durch die Abschaffung der im Jahr 2004 eingeführten Praxisgebühr von 10 € pro Quartal. Insgesamt sind die Ausgaben für die ärztliche Behandlung in den Jahren 2003 bis 2013 um jahresdurchschnittlich 3% gestiegen.



Die Ausgaben für die übrigen Leistungsbereiche sind mit fast 3½% überdurchschnittlich gewachsen. Hervorzuheben sind hier insbesondere die häusliche Krankenpflege, aber auch die Position Fahrkosten. Bei den Krankengeldausgaben zeigten sich im Beobachtungszeitraum zunächst Rückgänge, seit dem Jahr 2007 aber wieder starke Zuwächse. Hierzu weist das Bundesgesundheitsministerium darauf hin, dass diese Leistung überwiegend von älteren erwerbstätigen Versicherten in Anspruch genommen wird.¹⁴⁾ Das Krankengeld dürfte somit auch zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ge-

Überproportional wachsende sonstige Leistungsausgaben

¹³ Die Finanzierung der Krankenhäuser ist grundsätzlich dual aufgebaut, d.h., die Investitionsfinanzierung obliegt den Ländern, während die laufenden Aufwendungen durch die Leistungsabrechnungen mit den Krankenkassen zu decken sind. Das Vergütungssystem wurde dabei schrittweise von der vollständigen Kostendeckung über Tages-Pflegesätze auf Fallpauschalen umgestellt, die insbesondere keinen Anreiz zu länger als notwendigen Behandlungen mehr setzen. Der Fallpauschalen-Katalog wird jährlich durch die Selbstverwaltung aktualisiert.

¹⁴ Vgl.: Bundesministerium für Gesundheit, Pressemitteilung Nr. 30 vom 19. Juni 2014.

nutzt werden, nachdem die diesbezüglichen Möglichkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sukzessive abgeschafft worden sind.

Ausgewählte Aspekte der Diskussion über die gesetzliche Krankenversicherung

Weiterentwicklung des Finanzierungssystems

Grundsatzdiskussion um Finanzierungssystem

Nach der letzten größeren Reform der Gesundheitsleistungen im Jahr 2004 durch das GKV-Modernisierungsgesetz konzentrierte sich nicht nur die Fachdiskussion, sondern auch die Gesundheitspolitik in den vergangenen Jahren in erster Linie auf die Ausgestaltung der Finanzierung der GKV. Ausgangspunkt der Reformüberlegungen war zumeist die umfangreiche und dabei relativ intransparente und weniger zielgenaue Einkommensumverteilung innerhalb der GKV.

Bürgerversicherung versus ...

Die Befürworter einer „Bürgerversicherung“ streben grundsätzlich eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis an, indem sowohl die Beitragsbemessungsgrundlage als auch der Kreis der Pflichtversicherten ausgedehnt werden. Während aktuell nahezu ausschließlich originäre oder abgeleitete Arbeitseinkommen (wie Einkommensleistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder der betrieblichen Altersversorgung) zur Berechnung der Beiträge herangezogen werden, sollen dabei etwa auch Einkünfte aus Kapitalvermögen oder Vermietung und Verpachtung einbezogen werden. Außerdem soll der Pflichtversichertenkreis um Beamte, Selbständige und besserverdienende abhängig Beschäftigte erweitert werden. Im Detail sind hier vielfältige Ausgestaltungen und Abgrenzungen denkbar. Der wesentliche Effekt besteht letztlich in einem niedrigeren Beitragssatz, der auf eine breitere Bemessungsgrundlage angewendet wird. Sicher ist dabei die Wirkungsrichtung zusätzlich verbeitragter positiver Einkünfte, während die zusätzlichen Versicherten nicht nur höhere Einnahmen erbringen,

sondern auch höhere Ausgaben verursachen. Die Bürgerversicherung ließe kaum Raum für eine private Krankenvollversicherung mit ihren zumeist spürbar höheren Vergütungssätzen, sondern es könnten im Wesentlichen noch Zusatzversicherungen (über den Leistungskatalog der Bürgerversicherung hinaus) angeboten werden. Die Funktion der Einkommensumverteilung innerhalb der GKV würde dabei noch ausgeweitet, indem zusätzliche Einkommen und Personen einbezogen werden.

Auf der anderen Seite steht mit der einkommensunabhängigen „Gesundheitsprämie“ ein Konzept, das eine Verlagerung der Einkommensumverteilung in das eigentliche Steuer- und Transfersystem vorsieht. Innerhalb einer einzelnen Krankenkasse soll jedes Mitglied danach den gleichen Preis für den identischen Versicherungsschutz zahlen.¹⁵⁾ Zur Sicherstellung eines funktionierenden Wettbewerbs sollen sich die Prämien zwischen den Kassen allerdings unterscheiden können. Konkrete Ausgestaltungsvarianten unterscheiden sich unter anderem hinsichtlich der Frage, ob bislang beitragsfrei Mitversicherte eine (volle) Gesundheitsprämie zahlen sollen. Insbesondere kommt es zudem darauf an, wie der soziale Ausgleich konkret geregelt wird, um untere Einkommensgruppen vor (sozial-) politisch zu definierenden Überlastungen zu schützen. Dabei ist auch die Gegenfinanzierung des sozialen Ausgleichs festzulegen. Im Gespräch waren insbesondere höhere Mehrwertsteuersätze oder eine Anhebung des Solidaritätszuschlags.¹⁶⁾ Für die Befürworter ist es dabei nicht zuletzt von Bedeutung, dass der soziale Ausgleich zielgenau und transparent erfolgen kann und sich somit insgesamt

... Gesundheitsprämienmodell

¹⁵ Für die Lohnersatzleistung Krankengeld (70% des vorherigen Bruttoentgelts, maximal aber 90% des vorherigen Nettoentgelts nach Auslaufen des Entgeltfortzahlungsanspruchs von sechs Wochen) ist in diesen Konzepten regelmäßig eine gesonderte Versicherung vorgesehen, die im Sinne der Beitragsäquivalenz über einkommensabhängige Beiträge finanziert wird.

¹⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung, Monatsbericht, Juli 2004, S. 27 ff.

die Belastung mit verzerrenden Abgaben reduzieren lässt.¹⁷⁾

zupassenden allgemeinen Beitragssatz gedeckt werden.

Gesundheitsfonds als Zwischenlösung

Anstelle dieser eher grundlegenden Reformvorschläge wurden graduelle Veränderungen beschlossen. So wurde mit der Einführung des Gesundheitsfonds ab dem Jahr 2009 ein erster Schritt gemacht, ohne die endgültige Zielrichtung bereits festzulegen. Die Krankenkassen reichen seither die vereinnahmten Beiträge an den Fonds weiter, der im Anschluss den Kassen Versicherungsprämien je Mitglied überweist, die nicht mehr die Einkommen, sondern nur noch die schematisch ermittelten Gesundheitsrisiken der bei der jeweiligen Kasse Versicherten widerspiegeln. In diesem Zusammenhang wurde auch der Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen umgestellt. Während zuvor allein die Kriterien Geschlecht, Alter und Erwerbsminderungsstatus berücksichtigt wurden, wird nunmehr auch eine morbiditätsorientierte Komponente einbezogen, die die Verteilung und Kosten von 80 Krankheitsbildern berücksichtigt (vgl. auch die Erläuterungen auf S. 38 f.). Der bis dahin ebenfalls durchgeführte Einkommensausgleich, der Zahlungen von Kassen mit überdurchschnittlich zu solchen mit unterdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern auslöste, ist durch den Gesundheitsfonds überflüssig geworden.

Ein weiterer Schritt in Richtung Gesundheitsprämiensystem erfolgte mit dem im Jahr 2011 in Kraft getretenen GKV-Finanzierungsgesetz. Damit wurde die Begrenzung für den einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag aufgehoben. Künftig sollte der einheitliche einkommensproportionale Beitragssatz unverändert gelassen werden und ein etwaiger zusätzlicher Finanzierungsbedarf der Krankenkassen vollständig durch den Zusatzbeitrag ausgeglichen werden. Als sozialer Ausgleich für das einzelne Mitglied war eine in letzter Instanz aus dem Bundeshaushalt zu kompensierende Senkung des Arbeitnehmeranteils vorgesehen, wenn der über alle Krankenkassen gemittelte maximal erforderliche Zusatzbeitrag 2% des beitragspflichtigen Einkommens des Mitglieds überstieg. Indem ein Durchschnittswert und nicht der tatsächliche Zusatzbeitrag zum Maßstab genommen wurde, blieb ein Anreiz für die GKV-Mitglieder zum Wechsel in eine Kasse mit einem möglichst niedrigen Zusatzbeitrag erhalten.

... wurden in Richtung eines unbegrenzten einkommensunabhängigen Zusatzbeitrags ausgeweitet, ...

Erste Versuche mit begrenztem einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag ...

Der Beitragssatz wird seit dem Jahr 2009 einheitlich per Gesetz festgelegt. Eine für den Wettbewerb wichtige Beitragsdifferenzierung zwischen den Kassen erfolgt seither über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge je Versicherten (oder auch Prämienauszahlungen). Diese wurden allerdings zunächst auf maximal 1% des individuellen beitragspflichtigen Einkommens begrenzt. Zur Vereinfachung konnte auf eine Einkommensprüfung verzichtet werden, wenn der Zusatzbeitrag 8 € pro Monat nicht überstieg. Zusatzbeiträge waren direkt durch die Kassen von ihren Mitgliedern einzuziehen. Insgesamt sollten über alle Kassen gesehen aber weiterhin mindestens 95% der Kassenausgaben durch Mittel des Gesundheitsfonds und damit über den gegebenenfalls an-

Der zu erwartende durchschnittliche Zusatzbeitragsbedarf wurde im Vorhinein durch den hierfür zuständigen Schätzerkreis prognostiziert, indem die voraussichtlichen Ausgaben der Krankenkassen ihren Einnahmen (jeweils pro Mitglied) gegenübergestellt wurden. Tatsächlich ergab sich bis heute aber noch kein durchschnittlicher Zusatzbeitragsbedarf, weil die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds – auch im Nachhinein – stets ausreichten, um die Kassenausgaben insgesamt zu decken. Trotzdem mussten einzelne Kassen Zusatzbeiträge erheben, um Deckungslücken in ihrem Haushalt zu schließen. Im Ergebnis verzeichneten die Kassen mit einem Zusatzbeitrag teil-

... der aber praktisch nicht zur Anwendung kam

¹⁷ In Form der „Bürgerpauschale“ legte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Kompromissmodell vor. Hierbei wurde von der Bürgerversicherung die Erweiterung des Versichertenkreises und von der Gesundheitsprämie die einkommensunabhängige Finanzierung übernommen. Vgl.: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2004/05, Tz. 485 ff.

weise beträchtliche Mitgliederverluste. Der dadurch erzeugte Druck, durch geeignete Maßnahmen eine Erhebung zu vermeiden, dürfte nicht zuletzt zur Hebung von Wirtschaftlichkeitsreserven (auch in Form von Betriebsgrößenanpassungen durch Kassenfusionen) beigetragen haben.

Zuletzt wieder Umstellung auf einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag

Mit dem im Juni 2014 verabschiedeten GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz wird der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag ab dem Jahr 2015 wieder abgeschafft und durch einen einkommensproportionalen Sonderbeitrag ersetzt, den ebenfalls allein die Mitglieder zu zahlen haben. Hierbei wird auf die bestehenden Strukturen aufgesetzt. Zum einen wird der paritätische allgemeine Beitragssatz von 14,6% festgeschrieben. Zum anderen ersetzt der einkommensproportionale Sonderbeitrag den bislang noch einheitlich nur von den Mitgliedern ergänzend zu zahlenden Beitragssatz in Höhe von 0,9%.¹⁸⁾ Angesichts der umfangreichen Rücklagen der Krankenkassen könnte der künftige Sonderbeitragssatz im Durchschnitt zunächst niedriger als der bisherige allgemeine ausfallen. Perspektivisch ist hier aber ein erneuter Anstieg zu erwarten, da die Gesundheitsausgaben tendenziell weiterhin schneller steigen dürften als die beitragspflichtigen Einkommen der Versicherten.

Verlagerung der Umverteilungsaufgabe in das Steuer- und Transfersystem gestoppt

Insgesamt wurde mit der jüngsten Reform der Schritt in Richtung einer Gesundheitsprämie wieder zurückgenommen, und eine relativ intransparente und wenig zielgerichtete Einkommensumverteilung bleibt ein wesentliches Merkmal der gesetzlichen Krankenversicherung. Die teilweise Verlagerung in das Steuer- und Transfersystem, indem die Kosten des sozialen Ausgleichs wie vorgesehen ab dem Jahr 2015 nach dem Verzehr der Fondsrücklagen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden sollten, ist damit hinfällig.¹⁹⁾ Infolge des Verzichts auf die Gesundheitsprämie könnte sich der Kassenwettbewerb weniger intensiv gestalten, weil die zusätzliche Beitragsbelastung nunmehr von der Abwicklung her wieder intrans-

paranter sein wird. Dagegen dürfte die relative Vorteilhaftigkeit privater Krankenversicherungen mit einkommensunabhängiger Prämiengestaltung für Bezieher von Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze perspektivisch wieder zunehmen.

Die Arbeitgeber sind durch die gesetzliche Vorgabe eines einheitlichen allgemeinen Abgabesatzes seit dem Jahr 2011 nicht mehr direkt an Beitragssatzsteigerungen beteiligt, und ihr unmittelbarer Finanzierungsanteil dürfte künftig sinken.²⁰⁾ Damit könnte ihr Interesse an einer moderaten Ausgabenentwicklung schwächer ausfallen als zuvor, da sie zumindest in der ersten Runde nicht mehr betroffen sind. Letztlich wird aber eine stärkere Abgabenbelastung der Arbeitnehmer im Rahmen der Lohnverhandlungen im weiteren Verlauf zumindest teilweise wieder auf die Arbeitgeber überwälzt werden.

Arbeitgeber gegen steigende Beitragssätze abgeschirmt

Es zeigt sich, dass in den vergangenen zehn Jahren sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmenseite vieles unternommen wurde, um die Finanzen der GKV zu stabilisieren. Dies ist auch insofern gelungen, als die Schulden abgebaut und erhebliche Rücklagen aufgebaut wurden. Ausschlaggebend hierfür war, dass die Bundeszuschüsse und die Beitragssätze im Ergebnis stärker angehoben wurden, als es zur Finanzierung der laufenden Ausgaben notwendig gewesen wäre. Die ergriffenen Maßnah-

Gesundheitspolitik der letzten zehn Jahre mit schwankendem Kurs

¹⁸ Ergänzend erfolgt im Hinblick auf den Sonderbeitrag ein vollständiger kassenübergreifender Einkommensausgleich, durch den eine Benachteiligung von Kassen mit unterdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern vermieden werden soll. Dazu vereinnahmt der Gesundheitsfonds zunächst die Sonderbeiträge der einzelnen Kassen und leitet jeweils den durchschnittlichen Sonderbeitrag je Mitglied zurück, der sich ergeben hätte, wenn bundesweit der von der jeweiligen Kasse festgesetzte Satz erhoben worden wäre.

¹⁹ Der Bund hatte vor der jüngsten Reform in seinen Haushaltsplanungen eine Belastung von gut ½ Mrd € ab dem Jahr 2015 eingestellt. Auch wenn diese Planung aus heutiger Sicht für die Anfangsphase überhöht war, hätten sich hier bei Fortschreibung einer stärkeren GKV-Ausgabenentwicklung in absehbarer Zeit weitaus größere Lasten für den Bundeshaushalt ergeben.

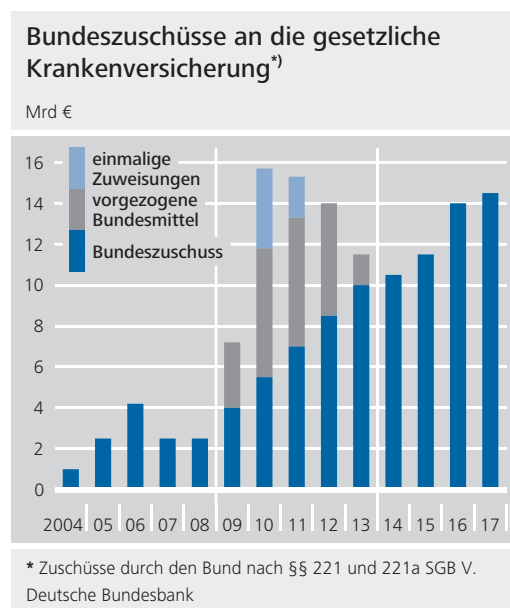
²⁰ Dies gilt ebenso für die gesetzliche Rentenversicherung, die dadurch gegen Belastungen zur Finanzierung überproportionaler Ausgabensteigerungen in der GKV abgeschirmt wird.

men deuten insgesamt allerdings nicht auf eine langfristig angelegte konsistente gesundheitspolitische Zielsetzung hin. So wurden beispielsweise Arzneimittelrabatte wiederholt erhöht und wieder reduziert, die Finanzmittel für die Krankenhäuser gekürzt und ausgeweitet sowie die Praxisgebühr eingeführt und wieder abgeschafft. Auch das Finanzierungssystem wurde zunächst in Richtung einer Gesundheitsprämie umgestaltet, um zuletzt praktisch wieder in die Nähe der Ausgangssituation zurückzukehren. Den Vorteilen einer stärkeren Beitragsäquivalenz durch Gesundheitsprämien und einer transparenteren Einkommensumverteilung wurde offenbar wenig Bedeutung beigemessen, wobei auch die Widerstände gegen die Offenlegung der Verteilungsströme und nicht zuletzt die absehbaren Kosten des sozialen Ausgleichs für den Bundeshaushalt eine Rolle gespielt haben dürften.

Finanzbeziehungen zwischen der gesetzlichen Krankenversicherung und dem Bundeshaushalt

Beitragssystem als wichtiges Merkmal der Sozialversicherungen

In Deutschland setzen Leistungen der Sozialversicherungen prinzipiell die Mitgliedschaft in der Sozialversicherung und die Zahlung von Beiträgen voraus. In der gesetzlichen Rentenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit besteht durch eine enge Beziehung zwischen Leistungshöhe und Umfang der Beitragszahlung eine vergleichsweise ausgeprägte Beitragsäquivalenz. Im Fall der gesetzlichen Kranken- und der sozialen Pflegeversicherung ist dieser Zusammenhang dagegen – wie zuvor erläutert – weniger eng. Darüber hinaus werden in der GKV spezifische gesamtgesellschaftliche beziehungsweise versicherungsfremde Leistungen erbracht. Damit diese nicht aus Beiträgen der Mitglieder, sondern sachgerecht vom breiteren Kreis der Steuerzahler finanziert werden, müssten solche Aufgaben aus (grundsätzlich nicht mit konkreten Gegenleistungen verbundenen) allgemeinen Steuermitteln – also etwa durch



konkret zweckgebundene Bundeszuschüsse – abgedeckt werden.

Der Bundeszuschuss wurde erstmals mit dem GKV-Modernisierungsgesetz im Jahr 2004 eingeführt. Er sollte von zunächst 1 Mrd € auf 4,2 Mrd € ab dem Jahr 2006 ansteigen. Begründet wurde er mit der pauschalen Abgeltung versicherungsfremder Leistungen. Er sollte insbesondere Leistungen der Krankenkassen abdecken, die im engeren Sinne nicht mit einer Krankheit in Verbindung stehen (insbesondere bei Schwanger- und Mutterschaft). Bereits im Jahr 2007 wurde der Zuschuss aber zur kurzfristigen Entlastung des Bundeshaushalts wieder auf 2,5 Mrd € zurückgenommen. Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wurde der Bundeszuschuss dann wieder deutlich ausgeweitet. Hierdurch sollten ursprünglich die Kosten der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern aus Steuermitteln finanziert werden. Als Zielwert für den Bundeszuschuss wurde ein Betrag von 14 Mrd € pro Jahr festgelegt, der nach jährlichen Erhöhungsschritten von 1,5 Mrd € im Jahr 2016 erreicht werden sollte. Im Zuge der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 wurden umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt, die auch Entlastungen bei den Sozialbeiträgen umfassten. Um die Einnahmefälle aus einer Beitragssatzsenkung um 0,6 Prozentpunkte zu kompensieren, wurden Erhöhungs-

Bundeszuschüsse mit recht erratischer Entwicklung

stufen des Bundeszuschusses vorgezogen. Darüber hinaus wurden in den Jahren 2010 und 2011 einmalige zusätzliche Beträge zur Kompensation konjunktureller Mindereinnahmen in Höhe von 4 Mrd € und 2 Mrd € überwiesen. Im Ergebnis erreichte der Bundeszuschuss im Jahr 2010 seinen bisherigen Höchstwert von 15,7 Mrd € und sank dann bis 2012 wieder auf seinen langfristigen Zielwert von 14 Mrd € ab. Die auch danach äußerst günstige Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde dann offenbar wieder als Potenzial zur Kürzung der Bundesmittel angesehen, ohne die Beitragsbelastung erhöhen zu müssen. So wurde der Zuschuss im Jahr 2013 um 2,5 Mrd € auf 11,5 Mrd € gekürzt. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2014 wird der Zuschuss im laufenden Jahr weiter auf 10,5 Mrd € reduziert. Für die kommenden Jahre ist damit wieder eine Anhebung über 11,5 Mrd € und 14 Mrd € auf den neuen Zielwert von 14,5 Mrd € ab dem Jahr 2017 in Aussicht gestellt. Der vorübergehende Einnahmefehl durch die jüngsten Kürzungen soll durch Rückgriffe auf die Finanzreserven des Gesundheitsfonds kompensiert werden, sodass die Kassen nicht von gekürzten Zuweisungen betroffen sind.

Begründung des Bundeszuschusses durch konkrete versicherungsfremde Leistungen zu empfehlen

Die eher erratischen Anpassungen des Bundeszuschusses zur Krankenversicherung dürften nicht zuletzt von der angestrebten Haushaltsentwicklung des Bundes getrieben worden sein. Die Begründung des Zuschusses mit der Abgeltung unspezifischer versicherungsfremder Leistungen bietet wenig Anhaltspunkte zur Beurteilung und Überprüfung seiner Angemessenheit. Daher erschiene eine begründete Aufstellung der aus Steuermitteln zu finanzierenden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung hilfreich. Dazu wäre zunächst darzulegen, worin der Gesetzgeber die Kernaufgabe der beitragsfinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung sieht, und dann wären die darüber hinausgehenden und insofern versicherungsfremden Aufgaben aufzuführen. Auch wenn Einzelfälle dabei umstritten sein mögen und gewisse Ermessensspielräume bestehen, würden eine Auflistung

und Begründung die Diskussion um die Bundesmittel doch auf eine besser nachvollziehbare Grundlage stellen. Die Planungssicherheit für die GKV würde verbessert, und der Eindruck eines Verschiebebahnhofs je nach Haushaltslage könnte vermieden werden.

Aus haushaltspolitischer Sicht mag es zwar attraktiv erscheinen, durch diskretionäre Bemessung der Bundeszuschüsse über einen gewissen Puffer im Bundeshaushalt zu verfügen. Allerdings geht dies auf Kosten der Haushalte der GKV, die letztlich auch durch Zwangsabgaben finanziert werden. Vor diesem Hintergrund erscheint es angeraten, Zuschüsse an die GKV aufgabenbezogen zu bemessen und den für notwendig befundenen Puffer unmittelbar im Bundeshaushalt einzuplanen. Damit verbundene Überschüsse wären zur Rückführung der hohen Schulden des Bundes ohnehin ratsam.

Haushaltspolitische Puffer nicht in Sozialversicherungen verstecken

Ausblick und Herausforderungen

Die aktuelle Finanzlage der GKV stellt sich mit einem nochmaligen Überschuss im vergangenen Jahr und hohen Rücklagen auf den ersten Blick gut dar. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dabei nur um eine Momentaufnahme handelt und ein wieder größerer finanzieller Druck absehbar ist. Nicht nur aufgrund des demografischen Wandels, sondern auch aufgrund einer grundsätzlich steigenden Nachfrage dürften die Gesundheitsleistungen künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Soweit sich dies in der GKV niederschlägt, ist bei konstanten Beitragssätzen auch künftig eine Finanzanspannung infolge einer grundsätzlich schwächer wachsenden Beitragsbasis zu erwarten. Der Verzehr der Rücklagen im GKV-System ist vorgezeichnet. Schon im laufenden Jahr ist nicht zuletzt durch die Kürzung des Bundeszuschusses, die mit einem Rückgriff auf die Reserven des Gesundheitsfonds aufgefangen werden soll, mit einem erheblichen Defizit zu rechnen. In den kommenden Jahren dürfte es bei anhaltendem Ausgabendruck wei-

Rücklagenverzehr vorgezeichnet

ter steigen, auch wenn der Bundeszuschuss wie derzeit geplant angehoben wird. Perspektivisch stehen damit weitere Beitragssatzanhebungen über das heutige Niveau hinaus an. Die derzeit gute Finanzausstattung der GKV, die die Begehrlichkeiten der verschiedenen Interessengruppen ebenso wachsen lässt, wie sie die „Abwehrkräfte“ zur Ausgabenbegrenzung schwächt, erlaubt insofern wohl nur eine Atempause, die sogar schon enden dürfte, bevor die demografischen Veränderungen auch im Gesundheitssystem stärker spürbar werden.

*Langfristige
Voraus-
berechnungen
weisen erheb-
liche Kosten-
risiken aus, ...*

Für die EU-Mitgliedstaaten wurden zuletzt im Jahr 2012 umfangreiche langfristige Vorausberechnungen für die altersabhängigen Ausgaben vorgelegt.²¹⁾ Demnach wird erwartet, dass die staatlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland ohne entsprechende Gegenmaßnahmen von 8% des BIP im Jahr 2010 spürbar steigen könnten, und es wird für das Jahr 2060 eine Spanne von gut 8½% bis fast 11% ausgewiesen. Die relativ große Spannbreite bebildert, dass sich die Ausgabenentwicklung aufgrund vielfältiger Einflussfaktoren weniger verlässlich vorausberechnen lässt als etwa im Bereich der Altersversorgung. Dabei kommen sowohl nachfrageseitige Faktoren (Bevölkerungsentwicklung, Reaktion der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auf Einkommenssteigerungen, Entwicklung des Krankheitsrisikos bei höherer Lebenserwartung) als auch angebotsseitige Faktoren (Lohnkosten im Gesundheitsbereich, kostensteigernder medizinisch-technischer Fortschritt) zum Tragen. Zudem ist entscheidend, wie der Leistungskatalog des staatlichen Gesundheitssystems (einschl. Zuzahlungen) zukünftig gesetzlich geregelt wird und inwieweit (Ausgaben-)Rationierungen vorgenommen werden. Relativ flach könnte der Anstieg dann ausfallen, wenn die Zahl der Lebensjahre, in denen verstärkt Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, trotz steigender Lebenserwartung im Durchschnitt konstant bliebe – das heißt, wenn sämtliche „gewonnenen“ Lebensjahre bei eher guter Gesundheit verbracht werden können. Besonders stark könnte die Gesundheitsausga-

benquote dagegen dann ansteigen, wenn die Phase intensiveren medizinischen Betreuungsbedarfs länger und außerdem der medizinisch-technische Fortschritt kostentreibend ausfällt.

Die prognostizierten Ausgabenanstiege deuten auf eine künftig deutlich höhere Abgabenbelastung hin. In Beitragssätze umgerechnet, würde sich gemäß den EU-Vorausberechnungen bis zum Jahr 2060 ein Anstieg auf einen Wert zwischen 16½% und 21½% ergeben. Zusammen mit den übrigen alterungsabhängigen Ausgaben im Alterssicherungs- und Pflegebereich sowie im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit könnte der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz danach auf eine Größenordnung von 47½% bis 54½% steigen – gegenüber derzeit 39½%. Im Unterschied etwa zu den Rentenausgaben, die durch das in der Anpassungsformel angelegte sinkende Rentenniveau begrenzt werden, fehlen im Gesundheitsbereich vergleichbare regelbasierte Dämpfungsfaktoren. Vielmehr sind hier fallweise Eingriffe in das Leistungs- und Vergütungsrecht üblich, mit denen auch deshalb zu rechnen ist, weil etwa im Vergleich zu Rentenanwartschaften ein weniger konkreter Anspruch besteht. Solche Maßnahmen können aber nur unter sehr großer Unsicherheit in Vorausberechnungen berücksichtigt werden.

*... die zu
entsprechend
höheren
Beitragssätzen
führen könnten*

Die voraussichtlich weiter steigenden Ausgaben für Gesundheitsleistungen dürften tendenziell den Präferenzen der Versicherten entsprechen, teilweise aber auch auf eine angebotsinduzierte Nachfrageausweitung zurückzuführen sein, die wiederum durch einen Mangel an Transparenz auf diesem spezifischen Markt erleichtert wird. Im Fall einer Versicherung, bei der die Inanspruchnahme von Leistungen weitgehend ohne individuelle Kostenbeteiligung und ohne strikte Überprüfung der erbrachten

*„Moral hazard“
begünstigt Über-
nachfrage nach
Gesundheits-
leistungen*

²¹ Vgl.: Europäische Kommission (DG ECFIN) und Ausschuss für Wirtschaftspolitik (AWG), The 2012 Ageing Report: Economic and budgetary projections for the 27 EU Member States (2010–2060), Joint Report, in: European Economy 2/2012. Unter staatlichen Gesundheitsausgaben werden hier insbesondere die Ausgaben der GKV und für die Beamtenbeihilfe subsummiert.

Möglichkeiten zur Ausgabenbegrenzung: Transparenz und Kostenbeteiligung erhöhen

Leistungen erfolgt, besteht die Gefahr einer übermäßigen Nachfrage, insbesondere wenn die Leistungsanbieter einen starken Einfluss auf diese ausüben können.

Diese grundlegenden Probleme im Rahmen einer Versicherung können mit verschiedenen Instrumenten eingedämmt werden, die in der gesetzlichen Krankenversicherung noch intensiver genutzt werden könnten. Ein Ansatzpunkt wäre eine höhere Transparenz für die Patienten über die in Rechnung gestellten Behandlungen und Kosten. Diese könnte beispielsweise durch einen (teilweisen) Wechsel vom Sachleistungszum Kostenerstattungsprinzip verbessert werden. Zwar können alle gesetzlich Versicherten für die Kostenerstattung optieren. Tatsächlich ist die Inanspruchnahme aber mangels individueller Vorteile auf nachvollziehbar niedrigem Niveau geblieben. Einer Überinanspruchnahme kann auch durch Selbstbehalte, Kostenbeteiligungen und Beitragsrückerstattungen entgegengewirkt werden. Diese Instrumente sind bereits Bestandteil des Leistungsrechts, und sie wurden insbesondere durch das Wettbewerbsstärkungsgesetz im Jahr 2007 durch Möglichkeiten zum Angebot von kassenspezifischen Wahlтарifen ausgeweitet. Ein Überlastungsschutz soll verhindern, dass Haushalte durch diese Zuzahlungen tatsächlich überfordert werden.²²⁾ Mit der Abschaffung der Praxisgebühr im vergangenen Jahr wurde allerdings wieder eine andere Richtung eingeschlagen.²³⁾ Generell wird die (politische) Umsetzung derartiger Maßnahmen dadurch erschwert, dass die Nachteile für Leistungserbringer und potenzielle Zuzahler unmittelbar sichtbar sind, während die Vorteile einer niedrigeren Finanzierungslast breit streuen. Weiterhin scheinen Potenziale zur Schaffung von mehr Transparenz zwischen Nachfragern und Anbietern im Gesundheitssystem (etwa über die Versichertenkarte oder Internetportale) sowie zur Verbesserung der medizinischen Therapien durch konsequentere Auswertung grundsätzlich verfügbarer Daten zu bestehen.

Mit der Rücknahme des langfristig auf ein Prämiennmodell hinauslaufenden einkommensunabhängigen Zusatzbeitrags wurde das Ziel wieder aufgegeben, der jeweiligen Krankenversicherung einen Preis beizumessen und die Umverteilungseffekte im Rahmen der GKV-Finanzierung genauer zu steuern. Damit besteht hier weiterhin ein Potenzial, die Belastung mit verzerrenden und daher wachstumsschädlichen staatlichen Abgaben enger zu begrenzen. Es wird abzuwarten bleiben, ob die Diskussion um das Finanzierungssystem in wirtschaftlich und vor allem demografisch weniger günstigen Zeiten wieder verstärkt einsetzen wird, wenn der Druck auf die Beitragssätze spürbar zunehmen wird. Eine nachvollziehbar aufgabenbezogene Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus dem Bundeshaushalt ist unabhängig hiervon anzuraten.

Da die gesetzliche Krankenversicherung nach dem Umlageverfahren ohne versicherungstechnisch kalkulierte Rücklagen finanziert wird, schlagen sich die absehbaren demografischen Veränderungen sowohl auf der Einnahmenseite über eine schmalere Beitragsbasis als voraussichtlich auch auf der Ausgabenseite über den steigenden Anteil älterer Versicherter nieder. Ein kapitalgedecktes System mit Alterungsrückstellungen wäre diesen Veränderungen weniger stark ausgesetzt. Allerdings wäre ein Wechsel des Finanzierungssystems übergangsweise mit Doppelbelastungen der Mitglieder verbunden, da sie zusätzlich zu den laufenden Ausgaben den Aufbau eines Kapitalstocks zu finanzieren hätten. Mit einer kollektiven Rücklage, wie sie in der sozialen Pflegeversicherung vorgesehen ist, kann eine Umverteilung zwischen unterschiedlichen Versichertenjahrgängen erreicht werden. Dies setzt allerdings nicht zuletzt voraus, dass

Einkommensunabhängige Finanzierung könnte wieder auf die Agenda kommen

Kapitaldeckung keine grundlegende Lösung des Finanzierungsproblems, jüngste Rentenreform führt in die falsche Richtung

²² Die derzeitige Regelung sieht vor, dass Zuzahlungen eines Mitglieds (und seiner Mitversicherten) nur zu leisten sind bis 2% der jährlichen Bruttoeinnahmen des Haushalts erreicht werden. Für chronisch Kranke liegt diese Schwelle bei 1% (§ 62 SGB V).

²³ Mit der Praxisgebühr sollte der in Deutschland überdurchschnittlichen Häufigkeit der Arzt-Patienten-Kontakte insofern Rechnung getragen werden, als durch eine gewisse finanzielle Beteiligung die damit verbundenen Kosten stärker in das Nachfragekalkül einbezogen werden.

die Rücklage vor einem zweckfremden Zugriff der Politik geschützt bleibt. Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung wird es wichtig sein, die durch die Alterung geschwächte Finanzierungsbasis zu stabilisieren. Hierzu liegt es nahe, das gesetzliche Rentenalter weiter an die stei-

gende Lebenserwartung anzupassen. Die jüngsten Beschlüsse insbesondere zur abschlagsfreien Rente mit 63 begünstigen dagegen Frühverrentungen und gehen von daher auch mit Blick auf die GKV in die falsche Richtung.

■ Anhang

Wichtige finanzwirksame Neuregelungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung²⁴⁾

Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung (2006)

Insbesondere zweijähriges Moratorium für Arzneimittel-Herstellerpreise.

Haushaltsbegleitgesetz 2006 (2006)

Zum 1. Januar 2006 wird die Beitragsbemessungsgrundlage für Bezieher von Arbeitslosengeld II von 36,2% auf 34,5% der monatlichen Bezugsgröße gesenkt und der pauschale Abgabensatz zur gesetzlichen Krankenversicherung für geringfügig Beschäftigte von 11% auf 13% angehoben.

Der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung wird ab dem Jahr 2007 von 4,2 Mrd € auf 1,5 Mrd € gekürzt.

Vertragsrechtsänderungsgesetz (2006)

Die Frist zum vollständigen Schuldenabbau der Krankenkassen, die im Jahr 2003 mit dem GKV-Modernisierungsgesetz festgelegt wurde, wird um ein Jahr bis Ende 2008 verlängert.

GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (2007)

Einführung eines Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009, der die Beiträge vereinnahmt und risikoadjustierte Kopfpauschalen an die Krankenkassen weiterleitet. Die Fondsmittel sollen dauerhaft mindestens 95% der Kassenausgaben decken. Die Differenz müssen die Kassen gegebenenfalls durch einkom-

mensunabhängige Zusatzbeiträge ausgleichen. Der Zusatzbeitrag darf dabei 1% des beitragspflichtigen Einkommens nicht übersteigen, sofern er höher als 8 € pro Monat festgelegt wird.

Ab dem Jahr 2009 wird der allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung jährlich nach Auswertung der Prognosen des zuständigen Schätzerkreises von der Bundesregierung per Rechtsverordnung (ohne Zustimmung des Bundesrates) festgelegt.

Der Risikostrukturausgleich wird auf der Basis von 80 kostenintensiven chronischen Krankheiten morbiditätsbezogen ausgestaltet.

Der Bundeszuschuss wird für die Jahre 2007 und 2008 auf jeweils 2,5 Mrd € festgelegt und soll danach pro Jahr um 1,5 Mrd € bis auf 14 Mrd € angehoben werden.

Das Vergütungssystem in der ambulanten ärztlichen Versorgung wird von festen Punktwerten, die eine strikte Budgetierung erlaubten, auf feste Leistungsentgelte umgestellt, die bei Überschreiten von Regelleistungsvolumina regressiv gestaffelt sind.

Die privaten Krankenversicherungen werden verpflichtet, einen Basistarif anzubieten, der maximal zum durchschnittlichen Höchstbetrag in der gesetzlichen Krankenversicherung deren Leistungen anbieten muss. Bei Sozialhilfebedürftigkeit ist die Versicherungsprämie zulasten der privaten Versicherten-gemeinschaft zu halbieren.

²⁴ Dargestellt sind hier die wichtigsten Neuregelungen seit dem 2004 in Kraft getretenen GKV-Modernisierungsgesetz. Vgl. zur vorherigen Entwicklung: Deutsche Bundesbank, Finanzielle Entwicklung und Perspektiven der gesetzlichen Krankenversicherung, Monatsbericht, Juli 2004, S. 15 ff.

Zum Wechsel in die private Krankenversicherung muss nicht mehr nur in einem Jahr ein Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze erreicht werden, sondern in drei aufeinanderfolgenden Jahren.

Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (2008)

Die Rechnungslegungsvorschriften für die gesetzlichen Krankenkassen werden stärker den Bewertungsgrundsätzen des Handelsgesetzbuchs angepasst.

Insbesondere werden alle Krankenkassen ab dem 1. Januar 2010 insolvenzfähig und überdies verpflichtet, bis zum Jahr 2050 ausreichende Pensionsrückstellungen für ihre Beamten und Dienstordnungsangestellten zu bilden.

Verordnung zur Festlegung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (2008)

Der allgemeine Beitragssatz wird zum 1. Januar 2009 auf 15,5% festgelegt. 14,6% sind paritätisch zu finanzieren und 0,9% von den Mitgliedern allein aufzubringen.

Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (2009)

Um die finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser zu verbessern, werden die Krankenkassen insbesondere verpflichtet, die für die Jahre 2008 und 2009 vereinbarten tariflichen Entgeltsteigerungen des Krankenhauspersonals auf Dauer zur Hälfte zu refinanzieren, soweit sie die für die Leistungsvergütung maßgebliche Veränderungsrate der durchschnittlichen beitragspflichtigen Einkommen überschreiten.

Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (2009)

Zur Kompensation der durch die Beitragssatzsenkung zum 1. Juli 2009 (von 15,5% auf 14,9%) verursachten Einnahmehausfälle wird der Bundeszuschuss für das Jahr 2009 von zuvor geplanten 4 Mrd € auf 7,2 Mrd € und für das Jahr 2010 von 5,5 Mrd € auf 11,8 Mrd € angehoben.

Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz (2010)

Im Jahr 2010 leistet der Bund einen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 3,9 Mrd €.

Gesetz zur Änderung krankenkassenversicherungsrechtlicher und anderer Vorschriften (2010)

Der Herstellerabschlag für Arzneimittel ohne Festbetrag wird von 6% auf 16% angehoben. Für zulastend der gesetzlichen Krankenversicherung abgegebene Arzneimittel wird ein Preismoratorium festgelegt. Beide Regelungen gelten vom 1. August 2010 bis Ende 2013.

Arzneimittelneuordnungsgesetz – AMNOG (2010)

Neue und innovative Arzneimittel werden nur noch ein Jahr lang zum geforderten Preis erstattet. Bis dahin müssen die Produzenten den Zusatznutzen des neuen Medikaments nachgewiesen haben; ansonsten wird lediglich der im Festbetragssystem geltende Preis erstattet.

GKV-Finanzierungsgesetz (2010)

Die Deckelung des einkommensunabhängigen Zusatzbeitrags auf 1% des beitragspflichtigen Einkommens wird aufgehoben. Sofern der durchschnittliche Zusatzbeitrag künftig 2% des individuellen beitragspflichtigen Einkommens übersteigt, erfolgt ein sozialer Ausgleich durch eine entsprechende Rückerstattung des einkommensabhängigen Arbeitnehmerbeziehungsweise Rentnerbeitrags. Die dadurch verursachten Einnahmehausfälle beim Gesundheitsfonds sollen ab dem Jahr 2015 aus dem Bundeshaushalt erstattet werden.

Der allgemeine Beitragssatz wird zum 1. Januar 2011 von 14,9% auf 15,5% angehoben. Eine regelgebundene Anpassung dieses Beitragssatzes ist nicht mehr vorgesehen.

Zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs werden insbesondere die Zahlungen des Gesundheitsfonds an die Krankenkassen für Verwaltungskosten in den Jahren 2011 und 2012 auf dem Niveau des Jahres 2010 eingefroren, Abschläge bei der Vergütung von Krankenhäusern bei Leistungen über das vereinbarte Volumen hinaus vorgesehen und die Vergütung von

Zahnärzten sowie in Verträgen zur hausarztzentrierten Versorgung begrenzt.

Zum Wechsel in die private Krankenversicherung reicht wieder ein Jahr mit einem Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze.

Haushaltsbegleitgesetz 2011 (2010)

Der Bund überweist im Jahr 2011 weitere 2 Mrd € zusätzlich an den Gesundheitsfonds.

GKV-Versorgungsstrukturgesetz (2011)

Das ärztliche Vergütungssystem wird umgestaltet, um die Versorgung mit Gesundheitsleistungen in strukturschwachen Gebieten zu gewährleisten.

Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung (2012)

Die Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigungen (für die ein pauschaler GKV-Beitragssatz von grundsätzlich 13% bzw. 5% bei haushaltsnahen Dienstleistungen gilt) wird ab dem 1. Januar 2013 von 400 € auf 450 € pro Monat angehoben.

Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs in stationären Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen (2012)

Die im Jahr 2004 eingeführte Praxisgebühr für Arzt- oder Zahnarztbesuche in Höhe von 10 € pro Quartal wird ab 2013 wieder abgeschafft.

Haushaltsbegleitgesetz 2013 (2012)

Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds für das Jahr 2013 wird einmalig um 2,5 Mrd € auf 11,5 Mrd € abgesenkt.

Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung (2013)

Abschaffung des erhöhten Säumniszuschlags von 5% der rückständigen Beitragszahlungen.

Einführung eines Notlagentarifs in der privaten Krankenversicherung für Versicherte, die ihrer Pflicht zur Beitragszahlung nicht nachkommen.

Versorgungszuschläge für Krankenhäuser und weitere Maßnahmen zur Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser.

13. SGB V-Änderungsgesetz (2013)

Das bis Ende 2013 befristete Preismoratorium für zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen abgegebene Arzneimittel wird bis Ende März 2014 verlängert.

14. SGB V-Änderungsgesetz (2014)

Die bereits vor dem AMNOG auf den Weg gebrachte Nutzenbewertung von Arzneimitteln im Bestandsmarkt wird mit der Begründung eines unverhältnismäßig hohen methodischen und administrativen Aufwands aufgegeben.

Zur Kompensation wird das Arzneimittel-Preismoratorium bis Ende 2017 verlängert.

Der Ende 2013 wieder von 16% auf 6% zurückgenommene Herstellerrabatt auf Arzneimittel ohne Festbetrag wird zum 1. Januar 2014 auf 7% angehoben.

Haushaltsbegleitgesetz 2014 (2014)

Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds wird im Jahr 2014 um 3,5 Mrd € auf 10,5 Mrd € abgesenkt, 2015 wieder auf 11,5 Mrd € und 2016 auf 14 Mrd € angehoben. Ab dem Jahr 2017 sollen jedes Jahr 14,5 Mrd € überwiesen werden.

GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz (2014)

Der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag wird zum 1. Januar 2015 abgeschafft, und der von den Mitgliedern allein aufzubringende Zusatzbeitragssatz in Höhe von 0,9% kann künftig von den Krankenkassen jeweils entsprechend ihren Finanzbedarfen festgelegt werden. Der planmäßig ab dem Jahr 2015 aus dem Bundeshaushalt zu finanzierende soziale Ausgleich wird damit hinfällig.

Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse

Im nichtfinanziellen Unternehmenssektor der deutschen Wirtschaft haben sich bereits seit Längerem neben einem breiten Bereich von kleinen und mittleren Firmen vielgestaltige Unternehmensgruppen etabliert, in denen rechtlich selbständige Unternehmen eine wirtschaftliche Einheit im Rahmen eines Konzerns bilden. Grenzüberschreitend tätige Unternehmensgruppen sind ein starkes Bindeglied zwischen inländischen und ausländischen Beschaffungs- und Absatzmärkten, Produktionsstandorten und Finanzsystemen und verkörpern damit zugleich einen spezifischen Übertragungskanal im internationalen Konjunkturzusammenhang.

Hieraus ergeben sich erweiterte empirische Fragestellungen auf gesamtwirtschaftlicher und makroprudenzieller Ebene, die den Rahmen der traditionellen, auf rechtlich selbständigen Einheiten des nationalen Wirtschaftsraumes basierenden Unternehmensabschlussstatistik überschreiten. Die neue Konzernabschlussstatistik der Bundesbank stellt hierfür vierteljährliche Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Deutschland tätiger nichtfinanzieller Unternehmensgruppen bereit. Die Zeitreihen beginnen im Jahr 2005 und beruhen auf Konzernabschlüssen von derzeit etwa 260 im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse notierten nichtfinanziellen Unternehmen.

Die Konzernabschlussstatistik bereitet Daten und Kennzahlen sowohl aus der Bilanz als auch der Gewinn- und Verlustrechnung der großen deutschen Unternehmensgruppen unter Einschluss ihrer weltweit tätigen Tochtergesellschaften auf. Zur Erleichterung der Interpretation wird das Datenmaterial – soweit möglich beziehungsweise sinnvoll – auch von Veränderungen im Berichtskreis sowie im Konsolidierungskreis bereinigt und in saisonbereinigter Darstellung zur Verfügung gestellt. Im Unterschied zu den HGB-Abschlüssen der Einzelunternehmen, die in die Jahresabschlussstatistik eingehen, werden die Konzernabschlüsse der börsennotierten Unternehmensgruppen nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (International Financial Reporting Standards: IFRS) aufgestellt und bilden konzerninterne Transaktionen sowie Kapitalverflechtungen und Schuldbeziehungen nicht ab.

Die Konzernabschlussstatistik weist grundlegende Strukturunterschiede zu den hochgerechneten Einzelabschlüssen auf. In der Bilanzbetrachtung nehmen bei den Konzernen die langfristigen Aktiva ebenso wie die langfristigen Passiva ein deutlich höheres Gewicht ein als in den Einzelabschlüssen. Darüber hinaus fallen die immateriellen Vermögenswerte, insbesondere der Goodwill, stark ins Gewicht. Die Bilanzrelationen zeigen im Zeitablauf ein relativ stabiles Profil; die Eigenkapitalquote beträgt im Durchschnitt ansehnliche 30%.

Die starke Einbindung der deutschen Konzerne in die Weltwirtschaft lässt sich besonders deutlich an ihrer Umsatzentwicklung und Ertragslage ablesen. Dadurch sind die Gewinne anfälliger gegenüber globalen Schocks, wie die starken Ertragsseinbrüche während der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008 und im Jahr 2009 zeigen. Die Konzerne konnten sich danach sehr rasch erholen und zu einer hohen Profitabilität zurückkehren. Seit dem Jahr 2012 weisen die Umsätze eine gewisse Seitwärtsbewegung auf. Hierbei dürften die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Schuldenkrise im Euro-Raum ebenso eine Rolle gespielt haben wie die insgesamt langsamere Gangart der Weltkonjunktur.

Der Konzern als Strukturmerkmal der deutschen Wirtschaft

Die Unternehmensgruppe als wirtschaftliche Einheit

Seit Ende der sechziger Jahre wertet die Bundesbank Jahresabschlüsse inländischer nicht-finanzieller Unternehmen aus, um deren Ertragslage sowie die Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu analysieren. Dabei folgt sie dem Konzept der allgemeinen Wirtschaftsstatistik, deren Berichtskreis sich grundsätzlich auf rechtlich selbständige Einheiten des jeweiligen inländischen Wirtschaftsraumes erstreckt. In einer von starken nationalen wie internationalen Verflechtungen gekennzeichneten Unternehmensstruktur treten jedoch zunehmend Fragestellungen in den Vordergrund, die sich mit diesem klassischen statistischen Ansatz nur unvollkommen beantworten lassen. So ist das wirtschaftliche Geschehen mittlerweile in vielen Bereichen von Unternehmensgruppen geprägt, in denen mehrere rechtlich selbständige Unternehmen eine wirtschaftliche Einheit unter dem Dach eines Konzerns bilden. Diese Organisationsform der überbetrieblichen Leistungserstellung und Unternehmenssteuerung ist insbesondere kennzeichnend für international tätige Großunternehmen. Somit erweitern sich auch die Anforderungen an die Statistik, da vermehrt Informationen benötigt werden, die sich auf die Gesamtheit einer Unternehmensgruppe beziehen.

Die Aufbereitung von Konzernabschlüssen ist mit einer Reihe methodischer Herausforderungen verbunden. Der Konzern als statistische Einheit ist bislang konzeptionell nur wenig untersucht.¹⁾ Unter einem Konzern versteht man in allgemeiner Betrachtung eine Gruppe rechtlich selbständiger Unternehmen, die wirtschaftlich im Regelfall über Beteiligungsverhältnisse sowie Kontroll- und Entscheidungsbefugnisse hierarchisch verbunden sind. Die zu beobachtenden Ausgestaltungen von Konzernen weisen dabei eine Vielfalt auf, die bereits einen Hinweis auf die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten gibt, aber zugleich eine umfassende

Konzernotypisierung erschwert. Grundlegendes gemeinsames Merkmal ist jedoch die einheitliche Leitung und Kontrolle, die für die gesamtunternehmerische Strategie maßgebend ist und oftmals mit einem Haftungsverbund²⁾ einhergeht.

Die Vielfalt einzelner Unternehmensgruppen ergibt sich vor allem aus ihren verschiedenen geschäftsstrategischen Zielen. Nicht zuletzt angesichts eines zunehmend international geprägten Wettbewerbsumfelds hat es sich oftmals als vorteilhaft erwiesen, neue Geschäftsfelder rascher über externe Unternehmensübernahmen als durch organisches internes Wachstum zu gewinnen. Dabei haben sich die Motive über die Jahrzehnte gewandelt. Während in den fünfziger und sechziger Jahren das Augenmerk vieler Unternehmen zunächst auf den Warenexport gerichtet war, folgte bald darauf der Aufbau eigener ausländischer Service- und Vertriebsgesellschaften. Als nächster Schritt kam dann aus produktionstechnischen Gründen, kostenseitigen Erwägungen oder zwecks Überwindung von Handelsbarrieren die fertigungsmäßige Verankerung im Ausland hinzu. Die heutigen Konzernstrategien gehen teilweise noch darüber hinaus. So zielen die Unternehmen darauf ab, die komparativen Vorteile unterschiedlicher internationaler Standorte optimal zu kombinieren und dadurch Effizienzvorteile in der Wertschöpfungskette zu erzielen. Damit kann eine stärkere funktionale Differenzierung der betrieblichen Leistungserstellung einhergehen, wie die Beschaffung finanzieller Mittel durch Finanzierungstöchter oder die Ausgründung von Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften. Die treibenden Kräfte für diese strategischen Weichenstellungen waren vor allem die Liberalisierung des Welthan-

Wirtschaftliche Internationalisierung als Triebfeder für multinationale Konzerne

¹ Gleichwohl hat sich mittlerweile in einigen statistischen Bereichen die konsolidierte Betrachtungsweise zusätzlich zum klassischen Ansatz etabliert. Beispiele hierfür sind Erhebungen der Bankenaufsicht, der Auslandsstatus der Banken sowie die Bestandserhebungen über Direktinvestitionen.

² Über „Patronatserklärungen“ können zudem Bonitätsunterschiede in der Unternehmensgruppe ausgeglichen werden.

dels, die Öffnung und Systemtransformation der Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas einschließlich der Integration in die Europäische Union (EU) sowie der rasante Aufholprozess der Schwellenländer.

Bedeutung für die heimische Volkswirtschaft

Die Herausbildung multinationaler Unternehmensgruppen hat in der Regel beträchtliche Rückwirkungen auf die jeweilige nationale Volkswirtschaft. Hierfür spricht nicht zuletzt das Gewicht, das große Unternehmensgruppen innerhalb der deutschen Wirtschaft einnehmen. Die in der neuen Bundesbank-Statistik enthaltenen rund 260 nichtfinanziellen Unternehmensgruppen erwirtschaften mit ihren Inlandsumsätzen knapp 9% aller Umsätze in Deutschland und sind Arbeitgeber für gut 7% der inländischen Beschäftigten. Eine Schlüsselstellung für ganze Regionen nehmen Konzerne mitunter dann ein, wenn sie dort ihre Verwaltung konzentriert haben und große Produktionsstätten unterhalten. Dabei spielen auch Input-Output-Beziehungen über industrielle Zulieferer oder Dienstleister eine wichtige Rolle.

Makroökonomische und makroprudenzielle Aspekte

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung begünstigt die Bildung von einheitlich geleiteten, grenzüberschreitend tätigen Unternehmensgruppen. Dies könnte eine zusätzliche Ursache einer erhöhten Synchronität in den internationalen Konjunkturbewegungen sein. Allerdings ist auch plausibel, dass Konzerne zu einer internationalen Diversifizierung beitragen, was für sich betrachtet die Schockempfindlichkeit bei länderspezifischen Störungen vermindert.³⁾ Eine zusätzliche Analyseperspektive für die Auswertung von Konzernabschlussdaten bilden makroprudenzielle Fragestellungen. Unter systemischen Risikogesichtspunkten ist die Gesamtsicht auf die Verschuldung, Liquidität und Ertragslage von Konzernen notwendig. Erst durch die Konsolidierung der (oft ausländischen) Finanzierungstöchter in den Konzernabschlüssen kann beispielsweise die Gesamtentwicklung der Verschuldung in der Außensicht und in ihrer Finanzierungsstruktur beurteilt werden.⁴⁾ Darüber hinaus stehen durch die Mikrodaten für einzelne Konzerne Verteilungs-

informationen zur Verfügung. So lassen sich beispielsweise aus der Ertragslage und dem Verschuldungsgrad Anhaltspunkte für besondere Risikoanfälligkeiten in sektoraler Hinsicht gewinnen.⁵⁾

Zur Konzeption der Konzernabschlussstatistik

Den datenseitigen Ausgangspunkt der neuen Konzernabschlussstatistik bildet die Erfassung der Konzernabschlüsse von circa 260 nichtfinanziellen Unternehmensgruppen, insbesondere solcher Konzerne, die im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse notieren, soweit diese – gemessen an ihrem Umsatz oder ihrer Beschäftigung – einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen.⁶⁾ Die im Prime Standard notierten Unternehmen sind gemäß der Börsenordnung zu einer vierteljährlichen Berichterstattung verpflichtet. Die auf diesen Daten basierende Konzernabschlussstatistik zeichnet sich abgesehen von ihrer internationalen Vergleichbarkeit vor

Höhere Aktualität und Periodizität gegenüber der traditionellen Unternehmensabschlussstatistik

3 Vgl.: C. Buch und A. Lipponer, Volatile multinationals? Evidence from the labour demand of German firms, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 22/2007; sowie H. Peters und B. Weigert (2013), Beschäftigungsentwicklung innerhalb deutscher multinationaler Unternehmen während der globalen Rezession 2008/2009, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 233/4, S. 505–525.

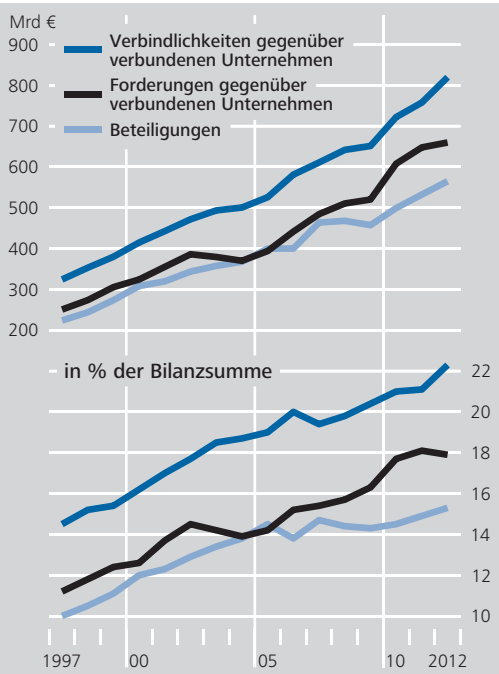
4 Nach dem Einheitsgrundsatz gemäß § 297 Abs. 3 Satz 1 HGB ist im „...Konzernabschluss ... die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der einbezogenen Unternehmen so darzustellen, als ob diese Unternehmen insgesamt ein einziges Unternehmen wären.“ Eine analoge Vorgabe findet sich im International Accounting Standard (IAS) 27.4.

5 Siehe hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten, Monatsbericht, März 2014, S. 55 ff.

6 Darüber hinaus werden auch Konzerne einbezogen, die auf freiwilliger Basis Quartalsberichte veröffentlichen. Der Wertschöpfungsbeitrag einer Unternehmensgruppe gilt dann als nennenswert, wenn mindestens 10% des Gesamtumsatzes oder mehr als 500 Mio € Umsatz in Deutschland erzielt oder wenn mindestens 10% der Mitarbeiter oder mehr als 500 Mitarbeiter in Deutschland beschäftigt werden. Dies führt dazu, dass bspw. die an der Frankfurter Börse notierten sog. „China-AGs“ nicht in den Berichtskreis aufgenommen sind. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik, abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Statistiken/publikationen_unternehmensabschluesse.html

Verbundbeziehungen im inländischen Unternehmenssektor *)

Jahresendstände



* Hochgerechnete Einzelabschlüsse (alle Unternehmen ohne Holdinggesellschaften). Ergebnisse bis 2005 mit Angaben in späteren Jahren verkettet.
 Deutsche Bundesbank

bindlichkeiten gemäß den Ergebnissen der traditionellen Unternehmensabschlussstatistik im Jahr 2012 auf insgesamt über 800 Mrd € beziehungsweise 22,3% der Bilanzsumme (nach 14,5% im Jahr 1997); hierbei spielten Kreditbeziehungen im Unternehmensverbund die größte Rolle. Darüber hinaus werden mögliche, in den Einzelabschlüssen nicht ausgewiesene Firmenwerte aufgedeckt. Weitere Abweichungen zur traditionellen Jahresabschlussstatistik ergeben sich aus der Anwendung unterschiedlicher Rechnungslegungsvorschriften, nämlich den nach HGB für Einzelabschlüsse gegenüber den IFRS⁷⁾ für Konzernabschlüsse. Außerdem erweitert die Konzernbetrachtung die Perspektive auf die weltweite Geschäftstätigkeit der Unternehmensgruppen, da nach den IFRS die Pflicht zur Einbeziehung in den Konzernabschluss unabhängig vom Sitz der Tochterunternehmen (Weltabschlussprinzip) besteht. Umgekehrt sind in Deutschland angesiedelte Töchter ausländischer Konzerne nicht enthalten. Besonderes Charakteristikum der Konzernabschlussstatistik ist darüber hinaus die Börsennotierung der einbezogenen Unternehmensgruppen.

allem durch eine hohe Aktualität und Periodizität aus. So liegen bei der traditionellen, auf Jahresangaben basierenden Unternehmensabschlussstatistik Schätzergebnisse erst knapp ein Jahr nach dem Ende eines Berichtsjahres vor. Demgegenüber können bei der Konzernabschlussstatistik sechs bis sieben Monate nach einem Stichtag Ergebnisse präsentiert werden. Die vierteljährliche Verfügbarkeit erlaubt es zudem, unterjährige Entwicklungslinien darzustellen und zu analysieren.

Das IFRS-Regelwerk ist für kapitalmarktorientierte Unternehmensgruppen ab dem Geschäftsjahr 2005 verbindlich in der EU vorgeschrieben und hat damit zu einer Vereinheitlichung der Konzernrechnungslegung in Europa geführt. Es unterscheidet sich jedoch konzeptionell in mehrfacher Hinsicht vom HGB-Bilanzrecht.⁸⁾ Dies erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass die beiden Regelwerke auf verschiedenen Rechtstraditionen beruhen und abweichende Rechnungslegungsziele verfolgen. Das HGB basiert auf dem kontinentaleuropäischen Modell, in dem der Gläubigerschutz und die langfristige Sicherung des Unternehmens als

Implikationen der Rechnungslegung nach IFRS

Konzeptionelle Unterschiede

Konzeptionell unterscheiden sich die konzernstatistischen Ergebnisse in mehrfacher Hinsicht von der traditionellen Jahresabschlussstatistik. Der Konzernabschluss wird durch Konsolidierung aus den Einzelabschlüssen der konzernzugehörigen Unternehmen abgeleitet. Dadurch bilden die Bilanzdaten interne Transaktionen und Finanzbeziehungen nicht ab, die in der traditionellen Unternehmensabschlussstatistik die gesamtwirtschaftliche Analyse erschweren können. So beliefen sich die Verflechtungsver-

⁷ Die IFRS sind internationale Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen, die vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Ziel ist es, unabhängig von nationalen Rechtsvorschriften, unter Beachtung von bestimmten Grundsätzen und Mindeststandards die Aufstellung international vergleichbarer Jahres- und Konzernabschlüsse zu regeln.

⁸ Das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) führte im Jahr 2009 in Einzelregelungen allerdings zu einer gewissen Annäherung.

die wichtigsten Zwecke der Rechnungslegung gelten. Im Vordergrund der maßgeblich von angelsächsischen Rechnungslegungsnormen geprägten IFRS steht hingegen die Bereitstellung entscheidungsnützlicher Informationen für Investoren. Die IFRS sind umfassender als das HGB-Recht angelegt, da sie einen eher erläuternden Charakter haben und aufgrund ihrer globalen Ausrichtung viele Spezialfälle abdecken sollen. Ihr Bewertungsansatz ist stark vom Grundsatz einer marktnahen Bewertung geprägt, lässt aber teilweise beträchtliche Interpretationsspielräume zu. Bezüge zwischen der Konzernabschluss- und der traditionellen Jahresabschlussstatistik nach HGB sind nur unter Berücksichtigung dieser Aspekte herzustellen.

*Besonderheiten
der Quartals-
bericht-
erstattung*

Der „Preis“ der hohen Aktualität und der unterjährigen Verfügbarkeit der konzernstatistischen Reihen liegt in der geringeren Informationstiefe von Quartalsabschlüssen. Die im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Konzerne sind gemäß Börsenordnung der Frankfurter Börse verpflichtet, einen Halbjahresbericht und einen Quartalsbericht nach den Vorgaben des Wertpapierhandelsgesetzes zu veröffentlichen.⁹ Als Mindestbestandteile eines solchen Berichts sind verkürzte Darstellungen von Bilanz-, Ergebnis-, Eigenkapitalveränderungs- und Kapitalflussrechnungen sowie ausgewählte erläuternde Anhangangaben vorgesehen. Andererseits enthalten die Publizitätsvorschriften strenge Terminvorgaben, sodass die Quartalsberichte zwei Monate nach Ende des jeweiligen Berichtszeitraums, Jahresberichte nach vier Monaten veröffentlicht sein müssen.

*Bereinigung der
Kennzahlen der
Gewinn- und
Verlustrechnung*

Zentrale Kenngrößen der neuen Konzernabschlussstatistik aus der Gewinn- und Verlustrechnung sind Angaben zu Umsatz und operativem Ergebnis vor und nach Abschreibungen. Die unterjährigen Reihen weisen ein saisonales Muster auf. Zur Erleichterung der Interpretation werden die Daten um die jährlich in der gleichen Jahreszeit mit ähnlicher Intensität wiederkehrenden Einflüsse bereinigt. Darüber hinaus werden wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung von Unternehmensgruppen

und damit im Konsolidierungskreis in den Zeitreihen rechnerisch ausgeschaltet. Ab- oder Zugänge von größeren Tochterunternehmen können nicht nur die Umsätze und Erträge des jeweiligen Konzerns, sondern auch die statistischen (Teil-)Aggregate erheblich verändern. Dasselbe gilt für Wechsel im Berichtskreis, also den von der Statistik erfassten Konzernen. Um die Einflüsse von Veränderungen des Konzern- und des Berichtsgebietes von den ökonomisch relevanten Bewegungen zu trennen, wurde ein Verfahren entwickelt, das in den Erläuterungen auf den Seiten 58 f. beschrieben ist. Zusätzlich werden unbereinigte Aggregate bereitgestellt, die auch die Fusions- und Übernahmeaktivitäten der erfassten Unternehmen sowie die saisonalen Ausprägungen vollständig darstellen.

■ Ergebnisse der Bilanzanalyse

Die neue Konzernabschlussstatistik erlaubt es, die Unternehmenslandschaft in Deutschland unter einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Zur Verdeutlichung werden im Folgenden zunächst stilisierte Strukturbilanzen der Konzernabschlussstatistik mit hochgerechneten Einzelabschlüssen der traditionellen Unternehmensabschlussstatistik verglichen, wobei für letztere neben den Gesamtangaben auch Angaben für die großen – überwiegend zu Konzernen gehörenden – Kapitalgesellschaften betrachtet werden. Ungeachtet der Unterschiede in den methodischen und räumlichen Abgrenzungen sowie der Größe des Berichtsgebietes der erfassten Unternehmen und der oben dargelegten Bilanzierungsmethodik (IFRS versus HGB) ist die Gegenüberstellung geeignet, grundlegende Strukturunterschiede zu verdeutlichen.

*Vergleich
stilisierter
Strukturbilanzen*

Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen der Konzernstatistik und den hochgerechneten Einzelabschlüssen stellt die Behandlung der Verbundbeziehungen dar. In der Konzernbilanz werden konzerninterne Kapitalver-

⁹ § 51 Abs. 1 der Börsenordnung der Frankfurter Börse i.V.m. § 37y Nr. 2 Wertpapierhandelsgesetz.

Statistische Bereinigung von Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen in der Konzernabschlussstatistik

Änderungen des Konsolidierungskreises im Abschluss einer Unternehmensgruppe durch Ab- oder Zugänge von größeren Tochterunternehmen können die Entwicklung der Umsatz- und Ertragszahlen nicht nur auf Konzernebene, sondern auch bei größeren statistischen Aggregaten erheblich beeinflussen. Dasselbe gilt für Berichtskreisänderungen, etwa infolge von Neuzulassungen bereits existierender Unternehmensgruppen oder dem Ausscheiden fortbestehender Konzerne aus dem Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse. Solche durch reine Abgrenzungsänderungen bedingten Bewegungen des statistischen Berichtskreises erschweren die Analyse makroökonomisch und makroprudenziell relevanter Entwicklungen. Deshalb werden im Rahmen der vierteljährlichen Abschlussstatistik der nichtfinanziellen, in Deutschland gelisteten Konzerne neben unbereinigten nominalen Angaben auch um Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen bereinigte Zeitreihen zur Verfügung gestellt.¹⁾

Sofern es nicht zu Neugründungen bei gleichzeitiger Börsennotierung im Prime Standard kommt, zeigen die so bereinigten Reihen das interne Wachstum der betrachteten Unternehmensgruppen. Darüber hinaus stellen die nominalen Angaben überdies die Fusions- und Übernahmeaktivitäten der Beobachtungseinheiten dar. Bezogen auf die jeweils erfassten statistischen Einheiten spiegelt die Divergenz zwischen den unbereinigten und den bereinigten Ergebnissen somit im Wesentlichen die externe Wachstumskomponente wider.

Bei der statistisch-methodisch angemessenen Herleitung der um Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen bereinigten

Angaben sind zahlreiche Nebenbedingungen zu beachten. So können Informationen über die quantitativen Auswirkungen der Konsolidierungskreisänderungen allenfalls für ein Überlappungsjahr und nur für wenige Variablen der Gewinn- und Verlustrechnung aus den Anhängen eines Konzernabschlusses entnommen werden. Lange, erhebungsseitig abgesicherte bereinigte Zeitreihen lassen sich auf dieser Basis nicht konstruieren. Vielmehr existieren von Jahr zu Jahr Überlappungen der Angaben für jeweils zwei Konsolidierungskreise (dem neuen und den bisherigen), die es angemessen zu einer statistischen Zeitreihe zu „verketteten“ gilt.

Aufgrund des ressourcenintensiven Suchprozesses in den Anhängen nach den relevanten Informationen über Konsolidierungskreisänderungen kann eine Bereinigung nur für die größten Unternehmensgruppen erfolgen. Da die DAX- und MDAX-Konzerne aber den weit überwiegenden Teil der Berichtskreisfirmen ausmachen (im Jahr 2012 rund 95% des Umsatzes), ist hiermit keine nennenswerte Beeinträchtigung des Aussagegehalts der neuen Statistik verbunden.

Darüber hinaus sollte die gewählte Verkettungs- beziehungsweise Fortschreibungs- methode die aus der Informationsverteilung innerhalb eines Jahres resultierenden Rechenrestriktionen berücksichtigen. Nicht selten liegen nämlich keine genuinen Abschlüsse für das vierte Quartal vor. Diese werden dann als Differenz aus den Jahresangaben und der Summe der Werte für die ersten

¹ http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Unternehmen_und_private_Haushalte/Unternehmensabschluesse/Tabellen/tabellen.html

drei Quartale geschätzt. Von daher gilt es, diese Additivität bei der Methodenwahl als Nebenbedingung zu berücksichtigen.

Die beiden Vorgaben der Jahresüberlappung und der Additivität der Quartalergebnisse innerhalb eines Jahres entsprechen den Prinzipien, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zur Wahl der Methode des Annual Overlap für die Berechnung der realen, preisänderungs bereinigten Angaben führten. Durch diesen Ansatz wird zudem die Konsistenz von jährlichen und vierteljährlichen Vorquartals- beziehungsweise Vorjahresveränderungsraten sichergestellt. Anders als die Bruttowertschöpfung in den VGR können die Unternehmenserträge der vierteljährlichen Konzernabschlussstatistik jedoch grundsätzlich auch nicht-positive Ergebnisse (Null oder negative Werte) aufweisen, so dass die im Rahmen der VGR gewählte Verknüpfung von Verhältnissen (Verkettung von Indexgliedern) hier ersetzt wird durch die Fortschreibung über Differenzen:

$$U_{n,i}^{FR} = \frac{1}{4} \sum_{i=1}^4 U_{0,i}^{x(0)} + \left[\sum_{t=1}^{n-1} \left(\frac{1}{4} \sum_{i=1}^4 U_{t,i}^{x(t)} - \frac{1}{4} \sum_{i=1}^4 U_{t-1,i}^{x(t)} \right) \right] + \left(U_{n,i}^{x(n)} - \frac{1}{4} \sum_{i=1}^4 U_{n-1,i}^{x(n)} \right)$$

mit

$U_{n,i}^{FR}$ = Wert der (Umsatz-)Fortschreibungsreihe des Typs Annual Overlap in additiver Form für das Jahr $n > 0$ und das Quartal i

$U_{t,i}^{x(t)}$ = Umsatzwerte auf Quartalsbasis für einen auf Jahresbasis konstanten Konsolidierungskreis x

t = Jahr von 0 bis n

i = Quartal von 1 bis 4

$x(t)$ = konstanter Konsolidierungskreis des Jahres t .

Der rechentechnische Vorteil dieses Fortschreibungsansatzes liegt darin, dass sich jede Aggregat-Zeitreihe direkt als Summe ihrer Komponenten ergibt (Additivitätseigenschaft). Andererseits kann es – analog zu den Angaben der VGR – zu einem statistisch bedingten Bruch zwischen dem ersten Quartal eines Jahres und dem vierten Quartal des Vorjahres kommen. Dieser ist aber umso kleiner, je geringer die Werte des abgehenden oder neu hinzugekommenen Tochterunternehmens sind und je weniger dessen Angaben im vierten Quartal des Vorjahres vom entsprechenden Jahresdurchschnitt abweichen. Empirische Testrechnungen belegen, dass der Jahresüberlappungseffekt bei den größeren Aggregaten im Allgemeinen nicht von Relevanz ist.

Neben den so berechneten Zeitreihen, die auch in saisonbereinigter Form (nach der Methode Census X-12-ARIMA) und darauf basierenden Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal angeboten werden, enthält das Zeitreihen-Angebot auch um Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen bereinigte Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr gemäß der Formel

$$100 * \left(U_{n,i}^{x(n)} - U_{n-1,i}^{x(n)} \right) / U_{n-1,i}^{x(n)}$$

Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass der mögliche konzeptionelle Bruch vom vierten zum ersten Quartal des Folgejahres bei der Berechnung der Vorjahresraten ausgeschaltet ist.

Bilanz nichtfinanzieller börsennotierter Konzerne im Vergleich zu den hochgerechneten Einzelabschlüssen aller Unternehmen

Ende 2012, in % der Bilanzsumme

Aktiva	Konzernabschlüsse	Hochgerechnete Einzelabschlüsse ¹⁾		Passiva	Konzernabschlüsse	Hochgerechnete Einzelabschlüsse ¹⁾	
		Große Kapitalgesellschaften	Alle Unternehmen			Große Kapitalgesellschaften	Alle Unternehmen
Langfristige Vermögenswerte	61,8	49,3	44,8	Eigenmittel	29,6	30,8	27,4
Immaterielle Vermögenswerte	19,9	2,5	2,2	Langfristige Schulden	37,6	19,7	20,5
darunter: Goodwill	11,6	0,6	0,6	Langfristige Finanzschulden	19,9	11,8	14,2
Sachanlagen	25,5	19,4	23,8	darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	–	6,7	6,0
Finanzanlagen	12,6	27,5	18,9	Pensionsverpflichtungen	6,2	7,1	5,2
darunter: Beteiligungen ²⁾	.	22,8	15,3	Übrige	11,5	0,9	1,1
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	–	2,5	1,8	Kurzfristige Schulden	32,8	49,6	52,1
Übrige	3,8	–	–	Kurzfristige Finanzschulden	9,4	21,7	21,7
Kurzfristige Vermögenswerte	38,2	50,7	55,2	darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen ³⁾	–	19,3	16,2
Vorräte	10,1	12,4	16,6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8,5	10,9	14,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9,5	8,5	10,8	Übrige	14,9	17,0	16,2
Zahlungsmittel	6,6	5,0	6,9				
Übrige	12,0	24,8	21,0				
darunter: Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen ³⁾	–	20,2	16,1				
Aktiva insgesamt	100,0	100,0	100,0	Passiva insgesamt	100,0	100,0	100,0

¹ Hochgerechnet auf Basis teilweise geschätzter Umsätze nach Auswertungen des Unternehmensregisters des Statistischen Bundesamtes für Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation sowie Unternehmensdienstleistungen; Differenzen in den Angaben durch Runden der Zahlen. ² Einschl. Anteile an verbundenen Unternehmen. ³ Einschl. Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Konzernverbund.

Deutsche Bundesbank

flechtungen und Schuldverhältnisse zwischen den Einzelgesellschaften herausgerechnet (Konsolidierungseffekte).¹⁰⁾ Daher liefert die Konzernabschlussstatistik eine in vielerlei Hinsicht grundlegend andere Bilanzstruktur als die klassische hochgerechnete Unternehmensabschlussstatistik. Nach deren Ergebnissen machen Beteiligungen sowie Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen im Jahr 2012 etwa ein Drittel der Bilanzsumme aus; beschränkt man den Unternehmenskreis auf die großen Kapitalgesellschaften liegt der Anteil sogar bei 45%. Auf der Passivseite beläuft sich der Anteil der Verflechtungsverbindlichkeiten bei den hochgerechneten Abschlüssen immer-

hin noch auf 22% bei den Unternehmen insgesamt und 26% bei großen Kapitalgesellschaften. In der Konzernabschlussstatistik erhalten aufgrund des Wegfalls dieser Komponenten demgegenüber die nichtfinanziellen Aggregate, also die Sachanlagen einschließlich der immateriellen Vermögenswerte, ein sehr viel größeres Gewicht. Dieses beläuft sich auf

¹⁰ Darüber hinaus wird auch die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns durch die Aufwands- und Ertragskonsolidierung um konzerninterne Transaktionen bereinigt.

46% der Bilanzsumme gegenüber 22% bei den hochgerechneten Kapitalgesellschaften.¹¹⁾

*Konzern-
spezifisches
Fristigkeitsprofil*

Die langfristigen Aktiva und Passiva nehmen bei den Konzernen ein höheres Gewicht ein als bei den Einzelabschlüssen. Auf der Passivseite zeigt sich dies in einem deutlich höheren Anteil langfristiger Schulden (38% gegenüber 19½%), was neben der buchungstechnischen Reduzierung insbesondere der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten durch die Schuldenkonsolidierung auch ökonomische Gründe hat. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass große Konzerne langfristiges Fremdkapital vielfach über Anleiheemissionen durch eigene Finanzierungstöchter beschaffen, die aus steuerlichen Gründen häufig im Ausland angesiedelt sind.¹²⁾ Diese Mittel werden innerhalb des Konzerns in der Folge überwiegend kurzfristig an die Mutter oder andere Töchter weitergereicht. Der Konzernabschluss bietet somit einen Gesamtüberblick über die Finanzierungsstrukturen einer Gruppe.

*Anlagever-
mögen mit
relativ hohem
Gewicht*

Neben den Auswirkungen der Schuldenkonsolidierung zeigt sich ein gut 6 Prozentpunkte niedrigerer Anteil der Vorräte bei den Konzernen als bei allen Einzelunternehmen. Dabei könnte ein effizienteres Working-Capital-Management der Konzerne eine Rolle spielen. Eine hohe Vorratsintensität wird im Allgemeinen wegen der Lagerhaltungs- und der Kapitalbindungskosten als ungünstig eingestuft. Offenbar gelingt es Konzernen besser, die Vorratshaltung durch eine Optimierung der betrieblichen Prozesse zu senken. Dies könnte auch mit ihrer Größe und der damit verbundenen Marktmacht gegenüber ihren Zulieferern zusammenhängen, die es ihnen ermöglichen, für sie vorteilhaftere Lieferbedingungen durchzusetzen.

*Finanzanlagen
nur bei wenigen
Unternehmens-
gruppen
relevant*

Bei den Finanzanlagen der Konzerne überlagern sich gegenläufige Effekte. Auf der einen Seite schmilzt diese Position aufgrund der Kapitalkonsolidierung der Beteiligungen deutlich ab. Auf der anderen Seite umfassen die Angaben einzelner großer Unternehmensgruppen auch Banktöchter, insbesondere von Auto-

mobilerstellern. Diese verfügen über hohe finanzielle Vermögenswerte in Form von Forderungen aus Finanzierungs- und Leasingverträgen gegenüber Endkunden und Händlern sowie Kapitalmarktpapieren. Aufgrund dessen stellen die Finanzanlagen in der aggregierten Konzernbilanz weiterhin eine nennenswerte Vermögensposition dar. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich der beobachtete Anstieg der langfristigen Aktiva und der Passiva im Einklang miteinander befinden, sodass der Grundsatz der Fristenkongruenz¹³⁾ zumindest in der Aggregatbetrachtung gewahrt bleibt.

In zeitlicher Perspektive betrachtet zeigen die Bilanzrelationen der erfassten Konzerne seit dem Jahr 2005 ein relativ stabiles Profil. Eine Ausnahme stellt das langfristige Vermögen dar, bei dem eine Verschiebung von den Sachanlagen hin zu den immateriellen Vermögenswerten festzustellen ist. So hat sich der Anteil der Sachanlagen seit Anfang des Betrachtungszeitraums um gut 4 Prozentpunkte auf rund 26% der Bilanzsumme verringert. Demgegenüber ist das Gewicht der immateriellen Vermögenswerte um 5½ Prozentpunkte auf aktuell 20% gestiegen. Hierzu haben vor allem die gestiegenen Unternehmenskäufe beigetragen, die häufig mit einer Aktivierung sonst nicht bilanzierter immaterieller Vermögenswerte einhergehen.¹⁴⁾ Darunter fallen beispielsweise Patente und Lizenzen. In dieser Position sind zudem Entwicklungskosten enthalten, die nach den internationalen Rechnungslegungsregeln aktiviert wer-

*Immaterielle
Vermögenswerte
und Goodwill*

¹¹ Welchen Einfluss die erstmalige Einbeziehung von Beteiligungen in den Konzernabschluss auf wichtige Kennzahlen, wie bspw. die Eigenkapitalquote, hat, lässt sich nur im Einzelfall entscheiden. Bei der Erstkonsolidierung hängen Stärke und Richtung des bilanziellen Effekts im Konzernabschluss von unterschiedlichen Faktoren ab. Hierzu zählen insbesondere die Finanzierungsstruktur des einbezogenen Tochterunternehmens und bereits bestehende Verflechtungen zwischen Mutter und Tochter sowie die Beteiligungsquote.

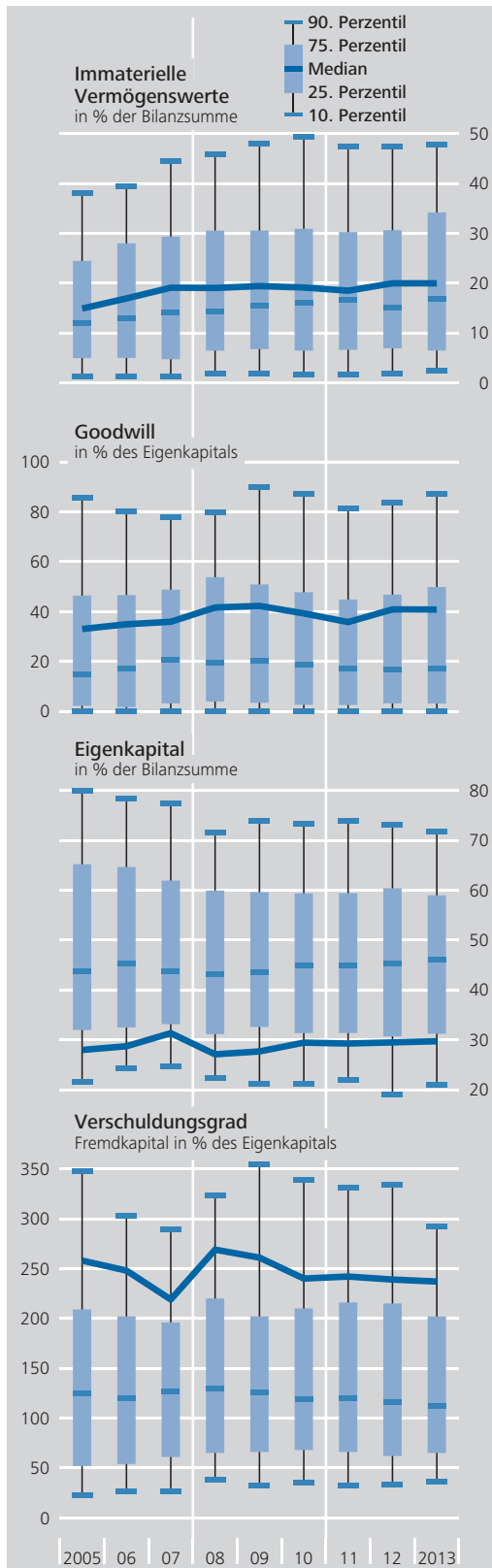
¹² Zudem dürften auch die in manchen Ländern besonders niedrigen Transaktionskosten von Emissionen eine Rolle spielen.

¹³ Die sog. „Goldene Bilanzregel“ verlangt, dass das Anlagevermögen durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital gedeckt ist.

¹⁴ Die Aktivierung erfolgt im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

Verteilungsparameter ausgewählter Bilanzgrößen börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen

Jahresendstände



Deutsche Bundesbank

den müssen. Von besonderer Bedeutung sind die immateriellen Vermögenswerte für den Dienstleistungssektor, wo sie 34% der Bilanzsumme ausmachen. Der deutliche Zuwachs der immateriellen Werte in den letzten Jahren kann aber nicht ausschließlich als Beleg für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft gedeutet werden. Knapp 60% der immateriellen Vermögenswerte entfallen auf den Goodwill, der bei der Erstkonsolidierung von Tochterunternehmen aktiviert wird.¹⁵⁾ Ein Goodwill – das heißt der Geschäfts- oder Firmenwert in der Terminologie des deutschen Handelsrechts – entsteht immer dann, wenn beim Erwerb der Beteiligung der Kaufpreis über dem Substanzwert¹⁶⁾ des Tochterunternehmens liegt, um beispielsweise positive Ertrags Erwartungen abzugelten.

Der Zuwachs beim Goodwill, der in etwa dem Anstieg der gesamten immateriellen Vermögenswerte seit dem Jahr 2005 entspricht, spiegelt die verstärkten Unternehmensübernahmen wider und ist somit ein Indikator für eine Strategie des externen Wachstums. Im Unterschied zum Handelsrecht ist der Goodwill nach den IFRS nicht planmäßig abzuschreiben, sondern jährlich auf Wertminderungsbedarf zu prüfen, der gegebenenfalls außerplanmäßig abzuschreiben ist.¹⁷⁾ Auffällig ist, dass es bei dieser Bilanzposition während der Finanz- und Wirtschaftskrise offenbar nicht zu signifikanten Abschreibungen kam. Das ist bemerkenswert, da die erhöhte Unsicherheit über die künftige Ertragsperspektiven sich auch ungünstig auf die Nachhaltigkeit der Firmenwerte hätte auswirken können. Die in den internationalen Rechnungslegungsvorschriften bestehenden, nicht unbeträchtlichen Ermessensspielräume ermöglichen es aber innerhalb gewisser Grenzen, Abschreibungen auf den Goodwill zu vermeiden

¹⁵ Daher spielt diese Position auch in der traditionellen Jahresabschlussstatistik fast keine Rolle.

¹⁶ Substanzwert ist ein Begriff aus der Unternehmensbewertung und umfasst die Geldsumme, die aufgewendet werden müsste, um ein Unternehmen zu errichten, das dem Bewertungsobjekt gleicht.

¹⁷ Der sog. Wertminderungstest (Impairment-Test) gemäß IAS 36 hat mindestens jährlich oder zusätzlich bei Anzeichen für eine Wertminderung auf Basis der Zahlungsmittel generierenden Einheiten zu erfolgen.

– ein Sachverhalt, der beispielsweise von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung kritisiert wird.¹⁸⁾ Insgesamt gehen von hohen Goodwill-Beständen, vor allem gemessen in Relation zum Eigenkapital, nicht zu vernachlässigende Anfälligkeiten für die entsprechenden Unternehmen aus, falls die Wertbeständigkeit dieser Positionen durch externe Faktoren infrage gestellt wird.

*Solide
Eigenkapital-
ausstattung*

Auf der Passivseite liegt die Eigenkapitalquote der Konzerne mit knapp 30% auf einem ähnlich stattlichen Niveau wie die entsprechende Quote aller Unternehmen in der Hochrechnung. Die Dynamik ist bei Ersteren allerdings gedämpfter, da bei den hochgerechneten Angaben insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen ihre Eigenkapitalausstattung in der letzten Dekade deutlich verbessert haben.¹⁹⁾ Demgegenüber haben sich die Eigenkapitalquoten der großen Kapitalgesellschaften und der Konzerne seit dem Jahr 2005 auf aggregierter Basis kaum verändert. Die börsennotierten Unternehmensgruppen hatten allerdings bereits in der Vergangenheit eine ohnehin höhere bilanzielle Eigenkapitalausstattung sowie einen guten Zugang zum Kapitalmarkt, was in vielen Fällen offenbar keinen deutlichen bonitätsmotivierten Ausbau der Eigenmittel nötig machte. Dass dies in besonderem Maße auf die großen Konzerne zutrifft, zeigt ein Blick auf die Verteilung. Drei Viertel der Unternehmensgruppen verfügen über noch höhere Eigenkapitalquoten als dies im gewogenen Durchschnitt der Fall ist. Der Median liegt nicht nur deutlich darüber, sondern ist im neunjährigen Betrachtungszeitraum sogar um gut 4 Prozentpunkte auf 46% gestiegen.

*Verschuldungs-
grad leicht
rückgängig*

Der Verschuldungsgrad, der sich als Quotient aus Fremd- und Eigenkapital spiegelbildlich zur Eigenkapitalquote entwickelt und zur Beurteilung der finanziellen Hebelung der Eigenkapitalrendite herangezogen wird, hat sich im aktuellen Niedrigzinsumfeld bislang nicht erhöht. Dies gilt sowohl für den Median als auch für die gesamte Verteilung, die wiederum zu drei Vierteln unterhalb des gewogenen Durch-

schnitts liegt. Dies kann als Hinweis für eine weiterhin vorsichtige Risikopolitik und gute Liquiditätsausstattung betrachtet werden. Nach dem leichten Anstieg des Verschuldungsgrades in der scharfen Rezession im Winterhalbjahr 2008/2009 haben die Konzerne in der darauf folgenden konjunkturellen Erholung wieder verstärkt auf Innenfinanzierungsmittel zurückgegriffen.

Ergebnisse der Ertragsanalyse

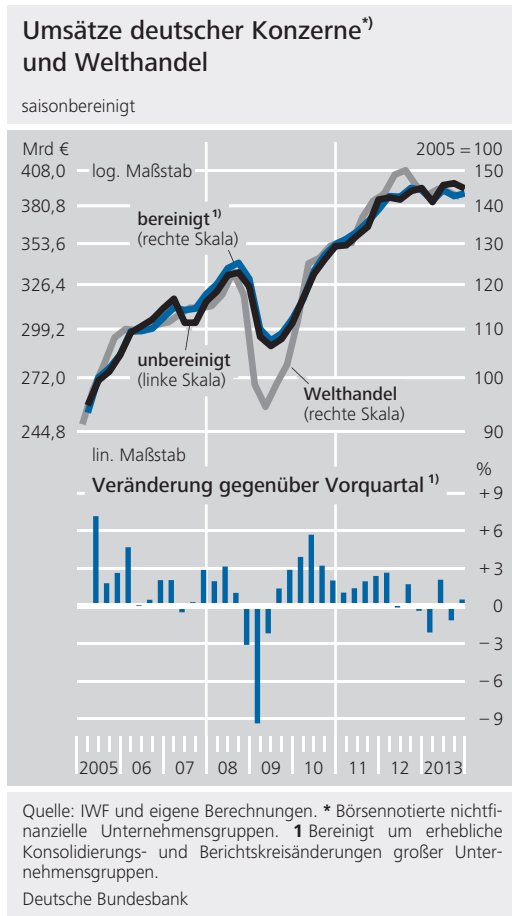
Der zweite Schwerpunkt der Konzernabschlussstatistik liegt in der Bereitstellung vierteljährlicher Informationen über die Ertragslage der großen deutschen Unternehmensgruppen. Diese ist geprägt von der starken Einbettung der meisten dieser Konzerne in die Weltwirtschaft. Die Umsätze sind seit dem Jahr 2005 mit jährlich durchschnittlich 5% kräftig gestiegen, und zwar überproportional stark im Ausland, wo im Jahr 2012 etwa 70% der Gesamtumsätze erzielt wurden – gegenüber 62% im Jahr 2005. Sie haben in dieser Zeit etwa im Ausmaß des Welthandels zugenommen. Hierzu trägt auch die strategische Ausrichtung der Auslandsaktivitäten – vor allem in den Wachstumsregionen – bei. So weiteten die deutschen Unternehmen ihr Auslandsengagement im Betrachtungszeitraum seit dem Jahr 2005 in den Schwellenländern, insbesondere in den BRIC-Staaten²⁰⁾, erheblich aus. Die Bestände an konsolidierten deutschen Direktinvestitionen in den nichtfinanziellen Sektoren der BRIC-Länder haben sich seither mehr als verdreifacht und stellen zusammen bereits ein Achtel des gesamten deutschen nichtfinanziellen Direktinvestitionsbestandes im Ausland. Aber auch in den tradi-

*Umsatzfähigkeit
deutscher
Konzerne eng
verbunden mit
der Weltwirt-
schaft*

¹⁸ Vgl.: B. Thormann, „Everlasting“ Goodwill: Ist die bilanzierte Nachhaltigkeit des Firmenwerts glaubwürdig?, in: Betriebs-Berater, 13/2014 (69. Jg.), S. I.

¹⁹ Vgl. dazu: Nachhaltige Stärkung der Eigenkapitalbasis nichtfinanzieller Unternehmen in Deutschland, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Dezember 2013, S. 46 ff.

²⁰ Die Abkürzung „BRIC“ steht für die Anfangsbuchstaben der vier Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien und China.



tionellen Auslandsmärkten, wie den USA und der EU, auf denen nach wie vor das weit überwiegende Gewicht der Auslandsengagements liegt,²¹⁾ dürften die deutschen Unternehmen ihre Marktstellung ausgebaut haben.

Seit dem Frühjahr 2012 zeigt die Umsatzentwicklung eine gewisse Seitwärtsbewegung. So übertrafen die Umsätze im vierten Quartal 2013 nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und von Änderungen im Berichts- und Konsolidierungskreis das Niveau aus dem ersten Quartal 2012 nur wenig (0,5%). Die bereinigte jährliche Veränderungsrate war im Jahr 2013 sogar erstmals seit dem Krisenjahr 2009 leicht negativ (-0,5%), und zwar sowohl bei den Unternehmensgruppen (-0,5%) des Produzierenden Gewerbes als auch des Dienstleistungssektors (-0,3%). Während viele Unternehmensgruppen zu Beginn des Jahres insbesondere die schwache Konjunkturlage in vielen Ländern Westeuropas und eine geringe Wachstumsdynamik in anderen Teilen der Weltwirtschaft beklagten, verbesserte sich

die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Verlauf des Jahres zunehmend. Gegen Ende des Berichtszeitraums sahen viele Konzerne ihre Geschäftsentwicklung gemäß den Lageberichten jedoch von Währungseffekten infolge der Aufwertung des Euro beeinträchtigt.

Zentrale Kennzahlen der Gewinnsituation in der Konzernabschlussstatistik sind die in der Ertragsanalyse von Unternehmen international gebräuchlichen Kennziffern EBIT („earnings before interest and taxes“) und EBITDA („earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation“). Das EBIT zeigt das operative Ergebnis (Betriebsergebnis vor Steuern); durch die Nichtberücksichtigung des Finanzergebnisses (insbesondere der Zinsaufwendungen) und des sonstigen Gesamtergebnisses werden Finanzierungseffekte und ergebnisneutrale, direkt im Eigenkapital verbuchte Vorgänge ausgeschlossen. Die Erfolgsgröße EBITDA enthält aufbauend auf dem EBIT zusätzlich die Abschreibungen auf Sachanlagen sowie auf immaterielles Anlagevermögen einschließlich des Goodwills. Damit ist ein wesentlicher Bestandteil der zahlungsunwirksamen Aufwendungen eliminiert. Daher kann diese Kennzahl auch als Näherungsgröße für eine ertragsorientierte Cashflow-Ziffer betrachtet werden. Beide Kennzahlen bieten für Renditebetrachtungen eine von der Kapitalstruktur und der steuerlichen Belastung unabhängige Vergleichsbasis. Zudem werden sie in der Konzernabschlussstatistik in einem einheitlichen Verfahren aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet, was die Vergleichbarkeit grundsätzlich sicherstellt.²²⁾

Operative Ergebnisse nach EBIT und EBITDA

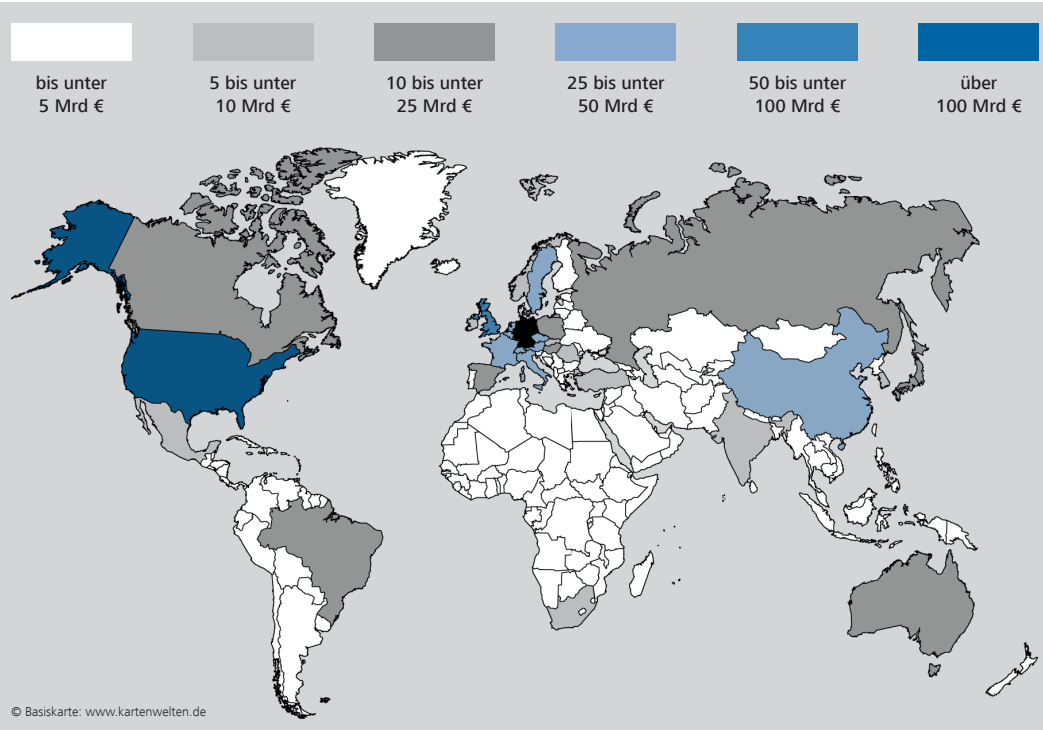
Umsatzentwicklung seit 2012

²¹ Etwa 17% der konsolidierten mittelbaren und unmittelbaren deutschen Auslandsbeteiligungen in nichtfinanzielle Unternehmen entfallen auf die USA, mit großem Abstand gefolgt von Großbritannien (knapp 8%) und den Niederlanden (gut 7%).

²² Demgegenüber sind die von den Unternehmensgruppen selbst veröffentlichten „earnings before“-Kennzahlen aufgrund fehlender strikter Vorgaben für die Berechnung oft nur wenig aussagekräftig. Vgl. auch: T. Kriete, T. Padberg und T. Werner, EBIT – eine „neue“ Kennzahl in Jahresabschluss und -abschlussanalyse, in: Steuer und Bilanzen 2002, S.1090–1094; und N. Jarolim und C. Öppinger, Kennzahlenpublizität europäischer börsennotierter Unternehmen, in: Zeitschrift für internationale Rechnungslegung, Mai 2014, S. 205–211.

Direktinvestitionen deutscher Investoren in nichtfinanzielle Unternehmen¹⁾

Bestände am Jahresende 2012



© Basiskarte: www.kartenwelten.de

* Mittelbare und unmittelbare Direktinvestitionen (konsolidiert) ohne Beteiligungen an finanziellen Institutionen. Angaben der Bestandserhebung über Direktinvestitionen.
 Deutsche Bundesbank

Hohe Volatilität der operativen Ergebnisse

Das EBIT ist wesentlich volatil als das EBITDA. Hierfür spielen Sonderabschreibungen eine wichtige Rolle, welche die operativen Ergebnisse einzelner Berichtsperioden stark beeinflussen können. Während planmäßige Abschreibungen den üblichen Werteverzehr abnutzbarer Vermögensgegenstände widerspiegeln, dienen Sonderabschreibungen der Berücksichtigung außergewöhnlicher Wertminderungen des gesamten Vermögens. Deutlich sichtbar ist dies insbesondere im vierten Quartal 2008, also auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, als das operative Ergebnis saison- und konsolidierungskreisbereinigt um gut 55% gegenüber dem Vorquartal einbrach, das EBITDA hingegen „nur“ um knapp 14%. In diesem Quartal wurden 7 Mrd € mehr abgeschrieben als im gleichen Quartal des Vorjahres. Es kam also auch bei den nichtfinanziellen Unternehmensgruppen zu massiven Vermögensverlusten. Im dritten Quartal 2012 ging das operative Ergebnis der Konzerne insgesamt um 50% zurück, das EBITDA hingegen nur um knapp

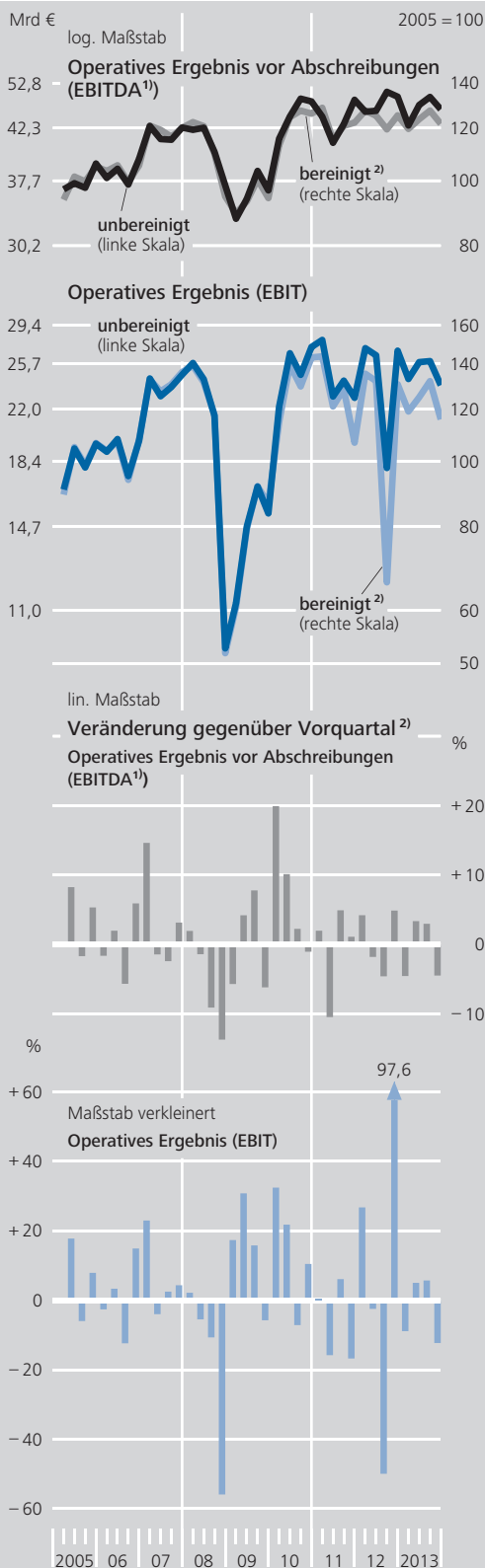
5%. Das statistische Aggregat wurde in diesem Fall massiv beeinflusst von außerordentlich hohen Bewertungsverlusten bei einzelnen großen deutschen Unternehmen.

Die Kennzahlen EBIT und EBITDA werden in der neuen Statistik sowohl absolut als auch relativ – als Rentabilitätsgröße in Bezug zum Umsatz – ausgewiesen. Hierbei dient die Umsatzrentabilität als Maßstab für den operativen Erfolg. Veränderungen im Zeitablauf können durch die allgemeine gesamtwirtschaftliche Entwicklung geprägt sein, aber auch durch unternehmensspezifische Faktoren, wie beispielsweise die Marktstellung in der jeweiligen Branche und die Qualität der Unternehmensführung. Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der Konzerne werden besonders deutlich, wenn Verteilungsparameter zur Analyse herangezogen werden. Auch hier ist der Einbruch im vierten Quartal 2008 deutlich zu sehen. Insgesamt ging die operative Umsatzrendite gemessen am EBIT in dieser Zeit saisonbereinigt und nach Ausschalt-

Umsatzrendite als Vergleichsparameter

Erträge börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen

saisonbereinigt



1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. **2** Bereinigt um erhebliche Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen großer Unternehmensgruppen.
 Deutsche Bundesbank

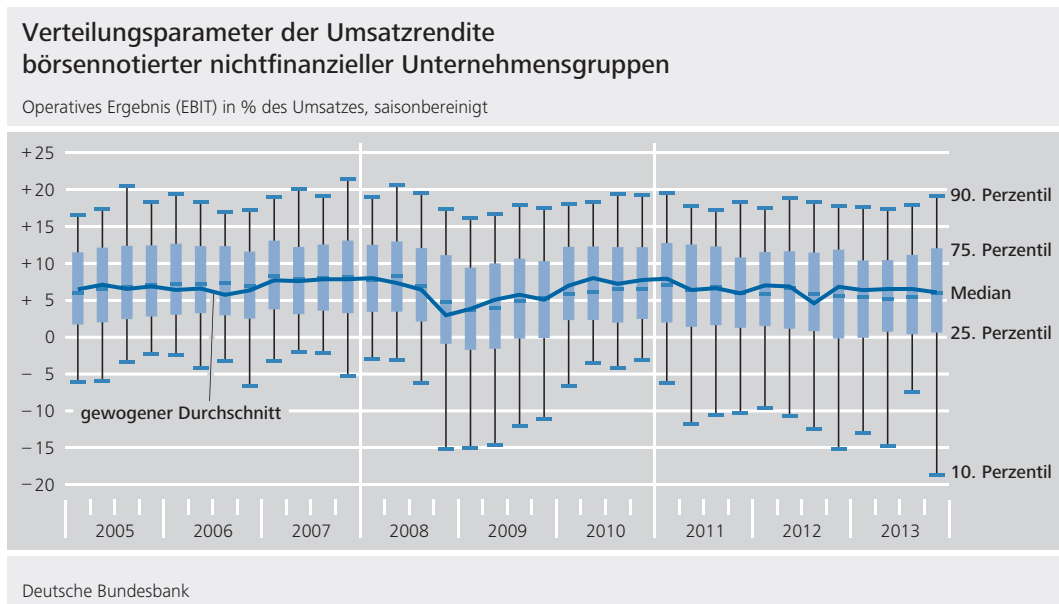
tung von Konsolidierungskreisänderungen um gut 3,5 Prozentpunkte auf knapp 3% gegenüber dem Vorquartal zurück. Auffällig ist zudem, dass sich die Spannweite der Unternehmensergebnisse kräftig erhöhte. Während einige Unternehmen noch zweistellige Renditen erwirtschafteten, waren andere in den zweistelligen Verlustbereich abgerutscht. Im konjunkturellen Aufschwung ab dem Jahr 2010 verringerte sich im Gegenzug die Spreizung der Verteilung wieder. Für das Gesamtjahr 2013 betrug die operative Umsatzrendite der deutschen Konzerne – bei etwas gespreizter Verteilung – durchschnittlich 6,4%.

Die Ertragsentwicklung der Konzerne des Dienstleistungsbereichs wies im Berichtszeitraum eine recht stabile Seitwärtsbewegung auf, die kaum von der Finanzkrise beeinträchtigt war. Demgegenüber mussten die zyklisch reagibleren Unternehmensgruppen des Produzierenden Gewerbes herbere Rückschläge verkraften. Zudem führte die energiepolitische Wende im zweiten Quartal 2011 zu einer Verschlechterung beim EBIT um 19% bei den Unternehmensgruppen im Produzierenden Gewerbe; ohne die Energieversorgungsunternehmen belief sich der Rückgang auf nur 3%. Das Jahr 2013 verlief insbesondere für die Konzerne des Dienstleistungssektors erfolgreich, dabei spielte auch der Wegfall von Sondereffekten des Vorjahres eine Rolle. Die Umsatzrendite gemessen am EBIT legte nach Ausschaltung von Konsolidierungs- und Berichtskreisänderungen um 3 Prozentpunkte zu und beträgt aktuell 6,9%. Die Rendite der Gruppen des Produzierenden Gewerbes fiel hingegen – auch wegen der erneuten Belastungen der Energieversorger – leicht um 0,3 Prozentpunkte auf nunmehr 6,3%.

Deutsche sektorale Unterschiede

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der Konzerne enthalten auch den von den Unternehmensgruppen ausgewiesenen Steueraufwand (laufende und latente Steuern). Die Ertragsteuerzahlungen von grenzüberschreitend tätigen Konzernen sind vor dem Hintergrund der Kritik an sehr geringen Steuerzahlungen US-

Ertragsteuergewinne deutscher Konzerne



amerikanischer Unternehmen im Ausland²³⁾ und politischer Initiativen zur Bekämpfung der Steuervermeidung²⁴⁾ multinationaler Konzerne seit einiger Zeit von besonderem Interesse. Aus den Zahlen der Konzernabschlussstatistik allein lassen sich derartige Strategien für die Mehrzahl der deutschen Unternehmensgruppen nicht belegen. Ein Blick auf die Verteilungsparameter zeigt, dass das Verhältnis der Ertragsteuern zum Konzernüberschuss vor Steuern im gewogenen Durchschnitt im Jahr 2013 gut 28% betrug. Die Ertragsteuerquote lag im Median mit 29,8%²⁵⁾ auf Höhe der tariflichen Gesamtbelastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften in Deutschland von rund 30%.²⁶⁾ Etwa 75% der Konzerne wiesen in den vergangenen Jahren einen impliziten rechnerischen Steuersatz von mehr als 17% aus. Die Konzerne geben ihre erwarteten Steuersätze, die auch im Ausland zu zahlende Gewinnsteuern enthalten, meist mit etwa 28% bis 31% an.²⁷⁾ Generell erlauben die in den Konzernabschlüssen enthaltenen Ertragsteuerquoten jedoch kein abschließendes Urteil im Hinblick auf die Praxis aggressiver Steuergestaltungen durch Gewinnverlagerungen ins Ausland. Beispielsweise bestehen Abweichungen zwischen dem nach IFRS ermittelten Vorsteuergewinn und der steuerrechtlichen Bemessungsgrundlage oder zwischen laufenden Steuerzahlungen und bilanziertem

Steueraufwand bei Nutzung von Verlustvorträgen.

Die Konzernabschlussstatistik kann nicht zuletzt genutzt werden, um vergleichsweise zeitnah Hinweise auf aktuelle Ertragstendenzen im heimischen Unternehmenssektor zu erhalten. Ungeachtet der starken weltwirtschaftlichen Einbindung strahlt die Geschäftstätigkeit der Konzerne zum einen erheblich auf die inländische Volkswirtschaft aus, zum anderen ist sie auch in einem beträchtlichen Maß davon beeinflusst. So arbeiten – bei einem Inlandsanteil der Konzernumsätze von immerhin gut 30% – mehr als

Anhaltspunkt für Ertragsentwicklung im inländischen Unternehmenssektor

²³ Vgl. etwa die spezielle Webseite der britischen Tageszeitung The Guardian: <http://www.theguardian.com/business/taxavoidance?page=5>

²⁴ Auf internationaler politischer Ebene (G20) ist daraus eine Initiative entstanden, der „Steuerflucht“ bzw. den „Steuerparadiesen“ den Kampf anzusagen mit dem Ziel, eine angemessene Besteuerung multinationaler Konzerne zu erreichen. Im Juli 2013 wurde dazu von der OECD der Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) beschlossen, der auch von den G20 unterstützt wird. Vgl.: Communiqué, Meeting of Finance Ministers and Central Bank Governors (G20), Sydney, Februar 2014.

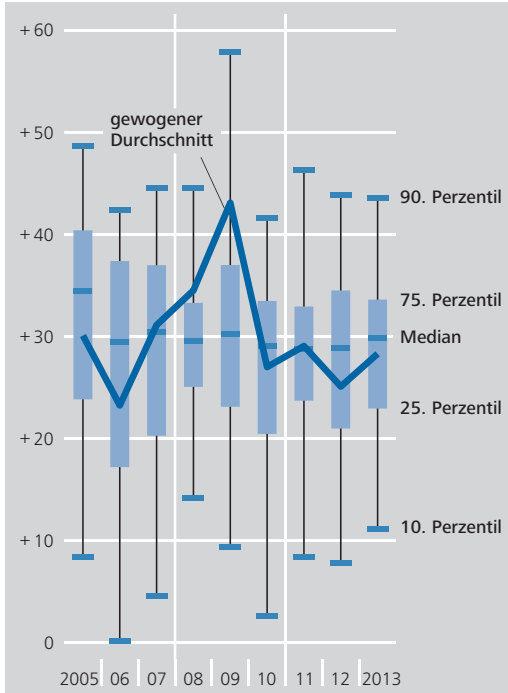
²⁵ Negative Vorsteuergewinne wurden bei der Berechnung ausgeschlossen.

²⁶ Vgl.: BMF, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013, S. 18.

²⁷ Die Unternehmen ermitteln erwartete Steuersätze für jedes Land, um so ihre latenten Steuern bewerten zu können. Zudem erfolgt eine Überleitungsrechnung vom erwarteten auf den tatsächlichen Steueraufwand des Konzerns. Dabei wird entweder der deutsche Steuersatz oder ein entsprechend der regionalen Aufstellung des Konzerns gewichteter Steuersatz als Erwartung zugrunde gelegt.

Verteilungsparameter der Ertragsteuerquoten börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen

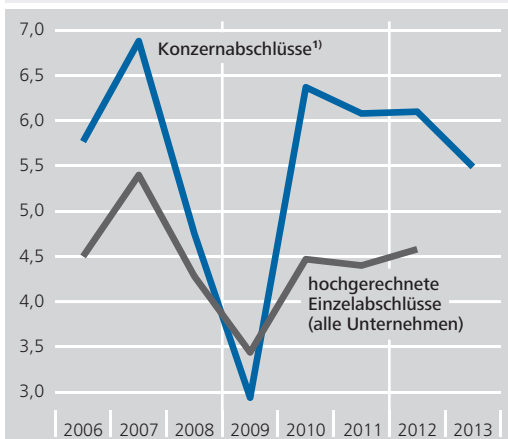
Steueraufwand in % des Gewinns vor Steuern



Deutsche Bundesbank

Jahresergebnis vor Gewinnsteuern

in % des Gesamtumsatzes



¹ Ca. 260 börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen. Deutsche Bundesbank

40% der Beschäftigten der ausgewerteten Unternehmensgruppen im Inland. Es ist daher nicht überraschend, dass die Vorsteuerrenditen in den letzten sieben Jahren ein ähnliches Verlaufprofil wie die in den Hochrechnungen ausgewiesenen, aber erst später vorliegenden Renditen aufweisen.²⁸⁾ Allerdings ist bei den Unter-

nehmensgruppen im Allgemeinen ein höheres Niveau der Umsatzrenditen bei gleichzeitig ausgeprägter Volatilität zu verzeichnen.

Ausblick

Die Konzernabschlussstatistik bietet einen neuen Ansatzpunkt, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der großen deutschen Unternehmensgruppen zeitnah auf Basis konsolidierter Angaben und gemeinsamer Rechnungslegungsstandards zu analysieren; sie stellt damit eine in mehrfacher Hinsicht zweckmäßige Ergänzung der bisherigen Jahresabschlussstatistik der Bundesbank dar. Im vorliegenden Beitrag wurden die methodischen und datenbedingten Grundlagen sowie erste ausgewählte Ergebnisse vorgestellt. Zentrale Kennzahlen werden von nun an regelmäßig im Statistischen Teil des Monatsberichts, im Statistischen Beiheft 4 zum Monatsbericht (Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen) und auf der Internetseite der Bundesbank²⁹⁾ zur Verfügung gestellt. Damit umfasst das statistische Informationssystem der Bundesbank insgesamt ein breites Spektrum detaillierter statistischer Daten und Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des deutschen nichtfinanziellen Unternehmenssektors auf der Grundlage von Einzelabschlüssen wie Konzernabschlüssen. In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Ausschuss der Bilanzzentralen (European Committee of Central Balance Sheet Data Offices: ECCBSO) werden außerdem auch entsprechende Angaben für die europäische Wirtschaft auf Jahresbasis bereitgestellt.

Verfügbarkeit der neuen Konzernabschlussstatistik

Darüber hinaus ist vorgesehen, die Konzernabschlussstatistik im Laufe der Zeit um weitere Informationen zu ergänzen. Hierzu zählt zunächst die Kapitalflussrechnung, die einen vertieften Einblick in den Cashflow aus operativer

Geplante Ausbaustufen

²⁸ Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Dezember 2013, S. 57.

²⁹ Vgl.: www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Unternehmen_und_private_Haushalte/Unternehmensabschluesse/unternehmensabschluesse.html

Tätigkeit sowie aus dem Investitions- und Finanzbereich erlaubt.³⁰⁾ Weitere Aufbereitungsmöglichkeiten bieten die Daten zum Eigenkapitalspiegel, der Gesamtergebnisrechnung sowie die – allerdings nur auf Jahresbasis mögliche – Aufschlüsselung der Finanzverbindlichkeiten nach Bankverbindlichkeiten und Anleihen. Hieraus dürften sich auch geld- und finanzstabilitätspolitisch relevante Erkenntnisse

über etwaige Verschiebungen in der relativen Bedeutung der bankbasierten und der markt-basierten Finanzierung der Unternehmensgruppen gewinnen lassen.

30 Ähnlich der Mittelaufkommens- und Mittelverwendungsrechnung in der traditionellen Unternehmensabschlussstatistik.

Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

Ein stabiles und effizientes Finanzsystem zeichnet sich dadurch aus, dass es seine zentralen ökonomischen Funktionen jederzeit erfüllen kann. Versicherer sichern Unternehmen, Finanzinstitutionen, private Haushalte und staatliche Stellen gegen finanzielle Risiken ab und erfüllen insofern eine kritische Funktion des Finanzsystems. Der Ausfall dieser kritischen Funktionen träge die Realwirtschaft unmittelbar. Zugleich sind Versicherer in hohem Maße mit anderen Finanzintermediären verflochten. Versicherer können beispielsweise von Solvenzproblemen im Bankensektor angesteckt werden. Denkbar ist aber auch, dass Versicherer selbst Risiken auf das übrige Finanzsystem übertragen. Im Folgenden werden empirische Analysen der Bundesbank zur Risikoübertragung von Versicherern auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft dargestellt.

Für den Lebensversicherungssektor ergeben sich aus den aktuell vorherrschenden niedrigen Zinsen Risiken. Der Gesetzgeber hat mit dem Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG) ein Reformpaket verabschiedet, das diesen Risiken begegnen soll. Insbesondere die Beteiligung der Versicherten an den stillen Reserven bei festverzinslichen Kapitalanlagen (Bewertungsreserven) wurde neu geregelt. Die vormalige Regelung ließ stille Lasten auf der Passivseite der Bilanz der Lebensversicherer, die sich wegen der aktuell sehr niedrigen Zinsen stark erhöht haben, bei der Beteiligung der Versicherten unberücksichtigt.

Mit einer Szenarioanalyse können die Auswirkungen des LVRG auf die Solvabilität der Lebensversicherer und die Finanzstabilität beurteilt werden. Die Berücksichtigung der stillen Lasten bei der Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven mindert in einem Stressszenario, in dem das Niedrigzinsumfeld stärker wirksam wird, die Zahl der Versicherer, die bis zum Jahr 2023 die Eigenmittelanforderungen nach Solvency I nicht mehr erfüllen würden. Der Marktanteil dieser gefährdeten Unternehmen, gemessen an den Beitragseinnahmen, geht in der Simulation und unter den dort gesetzten Annahmen bis zum Jahr 2023 von rund 43% auf knapp 17% zurück. Insgesamt kann das Maßnahmenpaket dazu beitragen, die Stabilität der deutschen Lebensversicherer in einem lang anhaltenden Niedrigzinsumfeld zu erhöhen.

■ Funktionen der Versicherer

Pooling und Transfer von Risiken ermöglichen Risikschutz für Wirtschaftssubjekte

Die Versicherungswirtschaft übernimmt für eine moderne Volkswirtschaft unterschiedliche ökonomische Funktionen. Versicherungen schützen Einzelne vor Risiken durch den Transfer und das Pooling von Risiken. Nichtfinanzielle Unternehmen, Finanzinstitute, private Haushalte und staatliche Stellen können sich gegen finanzielle Risiken absichern und erlangen damit Planungssicherheit und unternehmerische Freiräume. Unsicherheiten im Konsum- und Investitionsverhalten sinken.

Funktionsfähiger Versicherungssektor wirkt positiv auf Risikoallokation, Wirtschaftswachstum und Informations-effizienz

Ein funktionsfähiger Versicherungssektor kann so zur effizienten Allokation spezifischer Risiken und zum Wirtschaftswachstum beitragen. Empirische Studien zeigen, dass Versicherungsleistungen und Wirtschaftswachstum positiv korreliert sind.¹⁾ Es wird zumeist eine gegenseitige Abhängigkeit gefunden, da ein höheres Wirtschaftswachstum auch mit einer größeren Nachfrage nach Versicherungen einhergeht. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit sammeln und analysieren Versicherer Informationen und tragen dazu bei, dass Risiken adäquat bewertet werden. Die Informationseffizienz ist daher in Wirtschaftsräumen mit einem umfangreichen Versicherungsangebot höher.²⁾ Versicherer können Risiken auch an Rückversicherungsgesellschaften weiterreichen. Damit diversifizieren Versicherer Risiken.

Versicherungssektor ist Finanzintermediär und Vermögensverwalter

Über die reine Risikoabsicherung hinaus bietet der private Versicherungssektor Produkte an, die – wie bei der klassischen Kapitallebensversicherung oder der Rentenversicherung – nicht ausschließlich einen spezifischen Versicherungscharakter haben. Solche Produkte kombinieren Versicherungselemente mit der privaten Vermögensbildung. Versicherungsunternehmen sammeln daher Sparkapital an und sind in der Folge Finanzintermediäre und Vermögensverwalter.³⁾ Als Vermögensverwalter treten sie neben andere Anbieter, wie zum Beispiel Banken oder Investmentfonds. Ihr spezifischer Beitrag zum Finanzsystem ist aber die Risikoabsicherung.

Versicherer spielen damit eine wesentliche Rolle auf den Finanzmärkten. Wie Banken investieren sie Mittel im Finanzsystem und in der Realwirtschaft. Anders als Banken reduzieren Versicherer Investorenrisiken durch ihre originäre Geschäftstätigkeit und ermöglichen so erst bestimmte Investitionen. Das gilt in erster Linie für Sach- und Rückversicherer. Versicherer finanzieren sich überwiegend aus den Prämienzahlungen der Versicherten.⁴⁾ Ihre Finanzierung unterliegt damit geringeren Schwankungen als die von Banken, deren Aktiva typischerweise länger laufen als ihre Passiva.

Finanzierung von Versicherern weniger volatil als bei Banken

Wegen der langen Vertragslaufzeiten der Lebens- und Krankenversicherer besteht häufig eine Inkongruenz der Laufzeiten ihrer Aktiva und Passiva.⁵⁾ Soweit sie Leistungen für die Zukunft garantiert haben, tragen die Lebens- und Krankenversicherer Kapitalmarktrisiken und biometrische Risiken. Sachversicherer tragen dagegen in erster Linie das Schadensrisiko.

■ Enge Wechselwirkungen zwischen Versicherern und Finanzmärkten

Die von Versicherern wahrgenommenen Funktionen bei der Risiko- und Kapitalallokation gehen mit einer engen Verflechtung mit anderen Wirtschaftssektoren und dem Finanzmarkt ein-

Versicherer mit anderen Wirtschaftssektoren und Finanzmarkt eng verflochten

1 Vgl.: M. Arena (2008), Does Insurance Market Activity Promote Economic Growth? A Cross-Country Study for Industrialized and Developing Countries, *The Journal of Risk and Insurance*, Vol 75 (4), S. 921–946.

2 Allerdings gibt es auch Risiken, die nicht versicherbar sind, bspw. wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schadenshöhen nicht abgeschätzt oder der maximale Verlust nicht begrenzt werden kann.

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Der Versicherungssektor als Finanzintermediär, Monatsbericht, Dezember 2004, S. 31–42.

4 Lebensversicherer finanzieren sich fast ausschließlich über die Prämienzahlungen ihrer Kunden. Bilanzuell spiegeln sich die Ansprüche der Kunden in den versicherungstechnischen Rückstellungen wider. Amtliche Statistiken hierzu sind aktuell bis zum Jahr 2012 verfügbar. Ende 2012 machten die versicherungstechnischen Rückstellungen knapp 813 Mrd € aus, das sind gut 92% der Bilanzsumme.

5 Vgl.: R. Della Croce, F. Stewart und J. Yermo (2011), Promoting Longer-term Investment by Institutional Investors: Selected Issues and Policies, *OECD Financial Market Trends* (1).

Übersicht über Ansteckungseffekte von Versicherern

Ansteckungseffekte bei einer Schieflage von (mehreren) Versicherern	Ansteckungseffekte aus dem laufenden Geschäft der Versicherer
<ul style="list-style-type: none"> – Liquidationskanal: Schocks auf der Aktiv- und Passivseite der Versicherer können zur Liquidierung von Kapitalanlagen führen – Über ihre Kapitalanlagen beeinflussen Versicherer die Finanzierung des Bankensektors – Vertrauenskanal, bspw. wenn eine Schieflage von Versicherern Zweifel an der Stabilität von Banken weckt – Direkte Auswirkungen einer Schieflage von Versicherern auf deren Gläubiger 	<ul style="list-style-type: none"> – Auswirkungen einer fehlerhaften Bewertung von Risiken, bspw. bei einer Suche nach Rendite – Risikoverbund von Versicherern und Staaten, bspw. bei einer staatlichen Haftung im Falle einer Schieflage von Versicherern

Deutsche Bundesbank

her. Es stellt sich deshalb zunächst die Frage, wie sich (Portfolio-)Entscheidungen im Versicherungssektor auf die Finanzstabilität auswirken können.

Eine Ansteckung kann über verschiedene Transmissionskanäle geschehen. Dabei lassen sich zwei Arten von Kanälen unterscheiden: Ansteckungseffekte, die durch eine Schieflage von Versicherern ausgelöst werden, und solche, die aus dem laufenden Geschäft der Versicherer resultieren (siehe oben stehende Tabelle).

Ansteckungseffekte bei einer Schieflage von Versicherern

*Destabilisierende
Preisspiralen
möglich*

Probleme im Versicherungssektor – beispielsweise als Folge von Marktshocks wie Rating-Herabstufungen von Wertpapieren in den Portfolios der Versicherer – können dazu führen, dass Versicherer in größerem Umfang Kapitalanlagen liquidieren.⁶⁾ Diese Notverkäufe (Fire Sales) können adverse Marktpreiseffekte haben und destabilisierende Preisspiralen auslösen.⁷⁾ Dies ist insbesondere dann denkbar, wenn in der Folge auch andere Investoren Wertpapiere verkaufen. Ansteckungseffekte zwischen einzelnen Asset-Klassen sind ebenfalls nicht auszuschließen. Investoren veräußern bei Liquiditätsgpässen typischerweise zunächst Vermö-

genswerte mit einer hohen Marktliquidität (und damit voraussichtlich geringeren Preiseffekten).⁸⁾ Der Liquidationskanal kann insbesondere Ansteckungsrisiken für Investoren mit ähnlichen Aktiva wie Versicherer (Common Exposure) bergen.

Aufgrund der hohen Investitionen des deutschen Versicherungssektors in das Bankensystem könnten Banken gegenüber Schieflagen im Versicherungssektor besonders anfällig sein. Zum Ende des ersten Quartals 2014 entfielen, gemessen in Marktwerten, gut 474 Mrd € beziehungsweise 41% der gesamten Kapitalanlagen der Einzel-Versicherungsunternehmen (ohne Pensionskassen) auf Kapitalanlagen bei Banken. Der entsprechende Anteil der Lebensversicherer lag mit rund 42% etwas höher (insgesamt gut 300 Mrd €). Es ist dabei zwar keine übermäßige Konzentration von Kapitalanlagen auf einzelne Banken zu beobachten; Pfandbriefbanken spielen jedoch eine bedeutende Rolle. Die Forderungen des Versicherungs-

Versicherer insbesondere mit dem Bankensektor eng verflochten

⁶ Vgl.: A. Ellul, C. Jotikasthira und C.T. Lundblad (2011), Regulatory Pressure and Fire Sales in the Corporate Bond Market, *Journal of Financial Economics*, Vol 101 (3), S. 596–620.

⁷ Vgl.: A. Shleifer und R. Vishny (2011), Fire Sales in Finance and Macroeconomics, *Journal of Economic Perspectives*, Vol 25, No 1, S. 29–48.

⁸ Vgl.: M. K. Brunnermeier (2009), Deciphering the Liquidity and Credit Crunch 2007–2008, *Journal of Economic Perspectives*, Vol 23, No 1, S. 77–100.

tors entsprechen etwa 5,5% der gesamten Verbindlichkeiten des deutschen Bankensektors.

Risikoübertragungen zwischen Versicherern, Banken und nichtfinanziellen Unternehmen können mithilfe von Marktpreisdaten untersucht werden (siehe Erläuterungen auf S. 76 ff.). Es zeigt sich, dass die Risikoübertragung von Versicherern auf das Bankensystem deutlich kleiner ist als umgekehrt. Dabei ist dieser Zusammenhang im Zeitverlauf nicht konstant und die Risikoübertragung hängt vom Stressniveau ab. Für die Finanzstabilität insgesamt sind die Banken insoweit von größerer Bedeutung als die Versicherer.

Vertrauen in das Finanzsystem kann durch Probleme im Versicherungssektor gefährdet werden

Probleme im Versicherungssektor können das Vertrauen in das Finanzsystem als Ganzes gefährden und seine Stabilität beeinträchtigen. So könnten private Haushalte und institutionelle Investoren in einer Situation hoher Solvenzrisiken im Versicherungssektor an der Stabilität des Bankensystems zweifeln. Im Falle einer Schiefelage von Versicherungsunternehmen sind ihre Gläubiger vom Ausfall ihrer Forderungen bedroht. Dies betrifft in Deutschland vor allem private Haushalte, die als Versicherungsnehmer mit 1 623 Mrd € in Form von Ansprüchen aus Rückstellungen rund 76% der bilanziellen Verbindlichkeiten des Versicherungssektors halten. Aus Sicht der privaten Haushalte entspricht dies 36% ihres gesamten Geldvermögens. Andere inländische Sektoren (zusammen 110 Mrd € oder 5%) sowie das Ausland (91 Mrd € oder 4%) verfügen dagegen nur über vergleichsweise geringe Ansprüche aus Rückstellungen gegenüber hiesigen Versicherungsunternehmen.

Ansteckungseffekte aus dem laufenden Geschäft der Versicherer

Auch können Versicherer die Finanzstabilität gefährden, wenn sie zu einer falschen Bewertung von Risiken beitragen. Ein Beispiel sind die Übertreibungen im Bereich der Kreditausfallver-

Fehlbewertung von Risiken kann zur Instabilität beitragen

sicherungen im Vorfeld der Finanzkrise. Die zu niedrige Bewertung von Risiken durch (insbesondere US-amerikanische) Versicherer dürfte zu dem übermäßigen Wachstum der Kreditvergabe und zur Instabilität des Finanzsystems beigetragen haben. Für deutsche Versicherungsunternehmen spielt das Angebot von Kreditausfallversicherungen allerdings eine eher untergeordnete Rolle. Die größten deutschen Versicherer halten ein Nominalvolumen an verkauften Kreditabsicherungen von weniger als 1% ihrer Bilanzsumme. Dieses ist im Vergleich zu Banken als gering einzuschätzen, denn bei den größten deutschen Banken übersteigt das Nominalvolumen der Derivatepositionen, unter die auch Kreditausfallversicherungen fallen, die Bilanzsumme, in Einzelfällen um das Dreißigfache.⁹⁾

Jedoch können auch im traditionellen Versicherungsgeschäft Gefahren aus zu optimistischen Annahmen hinsichtlich der Bewertung von Risiken auftreten. Dies trifft beispielsweise auf viele Lebensversicherer zu, da sie lang laufende Verträge mit hohen Zinsgarantien abgeschlossen haben. Hier wurden Risiken eingegangen, die am Finanzmarkt nur schwer abzusichern sind. Die bei den Lebensversicherern verbleibenden Risiken sind angesichts ähnlicher Geschäftsmodelle in der Branche hoch korreliert und wirken potenziell prozyklisch.

Risiken im traditionellen Geschäft nicht zu vernachlässigen

Die Anlagepolitik der deutschen Versicherer kann weiterhin als konservativ betrachtet werden. Mit 11,4% liegt die Risikokapitalanlagenquote im Jahr 2013 weiterhin deutlich unter

⁹ Der geringe Anteil bei Versicherern ist z. T. auch regulatorisch bedingt, da derartige Geschäfte für den Bereich der Kapitalanlagen lediglich zur Reduzierung von Marktrisiken bzw. zum effizienten Portfoliomanagement erlaubt sind. Vgl.: Richtlinie 2002/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über Lebensversicherungen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 19. Dezember 2002.

dem regulatorisch zulässigen Niveau.¹⁰⁾ Allerdings haben die Versicherer vermehrt in Infrastrukturprojekte und Immobilienfinanzierungen investiert. Auch haben sich die Bestände an Unternehmensanleihen von deutschen Versicherern in den Jahren 2009 bis 2013 von 41 Mrd € auf 90,1 Mrd € erhöht. Ihr Anteil an den gesamten Kapitalanlagen stieg von 3,4% auf 6,5%.

*Anlagen in
Staatsanleihen
hoch bei
geringer
Diversifikation*

Die umfangreichen Investitionen in Staatsanleihen führen mitunter zu einer engen Verbindung zwischen Versicherern und Staaten, mit der Gefahr entsprechender Ansteckungseffekte. Das Staatenportfolio der größten deutschen Versicherungskonzerne umfasste Ende des ersten Quartals 2014 knapp 467 Mrd €. ¹¹⁾ Dies sind 27% ihrer gesamten Kapitalanlagen. Ähnlich wie bei Banken ist die Diversifizierung in den Staatsanleiheportfolien der Versicherer gering. Gut 38% der Staatenforderungen (179 Mrd €) entfielen auf öffentliche Stellen in Deutschland.

Auswirkungen eines Bail-in bei Banken auf Versicherer

*Versicherer
von Banken-
abwicklungen
betroffen*

Neben möglichen Auswirkungen von Versicherern auf die Finanzstabilität stellt sich auch die Frage nach den Folgen für Versicherer, wenn es zu Schieflagen an anderen Stellen des Finanzsystems kommt. Angesichts der Höhe der Kapitalanlagen bei Banken sind Risiken für Versicherer aus einer Abwicklung von Kreditinstituten relevant. Die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten in der Europäischen Union (EU) wird durch die Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive: BRRD) und die Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism: SRM) geregelt.¹²⁾ Ein Bail-in kann entweder so erfolgen, dass die Bankgläubiger auf Teile ihrer Forderungen verzichten müssen, oder Schuldinstrumente in Eigenkapital umgewandelt werden. Grundsätzlich sind dabei alle Verbindlichkeiten

eines Instituts in das Bail-in einzubeziehen. Damit unterliegen unbesicherte Forderungen von Versicherern gegenüber Banken grundsätzlich dem Anwendungsbereich des Bail-in.

Rund 70% der Kapitalanlagen von Versicherern in Banken sind besichert und unterliegen daher nicht dem Bail-in. Bei einem Bail-in, bei dem Passiva abgeschrieben werden, legt die Abwicklungsbehörde fest, welche Verbindlichkeiten von der Bail-in-Maßnahme betroffen sind und mit welchem Prozentsatz diese abgeschrieben werden sollen. Sollten große deutsche Versicherer im Rahmen einer Bankenabwicklung zu einer Abschreibung in Höhe von 1% ihrer Gesamtforderungen gegenüber den großen, international tätigen deutschen Banken gezwungen sein, ginge unter sonst gleichen Bedingungen ihre regulatorische Eigenmittellquote (Bedeckungsquote)¹³⁾ um durchschnittlich etwa 0,2 Prozentpunkte zurück. Bei einer Übererfüllung der Bedeckungsquote von durchschnittlich 61 Prozentpunkten im Jahr 2013¹⁴⁾ erscheint dies aus Sicht der Finanzstabilität für sich genommen verkraftbar. Allerdings sind Zweitrundeneffekte nicht auszuschließen, wenn etwa die Insolvenz einer Bank zu Ansteckungseffekten bei einer anderen Bank führt

*Kapitalanlagen
von Versicherern
in Banken
größtenteils
besichert*

¹⁰ Laut § 3 Abs. 3 Satz 1 AnlV können Versicherer einen Anteil von bis zu 35% des gebundenen Vermögens in Kapitalanlagen investieren, die mit höheren Risiken behaftet sind. Zu diesen Risikokapitalanlagen gehören insbesondere direkt oder indirekt gehaltene Aktienanlagen, Genussrechte und Forderungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten sowie Hedgefonds und an Rohstoffrisiken gebundene Anlagen. Weiterhin sind in der Risikokapitalanlagenquote neben High-Yield-Anleihen und Anlagen im Default-Status auch bestimmte risikobehaftete oder nicht eindeutig zuordenbare Fondsanlagen enthalten. Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Jahresbericht der BaFin 2013, Mai 2014.

¹¹ Die Unternehmensabfrage der BaFin zu den Kapitalanlageexposures in der EU sowie weiteren ausgewählten Staaten umfasst die größten Versicherungskonzerne und hat eine Marktabdeckung von über 80%.

¹² Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, Monatsbericht, Juni 2014, S. 31–57.

¹³ Die Bedeckungsquote beschreibt das Verhältnis der Ist-Eigenmittel zu den Soll-Eigenmitteln. Die Bedeckungsquote muss oberhalb von 100% liegen, damit die regulatorische Eigenmittelanforderung erfüllt wird.

¹⁴ Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2014), a. a. O.

Empirische Analysen zur Risikoübertragung

Im Folgenden werden drei Ansätze vorgestellt, um die Risikoübertragung zwischen Versicherern und anderen Wirtschaftssektoren abzuschätzen. Diesen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie Marktdaten verwenden. Im Rahmen eines multivariaten GARCH-Ansatzes lässt sich die Interdependenz der Preise von Kreditausfallswaps großer Versicherungsunternehmen – darunter auch großer deutscher Versicherer – und großer Banken bemessen.¹⁾ Die Studie ermittelt für den Zeitraum 2004 bis 2011 einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen den Ausfallrisiken von Versicherern und Banken. Der Einfluss von Banken auf Versicherer ist dabei mehr als drei Mal so groß wie der Einfluss von Versicherern auf Banken. Eine Erweiterung der Studie mit einem Zeithorizont bis September 2013 deutet auf einen weiteren Rückgang der Relevanz der Versicherer für die Banken am aktuellen Rand hin. In einer Phase mit erhöhtem Stress bewegen sich dagegen die Marktpreise und die daraus abgeleiteten Ausfallraten der Finanzinstitute zunehmend in die gleiche Richtung. Somit könnte die Risikoübertragung von Versiche-

ren auf Banken im Zuge eines neuen Stressereignisses auch wieder ansteigen.

Granger-Kausalitäts-Analysen untersuchen ebenfalls die Wechselbeziehung der Preise von Kreditausfallversicherungen.²⁾ Zur Abgrenzung des Einflusses von Banken beziehungsweise Versicherern auf die Realwirtschaft und umgekehrt werden darüber hinaus nichtfinanzielle Unternehmen (NFU) in die Analyse einbezogen. Hierdurch wird überprüft, inwiefern sich Versicherer in ihrer Beziehung zu Banken von realwirtschaftlichen Unternehmen unterscheiden und so-

¹ Vgl.: N. Podlich und M. Wedow (2013), Are Insurers SIFIs? A M-GARCH Model to measure interconnectedness, Applied Economics Letters, Vol 20, S. 677–681. Der Grundgedanke eines multivariaten GARCH-Modells ergibt sich aus der Beobachtung, dass die Volatilität von Finanzmarktzeitreihen häufig variabel ist und sich Phasen erhöhter Volatilität ballen.

² Bei einem Granger-Kausalitäts-Test wird für zwei stationäre Zeitreihen untersucht, ob die eine Zeitreihe einen signifikanten Einfluss bei der Prognose der anderen Zeitreihe aufweist und vice versa. Besitzt eine Variable Prognosekraft in Bezug auf die andere Variable, so wird erstere als Granger-kausal bezeichnet. Dies beweist jedoch noch keinen kausalen Zusammenhang. Vgl.: H. Lütkepohl (2005), New introduction to multiple time series analysis, Berlin.

Granger-Kausalitäts-Beziehungen zwischen Banken, Versicherern und nichtfinanziellen Unternehmen¹⁾

in %

Granger-Kausalität	2004 bis 2007	2008 bis 2010	2011 bis 2013
Banken — Versicherer	9	4	13
Banken ← Versicherer	16	17	4
Banken → Versicherer	4	38	49
Banken ↔ Versicherer	71	41	34
Banken — NFU	56	52	52
Banken ← NFU	16	9	3
Banken → NFU	12	28	37
Banken ↔ NFU	15	11	8
Versicherer — NFU	52	46	51
Versicherer ← NFU	14	13	5
Versicherer → NFU	13	19	34
Versicherer ↔ NFU	20	22	10

* Anteil der Paare für die keine (—), eine nur einseitige (→, ←) oder eine gegenseitige (↔) signifikante Granger-Kausalitäts-Beziehung gefunden wurde. Der Gesamtsaldo der Granger-kausalen Beziehungen für eine Richtung ergibt sich aus der Summe der Anteile der entsprechenden nur einseitigen und der gegenseitigen Granger-Kausalitäts-Beziehungen.

Deutsche Bundesbank

Risikobeitrag des Versicherungssektors zum Risiko des Gesamtmarkts³⁾

in %, Tageswerte



Quelle: Bloomberg und eigene Berechnungen. * Der Risikobeitrag wird als Differenz der geschätzten bedingten 1%-Quantile (Value-at-Risk) der Gesamtmarktrendite für zwei verschiedene Zustände (Stress und Nichtstress) des Versicherungssektors ermittelt. Die Berechnungen basieren auf Tagesdaten und differenzierten logarithmierten Werten. Ein Wert von -5 bedeutet, dass der geschätzte Value-at-Risk der Gesamtmarktrendite bspw. bei ca. -8% (Versicherungssektor im Stress) statt bei ca. -3% (Versicherungssektor nicht im Stress) liegt. Unter Gesamtmarkt wird der STOXX Europe 600 verstanden.

Deutsche Bundesbank

mit im Hinblick auf die Übertragung von Risiken eine besondere Stellung einnehmen.³⁾

Im Zeitraum von 2004 bis 2007 trägt eine Risikoerhöhung – gemessen an den Preisen von Kreditausfallversicherungen – bei Versicherern signifikant zu einer Erhöhung des Risikos im Bankensektor bei. Für rund 71% der betrachteten Paare ist eine gegenseitige Granger-kausale Beziehung bei den CDS-Preisen zu beobachten. Im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise ändert sich dies jedoch, der Anteil der Paare mit einer gegenseitigen Granger-kausalen Beziehung sinkt auf zunächst 41% und schließlich auf 34% im dritten Analysezeitraum. Dies ist vorrangig darauf zurückzuführen, dass der Einfluss der Versicherer auf Banken zurückgeht. Hingegen bleibt die Granger-kausale Beziehung von Banken zu Versicherer erhalten beziehungsweise steigt sogar leicht an.⁴⁾

Bei der Analyse von CDS-Preisen nichtfinanzieller Unternehmen und Banken beziehungsweise Versicherern ist für eine deutlich geringere Anzahl von Paaren eine Granger-kausale Beziehung festzustellen. Für rund die Hälfte der NFU- und Banken-Paare beziehungsweise NFU- und Versicherer-Paare wird in allen Zeiträumen keine Granger-Kau-

salität festgestellt. Besonders im Zuge der Schuldenkrise zeigt sich, dass eine Risikoübertragung auf NFU hauptsächlich von Banken (45%) und Versicherern (44%) ausgeht. Dagegen weist die Gegenrichtung eine deutlich geringere Bedeutung auf (11% für die Richtung von NFU zu Banken und 15% für die Richtung von NFU zu Versicherern im Zeitraum von 2011 bis 2013).

Eine weitere Analyse untersucht die wechselseitigen Beziehungen zwischen (Teil-) Märkten, sonstigen Finanzunternehmen, Banken und Versicherern mithilfe der sogenannten CoVaR-Methodik (Conditional Value-at-Risk).⁵⁾ Hierzu werden der „STOXX

³ Die Stichprobe enthält 19 Banken, 8 Versicherer und 38 NFU. Analog zu den Phasen der jüngsten Finanz- und Schuldenkrise teilt sich der Analysezeitraum in drei Unterzeiträume ein (September 2004 bis Dezember 2007, Januar 2008 bis Dezember 2010 und Januar 2011 bis September 2013).

⁴ Der Gesamtsaldo der Granger-kausalen Beziehungen für eine Richtung ergibt sich aus der Summe der Anteile der entsprechenden nur einseitigen und der gegenseitigen Granger-Kausalitätsbeziehungen.

⁵ Vgl.: T. Adrian und M. K. Brunnermeier, CoVaR, Federal Reserve Bank of New York Staff Reports, September 2011. Der Grundgedanke einer CoVaR-Analyse lässt sich durch folgende Frage ausdrücken: Wie verändert sich das geschätzte Risiko eines bestimmten Sektors/Unternehmens Y in Abhängigkeit des Zustands eines anderen Marktes/Unternehmens X? Die entsprechenden empirischen Berechnungen werden bspw. mithilfe von Quantilsregressionen durchgeführt.

Europe 600“-Aktienindex (als Proxy für den europäischen Gesamtmarkt) sowie die drei Unterindizes „Banks“, „Insurance“ und „Financial Services“ während des Zeitraums von Januar 1999 bis Dezember 2013 betrachtet. Darüber hinaus wird eine Reihe von Kontrollvariablen (z. B. Volatilitäts-, Liquiditäts- und Kreditzins-Maße) für die Regressionen verwendet. Basierend auf täglichen beziehungsweise wöchentlichen Veränderungen wird für jeden Zeitpunkt das jeweilige Risikoniveau von Sektor Y für zwei verschiedene Zustände (Stress und Nicht-stress) von Sektor X ermittelt. Die Differenz zwischen den beiden Risikowerten wird als Beitrag des Sektors X zum Risiko des Sektors Y interpretiert. Das Schaubild auf Seite 77 zeigt beispielhaft den auf Tagesbasis geschätzten Beitrag des Versicherungssektors zum Gesamtmarktrisiko während des Zeitraums Januar 2004 bis Dezember 2013 (gemessen als Einfluss des Ver-

sicherungssektors auf das geschätzte bedingte 1%-Quantil der Gesamtmarkt-tagesrendite). Ein hoher negativer Wert spiegelt dabei einen hohen Risikobeitrag wider. Danach hat der geschätzte Einfluss des Versicherungssektors im Herbst 2008 seinen höchsten Wert erreicht.

oder einen Vertrauensverlust im Finanzsystem insgesamt auslöst.

Auswirkungen eines Bail-in vom regulatorischen Rahmenwerk abhängig

Die Auswirkungen von Bail-in-Maßnahmen, die mit einer Umwandlung von Schuldinstrumenten in Eigenkapital verbunden sind, hängen vom regulatorischen Gesamtrahmen ab. Nach dem gegenwärtig gültigen Rahmenwerk Solvency I wirken sich derartige Maßnahmen nicht auf die Bedeckungsquote der Versicherer aus. Jedoch müssen die Versicherer aufgrund von Begrenzungen in der Anlagepolitik unter Umständen die betroffenen Finanzierungstitel abstoßen. Entsprechend den ab dem Jahr 2016 geltenden Vorschriften von Solvency II müssen die Versicherer für Beteiligungen an Banken mehr Eigenmittel vorhalten als für Schuldinstrumente. Für sich genommen würde die Umwandlung von Schuldinstrumenten in Eigenkapitaltitel die Bedeckungsquote verringern. Um die höhere Eigenmittelunterlegung zu vermeiden, könnten Versicherungsunternehmen versuchen, die im Bail-in erhaltenen Eigenkapi-

talitel abzustößen. Dies kann Preiseffekte auslösen, die die Volatilität im Finanzsystem erhöhen.

Bewertung von Maßnahmen des LVRG

Im Lebensversicherungssektor haben sich infolge des lang anhaltenden Niedrigzinsumfelds hohe Risiken aufgebaut. Den Unternehmen fällt es zunehmend schwer, eine hinreichende Rendite auf ihre Kapitalanlagen zu erzielen, um die in der Vergangenheit garantierten Leistungen erfüllen zu können. Gleichzeitig erzeugen die derzeit niedrigen Zinsen bei hochverzinslichen Anleihen in den Portfolios der Lebensversicherer zum Teil erhebliche Bewertungsreserven. An diesen sind die Versicherungsnehmer grundsätzlich zu beteiligen. Entsprechend der Regelung vor dem LVRG waren die Versicherungsnehmer häufig an den Bewertungsreserven zu partizipieren. Diese Regelung ließ stille

Beachtliche Risiken bei Lebensversicherern

Lasten auf der Passivseite der Bilanz, die wegen der aktuell sehr niedrigen Zinsen ebenfalls stark gestiegen sind, unberücksichtigt. Dadurch ist es zu Mittelabflüssen bei Lebensversicherern gekommen, die im Hinblick auf deren langfristige Risikotragfähigkeit problematisch sind.

LVRG soll Risikotragfähigkeit erhöhen

Vor diesem Hintergrund hat der Gesetzgeber das LVRG verabschiedet. Nach der neuen Regelung werden unter anderem stille Lasten bei der Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven berücksichtigt. Daneben sieht das LVRG insbesondere eine Begrenzung der Ausschüttung an Anteilseigner und eine Herabsetzung des Höchstrechnungszinses von 1,75% auf 1,25% vor. Auch wird die Mindestbeteiligung der Versicherungsnehmer an den Risikoüberschüssen von 75% auf 90% erhöht. Das LVRG soll dazu dienen, die Risikotragfähigkeit von Lebensversicherern und damit die Stabilität des Lebensversicherungssektors insgesamt zu erhöhen. Mittelabflüsse – etwa in Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven – werden damit beschränkt.

Szenarioanalyse zeigt Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf Solvabilität

Die Bundesbank hat in ihrem Finanzstabilitätsbericht 2013 im Rahmen einer Szenarioanalyse die Auswirkungen eines lang anhaltenden Niedrigzinsumfelds auf die Solvabilität der deutschen Lebensversicherer für den Zeitraum von 2013 bis 2023 untersucht.¹⁵⁾ Der Analyse liegen drei verschiedene Szenarien für die Entwicklung der Nettoverzinsung der Kapitalanlagen zugrunde. Grundlage für das Basisszenario bildet die Rendite deutscher Bundesanleihen. Daneben werden zwei Stressszenarien untersucht, in denen die Bundesanleihen mit historischen Renditen japanischer Staatsanleihen fortgeschrieben werden. Hierdurch soll eine denkbare Entwicklung im Rahmen eines lang anhaltenden Niedrigzinsumfelds – wie in Japan seit Ende der neunziger Jahre vorherrschend – abgebildet werden. Die in Deutschland tätigen Lebensversicherer erwirtschafteten mit ihren Kapitalanlagen in der Vergangenheit regelmäßig eine Rendite oberhalb der Verzinsung der betrachteten Staatsanleihen. Die Nettoverzinsung setzt sich deshalb annahmegemäß aus

der unterstellten Staatsanleihenrendite und einer Überrendite zusammen. Im verschärften Stressszenario greift das Niedrigzinsumfeld auf andere Wertpapierarten stärker über. Deshalb schmilzt die von den Unternehmen erzielte Überrendite schneller und deutlicher ab als in den anderen Szenarien. In der Szenarioanalyse wird zudem unterstellt, dass die Lebensversicherer alle anfallenden Gewinne thesaurieren, nachdem sie die Versicherten entsprechend den vormaligen gesetzlichen Vorschriften an den Bewertungsreserven und den sonstigen Überschüssen beteiligt haben. Außerdem erneuern die Lebensversicherer annahmegemäß ihr Portfolio, indem sie auslaufende Kapitalanlagen durch gleichartige ersetzen, allerdings zu dem unterstellten niedrigeren Zins. Ein wichtiges Ergebnis dieser Untersuchung war, dass in einem verschärften Stressszenario bis zum Jahr 2023 insgesamt 32 von 85 betrachteten Lebensversicherern mit einem Marktanteil von rund 43% nicht mehr in der Lage wären, die Eigenmittelanforderungen nach Solvency I zu erfüllen.

Die Bundesbank hat diese Szenarioanalyse nunmehr verwendet, um mögliche Auswirkungen der drei Maßnahmen des LVRG zu analysieren, denen aus dem Blickwinkel der Solvabilität und der Finanzstabilität besondere Bedeutung beigemessen werden kann.¹⁶⁾ Dabei handelt es sich um die Begrenzung der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven, um die Begrenzung der Ausschüttungen an die Anteilseigner sowie um die Anhebung der Mindestbeteiligung der Versicherten an den Risikogewinnen.

Quantitative Beurteilung von Maßnahmen des LVRG

¹⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Finanzstabilitätsbericht 2013, S. 75 ff.

¹⁶ Vgl.: Stellungnahme der Deutschen Bundesbank anlässlich der öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 30. Juni 2014 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte (Lebensversicherungsreformgesetz – LVRG)“; BR-Drucksache 242/14, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/2014_06_30_stellungnahme_lebensversicherungsreformgesetz.pdf?__blob=publicationFile

Neuregelung der Beteiligung an Bewertungsreserven kann Risikotragfähigkeit stärken

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Berücksichtigung eines Sicherungsbedarfs bei der Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven mindert im verschärften Stressszenario die Zahl der Versicherer, die bis zum Jahr 2023 die Eigenmittelanforderungen nach Solvency I nicht mehr erfüllen würden, von 32 auf 13.¹⁷⁾ Der entsprechende Marktanteil, gemessen an den Beitragseinnahmen, geht von rund 43% auf knapp 17% zurück. Die Szenarioanalyse unterstellt bereits eine volle Gewinnthesaurierung, also eine Ausschüttungssperre. Diese Standardannahme stellt also bereits den Fall dar, dass der Sicherungsbedarf größer ist als der Bilanzgewinn und demnach keine Ausschüttungen mehr vorgenommen werden. Wäre dies nicht der Fall und unterstellt man im Modell, dass keine Gewinne in den Unternehmen verbleiben – was in der Realität so nicht beobachtet wird – dann würden sich die Ausfälle erheblich erhöhen. In diesem unrealistischen Extremfall würden 56 der betrachteten Lebensversicherer mit einem Marktanteil von knapp 80% nicht mehr die regulatorischen Eigenmittelanforderungen nach Solvency I erfüllen.

Ausschüttungssperre könnte Mittel in Unternehmen halten, aber künftige Mittelaufnahme erschweren

Die Ausschüttungssperre an die Anteilseigner hat zwei Wirkungen. Sie bewirkt einerseits, dass in den Unternehmen mehr Eigenmittel verbleiben, was die Risikotragfähigkeit der einzelnen Unternehmen für sich genommen stärkt. Andererseits führt jedoch eine Ausschüttungssperre dazu, dass aus Investorensicht Anlagen in Eigenkapitaltitel von Versicherungsunternehmen unattraktiver werden, wodurch sich die Aufnahme von Eigenkapital in Zukunft erschweren könnte.

Die Anhebung der Mindestbeteiligung der Versicherten an den Risikogewinnen von 75% auf 90% dürfte vorwiegend Verteilungseffekte zwischen Anteilseignern und Versicherten ha-

ben. Der mögliche Einfluss auf die Risikotragfähigkeit erscheint dagegen begrenzt. Er ist zudem abhängig von der Ausschüttungspolitik: Wenn auf eine Gewinnthesaurierung völlig verzichtet wird, würde sich durch die Anhebung der Mindestbeteiligung der Versicherten an den Risikogewinnen von 75% auf 90% die Zahl der Ausfälle in der Simulation von 56 auf 53 vermindern. Die gleichzeitig eingeführte Ausschüttungssperre an die Anteilseigner, die bei den betroffenen Versicherungsunternehmen angewandt werden dürfte, unterbindet allerdings ohnehin den Abfluss dieser Mittel aus den Versicherungsunternehmen.

Insgesamt können die betrachteten Maßnahmen dazu beitragen, die Stabilität deutscher Lebensversicherer in einem lang anhaltenden Niedrigzinsumfeld zu erhöhen, wobei der Begrenzung der Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven in der Praxis eine besondere Bedeutung zukommen dürfte. Angesichts von lang laufenden Garantien und Kapitalanlagen mit deutlich kürzerer Laufzeit können die Probleme in einem lang anhaltenden Niedrigzinsumfeld allein durch die geplanten Maßnahmen allerdings nicht dauerhaft gelöst werden. Vielmehr müssen die Lebensversicherer selbst einen Beitrag leisten. Sie sollten ihre Eigenmittelpolster stärken und ein breites Produktangebot vorhalten, um auch in einem Umfeld anhaltend niedriger Zinsen und vor dem Hintergrund der Einführung der neuen Solvabilitätsregeln gemäß Solvency II, die höhere Eigenmittelanforderungen vorsehen, ihre künftigen Verpflichtungen hinsichtlich ihrer garantierten Leistungen erfüllen zu können.

Anhebung der Mindestbeteiligung hat überwiegend Verteilungseffekte

Anstrengungen der Lebensversicherer erforderlich

¹⁷ Der Sicherungsbedarf berechnet sich aus den zu Marktzinsen bewerteten künftigen Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen mit Zinsgarantie vermindert um die bilanziell bereits erfassten Deckungsrückstellungen. Der Sicherungsbedarf berücksichtigt demzufolge die stillen Lasten.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik).....	57•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik).....	57•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	58•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	66*
6. Arbeitsmarkt.....	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	70*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	71*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	72*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	73*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	74*
4. Dienstleistungsverkehr sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	75*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	76*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	77*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	77*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	78*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	79*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	79*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	80*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2012 Sept.	5,2	3,1	2,8	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,7	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,4	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,6	- 1,2	- 1,8	0,08	0,19	3,3	
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,3	- 0,7	- 1,7	0,07	0,20	3,0	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,2	- 0,6	- 1,6	0,07	0,22	3,1	
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	3,0	
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0	
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9	
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8	
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9	
2014 Jan.	6,1	2,4	1,1	1,1	- 1,8	- 2,3	- 1,1	0,20	0,29	2,8	
Febr.	6,2	2,4	1,3	1,1	- 1,9	- 2,4	- 1,2	0,16	0,29	2,6	
März	5,6	2,2	1,0	1,0	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5	
April	5,2	2,0	0,7	0,9	- 2,2	- 2,6	- 1,1	0,25	0,33	2,3	
Mai	5,0	2,1	1,0	...	- 2,4	- 2,7	- 1,2	0,25	0,32	2,2	
Juni	0,08	0,24	2,1	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43 • 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder:DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 Sept.	+ 12 495	+ 9 561	- 22 894	- 27 568	+ 485	+ 3 145	+ 1 045	1,2856	97,2	95,0
Okt.	+ 14 374	+ 10 199	- 25 102	- 38 621	+ 67 207	- 51 032	- 2 657	1,2974	97,8	95,5
Nov.	+ 21 166	+ 12 758	- 36 888	- 27 983	+ 27 171	- 35 111	- 964	1,2828	97,2	94,9
Dez.	+ 27 259	+ 9 287	- 43 470	+ 6 340	+ 12 066	- 62 497	+ 620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	- 5 404	- 3 373	+ 3 853	- 21 755	+ 30 963	- 587	- 4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+ 9 684	+ 10 815	- 11 133	+ 12 126	- 12 306	- 13 388	+ 2 437	1,3359	101,6	99,1
März	+ 24 325	+ 21 850	- 15 952	- 15 544	- 8 053	+ 5 368	+ 2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+ 15 682	+ 15 966	- 22 109	- 7 492	- 12 040	- 2 536	- 41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 13 281	+ 16 534	- 19 277	+ 43 749	+ 16 032	- 78 503	- 555	1,2982	100,5	98,1
Juni	+ 31 110	+ 17 359	- 30 802	- 14 289	+ 38 096	- 54 018	- 591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+ 25 727	+ 18 655	- 28 642	+ 6 932	- 33 262	- 2 551	+ 239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+ 10 197	+ 6 737	- 6 788	- 311	+ 25 517	- 30 025	- 1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 15 496	+ 12 674	- 20 433	- 19 275	+ 20 258	- 20 286	- 1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+ 26 259	+ 17 725	- 18 838	+ 20 372	- 2 579	- 37 486	+ 855	1,3635	102,8	99,7
Nov.	+ 28 409	+ 17 573	- 30 283	- 19 779	+ 55 696	- 66 381	+ 181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+ 32 909	+ 12 683	- 46 522	- 9 656	+ 5 737	- 41 259	- 1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 6 989	+ 744	- 4 680	- 9 053	+ 19 186	- 12 094	- 2 719	1,3610	103,4	100,3
Febr.	+ 13 761	+ 15 505	- 12 188	+ 30 839	+ 29 520	- 73 113	+ 837	1,3659	103,6	100,4
März	+ 21 637	+ 19 310	- 23 187	- 22 663	- 1 843	+ 1 653	- 335	1,3823	104,6	101,3
April	+ 18 706	+ 15 663	- 20 848	- 18 580	- 85 471	+ 83 533	- 329	1,3813	104,5	p) 101,0
Mai	1,3732	103,8	p) 100,1
Juni	1,3592	103,0	p) 99,1

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und

13, S. 79 • / 80 • 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2011	1,6	1,8	3,3	9,6	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,7	3,9	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	5,2
2013	- 0,4	0,2	0,4	0,8	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,1
2012 4.Vj.	- 1,0	- 0,6	0,0	4,9	- 2,5	0,2	- 4,9	- 1,0	- 2,6	4,6
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,6	1,3	- 3,2	- 0,7	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,9	1,1	- 0,8	0,7	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,4
3.Vj.	- 0,3	0,4	1,1	0,7	- 0,8	0,6	- 3,2	2,7	- 1,5	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,3	0,3	- 0,2	0,5	- 2,3	- 0,7	- 1,0	3,6
2014 1.Vj.	0,9	1,2	2,5	- 1,4	- 0,1	0,7	- 0,9	...	- 0,8	2,7
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2011	3,4	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 8,0	0,0	1,2	8,8
2012	- 2,5	- 3,3	4) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,8	- 3,7	- 1,3	- 6,5	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,6	- 3,6	- 1,1	- 3,1	- 0,4
2012 4.Vj.	- 3,3	- 1,8	- 2,1	3,0	- 0,1	- 3,2	- 0,5	- 6,6	- 6,8	5,7
2013 1.Vj.	- 2,2	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,7	- 1,8	- 3,2	- 2,1	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,0	1,3	- 0,3	3,8	- 6,3	0,4	- 1,5	- 1,6	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,7	- 2,4	- 1,6	- 6,0	- 0,3	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,6	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,6	- 3,5	- 0,2	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,2	4,0	5) 3,2	- 1,2	- 6,4	- 1,0	0,2	1,6	0,5	- 2,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5	72,1
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	80,9	67,7	-	71,7	72,0
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,9	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,2	11,9
2013 Dez.	11,8	8,4	5,1	8,4	8,3	10,2	27,2	12,0	12,5	11,5
2014 Jan.	11,8	8,4	5,1	8,2	8,4	10,2	26,9	12,1	12,7	11,4
Febr.	11,7	8,4	5,1	7,8	8,4	10,2	26,9	12,1	12,7	11,4
März	11,7	8,4	5,3	7,7	8,4	10,2	26,8	12,0	12,6	11,4
April	11,6	8,5	5,4	7,9	8,5	10,1	...	11,9	12,5	...
Mai	11,6	8,5	5,2	...	8,5	10,1	...	12,0	12,6	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014 Jan.	10) 0,8	1,1	1,2	1,6	1,9	0,8	- 1,4	0,3	0,6	0,5
Febr.	0,7	1,0	1,0	1,1	1,6	1,1	- 0,9	0,1	0,4	0,5
März	0,5	0,9	0,9	0,7	1,3	0,7	- 1,5	0,3	0,3	0,3
April	0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Mai	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	0,8	- 2,1	0,4	0,4	0,8
Juni	p) 0,5	0,7	1,0	0,4	1,1	0,6	- 1,5	0,5	s) 0,2	0,8
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,2	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2011	87,4	99,2	80,0	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	81,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	78,4	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt;

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
1,9	1,5	0,9	2,8	1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,8	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,6	- 0,8	0,3	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
- 0,3	1,5	- 1,5	1,3	- 5,4	0,4	- 3,3	- 1,9	- 3,7	2012 4.Vj.
0,6	1,9	- 1,8	- 0,5	- 4,6	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,3	2013 1.Vj.
2,1	4,1	- 1,7	- 0,1	- 2,4	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,8	2,5	- 0,6	0,5	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
3,1	2,2	0,8	1,3	3,2	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
3,8	3,5	- 0,5	0,3	0,6	2,4	1,9	0,8	- 4,0	2014 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	1,0	5,4	2,1	- 1,7	- 8,4	2011
- 4,3	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,2	2012
- 3,3	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,5	2013
- 4,2	-	0,4	- 0,9	- 5,2	4,1	- 2,8	- 7,3	- 10,7	2012 4.Vj.
- 8,0	-	2,2	0,5	- 1,3	2,7	- 2,2	- 4,1	- 15,4	2013 1.Vj.
- 7,3	-	0,2	0,2	1,1	3,0	- 2,3	- 2,6	- 13,3	2.Vj.
- 2,6	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,5	- 2,3	- 0,9	- 11,0	3.Vj.
5,1	-	0,3	0,3	3,8	10,9	1,3	1,0	- 10,4	4.Vj.
8,0	-	- 7,1	3,1	2,3	7,7	1,8	1,5	- 2,5	2014 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
4,8	6,4	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,9	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,2	6,4	7,0	5,0	15,2	14,0	9,9	25,6	16,5	2013 Dez.
6,2	6,3	7,1	5,0	15,0	13,9	10,1	25,5	15,8	2014 Jan.
6,2	6,1	7,3	4,9	14,9	13,9	10,2	25,3	15,7	Febr.
6,2	5,9	7,2	4,9	14,8	13,8	10,3	25,3	15,9	März
6,2	5,8	7,2	4,8	14,6	13,9	10,3	25,1	15,5	April
6,3	5,7	7,0	4,7	14,3	13,9	10,3	25,1	15,3	Mai
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
1,5	0,9	0,8	1,5	0,1	0,0	0,9	0,3	- 1,6	2014 Jan.
0,8	1,6	0,4	1,5	- 0,1	- 0,1	0,2	0,1	- 1,3	Febr.
0,8	1,4	0,1	1,4	- 0,4	- 0,2	0,6	- 0,2	- 0,9	März
0,9	0,5	0,6	1,6	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	April
1,4	0,4	0,1	1,5	- 0,3	0,0	1,0	0,2	- 0,1	Mai
1,2	0,7	0,3	p) 1,7	- 0,2	- 0,1	1,0	0,0	0,0	Juni
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab

2011 einschl. Estland. **10** Ab 2014 einschl. Lettland. **11** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Okt.	- 4,6	- 20,5	- 6,1	15,8	1,1	20,5	7,3	- 13,2	- 24,9	- 12,6	- 0,7	- 12,7	1,0
Nov.	14,4	- 3,2	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 74,8	- 9,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,4	- 89,5	- 121,9	16,5	- 4,2	- 1,8	- 19,5	42,1
2013 Jan.	55,4	24,8	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
Febr.	0,4	- 4,2	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	53,4	18,0	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	14,5	13,3	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
Mai	7,2	- 19,3	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 7,3	- 35,8	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,0	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,6	19,7	- 2,0	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,3	- 3,9	- 1,3	- 2,1	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 180,9	- 106,0	- 38,7	- 74,9	- 73,1	79,7	- 84,7	- 164,4	- 10,9	- 8,8	- 0,5	- 9,6	8,0
2014 Jan.	44,9	- 17,3	9,7	62,2	42,5	1,3	124,8	123,5	- 1,4	- 2,7	0,1	- 12,5	13,7
Febr.	- 5,5	- 9,6	- 16,4	4,1	12,3	32,7	16,3	- 16,4	- 11,7	- 5,8	0,1	- 11,3	5,3
März	5,2	4,0	- 3,4	1,2	3,5	13,2	- 23,1	- 36,3	10,0	- 9,0	- 0,2	- 0,3	19,5
April	- 3,3	- 3,5	- 17,3	0,1	0,0	- 10,1	64,9	75,0	- 26,0	- 32,3	- 0,3	- 1,1	7,7
Mai	- 22,2	- 33,6	24,5	11,3	9,7	50,1	37,0	- 13,1	- 17,5	- 14,9	- 0,4	2,9	- 5,0

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,1	- 4,5	- 9,6	2,4	1,0	7,4	17,7	10,3	12,1	- 2,6	- 0,2	10,9	3,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
- 22,8	6,6	-	57,0	63,7	34,1	- 2,4	36,5	18,3	11,3	- 17,4	5,3	- 5,1	2012 Okt.
40,5	33,6	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	6,4	- 1,2	- 19,6	Nov.
- 60,6	- 54,2	-	55,9	95,2	82,3	12,7	69,6	- 12,3	25,2	- 44,6	- 26,9	- 6,1	Dez.
33,9	85,0	-	24,6	- 35,3	- 53,9	- 19,8	- 34,1	- 5,4	24,1	14,1	7,2	- 6,7	2013 Jan.
5,7	- 12,5	-	1,2	9,9	5,1	- 1,2	6,2	- 3,4	8,2	26,9	6,3	- 13,4	Febr.
10,6	15,5	-	44,8	58,0	47,2	11,7	35,5	5,1	5,6	22,7	- 5,9	- 5,4	März
- 50,6	26,1	-	57,9	54,1	73,8	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 8,8	- 0,4	1,4	April
62,5	26,6	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	13,2	- 3,4	- 7,4	Mai
30,3	- 8,6	-	6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	- 0,2	21,8	- 19,6	- 2,1	Juni
- 26,1	- 55,1	-	6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 48,9	- 1,1	- 6,7	Juli
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	Aug.
11,2	58,1	-	33,7	- 1,2	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 8,0	- 26,4	6,6	Sept.
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 5,5	1,3	- 12,4	Okt.
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	3,7	- 1,1	- 4,0	Nov.
- 49,3	- 24,7	-	16,2	15,7	14,2	17,9	- 3,6	- 0,2	1,7	- 15,1	- 12,8	- 12,7	Dez.
20,4	39,2	-	11,9	- 39,7	- 36,5	- 13,6	- 23,0	- 15,6	12,5	- 7,2	17,8	- 0,8	2014 Jan.
36,9	- 14,1	-	15,9	14,4	12,1	1,9	10,2	2,3	- 0,0	19,6	- 0,7	- 4,9	Febr.
- 5,3	0,8	-	13,0	39,6	34,1	6,3	27,8	0,6	4,9	- 13,3	- 17,6	2,8	März
- 10,7	- 2,7	-	26,0	27,7	37,9	5,3	32,6	- 7,9	- 2,4	- 8,9	5,1	- 12,1	April
33,1	- 48,8	-	61,0	56,0	53,2	7,1	46,1	1,0	1,9	- 14,2	- 5,2	8,7	Mai

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
- 2,1	11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	2012 Okt.		
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	0,0	1,1	Nov.		
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	- 2,2	Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	- 3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	Mai		
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	Juni		
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	9,4	0,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	- 1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	- 2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	- 2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	April		
1,9	- 24,3	3,0	1,3	15,6	11,2	7,3	- 0,6	3,0	- 0,1	0,6	Mai		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2012 April	26 864,4	16 706,1	13 449,3	11 159,9	1 520,8	768,6	3 256,8	1 159,6	2 097,2	5 056,0	5 102,3
Mai	27 825,9	16 721,8	13 449,0	11 176,3	1 520,6	752,1	3 272,8	1 161,3	2 111,5	5 205,5	5 898,6
Juni	27 214,9	16 732,1	13 389,4	11 193,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 538,2	16 703,9	13 375,1	11 222,2	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 308,5	16 630,7	13 308,3	11 168,4	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 168,2	16 703,9	13 333,5	11 196,6	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 635,7	16 703,7	13 308,5	11 176,6	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 703,9	16 727,0	13 301,5	11 169,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 251,1	16 610,8	13 245,1	11 044,3	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,9	16 423,4	12 996,5	10 783,3	1 420,5	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 464,3	16 386,7	12 928,0	10 734,5	1 400,2	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 427,0	16 365,1	12 929,8	10 737,8	1 396,8	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 650,4	16 162,9	12 803,7	10 652,4	1 359,4	791,9	3 359,2	1 097,4	2 261,8	4 488,4	3 999,1
2014 Jan.	25 048,2	16 247,5	12 809,1	10 647,2	1 367,2	794,7	3 438,4	1 118,5	2 319,9	4 681,4	4 119,3
Febr.	24 991,4	16 227,1	12 776,9	10 642,1	1 342,5	792,3	3 450,3	1 110,2	2 340,0	4 672,3	4 092,0
März	24 909,8	16 236,7	12 776,2	10 643,2	1 328,7	804,2	3 460,5	1 108,0	2 352,5	4 639,5	4 033,6
April	25 045,6	16 237,0	12 771,1	10 652,2	1 293,3	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 698,1	4 110,4
Mai	25 178,6	16 221,3	12 737,8	10 591,2	1 331,6	815,0	3 483,4	1 109,4	2 374,1	4 770,7	4 186,6
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2012 April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 158,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,4	3 679,2	2 911,0	2 514,1	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			von mehr als 2 Jahren	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
847,6	10 689,9	10 094,3	10 126,9	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,2	1 965,2	108,2	2012 April	
856,3	10 707,2	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	Mai	
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,8	10 323,5	10 348,3	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,3	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,5	10 342,7	10 373,0	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,6	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 962,1	10 370,1	10 390,0	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,4	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 900,4	10 351,9	10 401,2	4 310,1	1 153,6	431,3	2 335,4	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 919,0	10 348,6	10 399,3	4 304,1	1 132,1	442,6	2 338,0	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,1	10 338,6	10 382,8	4 307,2	1 129,1	445,4	2 320,3	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 967,3	10 356,3	10 399,6	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 947,3	10 349,7	10 393,4	4 365,0	1 124,5	442,5	2 278,9	2 096,5	86,0	April	
928,9	11 019,3	10 385,7	10 424,4	4 414,5	1 121,7	439,2	2 265,1	2 098,4	85,6	Mai	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	2012 April	
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai	
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva													
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte													
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
2012 April	289,9	273,2	123,1	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	427,8	425,3	521,0	2 981,5	2 289,4	
Mai	316,1	289,1	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	440,6	434,6	533,6	2 983,9	2 272,1	
Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	440,6	436,8	510,1	2 975,5	2 275,5	
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	444,8	438,9	508,8	2 997,2	2 276,1	
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	427,5	422,3	513,2	2 966,1	2 265,1	
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	432,3	428,3	492,5	2 938,7	2 251,8	
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	414,8	411,2	497,3	2 914,7	2 226,4	
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	421,2	417,4	495,5	2 889,6	2 206,9	
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	376,4	372,4	467,9	2 853,4	2 183,4	
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,9	2 172,5	
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 807,1	2 151,7	
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,7	2 122,3	
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,6	2 102,3	
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,6	2 076,7	
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 696,1	2 062,1	
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,8	2 031,5	
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,5	2 013,2	
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 643,0	2 003,9	
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,2	2 006,3	
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,4	2 000,1	
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,8	288,1	404,8	2 587,0	1 979,2	
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,9	279,4	422,6	2 582,5	1 969,7	
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	421,8	2 557,2	1 957,3	
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	294,0	285,4	404,1	2 559,2	1 961,9	
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,1	2 544,4	1 948,4	
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,1	262,4	403,8	2 562,9	1 948,6	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2012 April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6	
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8	
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1	
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1	
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5	
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7	
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0	
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6	
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3	
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1	
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1	
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4	
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1	
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7	
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4	
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1	
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2	
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5	
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5	
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1	
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5	
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4	
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5	
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3	
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7	
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,7	296,7	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾	Geldkapitalbildung ¹³⁾		
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾													
119,4	107,7	2 754,4	4 178,1	2 268,7	- 62,1	5 011,8	-	4 837,2	8 721,7	9 608,6	7 656,9	107,8	2012 April
114,2	107,3	2 762,4	4 285,5	2 276,0	- 66,1	5 809,0	-	4 883,1	8 752,8	9 646,5	7 642,1	109,1	Mai
128,7	102,1	2 744,7	4 158,4	2 312,3	- 65,2	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,7	7 646,4	111,0	Juni
136,3	96,2	2 764,7	4 201,6	2 353,7	- 63,2	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 713,0	7 654,8	113,5	Juli
122,9	96,4	2 746,8	4 115,5	2 361,9	- 47,0	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,8	7 646,4	113,0	Aug.
120,1	92,6	2 726,0	4 047,4	2 405,8	- 57,2	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 702,0	7 665,2	113,1	Sept.
113,8	93,5	2 707,3	4 020,6	2 394,4	- 73,0	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 757,2	7 621,4	112,1	Okt.
96,3	91,2	2 702,1	3 939,7	2 408,9	- 67,4	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,4	7 627,4	114,6	Nov.
87,6	93,8	2 672,1	3 793,2	2 396,4	- 52,1	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,3	7 578,1	120,0	Dez.
70,4	92,3	2 645,3	3 774,3	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,2	7 536,2	112,0	2013 Jan.
62,0	88,1	2 657,0	3 812,4	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,3	7 529,6	111,1	Febr.
59,5	84,1	2 632,1	3 798,1	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 806,2	7 557,1	110,9	März
62,7	81,6	2 603,3	3 832,5	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,3	7 495,4	111,2	April
63,1	74,4	2 584,0	3 755,1	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 857,0	7 467,3	111,9	Mai
66,3	68,4	2 561,4	3 651,6	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,3	7 398,0	113,0	Juni
62,3	66,7	2 527,8	3 599,0	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,9	7 387,5	116,5	Juli
66,4	63,1	2 517,0	3 571,8	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,3	7 394,1	115,9	Aug.
76,2	58,3	2 508,5	3 500,5	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 847,2	7 362,4	116,6	Sept.
64,0	58,1	2 516,1	3 511,5	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,9	7 374,9	114,3	Okt.
64,0	53,4	2 514,0	3 474,0	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,2	9 888,6	7 354,7	117,2	Nov.
39,0	49,1	2 498,9	3 308,6	2 340,2	- 60,9	3 954,2	-	5 444,0	9 248,9	9 852,3	7 311,2	114,1	Dez.
43,0	43,9	2 495,7	3 473,5	2 384,9	- 38,8	4 108,4	-	5 418,1	9 223,7	9 854,8	7 355,4	107,7	2014 Jan.
42,7	39,1	2 475,4	3 427,6	2 405,2	- 26,3	4 039,2	-	5 427,3	9 234,5	9 866,8	7 338,1	105,3	Febr.
49,4	35,3	2 474,4	3 391,5	2 421,9	- 26,5	3 981,9	-	5 461,6	9 274,3	9 880,0	7 344,7	106,1	März
37,9	32,6	2 473,9	3 463,2	2 433,7	- 17,7	4 058,7	-	5 499,1	9 301,3	9 903,1	7 323,3	104,5	April
43,8	35,1	2 484,0	3 478,4	2 427,2	- 29,6	4 116,7	-	5 555,1	9 361,4	9 968,0	7 312,6	104,2	Mai
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-	2012 April
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	Mai
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April
7,2	5,7	527,8	636,4	504,8	- 617,8	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,2	1 846,1	-	Mai

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)		
Eurosystem 2)												
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	800,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Deutsche Bundesbank												
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berich-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserveerfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditäts-ab-schöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentral-regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	+ 3,1	+ 0,0	+ 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
Deutsche Bundesbank												
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	- 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2013 Nov.	1. 2 314,4	343,9	244,8	83,2	161,6	22,2	21,5	21,5	–
	8. 2 305,4	343,9	243,9	82,7	161,2	22,4	18,7	18,7	–
	15. 2 299,0	343,9	244,2	82,5	161,7	22,5	19,1	19,1	–
	22. 2 293,6	343,9	244,9	82,5	162,4	22,8	19,4	19,4	–
	29. 2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	–
Dez.	6. 2 280,8	343,9	244,6	82,5	162,1	23,6	20,4	20,4	–
	13. 2 283,0	343,9	243,7	82,4	161,2	23,8	20,2	20,2	–
	20. 2 287,5	343,9	244,0	82,7	161,3	23,3	19,5	19,5	–
	27. 2 285,4	343,9	245,7	82,9	162,8	23,0	19,5	19,5	–
2014 Jan.	3. 2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	–
	10. 2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	–
	17. 2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	–
	24. 2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	–
	31. 2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–
Febr.	7. 2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–
	14. 2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–
	21. 2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–
	28. 2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–
März	7. 2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–
	14. 2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–
	21. 2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–
	28. 2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–
2014 April	4. 2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–
	11. 2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–
	18. 2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–
	25. 2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–
Mai	2. 2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–
	9. 2 167,7	326,5	246,3	81,6	164,7	23,2	18,6	18,6	–
	16. 2 185,0	326,5	244,5	81,3	163,2	24,2	19,5	19,5	–
	23. 2 163,7	326,5	245,3	81,3	164,0	24,5	20,3	20,3	–
	30. 2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–
Juni	6. 2 172,3	326,5	248,3	81,7	166,6	22,9	19,9	19,9	–
	13. 2 124,3	326,5	247,5	81,6	165,9	23,4	18,8	18,8	–
	20. 2 080,0	326,5	244,4	81,0	163,5	25,5	18,4	18,4	–
	27. 2 088,1	326,5	244,4	80,6	163,8	24,4	18,6	18,6	–
Juli	4. 2 070,3	334,4	249,6	81,7	167,9	23,3	18,2	18,2	–
Deutsche Bundesbank									
2012 Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
740,2	89,3	650,8	–	–	0,0	0,0	80,4	593,4	241,6	351,7	28,3	239,8	2013 Nov.	1.
729,7	89,5	640,2	–	–	0,0	0,0	83,2	593,2	241,6	351,6	28,3	242,2		8.
721,9	87,7	634,1	–	–	–	0,0	84,0	592,2	241,6	350,7	28,3	242,9		15.
717,6	86,9	630,6	–	–	0,2	0,0	81,4	592,3	241,5	350,8	28,3	242,9		22.
719,0	97,2	621,7	–	–	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3		29.
709,3	94,6	614,5	–	–	0,2	0,0	75,9	591,4	241,4	350,0	28,3	243,4	Dez.	6.
713,0	98,5	614,4	–	–	0,1	0,0	73,2	591,9	241,3	350,7	28,3	244,9		13.
723,3	118,9	604,1	–	–	0,3	0,0	74,2	585,3	235,4	349,9	28,3	245,7		20.
717,1	133,6	583,3	–	–	0,2	–	75,0	586,1	235,4	350,6	28,3	246,8		27.
752,3	168,7	583,3	–	–	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	–	–	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	–	–	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	–	–	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	2014 April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	Mai	2.
642,4	129,1	513,2	–	–	–	–	60,6	583,1	219,6	363,6	27,3	239,7		9.
651,5	137,3	514,2	–	–	0,0	0,0	68,4	583,6	219,6	364,1	27,3	239,4		16.
640,0	131,9	508,0	–	–	0,1	–	61,2	576,6	216,7	360,0	27,3	242,0		23.
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2		30.
653,3	149,4	503,9	–	–	0,0	–	61,1	570,9	212,8	358,0	27,3	242,3	Juni	6.
607,6	136,8	470,8	–	–	0,0	–	63,8	570,0	212,5	357,4	27,3	239,4		13.
565,0	97,9	467,1	–	–	0,0	–	62,9	569,4	209,9	359,5	27,3	240,6		20.
568,4	115,0	453,3	–	–	0,1	–	65,2	570,6	209,9	360,7	27,3	242,8		27.
545,9	97,1	448,8	–	–	–	–	61,6	566,9	205,2	361,7	26,7	243,6	Juli	4.
Deutsche Bundesbank														
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	2012 Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	

-preisen bewertet. ¹ Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. ² Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknoten-umlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve-guthaben)	Einlage-fazilität	Termin-einlagen	Verbind-lichkeiten aus Ge-schäften mit Rück-nahme-verein-barung	Einlagen aus dem Margen-ausgleich			insgesamt	Einlagen von öffent-lichen Haus-halten	Sonstige Verbind-lichkeiten
Eurosystem 4)													
2013 Nov. 1.	2 314,4	924,5	467,1	226,9	52,1	188,0	–	0,0	5,7	–	110,3	62,7	47,7
8.	2 305,4	923,6	477,2	230,6	62,4	184,0	–	0,2	5,5	–	89,1	48,3	40,8
15.	2 299,0	922,6	459,8	231,9	43,9	184,0	–	0,0	5,3	–	106,4	68,0	38,4
22.	2 293,6	921,0	446,1	218,0	44,0	184,0	–	0,1	5,4	–	117,1	83,4	33,7
29.	2 291,0	927,5	429,6	215,5	56,1	157,8	–	0,2	5,1	–	133,9	96,5	37,4
Dez. 6.	2 280,8	935,1	442,1	203,7	54,1	184,0	–	0,4	5,2	–	103,8	77,3	26,5
13.	2 283,0	938,7	446,1	223,6	38,3	184,0	–	0,1	5,0	–	104,3	75,9	28,4
20.	2 287,5	950,5	462,5	256,1	53,3	152,3	–	0,8	4,2	–	81,4	56,0	25,4
27.	2 285,4	958,3	443,7	244,1	59,6	139,9	–	0,1	4,2	–	82,3	56,8	25,6
2014 Jan. 3.	2 278,6	952,9	492,0	298,9	88,2	104,8	–	0,0	3,2	–	81,0	55,5	25,5
10.	2 220,5	941,7	441,3	202,3	59,8	179,0	–	0,2	8,7	–	81,8	57,9	23,9
17.	2 197,9	934,9	418,0	202,4	36,5	179,0	–	0,1	4,0	–	98,3	72,5	25,8
24.	2 221,3	929,9	424,0	227,9	44,0	152,1	–	0,0	2,1	–	123,0	93,6	29,3
31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
2014 April 4.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
9.	2 167,7	948,9	349,5	150,0	33,8	165,5	–	0,1	2,9	–	139,6	101,4	38,2
16.	2 185,0	947,7	363,2	201,4	17,5	144,3	–	0,0	2,5	–	142,4	102,6	39,8
23.	2 163,7	947,2	329,8	168,5	23,8	137,5	–	0,0	2,8	–	157,7	121,1	36,5
30.	2 197,1	953,8	352,2	209,4	39,9	102,9	–	0,0	1,7	–	163,0	119,8	43,3
Juni 6.	2 172,3	957,8	343,7	187,1	37,3	119,2	–	0,1	1,8	–	141,6	100,3	41,3
13.	2 124,3	956,5	325,8	199,8	17,2	108,7	–	0,2	2,7	–	124,1	89,2	34,9
20.	2 080,0	955,9	237,8	211,2	26,5	–	–	0,0	8,0	–	168,3	130,1	38,2
27.	2 088,1	958,3	243,2	217,7	25,4	–	–	0,0	8,6	–	171,6	131,9	39,7
Juli 4.	2 070,3	963,9	241,5	214,2	27,3	–	–	0,0	3,7	–	141,1	100,3	40,9
Deutsche Bundesbank													
2012 Aug.	1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
123,5	1,2	5,0	5,0	–	53,6	228,5	–	304,5	90,4	2013 Nov. 1.
129,5	1,3	4,5	4,5	–	53,6	226,1	–	304,5	90,4	8.
122,7	1,3	4,9	4,9	–	53,6	227,4	–	304,5	90,4	15.
122,7	2,2	5,2	5,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	22.
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	29.
114,3	2,0	5,6	5,6	–	53,6	224,2	–	304,5	90,4	Dez. 6.
110,2	2,0	5,0	5,0	–	53,6	223,2	–	304,5	90,4	13.
109,6	2,4	4,0	4,0	–	53,6	224,5	–	304,5	90,4	20.
115,2	4,4	3,2	3,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	27.
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,7	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	2014 April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	Mai 2.
79,8	1,2	5,1	5,1	–	52,8	206,3	–	288,9	92,8	9.
79,7	1,1	4,9	4,9	–	52,8	209,1	–	288,9	92,6	16.
77,1	1,2	5,8	5,8	–	52,8	207,8	–	288,9	92,6	23.
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	30.
78,3	1,0	6,6	6,6	–	52,8	206,3	–	288,9	93,4	Juni 6.
67,1	1,0	6,6	6,6	–	52,8	205,3	–	288,9	93,4	13.
61,6	1,1	6,2	6,2	–	52,8	204,0	–	288,9	95,3	20.
59,7	0,8	5,5	5,5	–	52,8	203,4	–	288,9	95,3	27.
56,9	1,0	5,4	5,4	–	53,4	206,6	–	301,4	95,3	Juli 4.
Deutsche Bundesbank										
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	2012 Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und personen	
												zusammen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2012 Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,4	1 547,5	468,9	522,0	349,7	172,2	3 725,2	3 321,8	2 723,8	2 464,9
Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	322,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8
Mai	7 620,1	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,8	494,1	329,1	165,0	3 630,6	3 225,4	2 637,8	2 365,2
Veränderungen 3)													
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2012 Sept.	- 115,5	0,3	- 72,0	- 67,4	- 65,3	- 2,1	- 4,7	- 2,9	- 1,8	7,3	2,2	- 0,6	4,0
Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	5,3
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	8,1	- 7,4	- 4,0	2,0
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1
Aug.	- 87,5	1,2	- 7,7	- 5,7	- 7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5
Nov.	32,6	- 0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	16,3	- 9,5	4,9	- 2,4
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	- 1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4
April	32,0	- 1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	- 2,0	23,2	- 22,1	- 20,6	3,6
Mai	77,1	- 0,1	18,9	16,0	17,3	- 1,3	2,9	3,5	- 0,6	- 0,2	- 3,0	- 6,1	5,6

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern						insgesamt	darunter Buchkredite			
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	2012 Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,4	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,3	861,0	Mai	
Veränderungen 3)														
19,3	31,0	18,6	12,4	54,5	59,6	20,9	5,1	1,3	3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	2012 Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,5	1,7	2,8	2,9	0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,1	24,8	21,6	33,7	Mai	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
 Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		ins- gesamt	von Banken		ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Kündigungsfrist		zu- sammen			täglich fällig
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2012 Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 149,6	378,2	615,3	521,0	76,3	30,3		
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6		
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1		
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1		
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1		
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7		
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3		
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4		
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7		
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1		
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9		
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0		
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9		
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0		
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8		
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9		
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1		
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2		
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9		
Mai	7 620,1	1 378,6	1 164,1	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7		
Veränderungen 4)															
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4		
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2012 Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4		
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	1,5		
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0		
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	1,8		
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0		
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5		
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5		
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1		
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	2,2		
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5		
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	2,1		
Aug.	- 87,5	- 12,9	- 18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	1,0		
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0		
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	4,9		
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8		
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1		
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	0,0		
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2		
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2		
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	- 1,4	2,7		
Mai	77,1	2,6	10,8	- 8,2	19,7	18,4	15,6	3,5	6,4	- 0,7	- 0,5	- 0,8	2,2		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten													
Stand am Jahres- bzw. Monatsende																
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005			
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010			
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	2012 Aug.			
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.			
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.			
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.			
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.			
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.			
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März			
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April			
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai			
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni			
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli			
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.			
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.			
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.			
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.			
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.			
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.			
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März			
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April			
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,1	36,6	519,8	516,9	947,6	Mai			
Veränderungen 4)																
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	- 3,3	- 0,3	34,8	22,1	32,4	27,5	36,6	2006			
8,0	12,9	0,0	- 0,1	5,8	4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007			
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	3,3	3,2	36,1	- 12,2	33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008			
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	2,4	0,8	19,4	- 5,0	104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009			
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	106,7	- 63,2	54,4	- 7,1	- 78,6	2010			
- 2,2	1,7	0,5	0,3	0,1	0,7	10,0	- 3,7	76,9	- 6,6	80,5	13,7	137,8	2011			
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	7,9	9,2	19,6	1,2	107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012			
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	11,3	10,0	4,1	- 3,2	104,9	- 17,6	134,1	18,9	- 417,1	2013			
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	0,8	10,1	- 0,2	3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	2012 Sept.			
0,4	0,1	0,0	0,0	2,3	0,0	9,9	0,4	10,5	- 0,2	5,8	0,7	- 54,6	Okt.			
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	0,8	- 0,0	8,4	0,2	33,4	2,7	- 3,6	Nov.			
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	2,6	0,7	26,5	1,9	17,6	- 3,7	71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.			
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	2,0	2,7	0,1	12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.			
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	2,9	0,4	16,6	- 0,5	2,2	- 0,5	5,5	8,4	- 9,4	Febr.			
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	1,7	0,2	2,7	- 0,1	19,8	- 2,3	16,3	1,8	8,4	März			
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	2,8	1,6	1,9	0,7	4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April			
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	0,9	- 0,1	14,7	- 1,7	17,6	4,0	- 101,7	Mai			
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	0,6	15,4	- 1,6	10,8	- 3,0	10,1	10,8	- 91,2	Juni			
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	1,8	1,5	23,5	- 0,0	12,7	4,0	5,7	2,0	- 18,3	Juli			
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	8,9	6,8	9,4	0,0	8,4	- 3,4	17,6	3,6	- 72,1	Aug.			
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	0,5	1,3	0,7	- 0,5	0,2	- 2,2	34,5	- 0,5	21,4	Sept.			
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	2,5	1,5	4,0	- 0,5	5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.			
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	3,5	- 0,1	2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.			
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	11,7	- 3,3	53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.			
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	2,5	4,2	1,2	0,1	12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.			
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	5,1	1,7	4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.			
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	1,5	0,3	2,8	- 0,2	8,1	- 2,3	9,9	- 3,1	- 9,7	März			
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	2,4	1,5	2,5	0,0	11,0	0,3	10,2	- 3,0	- 1,9	April			
1,4	1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	2,3	3,0	0,0	13,0	2,0	8,5	7,7	28,6	Mai			

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2013 Dez.	1 846	7 604,2	104,4	2 565,4	1 935,5	620,9	3 832,6	367,4	2 730,0	0,7	725,1	131,3	970,5
2014 Jan.	1 840	7 685,5	89,1	2 618,0	1 990,0	619,3	3 855,9	381,7	2 732,2	0,6	732,3	133,6	989,0
Febr.	1 841	7 616,7	80,1	2 622,0	1 998,7	614,4	3 845,6	383,2	2 730,0	0,5	722,0	131,6	937,5
März	1 840	7 565,3	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,7
April	1 840	7 595,2	96,0	2 564,9	1 943,5	611,8	3 877,9	386,2	2 732,7	0,5	745,9	132,2	924,3
Mai	1 840	7 671,8	88,9	2 614,9	1 994,0	611,2	3 877,0	385,2	2 739,8	0,5	740,2	132,6	958,4
Kreditbanken 6)													
2014 April	275	2 806,5	43,6	955,4	855,5	95,9	1 083,1	195,1	662,7	0,3	217,2	68,0	656,5
Mai	275	2 855,4	36,7	990,8	889,8	97,1	1 075,4	194,1	664,4	0,3	210,0	68,1	684,3
Großbanken 7)													
2014 April	4	1 736,4	17,2	567,5	512,2	51,7	468,1	106,4	246,9	0,2	107,8	60,7	622,9
Mai	4	1 781,0	11,9	593,1	537,3	52,2	464,2	106,1	248,4	0,2	104,0	60,9	650,9
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 April	164	835,7	19,2	226,6	183,7	42,5	556,1	69,5	382,7	0,1	103,6	6,6	27,3
Mai	164	836,0	17,2	233,1	189,6	43,1	552,2	68,8	382,4	0,1	100,8	6,6	27,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 April	107	234,4	7,1	161,3	159,6	1,7	58,9	19,1	33,2	0,0	5,8	0,7	6,3
Mai	107	238,4	7,6	164,7	162,9	1,8	59,0	19,3	33,7	0,0	5,2	0,7	6,4
Landesbanken													
2014 April	9	1 081,4	5,3	367,8	259,6	106,8	565,7	70,7	373,0	0,1	118,5	14,1	128,6
Mai	9	1 093,0	8,0	374,1	265,4	107,3	565,1	70,4	374,8	0,1	116,3	13,7	132,1
Sparkassen													
2014 April	417	1 105,6	17,2	217,9	82,0	135,2	838,6	56,6	653,9	0,1	128,0	14,9	17,0
Mai	417	1 107,6	15,3	219,7	84,3	134,8	840,8	55,1	656,1	0,1	129,3	14,9	16,8
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 April	2	272,2	1,5	158,2	125,2	33,0	61,7	12,3	21,4	0,0	28,0	14,4	36,3
Mai	2	278,9	1,3	161,1	128,2	32,9	63,5	13,2	21,7	0,0	28,5	14,4	38,7
Kreditgenossenschaften													
2014 April	1 078	763,4	11,4	172,3	54,9	117,2	548,1	33,0	433,9	0,1	81,0	12,4	19,3
Mai	1 078	767,8	10,9	174,5	57,7	116,6	550,2	32,3	436,2	0,1	81,5	12,8	19,3
Realkreditinstitute													
2014 April	17	427,5	0,7	111,2	71,2	36,9	299,7	6,3	224,1	-	69,3	0,6	15,4
Mai	17	420,4	1,0	105,3	66,0	36,3	298,1	6,2	222,3	-	69,6	0,6	15,4
Bausparkassen													
2014 April	22	207,5	0,1	61,7	44,9	16,7	139,3	1,6	119,5	.	18,2	0,4	5,9
Mai	22	208,4	0,2	61,7	45,0	16,7	140,3	1,6	119,9	.	18,9	0,4	5,8
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 April	20	931,0	16,2	520,5	450,1	70,0	341,5	10,7	244,1	-	85,8	7,5	45,2
Mai	20	940,3	15,5	527,6	457,6	69,5	343,6	12,2	244,4	-	86,1	7,6	45,9
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 April	144	857,6	22,7	338,7	294,9	40,2	409,2	65,8	240,2	0,1	100,0	5,2	81,8
Mai	144	876,3	22,5	355,2	311,3	40,4	408,0	65,0	241,1	0,1	99,0	5,2	85,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 April	37	623,2	15,5	177,4	135,3	38,5	350,2	46,6	207,1	0,1	94,2	4,5	75,5
Mai	37	637,9	15,0	190,6	148,4	38,6	349,0	45,7	207,4	0,1	93,8	4,5	78,9

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)			darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
Alle Bankengruppen															
1 656,0	348,1	1 307,9	3 306,5	1 528,0	323,6	742,7	77,8	620,0	540,3	92,2	1 179,7	437,5	1 024,4	2013 Dez.	
1 712,9	418,1	1 294,8	3 304,6	1 543,1	310,0	741,6	79,6	618,9	539,6	90,9	1 186,5	437,5	1 044,1	2014 Jan.	
1 702,9	409,7	1 293,2	3 312,8	1 551,3	314,2	738,0	81,9	619,6	540,0	89,8	1 173,4	438,5	989,2	Febr.	
1 685,9	406,4	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,8	März	
1 720,7	402,8	1 318,0	3 312,6	1 565,6	312,0	733,0	78,2	616,3	537,0	85,7	1 146,9	439,2	975,8	April	
1 728,2	408,8	1 319,4	3 332,9	1 586,7	313,9	732,0	78,5	615,6	536,5	84,6	1 163,5	443,2	1 004,0	Mai	
Kreditbanken 6)															
684,1	265,6	418,5	1 207,5	701,3	165,2	203,3	55,4	112,1	99,6	25,5	143,8	142,6	628,5	2014 April	
686,7	265,1	421,6	1 221,0	712,8	167,8	203,4	59,0	111,7	99,4	25,3	147,9	143,8	656,0	Mai	
Großbanken 7)															
447,7	200,9	246,8	528,0	290,4	80,8	77,5	55,3	70,7	68,6	8,7	104,7	81,1	574,9	2014 April	
451,5	198,2	253,4	535,4	298,4	81,2	76,7	58,9	70,4	68,3	8,8	109,5	81,6	602,9	Mai	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
139,3	38,2	101,1	558,3	335,6	64,2	101,4	0,1	41,3	30,9	15,7	38,5	53,0	46,6	2014 April	
135,8	41,5	94,2	563,0	338,4	66,6	101,5	0,1	41,1	30,9	15,3	37,8	53,7	45,8	Mai	
Zweigstellen ausländischer Banken															
97,1	26,5	70,6	121,2	75,3	20,3	24,4	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	6,9	2014 April	
99,4	25,4	74,0	122,6	76,0	20,0	25,2	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,4	Mai	
Landesbanken															
321,8	47,1	274,6	306,6	108,8	57,6	125,4	16,8	14,7	10,8	0,1	261,2	60,0	131,9	2014 April	
325,2	53,7	271,5	309,6	112,4	57,6	124,9	17,0	14,6	10,8	0,1	262,1	60,0	136,2	Mai	
Sparkassen															
151,9	11,5	140,4	808,2	420,4	28,0	15,2	-	300,1	258,0	44,4	15,1	84,7	45,8	2014 April	
149,8	9,9	139,8	812,5	424,7	29,0	15,2	-	299,9	257,6	43,8	14,4	85,6	45,2	Mai	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
133,1	28,7	104,4	34,6	12,7	8,6	11,0	2,6	-	-	2,2	56,6	14,0	34,0	2014 April	
139,1	29,6	109,5	33,2	11,2	8,9	10,9	1,7	-	-	2,2	56,8	14,0	35,8	Mai	
Kreditgenossenschaften															
101,6	6,0	95,6	561,7	302,7	36,0	21,7	-	188,9	168,1	12,4	10,1	55,4	34,7	2014 April	
101,8	5,0	96,8	565,9	306,7	36,4	21,9	-	188,9	168,1	12,2	9,8	56,8	33,4	Mai	
Realkreditinstitute															
108,0	6,4	101,6	153,3	8,4	7,5	137,0	-	0,2	0,2	.	130,1	16,8	19,3	2014 April	
104,7	6,8	97,9	152,8	8,3	8,1	136,2	-	0,2	0,2	.	126,9	17,0	19,1	Mai	
Bausparkassen															
24,1	2,0	22,1	156,4	0,5	0,6	154,1	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	14,6	2014 April	
24,1	2,2	21,9	157,0	0,5	0,6	154,6	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	15,0	Mai	
Banken mit Sonderaufgaben															
196,2	35,4	160,8	84,4	10,7	8,4	65,3	3,4	-	-	.	526,9	56,6	67,0	2014 April	
196,8	36,5	160,4	80,9	10,3	5,6	65,0	0,8	-	-	.	542,5	56,8	63,3	Mai	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
226,0	73,5	152,5	466,1	296,7	61,6	74,3	10,3	21,6	21,2	11,9	28,4	47,3	89,7	2014 April	
234,4	74,6	159,8	474,5	302,7	63,7	74,7	12,3	21,7	21,3	11,6	27,9	47,7	91,8	Mai	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
128,9	47,0	81,9	344,9	221,4	41,3	49,9	10,3	21,4	21,1	10,8	27,8	38,8	82,8	2014 April	
135,0	49,2	85,8	351,9	226,6	43,7	49,5	12,3	21,6	21,2	10,4	27,3	39,3	84,4	Mai	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2012 Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2012 Dez.	+ 3,8	- 51,2	- 40,0	- 33,7	-	- 0,4	- 6,0	+ 0,1	- 45,1	- 39,8	+ 0,2	- 3,7	- 1,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	+ 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	+ 3,7	+ 6,6	- 0,0	+ 0,3	- 9,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012 Dez.	
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.	
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.	
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März	
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April	
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai	
Veränderungen *)															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	+ 0,0	- 0,2	- 19,9	+ 1,4	- 21,1	-	- 0,1	- 46,5	- 11,2	- 39,1	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	2012 Dez.
-	-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	Febr.
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 14,9	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen
Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzente und Solawechsel im
Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-
schuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2012 Dez.	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013 Jan.	0,6	1 033,1	798,8	535,3	263,5	6,3	228,0	2,5	731,5	441,4	110,5	330,9	10,0	280,0
Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9
März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8
Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3
Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9
Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2
Mai	0,2	1 064,4	823,3	581,1	242,1	8,4	232,6	1,2	722,7	422,5	116,0	306,5	9,9	290,3
Veränderungen *)														
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	+ 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2012 Dez.	- 0,1	- 18,0	- 19,8	- 14,3	- 5,5	- 0,5	+ 2,3	- 0,0	- 21,0	- 25,6	- 22,2	- 3,4	+ 1,6	+ 3,0
2013 Jan.	- 0,2	- 4,6	- 6,7	- 5,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,2	- 0,0	+ 9,1	+ 4,5	+ 6,5	- 2,0	+ 1,0	+ 3,6
Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0
März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1
Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1
Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6
Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2
Mai	- 0,0	+ 23,0	+ 22,3	+ 17,8	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	- 0,8	+ 3,5

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012 Dez.		
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.		
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.		
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März		
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April		
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai		
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni		
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli		
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.		
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.		
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.		
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.		
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.		
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.		
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März		
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April		
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai		
Veränderungen *)																
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	2012 Dez.		
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.		
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.		
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März		
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April		
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai		
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni		
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli		
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.		
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.		
+ 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.		
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.		
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.		
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.		
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.		
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März		
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April		
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai		

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsen-fähige Geldmarkt-papiere	zu-	Buch-kredite	Schatz-wechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2012 Dez.	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1
Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Veränderungen *)											
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2012 Dez.	- 45,1	- 39,6	- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3
Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012 Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	–	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	–	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	–	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	–	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	–	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	–	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	–	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	–	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	–	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
– 8,2	– 1,6	– 6,6	+ 2,7	+ 0,0	– 5,3	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 4,6	–	– 0,0	2012 Dez.	
– 3,5	– 0,9	– 2,5	+ 5,7	– 0,3	– 4,0	– 0,6	+ 0,2	– 0,9	– 3,4	–	– 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	– 0,3	+ 3,5	– 5,7	– 0,0	+ 0,4	– 1,5	– 0,4	– 1,0	+ 1,8	–	– 0,0	Febr.	
– 0,8	+ 0,3	– 1,0	+ 5,1	– 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	– 0,6	+ 0,3	–	– 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	– 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 0,4	–	– 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	– 18,2	– 0,2	– 5,1	– 0,0	– 0,5	+ 0,4	– 5,0	–	– 0,0	Mai	
– 0,8	– 1,5	+ 0,7	– 5,8	– 0,2	+ 2,5	– 0,2	+ 0,2	– 0,4	+ 2,7	–	– 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	– 1,2	– 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 1,0	–	– 0,0	Aug.	
– 4,7	– 2,0	– 2,7	+ 0,6	– 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,5	– 1,4	– 0,6	–	– 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 März	2 451,1	1 173,5	1 136,8	926,0	210,8	1 394,1	311,9	133,2	94,6	60,3	126,9	44,7	76,2	208,8
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
2013 Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
2013 Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 März	331,7	-	7,8	-	7,8	294,9	3,9	37,5	7,5	13,1	43,6	3,6	7,0	125,4
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
2013 Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
2013 Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 März	249,6	-	34,9	-	34,9	176,5	11,6	25,8	6,8	9,2	16,6	3,9	11,3	37,0
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
2013 Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
2013 Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 März	1 869,7	1 173,5	1 094,0	926,0	168,0	922,7	296,5	69,8	80,4	38,1	66,7	37,2	58,0	46,4
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
2013 Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
2013 Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 1.Vj.	+ 15,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 16,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,4	+ 13,4
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
2013 3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
2013 4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
Kurzfristige Kredite														
2013 1.Vj.	+ 16,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,6
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
2013 3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
2013 4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
Mittelfristige Kredite														
2013 1.Vj.	- 1,0	-	- 0,4	-	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,1
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
2013 3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
2013 4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
Langfristige Kredite														
2013 1.Vj.	- 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,3
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
2013 3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
2013 4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderun-

gen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	darunter:			Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März	
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	Juni	
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	Sept.	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
													Kurzfristige Kredite	
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	Juni	
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	Sept.	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
													Mittelfristige Kredite	
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März	
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	Juni	
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	Sept.	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
													Langfristige Kredite	
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	Juni	
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	Sept.	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2.Vj.	
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	3.Vj.	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
													Kurzfristige Kredite	
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	-	2013 1.Vj.	
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	3.Vj.	
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
													Mittelfristige Kredite	
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.	
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.	
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
													Langfristige Kredite	
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.	
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	3.Vj.	
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,5		
Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 14,9	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,9	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	+ 3,4		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Juni	+ 4,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 1,6		
Juli	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2		
Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	+ 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9		
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7		
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 Juni	2 934,9	1 315,7	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4		
Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2		
Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1		
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,5	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Veränderungen *)														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0		
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,7	+ 0,1	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4		
Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2		
Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1		
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,6	432,0	554,6	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Veränderungen *)														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0		
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2013 Dez.	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 Jan.	1 858,3	938,0	908,7	164,4	613,0	131,3	29,2	263,3	248,2	16,4	216,4	15,3
Febr.	1 867,0	946,1	916,9	165,1	619,6	132,2	29,2	264,2	249,1	16,6	217,5	15,1
März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
April	1 870,7	954,6	926,0	165,0	627,6	133,4	28,6	264,6	249,1	16,8	217,3	15,0
Mai	1 880,1	965,0	935,5	166,3	637,0	132,1	29,5	265,4	249,5	16,8	217,9	14,9
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2013 Dez.	+ 2,2	- 3,5	- 2,1	- 1,7	- 1,3	+ 1,0	- 1,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3
2014 Jan.	+ 4,2	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,1	- 0,8	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1
Febr.	+ 8,8	+ 8,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 6,4	+ 1,1	- 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,2
März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1
April	+ 7,7	+ 11,0	+ 11,5	+ 4,4	+ 6,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Mai	+ 9,4	+ 10,4	+ 9,4	+ 1,3	+ 9,4	- 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8	
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9	
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2013 Dez.	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014 Jan.	172,1	11,7	3,2	3,1	5,4	0,1	15,7	40,7	9,8	7,8	22,9	0,2	14,6	
Febr.	178,1	12,0	3,2	3,3	5,4	0,1	15,6	43,6	10,3	10,2	23,0	0,2	14,6	
März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5	
April	178,1	13,2	2,8	5,4	5,0	0,1	15,6	44,9	11,9	9,8	23,0	0,2	14,4	
Mai	183,4	10,9	2,7	3,2	5,0	0,1	15,1	44,0	11,0	9,9	22,9	0,2	14,4	
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9	
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9	
2013 Dez.	- 1,7	+ 1,7	- 0,2	+ 4,8	- 2,9	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
2014 Jan.	- 10,9	- 4,2	+ 0,3	- 4,5	+ 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,5	- 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	
Febr.	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	
März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,1	
April	- 2,6	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 3,3	+ 0,3	- 3,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	
Mai	+ 5,3	- 2,3	- 0,1	- 2,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
			bis 2 Jahre einschl.								über 2 Jahre	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013 Dez.
15,1	68,0	195,3	13,5	181,8	598,2	588,5	9,7	58,8	0,0	6,8	–	2014 Jan.
15,1	68,1	196,1	13,3	182,8	598,8	589,1	9,7	57,9	0,0	6,7	–	Febr.
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	–	März
15,5	68,0	196,6	12,9	183,7	595,7	586,1	9,6	55,8	0,0	6,5	–	April
15,9	68,1	197,2	12,7	184,5	595,0	585,5	9,5	54,8	0,0	6,3	–	Mai
Veränderungen ^{*)}												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
+ 0,6	– 0,4	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	2013 Dez.
– 0,5	– 0,1	+ 0,7	– 0,4	+ 1,1	– 1,1	– 1,1	+ 0,0	– 1,0	+ 0,0	– 0,1	–	2014 Jan.
– 0,0	+ 0,2	+ 0,8	– 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	– 0,9	– 0,0	– 0,1	–	Febr.
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	– 0,2	+ 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,1	–	März
+ 0,1	– 0,2	– 0,1	– 0,3	+ 0,2	– 1,9	– 1,8	– 0,1	– 1,3	+ 0,0	– 0,1	–	April
+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	– 0,1	+ 0,8	– 0,7	– 0,6	– 0,1	– 1,1	– 0,0	– 0,1	–	Mai

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013 Dez.
39,2	18,1	10,5	6,6	4,0	0,4	80,5	12,3	53,9	13,6	0,7	0,0	2014 Jan.
42,1	20,5	10,7	6,8	4,1	0,4	80,4	13,1	52,7	13,8	0,7	0,0	Febr.
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	März
40,8	19,2	11,0	6,6	4,0	0,4	79,2	12,6	51,9	14,0	0,7	0,0	April
45,1	22,2	12,2	6,6	4,1	0,4	83,2	13,3	55,3	13,9	0,7	0,0	Mai
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 0,6	+ 1,1	– 0,4	– 0,1	– 0,0	–	– 4,3	– 2,4	– 2,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	2013 Dez.
– 5,7	– 5,4	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	– 0,2	–	2014 Jan.
+ 2,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	–	– 1,5	+ 0,3	– 2,0	+ 0,2	+ 0,0	–	Febr.
– 0,7	– 0,8	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,1	– 0,0	– 0,0	März
– 0,6	– 0,5	– 0,0	+ 0,0	– 0,0	–	– 0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	April
+ 4,3	+ 3,0	+ 1,2	– 0,0	+ 0,1	–	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	– 0,1	– 0,0	–	Mai

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
	von Inländern				von Ausländern					Nicht-banken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht-banken
	ins-gesamt	zu-sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu-sammen	darunter mit drei-monatiger Kündigungs-frist			zu-sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)	zu-sammen	darunter Sonder-spar-formen 2)							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6
2014 Jan.	618,9	609,1	531,8	411,6	77,3	64,8	9,8	7,8	0,3	90,9	75,4	58,6	15,5
Febr.	619,6	609,8	532,3	411,0	77,5	65,0	9,8	7,8	0,2	89,8	74,4	58,0	15,4
März	618,3	608,6	531,1	408,9	77,5	64,9	9,7	7,7	0,2	87,5	73,7	57,5	13,7
April	616,3	606,7	529,3	406,5	77,3	64,7	9,7	7,7	0,2	85,7	72,0	56,2	13,6
Mai	615,6	606,0	528,8	405,4	77,2	64,4	9,6	7,7	0,2	84,6	70,9	55,2	13,7
Veränderungen *)													
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4
2014 Jan.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 1,9	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,0	.	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 0,0
Febr.	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 0,2
März	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,7	- 0,5	- 1,6
April	- 1,9	- 1,9	- 1,6	- 2,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,1
Mai	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 1,1	- 1,0	+ 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere									Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)	Nachrangig begebene				
	ins-gesamt	darunter:				mit Laufzeit					ins-gesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	nicht börsen-fähige Schuld-verschrei-bungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremd-wäh-rungs-anlei-hen 3) 4)	Certi-ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre							über 2 Jahre
						zu-sammen	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)	zu-sammen	darunter ohne Nominal-betrags-garantie 5)						
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5	
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1	
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1	
2014 Jan.	1 149,7	312,3	25,7	336,2	71,4	84,8	2,0	30,0	4,6	1 034,9	0,8	0,2	36,8	1,1	
Febr.	1 138,2	309,4	27,9	331,1	66,6	82,9	2,2	29,6	4,9	1 025,7	0,8	0,2	35,2	1,1	
März	1 126,5	306,5	26,2	320,9	63,7	78,2	2,3	28,3	5,0	1 020,0	0,8	0,2	35,2	1,1	
April	1 111,9	306,5	23,6	316,8	63,0	75,5	2,4	28,1	5,2	1 008,3	0,8	0,2	35,0	1,1	
Mai	1 124,7	308,1	23,9	331,4	68,4	80,4	2,5	28,7	5,4	1 015,6	1,0	0,2	38,7	1,1	
Veränderungen *)															
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5	
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0	
2014 Jan.	+ 7,0	- 3,6	+ 0,6	+ 15,1	+ 16,6	+ 15,9	- 0,6	- 4,7	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0	
Febr.	- 11,5	- 2,9	+ 2,3	- 5,2	- 4,8	- 2,0	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	- 9,2	+ 0,1	-	- 1,6	-	
März	- 11,7	- 2,9	- 1,7	- 10,2	- 2,9	- 4,7	+ 0,0	- 1,3	+ 0,1	- 5,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	
April	- 14,6	+ 0,0	- 2,5	- 4,1	- 0,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 11,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-	
Mai	+ 12,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 14,7	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 7,3	+ 0,2	-	+ 3,7	-	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schätze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwischen-finan-zierungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 März	22	207,3	45,1	0,0	16,9	20,5	83,5	17,1	18,1	1,6	21,5	151,0	5,3	4,0	9,1	7,6
April	22	207,5	45,1	0,0	16,7	20,5	83,6	17,1	18,2	1,7	22,4	151,1	5,3	3,1	9,2	7,9
Mai	22	208,4	45,1	0,0	16,7	20,3	84,0	17,1	18,9	1,7	22,4	151,7	5,2	3,1	9,2	8,2
Private Bausparkassen																
2014 März	12	146,1	27,7	0,0	10,2	14,2	65,8	14,7	8,3	1,1	18,2	99,8	5,2	4,0	6,1	4,6
April	12	146,3	27,7	-	9,9	14,2	65,8	14,8	8,5	1,1	19,4	99,8	5,2	3,1	6,1	4,9
Mai	12	146,8	27,8	-	9,8	14,2	66,0	14,8	8,9	1,1	19,3	100,2	5,1	3,1	6,1	4,9
Öffentliche Bausparkassen																
2014 März	10	61,2	17,5	0,0	6,7	6,3	17,7	2,4	9,7	0,5	3,2	51,2	0,1	-	3,0	3,0
April	10	61,2	17,4	0,0	6,8	6,2	17,8	2,3	9,7	0,5	3,1	51,3	0,1	-	3,1	3,0
Mai	10	61,6	17,3	0,0	6,9	6,1	18,0	2,4	10,0	0,6	3,1	51,5	0,1	-	3,1	3,4

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter im Quartal		
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 März	2,5	0,0	0,5	3,9	2,3	3,5	1,5	0,4	0,6	0,3	1,4	14,2	8,1	0,8	2,1	0,1
April	2,3	0,0	0,6	4,3	2,8	3,7	1,6	0,5	0,7	0,4	1,4	14,4	8,2	0,9		0,0
Mai	2,5	0,0	0,6	3,9	2,4	3,4	1,4	0,3	0,5	0,3	1,5	14,5	8,3	0,8		0,0
Private Bausparkassen																
2014 März	1,6	0,0	0,3	2,9	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,5	4,6	0,6	1,4	0,0
April	1,4	0,0	0,3	3,2	1,9	2,8	1,2	0,4	0,5	0,3	1,1	9,7	4,6	0,6		0,0
Mai	1,6	0,0	0,2	2,8	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6		0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 März	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2	0,7	0,0
April	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2		0,0
Mai	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,6	0,2		0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen *)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken				an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2013 Juli	54	206	1 845,8	511,4	497,0	156,7	340,3	14,5	540,5	431,2	12,0	419,2	109,3	793,9	544,3	
Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3	
Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6	
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0	
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0	
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6	
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8	
März	56	209	1 695,7	469,6	455,3	159,0	296,3	14,3	558,2	450,2	9,6	440,6	108,1	667,9	425,2	
April	56	209	1 731,7	473,1	459,1	157,4	301,7	14,0	569,0	458,2	9,7	448,5	110,8	689,5	431,7	
Veränderungen *)																
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2013 Aug.	-	-	- 36,5	- 5,8	- 5,8	- 9,1	+ 3,2	+ 0,0	- 8,9	- 10,0	+ 0,2	- 10,3	+ 1,1	- 21,8	- 36,0	
Sept.	+ 1	-	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	+ 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7	
Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6	
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1	
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	- 8,5	
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0	
Febr.	-	+ 1	- 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	+ 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8	
März	-	- 1	- 74,5	- 16,4	- 17,3	+ 11,1	- 28,4	+ 0,9	+ 14,7	+ 13,3	- 0,4	+ 13,7	+ 1,4	- 72,8	- 8,6	
April	-	-	+ 37,7	+ 4,7	+ 5,0	- 1,6	+ 6,5	- 0,3	+ 11,4	+ 8,5	+ 0,1	+ 8,4	+ 2,9	+ 21,7	+ 6,5	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2013 Juli	33	78	430,7	190,0	159,2	97,3	61,9	30,8	187,8	148,6	28,6	119,9	39,3	52,8	-	
Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-	
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-	
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-	
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,0	-	
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-	
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-	
März	32	73	407,3	171,3	145,7	80,0	65,7	25,5	181,5	146,4	25,0	121,4	35,1	54,6	-	
April	32	73	401,4	168,3	143,3	79,1	64,1	25,1	178,1	143,0	25,1	117,9	35,2	54,9	-	
Veränderungen *)																
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2013 Aug.	-	-	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 3,4	- 0,3	+ 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,9	-	
Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	+ 1,8	-	
Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-	
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-	
Dez.	-	- 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-	
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-	
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	- 16,4	+ 0,7	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-	
März	- 1	- 1	- 1,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 4,1	- 1,2	- 1,8	+ 0,9	+ 0,8	- 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 2,2	-	
April	-	-	- 5,6	- 2,7	- 2,3	- 0,8	- 1,4	- 0,4	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	+ 0,3	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands	Zeit		
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)								auslän-dische Nicht-banken	
					zu-sammen	kurz-fristig	mittel- und lang-fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												Auslandsfilialen		
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 008,1	651,8	323,6	328,2	356,4	27,8	21,4	6,4	328,6	134,3	40,1	663,2	544,5	2013 Juli	
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	Aug.	
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.	
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.	
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.	
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.	
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März	
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	April	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	- 1,3	+ 0,8	- 3,6	- 2,4	- 1,2	+ 4,4	- 8,6	- 0,0	- 28,2	- 15,6	2013 Aug.	
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	Sept.	
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	Okt.	
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.	
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.	
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.	
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.	
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	- 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	März	
+ 38,8	+ 29,0	+ 0,2	+ 28,7	+ 9,9	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 11,5	+ 1,8	- 0,1	- 2,8	+ 0,9	April	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
336,8	188,4	109,8	78,6	148,4	21,4	17,3	4,1	127,1	22,5	31,8	39,6	-	2013 Juli	
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	Aug.	
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.	
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.	
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.	
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.	
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März	
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	April	
Veränderungen *)												Auslandstöchter		
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
+ 4,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	-	2013 Aug.	
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	Sept.	
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	Okt.	
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.	
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 2,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.	
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.	
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.	
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	März	
- 6,6	- 5,0	- 0,5	- 4,5	- 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	-	April	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2013 Nov.	10 379,0	103,8	0,5	103,3	220,2	116,9	0,0
Dez. 8)	10 385,9	103,9	0,5	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 Jan.	10 408,1	104,1	0,5	103,6	216,0	112,4	0,0
Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April	10 397,5	104,0	0,5	103,5	191,2	87,7	0,0
Mai	10 438,9	104,4	0,5	103,9	214,3	109,8	0,0
Juni 9)	10 489,3	104,9	0,5	104,4
Juli 9)	105,0
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2013 Nov.	2 741 870	27 419	177	27 241	67 149	39 908	0
Dez.	2 743 933	27 439	177	27 262	75 062	47 800	2
2014 Jan.	2 772 133	27 721	178	27 544	64 060	36 516	1
Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April	2 769 221	27 692	178	27 515	55 827	28 312	2
Mai	2 759 990	27 600	178	27 422	64 558	36 898	1
Juni 9)	2 783 746	27 837	177	27 660
Juli 9)	2 814 276	28 143	177	27 966

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

pflcht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95	1. Juli	–0,73
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)		
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.					Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2014 11. Juni	136 766	136 766	0,15	–	–	–	7
18. Juni	97 887	97 887	0,15	–	–	–	7
25. Juni	115 041	115 041	0,15	–	–	–	7
2. Juli	97 103	97 103	0,15	–	–	–	7
9. Juli	94 150	94 150	0,15	–	–	–	7
16. Juli	99 908	99 908	0,15	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2014 2. Mai	13 193	13 193	2) ...	–	–	–	90
14. Mai	32 335	32 335	0,25	–	–	–	28
29. Mai	10 949	10 949	2) ...	–	–	–	91
11. Juni	9 970	9 970	0,15	–	–	–	28
26. Juni	10 386	10 386	2) ...	–	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
2013 Dez.	0,17	0,16	0,18	0,16	0,15	0,15	0,17	0,21	0,27	0,37	0,54
2014 Jan.	0,20	0,18	0,18	0,17	0,17	0,16	0,19	0,22	0,29	0,40	0,56
Febr.	0,16	0,18	0,16	0,14	0,12	0,11	0,19	0,22	0,29	0,39	0,55
März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60
Mai	0,25	0,23	0,19	0,14	0,11	0,10	0,24	0,26	0,32	0,42	0,59
Juni	0,08	0,07	0,06	0,06	0,05	0,04	0,11	0,15	0,24	0,33	0,51

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average; Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht

wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 bis 30. Juni 2014 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 890	7,53	56 728	4,94	75 912	4,98	309 887

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 045	3,20	586 354

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
Erhebungszeitraum													
2013 Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737	
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868	
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828	
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869	
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103	
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030	
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998	
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698	
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239	
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471	
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451	
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285	
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128	

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum								
2013 Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
						Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2013 Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 048	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Melde-monats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt										
2013 Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227	
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379	
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802	
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411	
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185	
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311	
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956	
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485	
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429	
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185	
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420	
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612	
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648	
darunter: besicherte Kredite 12)										
2013 Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91	
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76	
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103	
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78	
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70	
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66	
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53	
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56	
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62	
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65	
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70	
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63	
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69	

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt											
2013 Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
darunter: besicherte Kredite 12)											
2013 Mai	.	2,61	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,24	42 636	9,25	36 573	15,42	3 566	4,39	66 197	4,41	65 950		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 007	3,64	919	2,63	1 103	1,74	36 577	2,19	1 467	2,66	3 829
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	863	2,71	118	2,48	360	2,23	5 062	2,58	487	2,64	984

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. **12** Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **13** Ab Juni 2010 einschl. revolvingkredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **14** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **15** Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **16** Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. **17** Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2012 1.Vj.	2 058,3	1 994,4	572,5	248,3	275,5	222,1	549,8	62,4	63,8	63,9
2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2014 1.Vj.	2 309,5	2 236,1	541,4	349,0	290,0	228,7	693,2	67,4	66,5	73,4
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2012 1.Vj.	1 620,6	1 578,7	415,4	211,4	249,4	210,3	381,3	58,6	52,5	41,9
2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2014 1.Vj.	1 804,7	1 757,6	382,7	298,7	262,5	213,7	483,9	63,0	53,3	47,1
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2012 1.Vj.	437,7	415,7	157,1	36,9	26,1	11,8	168,5	3,9	11,3	22,0
2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2014 1.Vj.	504,8	478,5	158,7	50,3	27,5	15,0	209,3	4,4	13,2	26,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2012 1.Vj.	2 058,3	19,4	72,9	134,6	1 652,9	1 383,4	269,6	71,8	106,6
2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2014 1.Vj.	2 309,5	16,3	83,4	191,3	1 831,5	1 539,1	292,4	76,0	111,0
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2012 1.Vj.	1 620,6	19,4	69,1	128,8	1 245,0	975,9	269,1	69,9	88,4
2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2014 1.Vj.	1 804,7	16,3	79,0	183,0	1 369,7	1 077,7	292,0	74,0	82,8
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	-	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	-	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	-	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	-	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	-	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	493,3	-	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2012 1.Vj.	437,7	-	3,9	5,8	407,9	407,5	0,5	1,9	18,2
2.Vj.	442,6	-	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	-	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	-	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	-	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	-	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	-	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	493,3	-	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2014 1.Vj.	504,8	-	4,4	8,3	461,9	461,4	0,5	2,0	28,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schul- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	36 638	13 575	46 796	850	59 521	23 064	17 173	94 793	36 805	40 814	53 811
2012	54 965	21 419	98 820	8 701	86 103	76 382	7 184	42 017	3 573	52 774	47 781
2013	11 186	101 616	117 187	153	15 415	90 429	24 834	25 778	12 708	63 319	36 019
2013 Juli	19 574	28 318	12 903	2 594	12 821	8 744	2 975	3 106	796	927	16 599
Aug.	929	6 470	12 968	70	6 428	7 399	2 861	1 447	1 568	2 740	3 790
Sept.	4 645	4 784	560	1 743	2 481	139	5 984	6 077	351	444	1 339
Okt.	7 451	5 582	5 401	5 716	5 266	1 869	6 099	3 717	751	10 567	1 352
Nov.	19 214	4 316	8 410	1 251	13 977	14 898	6 396	7 717	167	1 154	12 818
Dez.	38 456	39 871	24 847	4 973	10 051	1 415	4 511	4 647	1 215	1 351	33 945
2014 Jan.	6 624	2 476	3 705	3 516	4 744	4 147	4 454	4 149	1 511	1 206	11 078
Febr.	4 043	6 991	8 978	409	9 260	3 352	10 219	1 895	560	7 764	14 262
März	5 306	14 577	12 262	1 890	425	19 883	16 626	641	203	16 188	11 320
April	6 811	23 586	12 132	635	12 088	16 775	7 807	1 680	1 786	7 913	14 617
Mai	32 039	28 566	11 336	1 127	18 357	3 473	5 199	1 764	966	4 401	26 839

Mio €

Aktien							
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 9)		ausländische Aktien 10)	Inländer		
		zu- sammen	aus- ländische Aktien 9)	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713	2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120	14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106	19 910	24 993	11 991	13 002	5 022
2013 Juli	7 986	109	7 877	6 613	4 697	1 916	1 373
Aug.	790	158	632	408	855	447	1 198
Sept.	1 609	188	1 421	248	3 053	2 805	1 361
Okt.	1 847	181	1 666	5 545	242	5 787	3 698
Nov.	1 327	153	1 480	4 639	347	4 986	3 312
Dez.	2 573	1 042	3 615	7 874	2 257	5 617	5 301
2014 Jan.	3 931	115	3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
Febr.	4 284	599	4 883	9 985	11 608	1 623	5 701
März	5 095	111	4 984	9 181	10 246	1 065	4 086
April	2 250	136	2 114	12 035	9 932	2 103	9 785
Mai	9 679	868	8 811	3 517	7 328	10 845	6 162

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt. Die Ergebnisse für 2013 sind durch Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik teilweise korrigiert.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Okt.	128 631	81 762	1 466	1 003	67 675	11 617	7 351	39 518	–
Nov.	128 109	79 061	1 435	1 276	63 765	12 585	7 094	41 954	–
Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
April	112 584	64 982	1 556	669	50 865	11 892	8 150	39 451	–
Mai	126 094	76 179	147	1 356	58 774	15 902	5 531	44 384	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Okt.	37 193	15 712	894	1 003	9 319	4 496	5 682	15 799	–
Nov.	34 143	9 962	995	1 266	2 947	4 754	3 910	20 271	–
Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
April	37 733	11 784	1 456	669	3 499	6 159	6 284	19 665	–
Mai	35 993	12 714	147	856	3 161	8 551	3 794	19 485	–
Netto-Absatz 6)									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 750
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Okt.	– 491	– 6 757	– 1 376	– 2 986	– 5 398	– 7 793	5 348	918	–
Nov.	13 485	– 6 268	– 452	– 1 779	– 1 315	– 2 722	1 627	18 127	– 15
Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264
2014 Jan.	– 16 657	669	1 245	– 6 460	14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	12 134	– 8 752	– 1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–
April	– 17 187	– 12 316	– 18	– 1 898	– 10 837	438	5 177	– 10 048	– 2 500
Mai	31 808	12 395	– 1 996	– 614	11 034	3 971	– 257	19 671	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201	2) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	250 774	2) 1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422	2) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	2) 1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2013 Nov.	3 183 974	1 315 085	127 900	111 379	584 353	491 453	225 112	1 643 777	10 687
2013 Dez.	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014 Jan.	3 128 671	1 289 009	128 887	102 830	584 815	472 477	221 852	1 617 811	10 422
2014 Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419
2014 März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419
2014 April	3 107 123	1 253 164	126 042	99 273	560 728	467 121	231 947	1 622 012	7 919
2014 Mai	3 138 932	1 265 558	124 045	98 659	571 762	471 092	231 690	1 641 683	7 919

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Mai 2014

bis unter 2	1 205 855	568 962	49 695	48 989	225 967	244 312	49 401	587 491	1 940
2 bis unter 4	654 797	295 658	39 222	25 034	142 525	88 877	36 662	322 476	2 473
4 bis unter 6	447 346	183 851	21 179	13 912	100 882	47 877	43 383	220 111	255
6 bis unter 8	266 337	91 204	7 642	4 457	51 063	28 042	18 489	156 644	341
8 bis unter 10	227 017	46 204	4 840	3 532	18 676	19 157	16 600	164 212	1 333
10 bis unter 15	80 075	24 004	1 328	2 195	11 633	8 848	6 950	49 121	599
15 bis unter 20	43 499	10 865	11	242	5 181	5 431	2 795	29 839	10
20 und darüber	214 008	44 810	128	298	15 837	28 548	57 407	111 791	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	97	3 741	1 269	974	927 256
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	9	478	594	2 411	1 150 188
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	9	1 432	619	8 992	1 432 658
2013 Nov.	171 811	167	63	5	127	9	2	13	16	1 410 435
2013 Dez.	171 741	70	280	9	0	9	8	317	27	1 432 658
2014 Jan.	171 660	81	65	1	9	9	49	32	164	1 382 182
2014 Febr.	171 638	22	131	0	17	9	3	143	24	1 439 031
2014 März	171 576	62	96	200	0	9	81	246	30	1 435 810
2014 April	171 385	191	100	36	1	9	215	62	52	1 428 621
2014 Mai	171 398	13	52	153	4	9	5	81	120	1 462 730

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierte Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 Jan.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,3	3,4	134,32	108,06	455,15	9 306,48
Febr.	1,3	1,3	1,3	1,6	1,2	2,1	3,4	134,67	107,99	474,14	9 692,08
März	1,3	1,3	1,3	1,5	1,2	2,1	3,4	134,70	108,16	467,04	9 555,91
April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23
Mai	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,9	3,2	136,00	109,49	474,47	9 943,27
Juni	1,1	1,1	1,1	1,3	0,9	1,8	3,0	136,38	109,92	469,36	9 833,07

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz								Erwerb						
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer					Ausländer 5)
		zusammen	Publikumsfonds			Spezialfonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren 3)							
			zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds			Offene Immobilienfonds		zusammen	darunter ausländische Anteile				
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680	
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793	
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168	
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016	
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258	
2007	55 778	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	- 229	4 240	51 538	38 102	4 469	
2008	2 598	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	10 509	11 315	- 16 625	- 9 252	27 940	19 761	- 8 717	
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 497	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	- 7 576	- 694	46 977	1 970	7 095	
2012	111 639	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	- 3 062	- 1 562	118 500	23 257	- 3 799	
2013	122 652	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	31 321	116 651	771	100	115 880	31 214	6 001	
2013 Nov.	9 710	8 784	- 2 882	- 94	- 3 139	313	11 666	926	6 776	737	418	6 039	508	2 934	
Dez.	14 437	13 930	520	15	- 40	398	13 410	507	13 927	- 1 662	- 1 537	15 589	2 044	510	
2014 Jan.	7 048	4 613	750	124	- 15	479	3 863	2 435	6 350	- 365	- 451	6 715	2 886	698	
Febr.	12 757	8 445	2 163	- 52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	- 99	243	12 836	4 069	20	
März	13 527	10 588	- 173	- 205	- 558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	- 798	
April	5 268	2 764	192	14	- 254	181	2 573	2 504	8 707	- 2 236	- 731	6 471	3 235	- 3 439	
Mai	7 434	6 762	1 519	- 20	1 081	158	5 243	672	4 590	- 2 624	- 220	7 214	892	2 845	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt. Die Ergebnisse für 2013 sind durch Änderungen in der Zahlungsbilanzstatistik teilweise korrigiert.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	66,7	86,4	68,3	21,1	22,2	19,9	23,3	9,1	17,3	10,3	31,6
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 1,9	- 17,0	- 15,0	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0	- 3,8
Aktien	16,1	- 3,4	- 5,7	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3	- 3,5
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,1	3,0	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6
Investmentzertifikate	- 14,5	0,2	20,3	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8	3,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	45,7	69,8	70,4	24,3	16,5	12,8	16,2	24,7	17,0	12,6	16,1
kurzfristige Ansprüche	0,6	2,3	2,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7
längerfristige Ansprüche	45,2	67,5	67,6	23,6	16,0	12,2	15,7	23,9	16,3	12,0	15,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,1	11,9	10,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8	2,7	2,8
Sonstige Forderungen 4)	17,6	1,2	- 4,5	6,1	- 0,0	- 0,2	- 4,7	1,2	1,3	7,9	- 14,9
Insgesamt	143,8	152,1	147,7	49,8	38,5	30,0	33,8	47,0	36,9	31,9	31,9
II. Finanzierung											
Kredite	11,6	14,9	11,5	- 1,1	6,7	6,1	3,2	- 3,7	5,8	8,6	0,7
kurzfristige Kredite	- 2,1	- 1,0	- 3,2	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 1,3
längerfristige Kredite	13,6	16,0	14,6	- 1,0	5,9	7,0	4,0	- 2,1	6,1	8,7	2,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1,6	0,6	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	13,1	15,6	11,8	- 0,7	6,8	6,2	3,3	- 3,5	5,9	8,7	0,7
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	14,0	6,6	- 4,8	- 21,4	- 10,2	4,7	33,5	- 46,0	- 16,2	43,5	13,8
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,9	- 2,6	- 0,2	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2	- 0,7
Finanzderivate	14,8	9,3	6,8	- 0,2	3,9	2,2	3,4	1,3	2,9	0,7	1,9
Aktien	19,6	20,9	15,6	6,4	- 6,5	5,5	15,5	10,7	0,9	8,6	- 4,6
Sonstige Anteilsrechte	43,8	25,2	15,8	9,4	13,3	13,4	- 10,8	12,8	- 1,1	4,2	- 0,2
Investmentzertifikate	8,2	- 0,2	7,4	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1	1,9
Kredite	5,3	26,5	- 10,6	10,4	12,1	0,6	3,4	5,3	- 1,2	4,3	- 19,1
kurzfristige Kredite	10,2	16,3	10,4	7,2	11,1	- 1,8	- 0,3	10,3	- 1,8	2,8	- 0,9
längerfristige Kredite	- 4,9	10,2	- 21,0	3,2	1,0	2,4	3,6	- 5,0	0,7	1,5	- 18,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	25,4	48,9	81,2	8,2	- 23,7	37,3	27,1	25,9	- 0,4	48,2	7,6
Insgesamt	136,7	136,0	112,7	8,1	- 9,8	64,1	73,6	16,2	- 17,8	113,2	1,0
II. Finanzierung											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	7,6	18,7	12,8	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5	0,9
Finanzderivate
Aktien	7,4	2,9	1,5	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3	1,0
Sonstige Anteilsrechte	19,3	9,3	10,6	2,4	1,5	- 4,0	9,4	1,0	2,1	1,7	5,8
Kredite	27,6	19,1	6,3	- 0,1	14,8	26,0	- 21,7	19,7	11,6	- 15,3	- 9,7
kurzfristige Kredite	19,1	7,4	- 3,5	1,7	7,5	3,8	- 5,6	12,1	10,2	- 16,3	- 9,4
längerfristige Kredite	8,5	11,7	9,7	- 1,8	7,3	22,3	- 16,1	7,6	1,5	1,0	- 0,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,8	6,6	5,7	1,6	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	45,2	28,0	- 12,3	- 8,5	6,3	14,5	15,7	- 1,1	- 16,9	17,0	- 11,2
Insgesamt	112,9	84,6	24,6	- 0,8	29,1	45,6	10,7	30,8	1,6	4,0	- 11,8

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 927,5	2 014,9	2 082,2	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,1	2 040,4	2 050,6	2 082,2
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	247,1	238,2	216,0	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0	216,0
Aktien	221,5	259,2	299,5	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5	299,5
Sonstige Anteilsrechte	188,5	198,4	198,7	189,5	195,1	195,2	198,4	199,3	197,4	197,1	198,7
Investmentzertifikate	394,9	420,1	449,5	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7	449,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 401,1	1 476,9	1 551,7	1 420,7	1 437,7	1 455,2	1 476,9	1 503,2	1 521,3	1 534,6	1 551,7
Kurzfristige Ansprüche	71,4	73,7	76,5	72,0	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8	76,5
Längerfristige Ansprüche	1 329,6	1 403,2	1 475,2	1 348,6	1 365,1	1 382,0	1 403,2	1 428,7	1 446,1	1 458,8	1 475,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	295,4	307,3	318,2	298,3	301,4	304,3	307,3	310,0	312,8	315,5	318,2
Sonstige Forderungen 4)	38,4	37,1	36,5	38,3	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7	36,5
Insgesamt	4 714,3	4 952,0	5 152,4	4 808,2	4 820,9	4 893,6	4 952,0	5 007,2	5 025,9	5 073,6	5 152,4
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 538,6	1 552,5	1 563,1	1 536,7	1 543,0	1 549,0	1 552,5	1 548,9	1 554,7	1 562,6	1 563,1
Kurzfristige Kredite	73,9	72,6	67,7	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8	67,7
Längerfristige Kredite	1 464,8	1 479,9	1 495,5	1 463,0	1 468,7	1 475,9	1 479,9	1 478,6	1 484,7	1 492,8	1 495,5
Sonstige Verbindlichkeiten	13,4	14,5	15,2	15,3	15,1	15,0	14,5	16,7	15,7	15,8	15,2
Insgesamt	1 552,0	1 567,0	1 578,3	1 552,0	1 558,1	1 564,0	1 567,0	1 565,6	1 570,4	1 578,5	1 578,3
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	460,5	506,5	505,4	452,6	453,1	468,3	506,5	459,9	449,5	488,3	505,4
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	52,6	51,9	51,1	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9	51,1
Finanzderivate
Aktien	811,4	946,7	1 077,2	904,7	838,6	894,1	946,7	981,1	945,4	1 002,3	1 077,2
Sonstige Anteilsrechte	401,2	441,6	451,3	411,0	434,9	446,8	441,6	454,7	447,5	449,0	451,3
Investmentzertifikate	123,1	129,0	138,1	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6	138,1
Kredite	369,3	395,8	385,2	379,7	391,8	392,5	395,8	401,1	399,9	404,3	385,2
Kurzfristige Kredite	252,3	268,6	278,9	259,5	270,6	268,9	268,6	278,9	277,0	279,9	278,9
Längerfristige Kredite	117,0	127,2	106,2	120,2	121,2	123,6	127,2	122,3	122,9	124,4	106,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Kurzfristige Ansprüche	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	809,9	846,7	875,8	816,9	819,6	836,9	846,7	877,9	856,2	868,3	875,8
Insgesamt	3 070,0	3 361,4	3 528,8	3 181,6	3 153,8	3 259,3	3 361,4	3 405,4	3 324,7	3 443,9	3 528,8
II. Verbindlichkeiten											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	110,7	130,9	138,9	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5	138,9
Finanzderivate
Aktien	1 110,5	1 373,6	1 664,7	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6	1 664,7
Sonstige Anteilsrechte	741,4	750,7	761,4	743,8	745,3	741,3	750,7	751,8	753,9	755,6	761,4
Kredite	1 367,1	1 397,4	1 425,0	1 367,5	1 381,6	1 401,5	1 397,4	1 415,8	1 428,3	1 421,9	1 425,0
Kurzfristige Kredite	421,1	427,6	437,0	422,5	429,3	433,0	427,6	439,3	449,6	445,7	437,0
Längerfristige Kredite	946,0	969,8	988,0	945,0	952,3	968,5	969,8	976,4	978,7	976,2	988,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	235,0	241,5	247,2	236,6	238,2	239,9	241,5	243,0	244,4	245,8	247,2
Sonstige Verbindlichkeiten	879,6	907,8	904,1	880,6	900,8	911,9	907,8	925,5	888,9	905,7	904,1
Insgesamt	4 444,3	4 802,0	5 141,3	4 626,6	4 549,5	4 714,2	4 802,0	4 906,6	4 846,3	4 970,1	5 141,3

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾ p)	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2013 ts)	+ 5,3	- 2,9	- 2,5	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2012 1.Hj. p)	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. ts)	+ 8,2	- 3,4	+ 1,5	+ 6,0	+ 4,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ts)	- 3,0	+ 0,4	- 3,9	- 1,7	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 770,7	1 076,7	578,5	130,0	1,3	74,6	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 p)	2 059,2	1 315,5	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 p)	2 087,7	1 324,5	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2012 1.Vj. p)	2 117,7	1 345,3	647,0	142,6	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 163,5	1 374,2	666,1	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 357,4	672,3	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 149,3	1 369,3	656,7	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ts)	2 148,8	1 377,2	646,2	143,0	1,1	79,8	51,2	24,0	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 129,6	1 362,5	639,2	143,4	1,1	78,5	50,2	23,5	5,3	0,0
4.Vj. ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2014 1.Vj. ts)	2 139,4	1 369,8	638,6	145,7	1,2	77,3	49,5	23,1	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 p)	1 089,8	549,9	421,2	118,7	²⁾ 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	²⁾ 260,2	²⁾ - 104,3	981,3
2011 p)	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 p)	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
2013 ts)	1 224,1	635,9	459,4	128,8	1 218,9	664,6	208,2	56,8	43,0	246,3	+ 5,2	1 106,1
in % des BIP												
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,7	22,0	16,9	4,8	²⁾ 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	²⁾ 10,4	²⁾ - 4,2	39,3
2011 p)	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 p)	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
2013 ts)	44,7	23,2	16,8	4,7	44,5	24,3	7,6	2,1	1,6	9,0	+ 0,2	40,4
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 p)	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	± 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6
2013 ts)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 2,1	- 11,0	+ 4,0	+ 3,0	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen				Ausgaben				Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen								Finanzielle Transaktionen 5)
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2011 1.Vj. p)	162,3	134,9	4,1	182,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 19,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,4	280,0	- 19,6
2.Vj. p)	189,4	145,6	18,6	171,3	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 18,0	130,3	126,2	+ 4,1	292,3	270,2	+ 22,1
3.Vj. p)	162,5	136,6	2,7	181,4	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 18,9	127,9	125,8	+ 2,0	264,2	281,1	- 16,9
4.Vj. p)	196,0	156,3	5,0	195,3	55,8	72,6	8,9	15,3	5,0	+ 0,7	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	298,7	+ 8,9
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,2	87,5	- 6,3	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+	43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	-	101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262	27 775
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+	6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	-	131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+	44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	-	6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+	7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	-	246	6 914
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	-	155	7 554
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	-	6 690	6 813
2014 1.Vj.	...	130 986	64 962	54 529	11 495	6 638
2013 April	.	37 958	20 236	15 549	2 173	.	.	.	2 305
Mai	.	40 209	22 124	15 888	2 197	.	.	.	2 305
2014 April	.	38 778	20 275	16 062	2 441	.	.	.	2 268
Mai	.	37 314	19 271	15 608	2 435	.	.	.	2 268

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und dem im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zu-sammen	Lohn-steuer 3)	Ver-anlagte Ein-kommen-steuer	Körperschaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer 4)	zu-sammen	Umsatz-steuer	Einfuhr-umsatz-steuer	Ge-werb-steuer-umla-gen 6)				
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2013 April	40 351	15 714	12 783	843	116	1 973	14 012	10 121	3 891	1 537	7 505	1 275	309	2 393
Mai	42 449	15 223	11 827	428	- 378	3 346	17 370	13 022	4 349	259	7 964	1 301	333	2 239
2014 April	41 341	15 506	13 517	1 131	- 528	1 387	15 194	11 117	4 076	1 533	7 310	1 445	352	2 563
Mai	39 617	14 379	12 371	274	62	1 672	17 482	13 418	4 064	245	5 708	1 455	347	2 303

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2012 2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
2012 3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
2012 4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2013 2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
2013 3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
2013 4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782
2013 April	2 808	1 325	913	667	850	605	141	197	.	655	389	230	.	.	.
2013 Mai	3 178	1 189	1 052	829	770	575	182	188	.	675	404	222	.	.	.
2014 April	2 855	1 256	909	670	786	511	142	180	.	737	481	227	.	.	.
2014 Mai	3 297	1 214	1 037	847	601	508	160	- 1 954	.	701	525	229	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 2 11	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2011 2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
2011 3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
2011 4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2012 2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
2012 3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
2012 4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2013 2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
2013 3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
2013 4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ¹⁾

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes	
	insgesamt ¹⁾	darunter:			insgesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenzgeldumlage	Bundesbeteiligung		Arbeitslosen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundversicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behandlung	Zahn-ärztliche Behandlung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 ⁶⁾	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013 p)	24 955	24 863	24 329	3 365	10 058	5 688	873	1 150	+	626
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)	
	insgesamt	Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen		
						sonstige 1)
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2011 1.Vj.	1 750 580	4 440	412 800	87	370 653	962 600
2.Vj.	1 763 413	4 440	404 900	82	361 591	992 400
3.Vj.	1 759 638	4 440	388 400	82	380 516	986 200
4.Vj.	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	4 440	437 900	28	241 693	1 124 765

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. p)	1 818 818	50 128	423 441	245 372	4 488	684 728	1 397	294 578	53	110 190	4 440	2
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	41 870	417 260	259 344	4 130	687 424	1 314	282 673	28	110 341	4 440	2
Bund ^{7) 8) 9) 10)}												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	313 412	137 859	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. ts)	540 233	261	309 346	132 119	10	98 495	.	1
Gemeinden ¹¹⁾												
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. p)	136 538	423	.	132 902	18	3 195	.	.
2014 1.Vj. ts)	139 639	423	.	136 003	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldenscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2014						
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	112,3	112,5	5,5	- 0,4	0,1	- 1,4	- 1,7	- 4,0	0,8	0,9	2,9	3,7
Baugewerbe	106,7	104,2	102,9	4,6	- 2,4	- 1,3	- 2,1	- 6,4	- 7,5	- 1,0	1,0	2,0	7,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	104,6	105,5	2,7	0,6	0,8	- 0,9	- 0,3	- 2,4	1,0	2,2	2,2	3,3
Information und Kommunikation	146,9	149,9	151,2	8,4	2,0	0,9	2,7	0,5	1,2	1,5	0,4	0,4	1,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117,9	120,0	115,6	2,2	1,8	- 3,7	1,1	6,5	- 0,3	- 3,5	- 3,4	- 7,5	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	110,8	112,6	113,8	3,5	1,6	1,1	1,8	1,2	1,2	1,0	1,0	1,4	0,6
Unternehmensdienstleister ¹⁾	107,0	110,1	113,6	3,1	2,9	3,2	3,1	2,0	1,2	3,9	4,0	3,6	3,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	110,5	111,5	111,6	1,5	0,9	0,1	1,0	0,6	- 0,2	0,3	0,0	0,5	1,2
Sonstige Dienstleister	105,2	106,7	106,0	0,2	1,4	- 0,7	1,7	- 0,1	- 1,9	- 0,4	- 0,4	0,0	0,4
Bruttowertschöpfung	111,1	112,0	112,5	3,3	0,8	0,5	0,4	- 0,0	- 1,5	0,8	1,1	1,5	2,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3	2,5
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9	0,0	0,5	- 0,4	1,3	1,8	0,9	1,1
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	112,8	1,0	1,0	0,4	1,1	0,6	0,4	0,3	0,8	0,1	0,5
Ausrüstungen	114,2	109,6	106,9	5,8	- 4,0	- 2,4	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0	6,0
Bauten	112,3	110,8	110,6	7,8	- 1,4	- 0,2	- 0,8	- 3,1	- 7,0	0,6	2,4	2,0	10,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0	3,9	3,3	2,1	3,2	3,3	3,1	3,3
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,1	- 0,5	0,1	- 0,6	- 0,3	0,5	0,0	0,2	0,1	0,5
Inländische Verwendung	108,9	108,6	109,3	2,8	- 0,3	0,7	- 0,9	- 0,7	- 0,9	0,9	1,7	1,0	2,7
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,7	0,9	- 0,2	1,3	0,8	- 0,8	0,1	- 0,5	0,4	0,1
Exporte	136,0	140,3	141,6	8,0	3,2	0,9	3,2	0,5	- 2,6	1,5	0,9	4,0	5,5
Importe	135,8	137,8	139,9	7,4	1,4	1,5	0,7	- 1,0	- 1,4	1,5	2,3	3,7	6,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3	2,5
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 498,4	1 533,9	1 573,1	4,4	2,4	2,6	1,7	2,2	1,1	3,1	3,5	2,4	2,5
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	531,4	2,5	3,0	3,3	3,1	3,1	3,5	3,4	4,0	2,4	3,1
Ausrüstungen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 1,1	- 0,1	0,0	6,2
Bauten	263,3	266,1	270,6	11,1	1,1	1,7	1,5	- 0,9	- 5,3	2,5	4,3	3,9	12,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1	2,8	2,8	1,9	2,2	2,2	2,0	2,6
Vorratsveränderungen ⁵⁾	3,2	- 10,3	- 6,1
Inländische Verwendung	2 474,3	2 508,5	2 569,8	5,1	1,4	2,4	0,8	1,1	0,8	2,8	3,5	2,6	3,9
Außenbeitrag	135,7	157,9	167,8
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 387,2	11,2	4,5	0,4	4,5	1,7	- 2,6	1,1	0,1	3,1	4,6
Importe	1 185,8	1 223,1	1 219,4	13,1	3,1	- 0,3	2,3	0,3	- 2,2	- 0,4	0,1	1,3	3,9
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 609,9	2 666,4	2 737,6	4,6	2,2	2,7	1,9	1,8	0,4	3,4	3,4	3,4	4,3
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	108,4	110,2	112,0	2,1	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,7	1,7	1,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt	106,3	107,9	110,3	1,2	1,5	2,2	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2	2,1	1,7
Terms of Trade	97,3	96,9	98,2	- 2,3	- 0,4	1,4	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4	1,6	1,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 325,9	1 377,6	1 416,7	4,4	3,9	2,8	3,9	3,8	3,0	2,6	2,9	2,8	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,1	676,6	711,3	5,3	- 1,4	5,1	- 1,9	- 4,0	- 2,4	9,8	5,4	9,3	5,8
Volkseinkommen	2 012,0	2 054,3	2 127,9	4,7	2,1	3,6	1,8	1,5	1,0	4,9	3,8	4,6	4,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 668,9	2 730,1	2 813,8	4,7	2,3	3,1	2,0	1,9	1,0	4,1	3,3	3,8	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

3 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe ¹⁾	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,5	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 1.Vj.	101,2	77,0	104,9	104,2	102,6	108,3	100,7	97,5	105,4	104,6	105,9	112,3
2.Vj.	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj.	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj. ^{x)}	105,3	87,9	99,8	108,5	106,8	113,4	102,4	100,3	111,1	106,3	108,0	123,1
2013 Mai	103,5	106,9	88,0	105,0	105,1	108,2	91,9	98,5	107,0	102,8	106,8	110,6
Juni	109,5	114,4	87,7	111,6	107,9	120,2	104,8	98,4	113,1	110,9	122,9	118,9
Juli	107,7	119,8	91,1	108,1	108,0	111,7	97,0	100,4	110,9	105,2	113,1	109,2
Aug.	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept.	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt.	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov.	116,1	121,2	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez.	104,5	116,8	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan. ^{x)}	98,2	73,5	104,0	100,9	101,8	101,4	93,6	98,6	104,9	98,0	97,1	108,3
Febr. ^{x)}	102,7	85,4	96,6	106,0	104,0	111,6	101,0	96,3	108,0	104,1	103,7	124,0
März ^{x)}	5) 115,1	5) 104,7	98,9	118,7	114,7	127,3	112,6	106,1	120,4	116,7	123,1	137,0
April ^{x)}	5) 106,4	5) 106,8	88,8	108,7	107,2	113,3	98,1	102,1	112,5	105,0	107,9	122,9
Mai ^{x)p)}	5) 104,8	5) 104,2	85,9	107,3	105,1	113,4	94,6	98,4	110,4	103,0	109,7	121,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 1.Vj.	- 2,2	- 5,7	- 0,5	- 1,9	- 2,1	- 2,5	- 1,9	+ 0,4	- 1,3	- 2,2	- 5,0	- 4,0
2.Vj.	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj.	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj.	+ 2,9	+ 2,4	- 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj. ^{x)}	+ 4,1	+ 14,2	- 4,9	+ 4,2	+ 4,1	+ 4,7	+ 1,7	+ 2,9	+ 5,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 9,6
2013 Mai	- 2,1	- 1,5	- 4,1	- 2,1	- 1,5	- 3,2	- 7,2	+ 1,0	- 2,2	- 3,2	- 5,2	- 2,0
Juni	+ 0,6	+ 0,2	- 1,3	+ 0,9	- 0,6	+ 2,4	+ 4,3	- 0,2	+ 0,8	- 1,4	+ 1,5	+ 3,0
Juli	- 1,4	+ 0,9	± 0,0	- 1,9	- 1,1	- 3,5	- 0,7	+ 0,6	- 0,3	- 6,4	- 4,2	- 5,5
Aug.	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt.	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov.	+ 3,8	+ 1,5	- 0,9	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan. ^{x)}	+ 5,0	+ 13,8	- 1,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,2	+ 0,5	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,2	+ 6,2	+ 12,6
Febr. ^{x)}	+ 4,7	+ 16,5	- 3,1	+ 4,5	+ 5,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,4	+ 5,6	+ 4,8	- 0,5	+ 9,7
März ^{x)}	5) + 2,9	5) + 12,6	- 9,3	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 5,2	- 0,8	+ 0,8	+ 7,2
April ^{x)}	5) + 1,3	5) + 1,8	- 5,8	+ 2,2	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,8	- 3,2	+ 3,9
Mai ^{x)p)}	5) + 1,3	5) - 2,5	- 2,4	+ 2,2	± 0,0	+ 4,8	+ 2,9	- 0,1	+ 3,2	+ 0,2	+ 2,7	+ 9,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹ Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. ² Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. ³ Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). ⁴ Gewicht für die Angaben ab

2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ⁵ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3%). ^x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,6	+ 28,0	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,5	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	+ 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 Mai	105,2	- 2,1	102,9	- 3,9	107,4	- 1,2	101,1	+ 0,6	98,5	- 0,5	102,0	+ 1,0
Juni	115,9	+ 5,1	104,4	- 1,5	125,9	+ 10,1	102,3	± 0,0	108,3	+ 7,5	100,2	- 2,5
Juli	108,9	+ 1,6	104,3	- 1,1	111,9	+ 3,4	111,5	+ 1,5	99,1	- 1,0	115,9	+ 2,5
Aug.	99,8	+ 2,0	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,4	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,4	102,0	+ 1,5	119,6	+ 11,6	111,9	+ 4,4	111,5	± 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,3	+ 3,0	107,7	+ 3,7	113,8	+ 2,4	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,5	+ 6,8	106,0	+ 2,7	120,7	+ 9,1	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,7	+ 5,6	90,2	+ 0,7	121,9	+ 8,7	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,8	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März	120,3	+ 0,6	113,7	- 1,4	125,9	+ 1,5	113,4	+ 3,6	113,1	+ 1,6	113,4	+ 4,1
April	112,4	+ 5,8	105,7	+ 2,6	117,9	+ 8,2	107,2	+ 4,9	108,2	+ 7,3	106,9	+ 4,1
Mai	110,5	+ 5,0	102,9	± 0,0	116,4	+ 8,4	107,2	+ 6,0	103,5	+ 5,1	108,5	+ 6,4
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 Mai	100,1	- 4,5	101,2	- 4,7	99,7	- 5,1	95,2	+ 0,1	95,6	- 0,8	95,1	+ 0,4
Juni	106,5	+ 1,1	102,5	- 1,3	112,2	+ 3,4	96,9	+ 2,5	103,0	+ 8,9	94,7	+ 0,2
Juli	106,6	+ 0,9	104,1	- 0,9	109,5	+ 2,3	104,7	+ 2,0	99,0	+ 0,6	106,7	+ 2,5
Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	± 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,5	+ 2,2	103,7	+ 1,0	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März	116,8	+ 1,1	109,3	- 3,4	125,3	+ 5,0	111,0	+ 4,2	113,8	- 0,4	110,0	+ 6,1
April	107,7	+ 5,0	104,3	+ 2,7	112,3	+ 7,3	100,0	+ 4,7	107,5	+ 5,1	97,4	+ 4,6
Mai	104,8	+ 4,7	102,6	+ 1,4	108,1	+ 8,4	98,1	+ 3,0	103,2	+ 7,9	96,3	+ 1,3
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,5	+ 8,9	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,1	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 Mai	109,4	- 0,3	104,8	- 3,1	112,2	+ 1,1	106,2	+ 1,0	101,0	- 0,3	107,9	+ 1,4
Juni	123,5	+ 8,0	106,7	- 1,6	134,3	+ 13,7	106,9	- 1,8	113,0	+ 6,5	104,8	- 4,6
Juli	110,8	+ 2,1	104,6	- 1,4	113,3	+ 4,0	117,4	+ 1,3	99,1	- 2,5	123,8	+ 2,6
Aug.	99,5	+ 0,6	94,8	- 3,2	101,2	+ 2,8	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,4	+ 10,2	103,4	+ 3,4	124,8	+ 14,0	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,5	112,4	+ 6,6	117,8	+ 1,7	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,5	+ 7,9	106,8	+ 4,4	124,5	+ 9,2	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	118,8	+ 8,3	92,9	- 0,4	134,3	+ 12,6	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,3	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,6	110,1	+ 4,5	118,3	+ 10,3	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,9	+ 7,9	108,1	+ 5,7	122,4	+ 8,3	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März	123,2	+ 0,2	118,9	+ 0,9	126,3	- 0,6	115,4	+ 2,9	112,5	+ 3,6	116,3	+ 2,6
April	116,3	+ 6,6	107,4	+ 2,6	121,4	+ 8,8	113,4	+ 5,1	108,9	+ 9,4	114,9	+ 3,7
Mai	115,2	+ 5,3	103,2	- 1,5	121,6	+ 8,4	115,0	+ 8,3	103,7	+ 2,7	118,9	+ 10,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt ◐

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau						gewerbliche Auftraggeber	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 April	123,6	- 0,5	130,1	+ 2,8	145,1	+ 2,0	125,5	- 4,1	114,4	+ 36,7	117,1	- 3,9	117,8	- 3,6	120,9	+ 1,6
Mai	125,5	+ 5,6	135,3	+ 14,0	142,2	+ 9,6	140,4	+ 16,6	106,7	+ 16,1	115,7	- 2,9	127,2	+ 6,4	117,0	+ 2,8
Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	125,9	+ 4,2
Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,1	+ 14,1	142,3	+ 12,2	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 4,9	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,3	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,6	- 2,2	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,3	- 9,3	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,3	+ 13,8	120,0	+ 11,0	136,9	+ 11,8	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	- 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 6,0	146,4	+ 9,9	165,1	+ 9,1	147,9	+ 12,7	105,1	+ 1,7	131,1	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,8	+ 1,5
April	134,0	+ 8,4	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,2	121,6	- 3,1	95,9	- 16,2	134,7	+ 15,0	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. ◐ Mit Hilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt ◐

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	
2010	100,0	+ 2,2	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,9	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,6	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,1	+ 2,5	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,4	+ 1,8	101,5	+ 0,6	109,0	+ 3,7	103,6	+ 1,3	95,5	- 3,5	102,5	- 1,9	103,3	+ 2,9	104,9	- 0,9
2013 Mai	107,8	+ 2,8	102,3	+ 1,4	110,3	+ 2,9	103,9	+ 2,0	83,3	- 3,4	107,9	+ 1,0	101,5	+ 0,8	110,1	± 0,0
Juni	104,6	+ 1,5	99,4	- 0,3	110,0	+ 4,4	100,8	+ 5,8	84,6	- 11,0	101,6	- 0,1	98,9	+ 0,3	110,4	- 0,4
Juli	106,4	+ 2,3	101,6	+ 0,5	111,7	+ 6,6	103,0	+ 0,4	86,4	- 6,8	103,3	- 1,5	106,1	+ 3,3	106,6	- 1,3
Aug.	103,5	+ 1,9	99,0	+ 0,7	108,0	+ 4,1	97,7	+ 4,5	88,6	- 2,0	98,0	- 5,9	99,2	+ 3,1	98,0	+ 0,5
Sept.	105,2	+ 1,7	100,1	+ 0,8	103,7	+ 1,3	115,5	+ 2,1	94,9	+ 1,7	102,3	- 1,4	101,7	+ 6,0	105,3	- 0,5
Okt.	109,8	+ 1,2	104,2	+ 0,3	110,9	+ 3,8	117,9	- 0,3	95,7	- 3,2	109,1	- 2,6	106,7	+ 4,6	115,9	+ 2,9
Nov.	111,8	+ 2,3	106,2	+ 1,3	112,0	+ 4,8	110,7	+ 6,6	105,8	- 2,4	110,2	- 1,5	106,3	+ 2,9	112,8	+ 3,4
Dez.	121,5	+ 0,2	115,9	- 0,8	124,0	+ 1,5	119,7	- 2,0	138,4	- 6,4	104,0	- 2,4	115,2	+ 6,5	98,3	+ 4,7
2014 Jan.	99,6	+ 2,0	95,1	+ 0,8	101,5	+ 1,9	91,1	+ 3,4	97,7	- 3,1	87,8	- 1,7	105,4	+ 4,9	92,5	+ 8,3
Febr.	96,2	+ 3,0	91,5	+ 2,0	100,7	+ 2,9	83,2	+ 7,8	82,6	- 3,3	90,5	+ 2,3	102,5	+ 6,5	96,7	+ 6,7
März	111,3	+ 2,9	105,1	+ 2,0	116,1	+ 4,1	110,4	+ 12,0	85,8	- 10,7	111,2	+ 3,1	108,9	+ 3,3	120,1	+ 5,4
April	108,4	+ 1,1	102,3	+ 0,5	113,5	+ 4,7	104,7	- 4,8	83,0	- 3,2	107,6	- 0,7	109,3	+ 7,1	114,8	+ 3,0
Mai	107,5	- 0,3	101,6	- 0,7	111,4	+ 1,0	105,4	+ 1,4	83,9	+ 0,7	103,8	- 3,8	105,8	+ 4,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. ◐ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung							
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	1 078 8)	3 415 8)	1 190 8)	8,1	301
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	41 847	+ 0,6	29 355	+ 1,3	8 776	19 598	743	4 794	124	77	2 950	970	6,9	434
2011 2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 872	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 394	+ 0,6	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	102	3 131	1 109	7,4	427
2.Vj.	41 749	+ 0,5	29 214	+ 1,2	8 737	19 508	726	4 779	99	87	2 941	945	6,8	438
3.Vj.	42 029	+ 0,6	29 451	+ 1,3	8 807	19 626	772	4 810	70	57	2 903	934	6,7	445
4.Vj.	42 214	+ 0,6	29 738	+ 1,2	8 872	19 853	772	4 820	92	61	2 827	891	6,6	428
2014 1.Vj.	9) 41 738 9)	+ 0,8 10)	29 401 10)	+ 1,3 10)	8 744 10)	19 708 10)	725 10)	4 760 10)	...	10) 61	3 109	1 078	7,2	426
2.Vj.	2 886	900 11)	6,6	457
2011 Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 870	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 380	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	405
Febr.	41 368	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	104	3 156	1 132	7,4	431
März	41 433	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	98	3 098	1 072	7,3	444
April	41 599	+ 0,5	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	100	3 020	1 001	7,1	441
Mai	41 787	+ 0,5	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	74	2 937	935	6,8	437
Juni	41 862	+ 0,5	29 269	+ 1,2	8 757	19 517	748	4 819	99	86	2 865	897	6,6	437
Juli	41 939	+ 0,6	29 266	+ 1,2	8 765	19 484	773	4 829	81	68	2 914	943	6,8	444
Aug.	41 966	+ 0,5	29 548	+ 1,4	8 826	19 701	775	4 795	60	47	2 946	956	6,8	445
Sept.	42 182	+ 0,7	29 810	+ 1,3	8 903	19 868	785	4 795	70	56	2 849	904	6,6	446
Okt.	42 298	+ 0,6	29 807	+ 1,1	8 895	19 879	783	4 805	83	70	2 801	870	6,5	439
Nov.	42 271	+ 0,6	29 758	+ 1,1	8 882	19 861	776	4 841	80	67	2 806	881	6,5	431
Dez.	42 073	+ 0,6	29 491	+ 1,2	8 775	19 769	727	4 834	114	45	2 873	923	6,7	414
2014 Jan.	41 701	+ 0,8 10)	29 331 10)	+ 1,3 10)	8 725 10)	19 665 10)	722 10)	4 772 10)	...	10) 63	3 136	1 104	7,3	401
Febr.	41 709	+ 0,8 10)	29 374 10)	+ 1,4 10)	8 732 10)	19 695 10)	723 10)	4 727 10)	...	10) 58	3 138	1 105	7,3	429
März	9) 41 805 9)	+ 0,9 10)	29 508 10)	+ 1,5 10)	8 775 10)	19 759 10)	735 10)	4 728 10)	...	10) 61	3 055	1 026	7,1	447
April	9) 41 997 9)	+ 1,0 10)	29 637 10)	+ 1,5 10)	8 808 10)	19 839 10)	742 10)	4 763 10)	...	10) 56	2 943	938	6,8	455
Mai	9) 42 176 9)	+ 0,9	2 882	893 11)	6,6	452
Juni	2 833	869	6,5	462

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2012 und 2013 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 11 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9 r)	120,4	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	106,0	107,0	117,9	105,2	109,2	149,1	114,2
2012 Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7	106,0	107,3	121,4	105,2	108,5	143,2	111,9
2012 Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8	106,3	107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
2012 Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
2012 Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9	106,3	107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2	107,1	107,7 r)	123,7	104,8	107,3	138,6	106,2
2013 Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5 r)	124,2	104,7	107,6	141,7	106,9
2013 März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4	107,1	107,2 r)	123,8	104,9	107,6	136,3	107,7
2013 April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5	107,7	107,1 r)	124,4	104,7	106,4	127,8	104,0
2013 Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8 r)	124,1	104,5	106,0	129,0	103,3
2013 Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7	107,7	106,7 r)	121,7	104,1	105,3	127,1	100,7
2013 Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9	108,2	106,6 r)	119,0	104,2	105,4	133,7	99,9
2013 Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5 r)	118,8	104,2	105,5	135,3	98,1
2013 Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1	108,2	106,8 r)	120,5	104,2	105,5	135,7	97,3
2013 Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1	108,4	106,6 r)	121,0	103,9	104,8	130,1	95,3
2013 Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5 r)	122,0	103,9	104,9	130,3	96,3
2013 Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5	108,4	106,6 r)	122,1	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7	109,2	106,5 p)	119,8	104,0	104,8	129,4	96,0
2014 Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	119,6	104,0	104,7	129,3	97,2
2014 März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9	109,2	106,2 p)	120,5	103,8	104,1	126,0	96,9
2014 April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1	109,5	106,1 p)	121,0	103,9	103,8	126,2	99,3
2014 Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9 p)	118,6	103,9	103,8	129,2	98,9
2014 Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3	109,5	133,0	97,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1 r)	+ 1,2	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 16,9	+ 1,2
2012 Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,2	+ 7,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	+ 1,9
2012 Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
2012 Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
2012 Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1	+ 2,5	+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,5 r)	+ 10,9	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
2013 Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9 r)	+ 8,9	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
2013 März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,1 r)	+ 6,2	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
2013 April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2 r)	+ 6,2	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
2013 Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2 r)	+ 8,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
2013 Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,1	+ 0,1 r)	+ 7,4	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
2013 Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,1	± 0,0 r)	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
2013 Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5 r)	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
2013 Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5 r)	- 0,7	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
2013 Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	- 0,7 r)	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
2013 Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8 r)	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
2013 Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	- 0,5 r)	- 1,8	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	- 1,1 p)	- 3,2	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
2014 Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 3,7	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
2014 März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 2,7	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
2014 April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,7	- 0,9 p)	- 2,7	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
2014 Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8 p)	- 4,4	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
2014 Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 4,6	- 3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industriehstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾		Nettolöhne und -gehälter ²⁾		Empfangene monetäre Sozialleistungen ³⁾		Masseneinkommen ⁴⁾		Verfügbares Einkommen ⁵⁾		Sparen ⁶⁾		Sparquote ⁷⁾
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2013	1 161,2	3,1	773,2	2,8	397,6	2,2	1 170,7	2,6	1 747,2	2,2	174,1	- 1,4	10,0
2012 4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,0	3,2	180,1	3,0	100,3	2,5	280,4	2,8	428,0	0,6	56,3	- 3,1	13,1
2.Vj.	283,4	2,8	184,6	2,5	99,0	2,5	283,6	2,5	434,4	2,5	41,5	- 2,5	9,5
3.Vj.	286,9	3,2	195,1	3,2	99,5	2,1	294,6	2,8	445,1	3,2	37,7	- 0,4	8,5
4.Vj.	321,0	3,0	213,3	2,6	98,8	1,6	312,2	2,3	439,6	2,4	38,6	1,6	8,8
2014 1.Vj.	279,7	3,6	185,6	3,1	99,8	- 0,4	285,5	1,8	438,6	2,5	57,5	2,1	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex ¹⁾								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer ³⁾	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen ²⁾			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,4	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,6	2,0	107,7	2,3	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,5	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,5	1,9	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,7	2,9	115,2	2,9	113,6	2,9
2013	116,5	2,4	117,1	2,4	117,5	2,5	118,0	2,5	116,1	2,2
2012 4.Vj.	127,2	3,1	127,9	3,0	128,3	3,0	116,2	2,9	124,3	3,0
2013 1.Vj.	107,9	2,8	108,4	2,9	108,8	2,9	117,0	2,9	109,1	2,3
2.Vj.	109,1	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,4	2,2	113,6	2,0
3.Vj.	118,7	2,3	119,4	2,3	119,8	2,4	118,7	2,4	114,4	2,3
4.Vj.	130,3	2,4	131,0	2,4	131,5	2,5	118,9	2,4	127,0	2,1
2014 1.Vj.	111,4	3,3	112,0	3,3	111,9	2,8	120,3	2,8	111,8	2,5
2013 Nov.	169,0	2,4	169,9	2,4	170,5	2,4	118,9	2,3	.	.
Dez.	112,3	2,4	113,0	2,5	113,4	2,7	119,0	2,3	.	.
2014 Jan.	112,4	4,3	113,0	4,3	111,6	2,6	120,0	2,6	.	.
Febr.	110,7	2,6	111,3	2,7	111,7	2,7	120,1	2,6	.	.
März	111,3	3,1	111,9	3,1	112,3	3,2	120,8	3,2	.	.
April	112,7	3,1	113,3	3,1	113,6	3,3	121,0	3,2	.	.
Mai	113,3	3,5	113,9	3,5	114,2	3,4	121,6	3,6	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ^{*)}

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:					darunter:				Eigenkapital	Schulden			darunter:	
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾	insgesamt		langfristig		kurzfristig	darunter:	
												zusammen	darunter Finanzschulden		zusammen	Finanzschulden
Insgesamt (Mrd. €)																
2009	1 626,3	1 005,4	315,7	436,0	194,5	620,8	150,9	146,3	124,8	449,9	1 176,3	643,3	354,8	533,0	148,0	129,8
2010	1 748,3	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,8	169,5	170,1	132,5	514,6	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4
2011	1 838,4	1 115,9	340,0	477,4	232,9	722,4	190,5	180,4	119,3	537,7	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	161,1
2012	1 904,4	1 178,0	380,2	490,5	240,8	726,3	189,8	179,0	126,0	561,4	1 342,9	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6
2013 p)	1 935,4	1 195,0	386,5	499,1	241,0	740,5	188,5	179,3	138,4	575,1	1 360,3	725,5	382,5	634,8	191,4	166,5
2013 1.Vj.	1 944,9	1 187,9	383,6	491,9	252,4	757,0	192,6	196,7	127,8	555,8	1 389,0	745,1	388,7	643,9	192,1	157,4
2.Vj.	1 945,9	1 195,7	394,6	493,8	247,7	750,2	195,6	194,9	118,0	552,2	1 393,7	743,3	385,3	650,4	203,9	160,0
3.Vj.	1 932,4	1 197,2	392,3	495,5	250,5	735,2	196,2	183,8	130,3	566,3	1 366,1	730,1	375,3	636,0	200,7	161,4
4.Vj. p)	1 935,4	1 195,0	386,5	499,1	241,0	740,5	188,5	179,3	138,4	575,1	1 360,3	725,5	382,5	634,8	191,4	166,5
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	61,8	19,4	26,8	12,0	38,2	9,3	9,0	7,7	27,7	72,3	39,6	21,8	32,8	9,1	8,0
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,7	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4
2013 p)	100,0	61,7	20,0	25,8	12,5	38,3	9,7	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2013 1.Vj.	100,0	61,1	19,7	25,3	13,0	38,9	9,9	10,1	6,6	28,6	71,4	38,3	20,0	33,1	9,9	8,1
2.Vj.	100,0	61,5	20,3	25,4	12,7	38,6	10,1	10,0	6,1	28,4	71,6	38,2	19,8	33,4	10,5	8,2
3.Vj.	100,0	62,0	20,3	25,6	13,0	38,1	10,2	9,5	6,7	29,3	70,7	37,8	19,4	32,9	10,4	8,4
4.Vj. p)	100,0	61,7	20,0	25,8	12,5	38,3	9,7	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd. €) ²⁾																
2009	1 284,5	765,6	205,6	334,1	180,7	518,8	134,7	113,8	99,5	346,0	938,4	505,4	261,6	433,1	129,3	89,4
2010	1 382,9	814,2	213,9	355,8	189,5	568,7	152,1	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,2	467,0	125,4	108,1
2011	1 474,1	860,6	221,7	373,8	214,9	613,5	172,3	143,6	92,6	421,5	1 052,6	530,5	260,8	522,1	151,2	116,7
2012	1 540,5	921,1	258,9	387,9	222,1	619,4	172,4	140,3	98,1	443,7	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5
2013 p)	1 558,1	932,5	258,7	398,4	224,1	625,6	172,4	139,7	106,4	456,7	1 101,4	580,3	285,5	521,0	170,6	118,4
2013 1.Vj.	1 577,0	929,7	260,6	389,7	235,8	647,4	176,0	155,9	100,1	442,4	1 134,7	603,1	297,4	531,6	170,7	116,8
2.Vj.	1 574,7	932,0	265,1	391,8	231,7	642,7	179,6	152,8	92,3	437,9	1 136,8	600,8	292,9	536,0	180,9	117,1
3.Vj.	1 564,7	935,7	263,1	395,0	234,4	629,0	180,6	143,0	104,1	450,3	1 114,4	593,2	287,5	521,2	174,6	118,1
4.Vj. p)	1 558,1	932,5	258,7	398,4	224,1	625,6	172,4	139,7	106,4	456,7	1 101,4	580,3	285,5	521,0	170,6	118,4
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	59,6	16,0	26,0	14,1	40,4	10,5	8,9	7,8	26,9	73,1	39,3	20,4	33,7	10,1	7,0
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013 p)	100,0	59,9	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	11,0	7,6
2013 1.Vj.	100,0	59,0	16,5	24,7	15,0	41,1	11,2	9,9	6,4	28,1	72,0	38,2	18,9	33,7	10,8	7,4
2.Vj.	100,0	59,2	16,8	24,9	14,7	40,8	11,4	9,7	5,9	27,8	72,2	38,2	18,6	34,0	11,5	7,4
3.Vj.	100,0	59,8	16,8	25,3	15,0	40,2	11,5	9,1	6,7	28,8	71,2	37,9	18,4	33,3	11,2	7,6
4.Vj. p)	100,0	59,9	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	11,0	7,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd. €) ³⁾																
2009	341,8	239,8	110,1	101,9	13,8	102,0	16,2	32,5	25,3	103,9	237,9	137,9	93,2	99,9	18,7	40,4
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2
2013 p)	377,3	262,5	127,8	100,6	16,8	114,8	16,1	39,6	32,0	118,4	259,0	145,2	97,0	113,8	20,8	48,1
2013 1.Vj.	367,8	258,2	123,0	102,1	16,7	109,7	16,5	40,8	27,6	113,4	254,4	142,1	91,3	112,3	21,4	40,6
2.Vj.	371,2	263,7	129,5	102,0	16,0	107,5	16,0	42,1	25,7	114,3	256,9	142,5	92,4	114,4	23,0	42,9
3.Vj.	367,7	261,5	129,3	100,4	16,1	106,2	15,5	40,8	26,2	116,0	251,7	136,9	87,8	114,8	26,0	43,3
4.Vj. p)	377,3	262,5	127,8	100,6	16,8	114,8	16,1	39,6	32,0	118,4	259,0	145,2	97,0	113,8	20,8	48,1
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	70,2	32,2	29,8	4,0	29,8	4,7	9,5	7,4	30,4	69,6	40,4	27,3	29,2	5,5	11,8
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1
2013 p)	100,0	69,6	33,9	26,7	4,5	30,4	4,3	10,5	8,5	31,4	68,6	38,5	25,7	30,2	5,5	12,8
2013 1.Vj.	100,0	70,2	33,4	27,8	4,5	29,8	4,5	11,1	7,5	30,8	69,2	38,6	24,8	30,5	5,8	11,0
2.Vj.	100,0	71,0	34,9	27,5	4,3	29,0	4,3	11,4	6,9	30,8	69,2	38,4	24,9	30,8	6,2	11,6
3.Vj.	100,0	71,1	35,2	27,3	4,4	28,9	4,2	11,1	7,1	31,6	68,4	37,2	23,9	31,2	7,1	11,8
4.Vj. p)	100,0	69,6	33,9	26,7	4,5	30,4	4,3	10,5	8,5	31,4	68,6	38,5	25,7	30,2	5,5	12,8

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Un-

ternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. **3** Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes						
					Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)					
						1.Quartil	Median				3.Quartil	1.Quartil	Median	3.Quartil		
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	%	%	%
Insgesamt																
2005	1 083,3	.	150,5	.	13,9	.	6,1	12,0	16,6	73,2	.	6,8	.	3,1	6,6	11,6
2006	1 209,3	10,6	154,8	3,3	12,8	-0,9	7,1	11,0	17,1	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,5	11,2
2007	1 234,0	4,4	177,0	14,9	14,4	1,3	9,0	15,0	21,7	95,5	27,5	7,7	1,4	4,2	8,3	12,9
2008	1 307,5	6,4	168,9	-5,4	12,9	-1,6	7,6	14,0	20,2	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,4	6,6	12,0
2009	1 175,3	-10,5	143,1	-15,7	12,2	-0,8	5,7	13,0	18,9	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,1	13,2	189,3	29,4	14,1	1,8	7,3	14,0	22,1	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 444,7	8,4	184,7	-0,3	12,8	-1,2	6,9	13,0	21,0	96,9	-5,4	6,7	-1,0	2,7	6,6	11,7
2012	1 550,6	6,6	197,1	1,3	12,7	-0,7	6,9	13,0	20,0	98,1	-7,1	6,3	-0,9	1,9	6,1	10,9
2013 p)	1 559,1	-0,5	191,9	-0,6	12,3	-0,0	6,5	13,0	20,4	99,6	6,0	6,4	0,4	1,8	5,9	10,6
2011 1.Vj.	346,2	12,5	47,0	12,3	13,6	-0,0	4,3	9,8	17,7	29,7	21,2	8,6	0,6	0,7	6,2	12,2
2.Vj.	356,2	7,9	43,0	-5,5	12,1	-1,8	5,2	12,0	19,5	24,1	-10,2	6,8	-1,4	1,4	6,0	12,3
3.Vj.	357,2	6,9	45,2	-3,0	12,7	-1,3	7,2	13,8	22,1	24,1	2,7	6,7	-0,3	2,5	7,2	12,7
4.Vj.	397,4	6,9	50,5	-3,9	12,7	-1,4	7,0	15,4	25,3	19,7	-32,8	5,0	-2,7	1,7	6,8	11,3
2012 1.Vj.	379,9	9,0	47,7	-0,3	12,6	-1,2	3,2	9,5	16,4	29,0	-3,8	7,6	-1,0	0,2	5,0	11,0
2.Vj.	382,4	7,2	48,0	8,8	12,6	0,2	4,6	11,4	18,5	27,7	10,6	7,2	0,2	1,2	6,4	11,4
3.Vj.	383,2	7,1	50,0	-3,5	13,1	-1,3	6,2	13,6	21,7	17,8	-49,8	4,6	-3,9	1,7	6,3	11,9
4.Vj.	406,2	3,3	51,4	0,7	12,6	-0,3	7,7	16,7	27,6	23,5	24,1	5,8	1,0	0,1	6,4	12,3
2013 1.Vj.	376,2	-1,0	45,6	-5,8	12,1	-0,7	2,2	8,1	15,5	26,4	-11,1	7,0	-0,8	-1,4	4,5	9,9
2.Vj.	393,4	1,3	49,0	-1,0	12,5	-0,3	4,4	10,8	19,4	27,2	-4,7	6,9	-0,4	0,9	4,8	10,2
3.Vj.	389,4	-1,6	49,3	6,9	12,7	1,1	7,3	14,7	21,7	25,5	99,8	6,6	3,5	1,3	5,8	11,5
4.Vj. p)	405,7	-0,6	48,5	-1,9	11,9	-0,2	5,3	12,5	22,9	20,5	-12,8	5,1	-0,7	0,9	6,8	12,5
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																
2005	813,6	.	109,5	.	13,5	.	6,9	12,0	16,9	52,7	.	6,5	.	2,9	8,0	11,3
2006	898,6	9,8	114,7	6,3	12,8	-0,4	7,7	11,0	17,5	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,0	11,2
2007	900,5	3,8	131,0	16,9	14,6	1,6	9,2	15,0	20,9	73,7	33,0	8,2	1,8	5,0	9,0	12,4
2008	966,0	7,2	124,6	-5,9	12,9	-1,8	7,8	14,0	18,9	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	7,0	11,3
2009	854,0	-11,5	99,8	-19,3	11,7	-1,2	5,7	12,0	17,7	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	5,0	8,7
2010	998,2	15,7	141,3	36,9	14,2	2,2	7,8	14,0	20,4	77,6	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,7
2011	1 098,8	10,6	134,1	-2,5	12,2	-1,7	6,7	14,0	19,0	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	7,0	11,1
2012	1 192,8	7,6	146,1	2,7	12,3	-0,6	7,3	13,0	18,4	84,2	2,9	7,1	-0,3	1,8	6,0	9,8
2013 p)	1 199,3	-0,5	142,4	0,3	11,9	0,1	6,5	13,0	18,2	74,9	-5,2	6,3	-0,3	1,2	6,0	9,8
2011 1.Vj.	269,7	15,4	38,0	13,2	14,1	-0,3	5,0	10,2	16,3	26,2	24,2	9,7	0,7	1,2	6,8	12,1
2.Vj.	274,7	9,8	33,1	-5,3	12,1	-2,1	6,2	12,2	18,3	19,5	-11,3	7,1	-1,7	1,8	6,7	12,1
3.Vj.	271,9	8,8	32,3	-4,0	11,9	-1,7	7,4	13,5	20,6	16,9	0,1	6,2	-0,6	2,1	7,4	11,4
4.Vj.	294,8	8,7	31,7	-12,7	10,8	-2,8	6,6	14,2	22,5	12,9	-37,4	4,4	-3,3	0,4	6,1	9,8
2012 1.Vj.	297,1	10,6	38,9	2,5	13,1	-1,1	3,5	9,8	15,3	25,8	-0,9	8,7	-1,0	0,8	5,8	10,7
2.Vj.	293,9	8,2	36,1	9,1	12,3	0,1	5,1	11,4	17,2	22,0	12,5	7,5	0,3	1,5	6,5	10,2
3.Vj.	291,3	8,3	35,7	-5,9	12,3	-1,7	6,2	13,4	20,2	20,4	-11,0	7,0	-1,2	1,7	5,8	10,6
4.Vj.	311,4	3,7	35,4	5,1	11,4	0,2	7,7	16,3	23,7	16,0	14,5	5,1	0,5	-1,2	5,2	10,7
2013 1.Vj.	292,2	-1,1	36,3	-7,0	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,7	22,6	-13,8	7,7	-1,1	-1,4	4,6	9,4
2.Vj.	303,2	1,7	36,4	-1,7	12,0	-0,4	4,1	10,6	18,0	20,6	-8,3	6,8	-0,7	0,4	4,8	9,1
3.Vj.	295,8	-2,2	34,8	10,6	11,8	1,5	7,4	13,5	20,5	17,5	15,2	5,9	1,0	0,8	5,6	10,0
4.Vj. p)	311,0	-0,5	35,1	1,4	11,3	0,2	5,1	12,3	19,8	14,2	-7,6	4,6	-0,4	-0,4	6,1	10,4
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor 5)																
2005	269,7	.	41,0	.	15,2	.	5,6	10,7	16,2	20,4	.	7,6	.	3,1	5,3	12,1
2006	310,7	12,9	40,0	-4,8	12,9	-2,5	5,4	11,1	15,8	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2
2007	333,5	6,4	46,0	8,9	13,8	0,3	8,6	14,1	26,1	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,2
2008	341,4	4,0	44,3	-3,5	13,0	-1,0	7,1	14,2	27,5	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	43,3	-4,6	13,5	0,4	5,8	13,5	27,8	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	341,9	5,8	48,0	8,4	14,1	0,3	6,6	13,7	25,2	22,8	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	345,9	1,5	50,5	7,5	14,6	0,8	7,0	13,4	24,8	22,0	-0,8	6,4	-0,1	3,2	6,5	13,8
2012	357,8	3,0	50,9	-3,3	14,2	-0,9	6,5	11,3	29,3	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013 p)	359,7	-0,3	49,6	-3,8	13,8	-0,5	6,3	12,0	26,6	24,7	90,9	6,9	3,0	2,7	5,9	12,8
2011 1.Vj.	76,5	3,0	9,0	8,3	11,8	0,6	3,6	9,4	20,4	3,6	1,3	4,7	-0,1	0,5	4,8	12,7
2.Vj.	81,5	1,6	9,9	-6,3	12,1	-1,0	4,1	12,0	21,6	4,6	-5,2	5,6	-0,4	0,8	4,9	13,3
3.Vj.	85,3	0,9	12,9	-0,1	15,1	-0,2	7,2	14,5	27,7	7,2	9,3	8,4	0,7	3,3	7,1	15,2
4.Vj.	102,6	0,9	18,8	27,7	18,3	3,5	8,0	19,0	33,9	6,7	-11,8	6,6	-0,7	4,2	7,9	15,3
2012 1.Vj.	82,8	3,1	8,8	-13,1	10,6	-1,9	2,5	8,2	18,8	3,2	-27,2	3,8	-1,3	-0,7	4,0	11,9
2.Vj.	88,4	3,8	11,8	7,7	13,4	0,5	4,3	11,7	21,9	5,7	2,6	6,5	-0,1	0,7	5,2	14,6
3.Vj.	91,9	3,1	14,3	3,3	15,6	0,0	6,1	14,1	25,5	-2,6	-147,5	-2,9	-13,2	1,6	7,5	13,5
4.Vj.	94,8	1,9	16,0	-10,1	16,9	-2,0	8,0	18,3	34,4	7,6	55,9	8,0	2,7	1,9	7,8	15,9
2013 1.Vj.	84,0	-0,5	9,3	0,2	11,0	0,1	1,7	7,7	19,9	3,8	15,0	4,5	0,6	-1,6	4,4	12,3
2.Vj.	90,3	-0,3	12,6	1,4	13,9	0,2	4,6	11,4	25,5	6,7	12,1	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
3.Vj.	93,5	0,5	14,5	-2,8	15,5	-0,5	6,8	15,9	26,9	8,1	307,8	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
4.Vj. p)	94,7	-1,0	13,4	-11,7	14,1	-1,6	6,4	15,8	28,5	6,2	-25,6	6,6	-1,9	2,0	7,9	16,1

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen

der Unternehmensgruppen. 3 Erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sind ausgeschaltet (Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen). 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 5 Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April p)
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 675	+ 51 420	+ 87 577	+ 42 387	+ 13 761	+ 21 637	+ 18 706
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 935 783	479 571	495 962	476 854	157 129	167 082	161 615
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 587	441 505	447 981	441 294	141 623	147 772	145 952
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 198	+ 38 066	+ 47 981	+ 35 559	+ 15 505	+ 19 310	+ 15 663
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	590 798	633 551	662 929	176 763	173 217	155 711	49 747	52 962	53 440
Ausgaben	512 900	538 515	549 686	143 283	142 711	130 488	40 698	45 539	44 034
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 242	+ 33 480	+ 30 507	+ 25 224	+ 9 050	+ 7 423	+ 9 406
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 70 296	+ 13 990	+ 24 004	+ 21 576	+ 6 521	+ 7 552	+ 4 422
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 740	17 610	34 607	28 604	11 557	6 518	5 882
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 799	51 725	49 522	68 576	28 873	19 165	16 667
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 121 059	- 34 115	- 14 915	- 39 972	- 17 315	- 12 648	- 10 786
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 20 129	+ 4 554	+ 7 913	+ 5 557	+ 2 693	+ 1 889	+ 1 208
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 246 926	- 55 863	- 95 643	- 40 055	- 12 188	- 23 187	- 20 848
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 24 922	- 12 654	- 9 063	- 877	+ 30 839	- 22 663	- 18 580
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 324 169	- 50 361	- 151 875	+ 21 212	+ 46 537	- 305	- 15 303
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 299 246	+ 37 707	+ 142 812	- 22 090	- 15 699	- 22 357	- 3 277
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 105 833	+ 4 920	+ 54 558	+ 45 343	+ 26 553	- 519	- 88 382
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 188	- 69 144	- 50 351	- 45 864	- 14 633	- 13 595	- 74 904
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 421	- 45 940	- 39 380	- 8 793	+ 4 086	- 6 052	- 33 066
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 869	- 21 027	- 12 628	- 26 161	- 9 699	- 13 586	- 29 817
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 7 897	- 2 177	+ 1 657	- 10 910	- 9 020	+ 6 043	- 12 021
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 356 019	+ 74 065	+ 104 908	+ 91 207	+ 41 186	+ 13 076	- 13 478
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 236 623	+ 44 426	+ 58 372	+ 61 692	+ 9 292	+ 37 583	+ 22 762
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 80 597	- 14 157	+ 90 370	+ 30 543	+ 52 102	- 17 021	- 1 517
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 38 800	+ 43 796	- 43 834	- 1 029	- 20 208	- 7 486	- 34 723
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 18 226	+ 7 593	+ 4 296	+ 1 250	+ 2 697	- 1 324	+ 2 911
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 341 652	- 52 862	- 145 126	- 83 554	- 73 113	+ 1 653	+ 83 533
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 988	- 16 362	- 9 354	- 23 480	- 13 374	- 6 890	- 3 872
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 6 293	+ 6 910	- 14 848	+ 1 486	- 242	- 1 011	+ 1 648
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 268 528	- 36 496	- 113 678	- 66 586	- 48 130	+ 2 964	+ 44 865
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 213	+ 5 264	+ 19 622	- 8 400	- 1 146	- 11 464	+ 306
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 311 743	- 41 761	- 133 300	- 58 185	- 46 984	+ 14 428	+ 44 559
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 20 433	- 6 915	- 7 248	+ 5 027	- 11 367	+ 6 591	+ 40 891
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 2 861	- 308	- 2 217	+ 837	- 335	- 329
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	- 878	- 111	+ 154	- 7 889	- 4 266	- 339	+ 934

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme: +)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
1999	-	29 220	+ 68 017	+ 983	- 53 298	- 17 237	- 26 702	- 937	+ 4 590	- 12 535	+ 34 747
2000	-	36 958	+ 64 061	+ 1 645	- 58 346	- 12 747	- 29 927	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 664
2001	-	7 907	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 151	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 112
2002	+ 41 656	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 600	- 29 408	- 4 010	+ 25 935	- 2 065	- 11 710	
2003	+ 31 725	+ 130 021	- 2 105	- 48 695	- 18 513	- 31 088	+ 5 920	+ 63 349	- 445	+ 25 703	
2004	+ 102 057	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 17 657	- 30 018	- 119	+ 127 106	- 1 470	+ 25 167	
2005	+ 107 399	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 22 173	- 31 124	- 2 334	+ 118 364	- 2 182	+ 13 299	
2006	+ 138 066	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 43 627	- 32 249	- 1 328	+ 178 011	- 2 934	+ 41 273	
2007	+ 173 132	+ 201 989	- 922	- 36 958	+ 41 835	- 33 733	- 1 597	+ 213 938	+ 953	+ 42 402	
2008	+ 147 821	+ 184 521	- 3 586	- 32 026	+ 29 675	- 34 349	- 893	+ 168 457	+ 2 008	+ 21 530	
2009	+ 143 173	+ 141 167	- 6 064	- 21 430	+ 58 365	- 34 930	- 1 858	+ 136 851	- 3 200	- 4 464	
2010	+ 146 652	+ 161 146	- 5 892	- 28 892	+ 54 049	- 39 651	+ 1 219	+ 112 031	+ 1 613	- 35 839	
2011	+ 163 970	+ 163 241	- 9 043	- 33 661	+ 69 204	- 34 815	+ 1 690	+ 161 039	+ 2 836	- 4 621	
2012	+ 196 242	+ 197 116	- 10 086	- 36 849	+ 74 668	- 38 692	+ 1 298	+ 213 430	+ 1 297	+ 15 890	
2013	+ 191 946	+ 210 499	- 4 513	- 47 957	+ 72 747	- 43 342	+ 2 013	+ 248 856	+ 838	+ 54 897	
2011 2.Vj.	+ 32 886	+ 39 591	- 2 165	- 8 778	+ 5 833	- 3 760	- 51	+ 51 793	+ 438	+ 18 958	
3.Vj.	+ 37 553	+ 41 307	- 2 229	- 14 775	+ 19 703	- 8 682	+ 248	+ 13 162	+ 639	- 24 639	
4.Vj.	+ 52 512	+ 40 055	- 2 310	- 3 788	+ 26 073	- 9 828	+ 193	+ 33 891	+ 366	- 18 815	
2012 1.Vj.	+ 46 888	+ 49 318	- 1 708	- 7 914	+ 19 435	- 13 951	- 259	+ 33 717	+ 963	- 12 912	
2.Vj.	+ 44 482	+ 49 896	- 2 976	- 8 303	+ 8 329	- 5 439	+ 632	+ 46 454	+ 769	+ 1 339	
3.Vj.	+ 48 376	+ 52 429	- 2 137	- 15 357	+ 19 731	- 8 426	+ 846	+ 52 846	+ 59	+ 3 624	
4.Vj.	+ 56 495	+ 45 473	- 3 265	- 5 275	+ 27 173	- 10 876	+ 79	+ 80 413	- 494	+ 23 838	
2013 1.Vj.	+ 45 590	+ 52 747	- 1 625	- 11 256	+ 19 283	- 15 184	+ 756	+ 42 804	+ 86	- 3 542	
2.Vj.	+ 46 837	+ 56 031	+ 2 842	- 11 658	+ 9 905	- 7 441	+ 847	+ 68 969	+ 72	+ 21 285	
3.Vj.	+ 39 400	+ 49 649	- 4 085	- 17 879	+ 17 188	- 9 557	+ 369	+ 59 671	- 785	+ 19 902	
4.Vj.	+ 60 119	+ 52 072	- 1 644	- 7 164	+ 26 371	- 11 160	+ 41	+ 77 412	+ 1 464	+ 17 252	
2014 1.Vj.	+ 49 409	+ 53 107	+ 1 335	- 7 138	+ 18 219	- 14 780	+ 1 667	+ 67 145	- 565	+ 16 070	
2011 Dez.	+ 22 432	+ 12 145	- 1 388	+ 1 389	+ 12 196	- 3 298	- 171	+ 9 926	+ 684	- 12 335	
2012 Jan.	+ 12 485	+ 14 140	- 679	- 3 296	+ 5 520	- 3 879	- 676	+ 9 349	+ 140	- 2 461	
Febr.	+ 14 462	+ 16 871	- 382	- 2 304	+ 6 850	- 6 956	+ 295	+ 6 520	+ 547	- 8 237	
März	+ 19 942	+ 18 308	- 646	- 2 314	+ 7 065	- 3 116	+ 121	+ 17 848	+ 276	- 2 214	
April	+ 13 082	+ 14 818	- 634	- 1 458	+ 2 043	- 2 320	+ 282	+ 15 061	+ 581	+ 1 697	
Mai	+ 11 515	+ 16 307	- 1 312	- 3 592	- 19	- 1 181	+ 363	+ 20 504	+ 207	+ 8 626	
Juni	+ 19 886	+ 18 772	- 1 029	- 3 253	+ 6 305	- 1 938	- 13	+ 10 889	- 19	- 8 983	
Juli	+ 17 010	+ 17 659	- 752	- 4 906	+ 6 453	- 2 197	- 35	+ 1 700	- 48	- 15 274	
Aug.	+ 13 749	+ 17 085	- 793	- 6 509	+ 6 508	- 3 335	+ 610	+ 19 153	+ 389	+ 4 795	
Sept.	+ 17 618	+ 17 685	- 592	- 3 942	+ 6 769	- 2 894	+ 271	+ 31 992	- 281	+ 14 103	
Okt.	+ 16 095	+ 16 318	- 1 084	- 4 358	+ 7 296	- 3 160	+ 195	+ 18 059	+ 176	+ 1 769	
Nov.	+ 19 510	+ 17 584	- 724	- 2 211	+ 7 112	- 2 974	+ 409	+ 30 705	- 308	+ 10 786	
Dez.	+ 20 890	+ 11 571	- 1 458	+ 1 295	+ 12 766	- 4 742	- 525	+ 31 649	- 361	+ 11 284	
2013 Jan.	+ 11 111	+ 14 750	- 520	- 4 058	+ 5 837	- 5 419	+ 50	- 8 591	+ 493	- 20 112	
Febr.	+ 12 721	+ 16 586	- 1 633	- 3 732	+ 6 623	- 6 756	+ 92	+ 18 119	- 321	+ 5 306	
März	+ 21 758	+ 21 411	+ 528	- 3 466	+ 6 823	- 3 010	+ 614	+ 33 636	- 86	+ 11 264	
April	+ 16 846	+ 20 262	+ 662	- 2 752	+ 1 675	- 2 339	+ 309	+ 22 893	+ 56	+ 5 738	
Mai	+ 12 818	+ 16 744	+ 1 997	- 4 511	+ 2 819	- 2 235	+ 247	+ 14 436	- 22	+ 1 372	
Juni	+ 17 174	+ 19 025	+ 182	- 4 395	+ 5 411	- 2 867	+ 291	+ 31 641	+ 38	+ 14 176	
Juli	+ 12 264	+ 16 271	- 1 081	- 6 783	+ 6 027	- 3 250	+ 141	+ 10 236	- 654	- 2 169	
Aug.	+ 7 931	+ 12 769	- 1 786	- 7 130	+ 5 851	- 3 560	+ 121	+ 31 644	+ 425	+ 23 592	
Sept.	+ 19 205	+ 20 609	- 1 218	- 3 966	+ 5 310	- 2 747	+ 107	+ 17 791	- 556	- 1 521	
Okt.	+ 17 102	+ 19 457	- 170	- 6 140	+ 6 427	- 2 643	+ 479	+ 20 170	- 212	+ 2 590	
Nov.	+ 21 518	+ 18 893	- 257	- 1 961	+ 6 831	- 2 244	+ 176	+ 22 028	+ 407	+ 334	
Dez.	+ 21 499	+ 13 722	- 1 217	+ 937	+ 13 112	- 6 273	- 614	+ 35 213	+ 1 269	+ 14 329	
2014 Jan.	+ 13 562	+ 16 096	- 753	- 3 176	+ 5 060	- 4 419	+ 867	+ 5 103	- 375	- 9 326	
Febr.	+ 14 228	+ 17 455	+ 128	- 2 289	+ 6 199	- 7 137	+ 455	+ 23 772	- 898	+ 9 089	
März	+ 21 620	+ 19 556	+ 1 960	- 1 673	+ 6 961	- 3 224	+ 345	+ 38 270	+ 708	+ 16 306	
April	+ 16 892	+ 18 513	- 121	- 2 034	+ 3 789	- 3 375	+ 145	+ 30 371	+ 151	+ 13 334	
Mai p)	+ 13 204	+ 19 159	- 295	- 2 641	- 2 010	- 1 304	+ 41	+ 17 755	- 631	+ 4 510	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einführen in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ¹⁾

Mio €

Ländergruppe/Land		2011	2012	2013 ¹⁾	2013		2014				
					Dezember ¹⁾	Januar ¹⁾	Februar ¹⁾	März ¹⁾	April ¹⁾	Mai ¹⁾	
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	1 061 225	1 095 766	1 093 811	82 103	90 747	92 361	95 986	93 735	92 037	
	Einfuhr	902 523	905 925	896 157	68 233	75 703	76 152	79 384	76 523	74 275	
	Saldo	+ 158 702	+ 189 841	+ 197 654	+ 13 870	+ 15 045	+ 16 209	+ 16 603	+ 17 212	+ 17 762	
I. Europäische Länder	Ausfuhr	752 295	751 071	748 833	54 880	63 586	64 024	65 813	64 392	...	
	Einfuhr	622 870	629 305	633 568	48 903	53 071	55 366	57 318	55 413	...	
	Saldo	+ 129 425	+ 121 766	+ 115 265	+ 5 977	+ 10 516	+ 8 658	+ 8 495	+ 8 979	...	
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	629 953	622 674	623 113	46 377	54 498	54 693	55 512	54 637	...	
	Einfuhr	506 211	504 494	514 514	39 929	42 570	45 010	46 924	45 226	...	
	Saldo	+ 123 742	+ 118 180	+ 108 600	+ 6 448	+ 11 928	+ 9 683	+ 8 588	+ 9 410	...	
EWU-Länder (18)	Ausfuhr	421 845	407 666	403 365	30 242	35 071	34 882	35 242	35 101	...	
	Einfuhr	338 988	339 072	343 520	26 768	28 525	29 762	31 181	29 876	...	
	Saldo	+ 82 857	+ 68 593	+ 59 845	+ 3 473	+ 6 546	+ 5 120	+ 4 061	+ 5 225	...	
darunter:											
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	53 161	49 424	47 794	3 643	4 066	3 880	4 200	4 107	...	
	Einfuhr	41 302	40 528	42 052	3 201	3 397	3 571	3 647	3 719	...	
	Saldo	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 742	+ 442	+ 669	+ 310	+ 553	+ 388	...	
Frankreich	Ausfuhr	101 444	102 911	100 202	7 386	8 667	8 895	8 454	8 580	...	
	Einfuhr	65 948	64 035	64 070	4 996	5 384	5 773	7 061	5 774	...	
	Saldo	+ 35 496	+ 38 875	+ 36 132	+ 2 390	+ 3 283	+ 3 122	+ 1 393	+ 2 806	...	
Italien	Ausfuhr	62 044	55 529	53 203	3 710	4 723	4 564	4 682	4 536	...	
	Einfuhr	47 844	47 957	47 134	3 600	3 897	4 234	4 170	4 088	...	
	Saldo	+ 14 200	+ 7 572	+ 6 068	+ 110	+ 825	+ 330	+ 511	+ 448	...	
Niederlande	Ausfuhr	69 423	70 381	70 960	5 665	6 259	6 078	6 304	6 364	...	
	Einfuhr	81 804	85 738	89 229	7 117	7 683	7 433	7 328	7 592	...	
	Saldo	- 12 382	- 15 357	- 18 269	- 1 451	- 1 425	- 1 354	- 1 024	- 1 227	...	
Österreich	Ausfuhr	57 671	56 591	56 204	4 157	4 601	4 628	4 865	4 803	...	
	Einfuhr	37 028	36 419	36 777	2 891	2 873	3 023	3 188	3 087	...	
	Saldo	+ 20 643	+ 20 172	+ 19 427	+ 1 266	+ 1 727	+ 1 605	+ 1 677	+ 1 715	...	
Spanien	Ausfuhr	34 811	31 047	31 331	2 308	2 933	2 981	2 897	2 793	...	
	Einfuhr	22 491	23 206	23 667	1 863	1 879	2 167	2 120	2 147	...	
	Saldo	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 665	+ 445	+ 1 054	+ 814	+ 778	+ 646	...	
Andere EU-Länder	Ausfuhr	208 108	215 008	219 748	16 135	19 427	19 811	20 270	19 536	...	
	Einfuhr	167 223	165 421	170 994	13 161	14 045	15 248	15 743	15 350	...	
	Saldo	+ 40 885	+ 49 587	+ 48 755	+ 2 974	+ 5 382	+ 4 563	+ 4 527	+ 4 186	...	
darunter:											
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	65 570	73 283	75 659	5 859	6 841	7 327	7 145	6 600	...	
	Einfuhr	44 741	42 820	42 510	3 512	3 125	3 761	4 069	3 524	...	
	Saldo	+ 20 829	+ 30 462	+ 33 149	+ 2 347	+ 3 716	+ 3 565	+ 3 076	+ 3 077	...	
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	122 342	128 398	125 720	8 503	9 088	9 331	10 301	9 755	...	
	Einfuhr	116 660	124 811	119 055	8 974	10 500	10 357	10 394	10 187	...	
	Saldo	+ 5 683	+ 3 586	+ 6 666	- 471	- 1 412	- 1 026	- 93	- 431	...	
darunter:											
Schweiz	Ausfuhr	47 875	48 933	47 323	3 257	3 875	3 773	4 089	3 936	...	
	Einfuhr	36 996	37 775	38 235	2 610	3 175	3 409	3 696	3 455	...	
	Saldo	+ 10 879	+ 11 158	+ 9 088	+ 647	+ 700	+ 365	+ 393	+ 481	...	
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	308 193	340 980	342 492	26 979	26 868	28 102	29 917	29 068	...	
	Einfuhr	279 653	276 620	262 589	19 330	22 632	20 786	22 066	21 110	...	
	Saldo	+ 28 541	+ 64 360	+ 79 903	+ 7 649	+ 4 236	+ 7 317	+ 7 851	+ 7 958	...	
1. Afrika	Ausfuhr	20 717	21 920	22 047	1 758	1 582	1 850	1 849	1 891	...	
	Einfuhr	21 944	24 145	22 886	1 540	1 791	1 650	1 796	1 437	...	
	Saldo	- 1 227	- 2 224	- 839	+ 218	- 209	+ 200	+ 53	+ 454	...	
2. Amerika	Ausfuhr	110 424	128 703	130 924	9 323	10 286	10 989	11 283	10 984	...	
	Einfuhr	80 568	80 549	74 972	5 572	5 791	5 989	6 404	6 651	...	
	Saldo	+ 29 856	+ 48 154	+ 55 951	+ 3 752	+ 4 495	+ 5 000	+ 4 879	+ 4 334	...	
darunter:											
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	73 776	86 971	88 375	6 431	7 223	7 634	7 928	7 714	...	
	Einfuhr	48 531	51 070	48 451	3 473	3 762	4 136	4 334	4 501	...	
	Saldo	+ 25 244	+ 35 901	+ 39 924	+ 2 958	+ 3 461	+ 3 497	+ 3 594	+ 3 213	...	
3. Asien	Ausfuhr	167 574	179 630	179 539	15 190	14 313	14 466	15 931	15 457	...	
	Einfuhr	173 115	167 873	161 368	12 004	14 749	12 935	13 639	12 778	...	
	Saldo	- 5 541	+ 11 757	+ 18 170	+ 3 187	- 436	+ 1 531	+ 2 292	+ 2 679	...	
darunter:											
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 711	32 503	32 854	3 214	2 276	2 835	3 091	2 726	...	
	Einfuhr	8 874	8 134	8 657	759	662	667	631	598	...	
	Saldo	+ 19 837	+ 24 369	+ 24 197	+ 2 455	+ 1 614	+ 2 168	+ 2 460	+ 2 128	...	
Japan	Ausfuhr	15 115	17 138	17 125	1 440	1 608	1 368	1 372	1 298	...	
	Einfuhr	23 595	21 910	19 498	1 422	1 621	1 486	1 714	1 611	...	
	Saldo	- 8 480	- 4 772	- 2 373	+ 18	- 13	- 118	- 342	- 313	...	
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	64 863	66 746	67 025	5 371	5 644	5 401	6 058	6 279	...	
	Einfuhr	79 528	78 529	73 635	5 592	6 947	6 037	5 842	5 516	...	
	Saldo	- 14 665	- 11 783	- 6 610	- 221	- 1 303	- 637	+ 216	+ 762	...	
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	41 569	45 651	46 042	3 719	3 597	3 517	4 102	4 000	...	
	Einfuhr	39 546	37 428	36 610	2 625	3 334	2 814	3 315	3 157	...	
	Saldo	+ 2 023	+ 8 223	+ 9 432	+ 1 093	+ 263	+ 703	+ 787	+ 843	...	
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 479	10 727	9 982	707	687	797	855	735	...	
	Einfuhr	4 026	4 054	3 361	214	301	212	227	244	...	
	Saldo	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 620	+ 493	+ 386	+ 586	+ 628	+ 491	...	

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Lettland. ¹⁾ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. ²⁾ Ohne Hongkong. ³⁾ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2009	- 21 430	+ 1 264	- 3 259	- 33 341	+ 8 449	+ 120	+ 932	- 3 122	+ 2 644	+ 872	+ 55 375
2010	- 28 892	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 7 347	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 50 896
2011	- 33 661	+ 567	- 8 615	- 33 755	+ 6 833	+ 2 407	+ 817	- 6 871	+ 2 939	+ 1 787	+ 66 336
2012	- 36 849	+ 178	-10 201	- 33 566	+ 6 806	+ 2 753	+ 1 356	-10 017	+ 3 117	+ 2 594	+ 71 121
2013	- 47 957	+ 84	-12 241	- 37 764	+ 5 794	+ 3 379	- 929	- 6 711	+ 3 084	+ 354	+ 71 199
2012 3.Vj.	- 15 357	+ 13	- 2 550	- 14 963	+ 2 386	+ 553	+ 111	- 2 360	+ 778	- 186	+ 20 880
4.Vj.	- 5 275	+ 100	- 2 769	- 5 678	+ 1 354	+ 1 218	+ 1 270	- 2 485	+ 738	+ 1 455	+ 21 755
2013 1.Vj.	- 11 256	- 32	- 3 209	- 5 687	+ 920	+ 650	- 1 771	- 2 136	+ 795	+ 618	+ 19 611
2.Vj.	- 11 658	- 6	- 2 807	- 8 187	+ 932	+ 638	- 473	- 1 971	+ 807	- 141	+ 10 921
3.Vj.	- 17 879	- 38	- 2 608	- 16 868	+ 2 094	+ 794	+ 256	- 1 351	+ 760	- 474	+ 18 583
4.Vj.	- 7 164	+ 160	- 3 618	- 7 022	+ 1 848	+ 1 297	+ 1 059	- 1 252	+ 722	+ 351	+ 22 083
2014 1.Vj.	- 7 138	+ 170	- 3 670	- 4 893	+ 791	+ 1 049	+ 152	- 580	+ 754	+ 605	+ 18 614
2013 Juli	- 6 783	- 49	- 1 012	- 5 172	+ 360	+ 229	- 149	- 958	+ 261	- 182	+ 6 485
Aug.	- 7 130	- 44	- 695	- 6 713	+ 614	+ 460	- 199	- 447	+ 230	- 132	+ 6 290
Sept.	- 3 966	+ 56	- 900	- 4 982	+ 1 120	+ 105	+ 605	+ 53	+ 268	- 160	+ 5 808
Okt.	- 6 140	+ 44	- 1 289	- 4 506	+ 307	+ 323	+ 32	- 1 181	+ 259	+ 101	+ 6 710
Nov.	- 1 961	+ 122	- 1 338	- 1 778	+ 531	+ 520	+ 27	- 81	+ 265	+ 116	+ 7 099
Dez.	+ 937	- 6	- 991	- 738	+ 1 010	+ 453	+ 1 000	+ 11	+ 198	+ 134	+ 8 275
2014 Jan.	- 3 176	+ 18	- 1 305	- 1 483	+ 211	+ 276	- 122	- 510	+ 259	+ 199	+ 5 198
Febr.	- 2 289	+ 40	- 1 185	- 1 181	+ 94	+ 426	- 139	- 382	+ 241	+ 202	+ 6 301
März	- 1 673	+ 112	- 1 180	- 2 229	+ 486	+ 347	+ 413	+ 312	+ 254	+ 204	+ 7 115
April	- 2 034	+ 4	- 1 178	- 1 760	+ 522	+ 397	- 49	- 192	+ 288	- 56	+ 4 101
Mai p)	- 2 641	+ 21	- 1 023	- 2 407	+ 612	+ 451	- 82	- 519	+ 239	- 46	- 1 708

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2009	- 34 930	- 20 922	- 3 944	+ 4 329	- 14 008	- 2 995	- 2 995	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	- 39 651	- 24 935	- 4 702	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	- 34 815	- 21 264	- 4 436	+ 6 715	- 13 551	- 2 977	- 2 977	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	- 38 692	- 24 792	- 4 570	+ 5 270	- 13 900	- 3 080	- 3 080	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	- 43 342	- 28 978	- 4 332	+ 6 825	- 14 364	- 3 250	- 3 229	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 3.Vj.	- 8 426	- 5 061	- 582	+ 481	- 3 365	- 770	- 770	+ 846	+ 786	+ 59
4.Vj.	- 10 876	- 6 817	- 1 337	+ 84	- 4 060	- 770	- 770	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	- 15 184	- 11 866	- 1 630	+ 1 038	- 3 318	- 807	- 807	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	- 7 441	- 3 937	- 871	+ 3 588	- 3 504	- 807	- 807	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	- 9 557	- 6 211	- 825	+ 1 164	- 3 346	- 820	- 807	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	- 11 160	- 6 965	- 1 006	+ 1 035	- 4 196	- 815	- 807	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	- 14 780	- 11 917	- 1 577	+ 1 308	- 2 863	- 870	- 863	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2013 Juli	- 3 250	- 2 150	- 166	+ 196	- 1 100	- 274	- 269	+ 141	+ 167	- 26
Aug.	- 3 560	- 2 499	- 481	+ 84	- 1 060	- 274	- 269	+ 121	+ 264	- 143
Sept.	- 2 747	- 1 561	- 177	+ 884	- 1 186	- 272	- 269	+ 107	+ 236	- 129
Okt.	- 2 643	- 1 622	- 230	+ 219	- 1 021	- 273	- 269	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	- 2 244	- 1 424	- 156	+ 99	- 820	- 271	- 269	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	- 6 273	- 3 919	- 619	+ 718	- 2 354	- 271	- 269	- 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	- 4 419	- 3 442	- 1 112	+ 591	- 977	- 291	- 288	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	- 7 137	- 6 254	- 335	+ 305	- 883	- 290	- 288	+ 455	+ 185	+ 270
März	- 3 224	- 2 221	- 130	+ 413	- 1 004	- 290	- 288	+ 345	+ 156	+ 189
April	- 3 375	- 1 757	- 242	+ 936	- 1 619	- 289	- 288	+ 145	+ 125	+ 19
Mai p)	- 2 641	- 75	- 318	+ 2 665	- 1 229	- 290	- 288	+ 41	+ 451	- 410

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2009	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 3.Vj.	+ 846	+ 786	+ 59
4.Vj.	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2013 Juli	+ 141	+ 167	- 26
Aug.	+ 121	+ 264	- 143
Sept.	+ 107	+ 236	- 129
Okt.	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	- 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	+ 455	+ 185	+ 270
März	+ 345	+ 156	+ 189
April	+ 145	+ 125	+ 19
Mai p)	+ 41	+ 451	- 410

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013			2014			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	Apr.	Mai ¹⁾
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 263 085	+ 388 492	+ 40 009	+ 62 784	- 17 785	- 35 456	+ 91 798	+ 17 739	+ 55 191	+ 40 950
1. Direktinvestitionen	+ 78 164	+ 89 900	+ 61 371	+ 30 678	+ 8 218	+ 946	+ 27 315	+ 12 164	+ 13 452	+ 5 829
Beteiligungskapital	+ 63 213	+ 68 215	+ 43 065	+ 10 976	+ 10 980	+ 4 072	+ 19 992	+ 4 464	+ 4 822	+ 11 158
darunter:										
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	+ 31 349	+ 31 692	+ 30 054	+ 5 107	+ 8 668	+ 6 126	+ 11 349	+ 3 149	+ 3 758	+ 1 739
Direktinvestitionskredite	+ 14 951	+ 21 685	+ 18 307	+ 19 702	- 2 762	- 3 126	+ 7 323	+ 7 700	+ 8 629	- 5 329
2. Wertpapieranlagen	+ 21 627	+ 109 814	+ 140 956	+ 39 131	+ 32 644	+ 23 661	+ 40 511	+ 27 632	+ 19 538	+ 5 786
Aktien ²⁾	- 2 713	+ 11 736	+ 19 206	+ 3 263	+ 8 667	- 2 861	+ 3 443	+ 4 810	+ 259	+ 1 641
Investmentsfondanteile ³⁾	+ 1 277	+ 21 696	+ 31 321	+ 4 099	+ 7 696	+ 8 340	+ 9 686	+ 2 939	+ 2 504	+ 672
Langfristige										
Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 18 272	+ 76 487	+ 86 676	+ 32 007	+ 16 610	+ 17 704	+ 22 487	+ 19 436	+ 14 031	+ 6 664
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 4 791	- 105	+ 3 754	- 237	- 329	+ 478	+ 4 895	+ 447	+ 2 744	- 3 191
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen ⁶⁾	+ 26 709	+ 25 619	+ 18 146	+ 4 710	+ 1 620	+ 6 043	+ 5 030	+ 300	+ 3 749	+ 5 522
4. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	+ 133 749	+ 161 862	- 181 301	- 11 806	- 59 481	- 67 570	+ 19 506	- 23 066	+ 18 302	+ 24 444
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾										
langfristig	- 50 275	- 66 082	- 55 573	- 806	- 49 488	- 5 692	+ 31 806	- 18 846	+ 17 813	+ 18 786
kurzfristig	+ 12 977	- 47 913	- 49 420	- 13 328	- 13 134	- 11 449	+ 3 327	+ 5 052	- 2 133	+ 4 641
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾										
langfristig	+ 24 890	- 14 332	+ 11 331	- 661	- 8 050	- 7 770	+ 27 370	+ 22 316	- 11 598	+ 16 492
kurzfristig	- 311	+ 401	+ 897	+ 1 386	- 583	+ 1 410	- 673	+ 349	- 25	+ 278
Staat										
langfristig	+ 21 061	+ 49 597	+ 8 459	+ 2 906	+ 3 210	+ 6 059	+ 981	+ 2 621	+ 4 473	- 7
kurzfristig	+ 2 232	+ 49 608	+ 15 927	+ 8 927	+ 3 057	+ 3 947	- 4 425	- 1 371	+ 5 870	- 356
Bundesbank	+ 18 829	- 10	- 7 468	- 6 021	+ 153	+ 2 112	+ 5 406	+ 3 992	- 1 397	+ 349
5. Währungsreserven	+ 138 073	+ 192 679	- 145 519	- 13 246	- 5 153	- 60 167	- 40 651	- 29 157	+ 7 614	- 10 826
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 102 046	+ 175 062	- 208 846	- 6 185	- 77 455	- 112 868	+ 24 652	- 20 532	+ 24 820	+ 23 195
1. Direktinvestitionen	+ 63 624	+ 39 053	+ 37 584	+ 15 580	+ 5 788	+ 9 721	+ 1 708	+ 3 688	+ 497	+ 3 295
Beteiligungskapital	+ 15 527	+ 11 109	+ 5 918	- 3 436	+ 1 394	+ 5 757	+ 3 222	+ 229	+ 1 448	+ 419
darunter:										
Reinvestierte Gewinne ¹⁾	- 701	+ 6 039	+ 3 580	- 1 203	+ 688	+ 188	+ 3 601	+ 785	+ 1 070	+ 395
Direktinvestitionskredite	+ 48 097	+ 27 944	+ 31 666	+ 19 016	+ 4 394	+ 3 964	- 1 514	+ 3 459	- 951	+ 2 876
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 691	- 13 130	- 6 272	- 10 245	+ 8 624	- 15 752	- 27 831	+ 35 848
Aktien ²⁾	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 2 533	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	- 3 634	- 9 775	+ 6 164
Investmentsfondanteile ³⁾	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	- 789	+ 1 223	+ 5 351	- 80	- 798	- 3 439	+ 2 845
Langfristige										
Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 51 088	+ 52 220	- 12 980	- 18 451	- 5 825	+ 11 025	+ 7 195	- 3 685	- 10 651	+ 23 197
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	+ 3 577	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	- 7 635	- 3 966	+ 3 643
3. Übriger Kapitalverkehr ⁷⁾	- 11 160	+ 90 934	- 221 740	- 8 636	- 76 971	- 112 344	+ 14 320	- 8 468	+ 52 154	- 15 947
Monetäre Finanzinstitute ⁸⁾										
langfristig	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 14 206	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	- 4 199	+ 17 475	- 1 442
kurzfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 544	- 2 678	- 1 586	- 3 213	+ 3 194	+ 226	- 1 574
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾										
langfristig	+ 35 056	+ 10 264	- 11 914	+ 7 864	- 1 162	- 29 747	+ 8 497	+ 5 552	+ 1 947	- 1 601
kurzfristig	- 840	+ 1 711	- 16 867	- 4 005	- 3 462	- 7 707	- 3 282	- 2 770	- 825	+ 1 241
Staat										
langfristig	+ 18 539	- 30 775	- 2 097	+ 8 893	- 7 599	- 3 495	- 3 940	- 464	+ 14 126	- 12 595
kurzfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 450	+ 6 122	+ 1 896	+ 665	- 1 783	+ 71	+ 1 652	- 137
Bundesbank	+ 13 436	- 67 005	- 11 547	+ 2 771	- 9 495	- 4 161	- 2 157	- 392	+ 12 473	- 12 459
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 161 039	+ 213 430	+ 248 856	+ 68 969	+ 59 671	+ 77 412	+ 67 145	+ 38 270	+ 30 371	+ 17 755

¹ Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). ² Einschl. Genussscheine. ³ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁴ Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁵ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. ⁶ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. ⁷ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁸ Ohne Bundesbank. ⁹ Beinhaltet finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an die EZB 2) netto	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forde- rungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. **1** Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. **2** Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). **3** Einschl. Kredite an die Weltbank. **4** Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EVU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven										
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven	5	6	7	8	9	10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396	
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942	
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951	
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175	
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983	
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570	
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488	
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607	
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160	
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075	
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106	
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506	
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527	
2013 April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951	
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965	
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743	
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059	
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560	
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697	
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737	
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332	
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527	
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902	
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528	
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123	
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916	
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140	
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869	

o) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Einschl. Kredite an die Weltbank. **2** Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). **3** Vgl. Anmerkung 2. **4** Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 008	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2013 Dez.	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2014 Jan.	781 158	287 312	493 846	318 770	175 076	159 824	15 252	915 341	149 655	765 686	610 015	155 671	88 275	67 396
Febr.	788 014	288 560	499 454	322 367	177 087	162 230	14 857	919 203	143 531	775 672	615 749	159 923	90 283	69 640
März	817 202	307 559	509 643	326 530	183 113	168 171	14 942	926 968	147 767	779 201	617 703	161 498	94 794	66 704
April	814 932	299 046	515 886	335 543	180 343	165 417	14 926	929 807	154 881	774 926	616 770	158 156	90 976	67 180
Mai	832 028	319 247	512 781	334 294	178 487	163 032	15 455	934 131	152 668	781 463	622 831	158 632	90 504	68 128
Industrieländer ¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2013 Dez.	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2014 Jan.	691 988	284 012	407 976	289 546	118 430	105 175	13 255	829 875	148 290	681 585	572 729	108 856	73 816	35 040
Febr.	698 225	285 309	412 916	293 061	119 855	106 774	13 081	832 534	142 111	690 423	579 008	111 415	75 551	35 864
März	725 730	303 412	422 318	296 832	125 486	112 343	13 143	840 907	146 308	694 599	580 794	113 805	79 234	34 571
April	719 017	294 482	424 535	302 139	122 396	109 298	13 098	845 169	153 635	691 534	580 192	111 342	76 397	34 945
Mai	739 222	314 678	424 544	303 790	120 754	107 144	13 610	848 816	151 404	697 412	586 362	111 050	75 815	35 235
EU-Länder ¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 223
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2013 Dez.	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2014 Jan.	587 684	268 794	318 890	233 571	85 319	74 991	10 328	700 465	136 463	564 002	487 660	76 342	49 661	26 681
Febr.	594 118	269 999	324 119	237 452	86 667	76 407	10 260	700 601	130 594	570 007	491 074	78 933	51 780	27 153
März	618 808	288 192	330 616	240 234	90 382	80 096	10 286	709 172	133 358	575 814	494 374	81 440	54 701	26 739
April	610 639	279 063	331 576	242 973	88 603	78 264	10 339	712 013	141 167	570 846	492 063	78 783	51 835	26 948
Mai	629 459	299 725	329 734	242 429	87 305	76 521	10 784	715 834	139 131	576 703	498 103	78 600	51 420	27 180
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2013 Dez.	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2014 Jan.	425 407	199 154	226 253	170 982	55 271	48 987	6 284	594 488	108 446	486 042	435 530	50 512	33 383	17 129
Febr.	433 128	202 913	230 215	174 178	56 037	49 823	6 214	595 520	104 594	490 926	438 735	52 191	34 745	17 446
März	446 119	212 228	233 891	175 981	57 910	51 762	6 148	600 162	105 529	494 633	440 633	54 000	36 597	17 403
April	438 764	205 381	233 383	176 775	56 608	50 372	6 236	606 150	115 510	490 640	437 919	52 721	35 166	17 555
Mai	453 927	222 947	230 980	175 129	55 851	49 590	6 261	607 379	108 521	498 858	446 264	52 594	34 878	17 716
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2013 Dez.	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2014 Jan.	89 170	3 300	85 870	29 224	56 646	54 649	1 997	85 466	1 365	84 101	37 286	46 815	14 459	32 356
Febr.	89 789	3 251	86 538	29 306	57 232	55 456	1 776	86 669	1 420	85 249	36 741	48 508	14 732	33 776
März	91 472	4 147	87 325	29 698	57 627	55 828	1 799	86 061	1 459	84 602	36 909	47 693	15 560	32 133
April	95 915	4 564	91 351	33 404	57 947	56 119	1 828	84 638	1 246	83 392	36 578	46 814	14 579	32 235
Mai	92 806	4 569	88 237	30 504	57 733	55 888	1 845	85 315	1 264	84 051	36 469	47 582	14 689	32 893

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab

Januar 2014 einschl. Lettland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999	1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
		Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
		Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
		Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
		Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
		Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
		Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
		Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
		Österreich	Schilling	ATS	13,7603
		Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386	
2001	1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007	1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008	1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
		Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009	1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011	1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014	1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft											
	EWK-20 1)				EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)				37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)		
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU							
1999	96,2	96,0	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6			
2000	87,0	86,6	86,1	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9			
2001	87,7	87,2	86,6	84,5	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8			
2002	90,1	90,3	89,6	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7			
2003	100,6	101,4	100,6	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7			
2004	104,4	105,2	103,4	102,4	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2			
2005	102,9	103,7	101,4	100,4	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5			
2006	102,8	103,7	100,7	99,3	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7			
2007	106,2	106,4	102,7	101,0	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,5	100,8	97,8	96,9			
2008	109,3	108,5	103,9	103,8	117,0	106,0	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0			
2009	110,6	109,1	104,8	106,1	119,8	106,9	94,0	88,0	104,0	90,6	101,7	97,9	97,3			
2010	103,6	101,6	96,7	98,7	111,5	98,2	91,7	87,8	97,9	87,3	98,8	93,8	92,2			
2011	103,4	100,7	95,0	96,8	112,2	97,7	91,5	87,7	97,6	86,7	98,2	93,1	91,7			
2012	97,9	95,6	89,8	91,6	107,1	92,9	89,7	87,6	92,5	84,3	96,0	90,3	88,8			
2013	101,7	98,9	93,4	93,8	112,0	96,2	92,0	88,1	98,0	86,2	98,3	92,1	90,8			
2011 Jan.	101,4	99,0			109,4	95,6					97,8	92,4	90,7			
Febr.	102,4	99,9	94,7	96,9	110,7	96,6	91,6	87,9	97,3	86,8	98,1	92,8	91,2			
März	104,1	101,6			112,4	98,2					98,6	93,5	92,0			
April	105,8	103,4			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8			
Mai	104,8	102,2	96,9	99,4	113,3	98,7	92,5	87,8	100,0	87,6	99,0	93,7	92,1			
Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2			
Juli	104,0	101,1			112,4	97,8					98,6	93,3	91,7			
Aug.	103,8	100,8	94,9	97,3	113,0	98,1	91,4	87,7	97,3	86,6	98,2	93,0	91,8			
Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5			
Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8			
Nov.	102,6	99,9	93,7	93,5	112,1	97,4	90,7	87,5	95,5	85,8	97,6	92,7	91,5			
Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6			
2012 Jan.	99,0	96,4			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4			
Febr.	99,7	97,3	91,4	93,5	108,4	94,2	90,1	87,5	93,8	84,8	96,8	91,3	89,7			
März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6			
April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5			
Mai	98,1	95,7	90,2	92,5	107,3	93,1	89,8	87,6	92,7	84,5	95,9	90,4	88,9			
Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6			
Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,9	89,1	87,5			
Aug.	95,2	93,1	88,1	90,2	104,5	90,6	89,0	87,7	90,7	83,5	95,0	89,0	87,5			
Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5			
Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6			
Nov.	97,2	94,9	89,7	90,2	106,7	92,3	89,9	87,7	93,0	84,4	95,8	89,8	88,4			
Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,2			
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9			
Febr.	101,6	99,1	92,6	94,6	111,1	95,8	91,2	87,7	96,7	85,7	98,1	92,0	90,4			
März	100,2	97,9			109,5	94,5					97,7	91,5	89,7			
April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,3	89,5			
Mai	100,5	98,1	93,1	94,5	110,0	94,6	91,8	88,1	97,7	86,1	98,1	91,7	89,9			
Juni	101,6	98,9			112,0	96,1					98,2	92,1	90,8			
Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8			
Aug.	102,2	99,5	93,5	95,2	113,4	97,3	92,1	88,1	98,3	86,2	98,5	92,4	91,3			
Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3			
Okt.	102,8	99,7			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5			
Nov.	102,6	99,5	94,3	91,0	114,2	97,3	92,7	88,4	99,5	86,9	99,0	92,8	91,8			
Dez.	103,9	100,7			115,8	98,6					99,2	93,1	92,3			
2014 Jan.	103,4	100,3			115,9	98,6					99,1	93,0	92,3			
Febr.	103,6	100,4	95,5	93,3	116,3	98,9	92,7	88,3	99,8	87,3	99,0	93,1	92,4			
März	104,6	101,3			117,5	99,6					99,3	93,5	92,8			
April	104,5	101,0	117,0	99,0	99,0	93,3	92,4			
Mai	103,8	100,1			116,1	97,8					98,6	92,9	91,9			
Juni	103,0	99,1			115,1	96,8					98,3	92,5	91,4			

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsindizes der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress

- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011²⁾

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁰⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014¹⁾

■ Diskussionspapiere^{*)}

06/2014

Lucas paradox and allocation puzzle – is the euro area different?

07/2014

Wealth shocks, credit-supply shocks, and asset allocation: evidence from household and firm portfolios

08/2014

The financial accelerator and market-based debt instruments: a role for maturities

09/2014

Market transparency and the marking precision of bond mutual fund managers

10/2014

A consistent set of multilateral productivity approach-based indicators of price competitiveness

11/2014

Analyzing business and financial cycles using multi-level factor models

12/2014

How do households allocate their assets? – Stylized facts from the Eurosystem Household Finance and Consumption Survey

13/2014

Consumer cash usage: a cross-country comparison with payment diary survey data

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 * Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 84*.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.